



## **‘Reclaim the Streets’ London**

Geschichte und Ambivalenzen  
einer urbanen Bewegung

**“Reclaim the Streets” London**  
**Geschichte und Ambivalenzen einer urbanen Bewegung**

Magisterarbeit  
zur Erlangung des akademischen Grades  
Magister Artium

am  
Institut für Kultur- und Kunstwissenschaften,  
Kulturwissenschaftliches Seminar  
der Humboldt-Universität zu Berlin

Eingereicht bei: Prof. Dr. Thomas Macho  
Zweitgutachter: Prof. Dr. Peter Grottian, Otto-Suhr-Institut, FU-Berlin

Von: Oliver Pohlisch  
Strassburger Str. 22  
10405 Berlin  
Matrikelnummer: 82504  
Nebenfächer: Politikwissenschaften und Nordamerikanistik  
an der Freien Universität Berlin

Abgabe: 11.12.2002

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1 Bewegungstheoretische Ansätze und soziale Bewegungen in Großbritannien	9
1.1 „Irrationales Verhalten“ und „Rational Choice“	10
1.2 Wertewandel und klassenorientierter Ansatz	13
1.3 Chancenstrukturenansatz zur Erklärung britischer Bewegungsspezifika	16
1.4 Die britische Umwelt- und Friedensbewegung	19
1.5 Ressourcenmobilisierung für den Umweltprotest der 90er Jahre	24
1.6 „Direct action“ radikaler Umweltschützer	28
1.7 Zusammenfassung	32
2 Von der ökologischen zur städtischen Bewegung	35
2.1 Von „Reclaim the Streets“ zur „No M11 Link Campaign“	35
2.2 Bewegungen im Urbanisierungsprozess	37
2.3 Die Anti-technokratische Konfliktlinie	42
2.4 Insider und Drop-Outs	44
2.5 Klassenkampf von „oben“	47
2.6 Die Verräumlichung der sozialen Polarisierung	49
2.7 Regieren durch „Community“	52
2.8 Zusammenfassung	58
3 Gegenkulturen	60
3.1 „Communities of Resistance“	61
3.2 DIY-Culture	66
3.3 „Direct Action“ als Moment der widerständigen Subjektivität	66
3.4 Der „Criminal Justice Act“	71
3.5 Rave	73
3.6 „Underground Parties“	80
3.7 Spaltungen innerhalb des Anti-CJA-Protests und der DIY-Culture	82
3.8 Partyprotest, der nachhallt	86
3.9 Zusammenfassung	88
4 „Reclaim the Streets“	91
4.1 „Street parties“ in Camden, Islington und auf dem M41	92
4.2 Exkurs: Die „Temporäre Autonome Zone“ (TAZ)	97
4.3 Die „street party“ als nicht-lineare, entgrenzte Situation	99
4.4 Die „street party“ als „Community“	102
4.5 Desorganisation und Organisation	107
4.6 „Reclaim the Streets“ als antikapitalistische Bewegung	114

4.7 RTS London im Fokus nationaler Aufmerksamkeit	119
4.8 Zusammenfassung	123
5 „Reclaim the Streets“ im Kontext der Globalisierungskritik	125
5.1 Internationalisierung des „street party“-Konzepts	126
5.2 Einbindung von RTS London in die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung	128
5.3 Von Chiapas nach Genf: Weg des Kampfes gegen die neoliberale Globalisierung	132
5.4 „Peoples Global Action“	136
5.5 „Carnival against Capitalism“ am 18. Juni 1999	139
5.5.1 Raum der Macht: City of London	140
5.5.2 Eindeutigkeit der Grenzverläufe	146
5.5.3 Undeutliche Grenzen	149
6 RTS London nach dem 18. Juni 1999	155
6.1 Der Protest von Seattle und sein Echo	155
6.2 Londoner Ereignisse am 30. November 1999	157
6.3 „Guerilla Gardening“	159
6.4 Von der Massenaktion zurück zum „single-issue“?	170
6.5 Zusammenfassung	173
Schlussbetrachtung	175
Literaturverzeichnis	183

# Einleitung

Die Autorin Naomi Klein bezeichnet „Reclaim the Streets“ in *No Logo*, ihrem zum weltweiten Bestseller gewordenen Buch über die ökonomische Globalisierung als „vielleicht die lebendigste und am schnellsten wachsende politische Bewegung seit Paris 1968“.<sup>1</sup> Bevor sie dies schrieb, war „Reclaim the Streets“ auch schon auf den Berliner Straßen aufgetaucht: Eine unangemeldete, über Flyer, Internet und Plakate angekündigte, temporäre Besetzung von Straßenkreuzungen, auf denen zur Musik eines mobilen Sound-Systems eine Party stieg. Die Gäste tanzten, spielten Frisbee, saßen auf dem Asphalt, aßen, tranken und unterhielten sich. Ein Tripod<sup>2</sup> diente als Blockade des Autoverkehrs. Zwischen Laternenpfosten gespannte Transparente forderten das Ende der „Auto-Kultur“, kritisierten die behördliche Vertreibung von Hausbesetzern und Wagenburgen und die Privatisierung und Kommerzialisierung des städtischen Raumes. Trotz fehlender Genehmigung und des Verstoßes gegen die Verkehrsordnung, ließ die Polizei die Party ratlos gewähren, denn diese passte nicht ins Schema des Protests, mit dem sie umzugehen gewohnt war: Weder war das Ereignis eine Demo mit vorgesehener Marschroute und Kundgebung, noch war es der Versuch, mit Militanz Raum zu besetzen und den Zugriff der Staatsmacht herauszufordern.

Eine neue politische Praxis artikulierte sich, deren Anliegen sich weniger über Text und Rede erschloss als vielmehr über das unmittelbare Handeln vor Ort. Die Straße sollte sich angeeignet werden, für eine andere Situation als die der motorisierten Durchfahrt, des Konsums und der Verdrängung. Ich wurde von dem Ereignis überrascht und zu einem Teilnehmer. Mein Interesse dauerte an, auch nachdem der Partyprotest, so plötzlich wie er aufgetaucht war, wieder verschwand. Die Polizei hatte sich nach Stunden doch dazu entschlossen, die Tanzenden und Feiernden auseinander zu treiben.

Der Wunsch, nicht nur zufällig bei diesem Partyprotest gewesen zu sein, sondern seinem Ursprung und seiner Idee auf den Grund zu kommen, ließ meinen Blick auf den Ort richten, an dem „Reclaim the Streets“ zuerst Gestalt annahm und der im Zentrum dieser Arbeit steht. In der britischen Hauptstadt fand 1995 die erste „street party“ unter dem Motto „Reclaim the Streets“ statt. Dieses Label hatten AktivistInnen schon seit 1991, unter Bezugnahme auf den erstarkenden Umweltprotest gegen das Straßenbauprogramm der konservativen Regierung Major, für kleinere Anti-Auto-Aktionen im öffentlichen Raum Londons benutzt. Ihr Engage-

---

<sup>1</sup> Vgl. Naomi Klein: *No Logo*, deutsche Ausgabe, Gütersloh 2000, S. 322

<sup>2</sup> Ein Tripod ist ein dreibeiniges, aus Baugerüststangen zusammen montiertes Stativ mit einer Höhe von bis zu sechs Metern. Auf die Straße gestellt, behindert es die Durchfahrt von Autos, während FußgängerInnen und RadfahrerInnen weiterhin zwischen den Tripodbeinen Bewegungsfreiheit haben. Ein Mensch hängt sich mit

ment konzentrierte sich in den Jahren 1993 und 1994 auf die Kampagne gegen den Bau eines Autobahnzubringers im Osten der Stadt, die „No M11 Link Campaign“, die in der Okkupation eines ganzen zum Abriss vorgesehenen Straßenzuges, der Claremont Road, durch radikale ÖkologInnen, HausbesetzerInnen und KünstlerInnen gipfelte. Die Räumung im Winter 1994 gab dem Kreis der AktivistInnen Anlass dazu, die in der Claremont Road realisierte Vorstellung einer „anderen“ städtischen Lebensweise auf den Straßen Londons zu artikulieren. Sie schlossen sich zur Wiederbelebung von „Reclaim the Streets“ London (im Folgenden mit RTS London abgekürzt) zusammen und veranstalteten auf verschiedenen Hauptstraßen und einer Stadtautobahn „street parties“. Diese zogen von Mal zu Mal mehr TeilnehmerInnen an, wiesen ein immer umfangreicheres Repertoire an Aktionsmitteln und –methoden auf und dauerten immer länger an. Mit ihrer Form, ihrem Verlauf und vor allem mit ihrer Botschaft nahmen diese „street parties“ ähnliche Ereignisse vorweg, die später ebenfalls unter dem Motto „Reclaim the Streets“ in vielen Städten Großbritanniens und schließlich rund um den Globus stattfinden sollten. Die OrganisatorInnen des Londoner Partyprotests griffen mit ihren Aktionen den motorisierten Individualverkehr an, den sie nicht nur für die Verschlechterung der Umweltbedingungen in der Stadt verantwortlich machten. Er galt ihnen als Verkörperung einer Wirtschaftsweise, die mit der zunehmenden Privatisierung des urbanen Raumes solidarischen Sozialbeziehungen und einer Vielfalt an Lebensweisen den Boden entzieht, gestützt durch das Handeln der staatlichen EntscheidungsträgerInnen.

Die Wahrnehmung starrer Machtverhältnisse in der britischen Gesellschaft, die mit einer Zentralisierung der Prozesse politischer Willensbildung einhergingen, ließ die AktivistInnen von RTS London das Prinzip der repräsentativen Demokratie in Frage stellen. Die von ihnen gewählte Form des Protests bedeutete auch eine Absage an die Strategien des Lobbyismus, der Aufklärungskampagne oder der konventionellen Demonstration, wie sie von den sozialen Bewegungen der Nachkriegszeit benutzt wurden, um von außen moralischen Druck auf die politischen Institutionen auszuüben. Die Party auf der Straße war die unmittelbare Realität eines Lebens in der Stadt jenseits der Vereinzelung ihrer BewohnerInnen als AutofahrerInnen und deren Gleichschaltung als KonsumentInnen: Sie war die „direkte Aktion“.

Als „zurück gewonnener“ Raum des Öffentlichen, war die „street party“ im Sinne ihrer ErfinderInnen ein Ort, an dem sich alle möglichen Stimmen der Kritik an den herrschenden Verhältnissen artikulieren sollten, ohne einander zu übertönen und auszuschließen. Dies, so die Idee, gelänge nur, wenn niemand Verlauf und Richtung der Aktion vorgibt und wenn keiner

---

Seilen in das Tripod ein, um über der Fahrbahn zu schweben. So verzögert sich die Räumung der besetzten Straße erheblich, da die Polizei bei ihrem Vorgehen vermeiden muss, die Person am Tripod ernsthaft zu verletzen.

das Wort führt. Deshalb wurde statt der Rede, elektronische Dance Music vom Plattenteller eines mobilen Sound-Systems zum zentralen, auditiven Element des Ereignisses. Rhythmusorientierte und textlose Sounds wie Techno und House waren zu Anfang der 90er Jahre konstitutiv für die Praxis des Rave<sup>3</sup>, die weite, vor allem jugendliche Teile der Bevölkerung jenseits von Klassen-, Geschlechter- und ethnischen Grenzen anzog. Die Rave Culture wurde in Großbritannien zum Gegenstand staatlicher Repression: Aufgrund des intensiven Drogengebrauchs und der Überschneidung mit anderen Gegenkulturen sowie mit politischen Protestaktivitäten.

Rave war Teil der „alternativen“ städtischen Realität, die RTS London herzustellen versuchte, die sich aber nicht durch abschreckende Militanz selbst marginalisieren sollte, um ihrem partizipatorischen und integrativen Anspruch gerecht zu werden. Deshalb war mit der „street party“ keine dauerhafte Eroberung eines Territoriums beabsichtigt, die zum Zweck der Verteidigung gegen die Staatsmacht eine innere Homogenisierung verursacht und schließlich bestehende Ausschlüsse und Ungleichheiten reproduziert hätte. Mit dem Verzicht auf Dauerhaftigkeit und Fixierung eines „Freiraums“ sollte die „street party“ nicht für die Herrschenden, sondern nur für TeilnehmerInnen lesbar sein. Gleichzeitig eröffnete sich die Möglichkeit, praktischen Widerstand jenseits randständiger Räume zu leisten, in die sichtbare Oppositionen in der Vergangenheit allzu leicht gedrängt wurden.

Das Auftauchen von „Reclaim the Streets“ in der Hauptstadt fand aufgrund der Tatsache, dass die britische Gesellschaft im ökonomischen, politischen wie auch kulturellen Bereich extrem auf London ausgerichtet ist, landesweite Beachtung. Diese Aufmerksamkeit sowie die thematische Offenheit des Partyprotests führten dazu, dass Interessensvertretungen von Beschäftigten im Arbeitskampf das ungewöhnliche Bündnis mit der ökologisch und anarchistisch ausgerichteten Gruppe RTS London suchten. RTS und 500 entlassene Werftarbeiter veranstalteten 1996 einen „street carnival“ in Liverpool mit einer anschließenden Besetzung der Hafentreiber-Gesellschaft.

Schließlich gab RTS London den lokalen Fokus seines Handlungskonzepts zu Gunsten eines nationalstaatlichen Bezugs auf. Zusammen mit Streikinitiativen und anderen Basisgruppen mobilisierte RTS London im April 1997 vor der anstehenden Unterhauswahl und dem prophezeiten Machtwechsel von den Konservativen zur Labour Party unter dem Motto „Never mind the Ballots...Reclaim the Streets“ für ein Ereignis, das dem „alternativlosen“ Urnen-

---

<sup>3</sup> To rave: toben. Seit Ende der 80er Jahre ist Rave in Großbritannien das Synonym für Open-Air-Partys, auf denen größere Menschenmengen oft unter Drogeneinfluss eine oder mehrere Nächte lang zumeist zu Techno- und House-Rhythmen tanzen.

gang die „direkte Aktion“ auf der Straße als Möglichkeit echter Mitbestimmung entgegensetzen sollte.

RTS London unterzog seine Strategien und Inhalte immer wieder einer rigorosen Überprüfung, um schließlich als Teil einer langsam erstarkenden Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung aufzutreten. Dass sich Länder übergreifend lokale Initiativen gebildet hatten, um mit „street parties“ gegen ähnliche Entwicklungen städtischer Lebensumstände, wie jene in der britischen Metropole zu protestieren, bestärkte RTS London in der Annahme, dass sich diese partikularen Kämpfe gegen eine global wirkende Kraft richteten und deshalb einer gegenseitigen Verstärkung bedürften. Hinzu kam, dass die aufständischen Zapatisten im mexikanischen Urwald von Chiapas ab 1994 den Begriff der neoliberalen Globalisierung benutzten und ihn in einen internationalistischen Diskurs einspeisten. RTS London beteiligte sich an diesem Diskurs und gehörte im Februar 1998 zu den MitbegründerInnen des Netzwerks „Peoples Global Action“ (im Folgenden mit PGA abgekürzt), das südliche wie nördliche Graswurzelbewegungen einschloss. RTS London mobilisierte in diesem Rahmen für die erste „Global Street Party“ am 16. Mai 1998, anlässlich eines Treffens der Staats- und Regierungschefs der G-8-Länder in Birmingham, wo die Gruppe selbst eine „street party“ veranstaltete. Am gleichen Tag fanden weltweit an 30 Orten „street parties“ statt; so auch jene in Berlin, bei der ich erstmals in Kontakt mit dem Konzept des Partyprotests kam und die der Auslöser dafür war, mein Forschungsinteresse auf RTS London zu richten.

Der von mir in dieser Arbeit geschilderte Verlauf der Geschichte von RTS London beschreibt nicht nur eine multithematische Bewegung, sondern auch eine Bewegung, welche die räumlichen Ebenen, auf die sie ihre Inhalte bezieht, wechselt: Von der lokalen der „No M11 Link Campaign“, über die nationalstaatliche der „Never mind the Ballots...“-Aktion bis zur globalen Ebene der „Global Street Party“. In meiner Arbeit werde ich zum einen den Gründen nachgehen, denen die Bündelung der Kritik an unterschiedlichsten Krisenerscheinungen, Diskriminierungen und Ausschlüssen in einer „Reclaim the Streets“-Aktion geschuldet ist. Ich stelle die Frage, warum die „street party“ von RTS als Aktionsform gewählt wurde, um dieser Bündelung Gestalt zu verleihen. Nicht zuletzt gilt mein Interesse dem von RTS London gestellten Anspruch, mit ihren Aktionen eine „Autonome Temporäre Zone“ herstellen zu wollen, in der die thematisierten Probleme, Ungleichheiten und Exklusionen aufgehoben sind; eine, die für den Moment herrschaftsfrei, unregiert bleibt und in der Erinnerung der TeilnehmerInnen als solche fortbesteht. Sind die Londoner Ereignisse mit ihren Bezügen auf jeweils unterschiedliche geographische Ebenen dieser utopischen Vorstellung nahe gekommen? Oder haben sie in ihrem konkreten Raum und den darin geschehenen Praxen bestimmte Ausschlüsse und



Marginalisierungen in der Stadt, dem Nationalstaat und im Globalen unberücksichtigt gelassen und damit letzten Endes reproduziert?

Der Charakter von „Reclaim the Streets“-Aktionen als anti-institutionelle Politik legt es nahe, diese Fragen unter Zuhilfenahme der sozialwissenschaftlichen Bewegungsforschung beantworten zu wollen, die sich parallel zu den seit den 60er Jahren verstärkt auftretenden Ereignissen des außerparlamentarischen Protests als eine eigene Disziplin mit einem breiten Spektrum verschiedenster theoretischer Ansätze herausgebildet hat. Im ersten Kapitel stelle ich sowohl Theorien vor, die Bewegungen im Kontext des Wandels der Gesellschaften erklären, als auch solche, die mit dem Blick auf die AkteurInnenebene Bewegungsverläufe in pluralistisch verfassten Demokratien verallgemeinern. Mit dem Chancenstrukturenansatz stelle ich fest, dass es im zentralistisch verfassten, politischen System Großbritanniens vor allem die Ökologiebewegung seit den 70er Jahren schwer hatte, ihre Forderungen gegen den Parteienkonsens über eine Wachstumspolitik durchzusetzen. Demgemäß führte das gestiegene Umweltbewusstsein vieler Menschen bei gleich bleibender institutioneller Indifferenz zu einem Handlungsbedarf, der eine Verschärfung von Protesten vor allem gegen den Straßenbau zur Folge hatte. Auf der Ebene der AkteurInnen- und Ressourcenmobilisierung war es die Innovation neuer Handlungsstrategien und Techniken, die einzelne Proteste zuspitzten und Bauprojekte substanziell behinderten. Sie verliehen der Umweltbewegung eine neue Dynamik, aus der heraus sich in London „Reclaim the Streets“ entwickelte.

Zwar ist es der Protest gegen den Straßenbau, der RTS London auf den Weg gebracht hat, doch engagierten sich die ersten AktivistInnen bald in der „No M11 Link Campaign“ in Ostlondon, die über das Thema der Naturzerstörung hinaus alle Probleme des gegenwärtigen städtischen Lebens in ihrem konfrontativen Protest fokussierte und damit in der Kontinuität urbaner Bewegungen seit Ende der 60er Jahre stand. Ich beziehe mich im zweiten Kapitel auf theoretische Ansätze, die jene Bewegungen als Reaktion auf die Negativeffekte der Raumplanung im Wohlfahrtsstaat und dessen Interventionen in die Lebensweisen der Individuen erklärt. Eine neuere Herrschaftskritik stellt aber fest, dass sich gegenwärtig der Widerstand gegen die Zumutungen von entpersonalisierten Nivellierungen und funktionalistischen Zugriffen auf die Wohnbereiche in sein Gegenteil verkehrt hat. Das Subjekt wird zunehmend über seine affektiven, moralischen Bindungen auf kleinräumlicher Ebene oder innerhalb eines Geflechts kollektiver Identitäten, den „Communities“ regiert. Diese haben das mit dem Nationalstaat identische „Soziale“ als Bezugsrahmen für Herrschaftsbeziehungen abgelöst. Tatsächlich beziehen sich auch die AktivistInnen der „No M11 Link Campaign“ positiv auf den Begriff der „Community“. Gerade weil der Staat als mächtiger, regierender Akteur identifiziert werden kann und sich die „No M11 Link Campaign“ gegen sein Programm richtet, hat sie

zeitweilig ein unregiertes, städtisches Leben hergestellt. Nach Ende der Kampagne versuchen die AktivistInnen eine solche Situation mit „Reclaim the Streets“ auf anderen Straßen Londons wieder aufleben zu lassen.

Im dritten Kapitel verweise ich auf die Geschichte der britischen Gegenkultur seit den 60er Jahren, wie sie der Kulturwissenschaftler George McKay (1996, 1998) rekonstruiert. McKay stellt eine Fortdauer nicht-regierbarer „Communities“ oder Netzwerke bis zur DIY-Culture in den 90er Jahren fest, die den „fruchtbaren Boden“ für den Partyprotest von RTS London bereitet hat. Unter dem Begriff DIY (Abkürzung für: „Do it Yourself“) fasst McKay sowohl den radikalen Ökoprottest als auch die Praxen der Rave Szene zusammen. Ihre Unbeherrschbarkeit wird vom Staat durch die Verabschiedung des Criminal Justice Act (im Folgenden mit CJA abgekürzt) 1994 bestätigt. Das Gesetzespaket stigmatisiert RaverInnen und ÖkoaktivistInnen als außerhalb der gesellschaftlichen Norm stehend und setzt sie der Strafverfolgung aus. Die betroffenen „Communities“ und Netzwerke erkennen die Gemeinsamkeit ihres Ausschlusses und versuchen ihre Partikularisierungen im Protest gegen den CJA zu überwinden. Sowohl die Aneignung der Ressourcen und Aktivitäten einer politisierten Tanz- und Drogenszene als auch die Suche nach einer „anderen“, ökologisch, solidarisch und partizipativ ausgerichteten Urbanität verliehen den „Reclaim the Streets“-Aktionen in London die außerordentliche Dynamik, die sie zum Wegbereiter von Partyprotesten in anderen Städten Großbritanniens und des Auslands gemacht hat und die Gruppe RTS London schließlich zur Vernetzung mit Graswurzelbewegungen in den Ländern der so genannten Ersten wie auch der Dritten Welt bewegte. Unter den oben genannten Fragestellungen möchte ich in Kapitel vier die „street parties“ von RTS London in den Jahren 1995, des „Street Carnival“ 1996 in Liverpool und die „Never mind the Ballots...“-Aktion beleuchten. Angesichts des Alltags als ein Zeitraum, in dem oppositionelle Identitäten latent existieren, welche dann in zugespitzten Situationen öffentlich zum Ausdruck kommen, will ich auch einen Blick auf die zeitaufwändige Planung und Vorbereitung der RTS-Aktionen werfen. Diese geht organisierter vonstatten als es die Selbstzuschreibung von RTS London als „Desorganisation“ vorgibt.

Im Kapitel fünf stelle ich den Sprung auf die globale Ebene dar, den sowohl das „street party“-Konzept unternimmt als auch die Gruppe RTS London, in dem diese sich in das PGA-Netzwerk integriert und ab 1998 an koordinierten, lokalen Protesten gegen die neoliberale Globalisierung anlässlich so genannter „Global Action Days“ teilnimmt.

Prozesse der Zunahme der Verkehrsbelastung, der Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Räume sowie der Verdrängung alternativer Lebensweisen lassen sich seit den 90er Jahren nicht nur in London, sondern auch in anderen Großstädten Europas, Australiens und Nordamerikas beobachten. Der von RTS London propagierte Partyprotest erschien dort-

gen, politischen Gruppen als angemessenes Mittel, um jenseits konventionalisierter Aktionsformen für eine breitere Opposition gegen diese Entwicklung zu mobilisieren. Mit der „Global Street Party“ im Mai 1998 wurde versucht, diese Opposition zu koordinieren und in den erstarkenden Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung einzubinden.

Anlässlich des Gipfels der Staats- und Regierungschefs der G-8-Länder im deutschen Köln sollte am 18. Juni 1999 ein „Global Action Day“ mit weltweiten Protesten in den Finanzzentren der globalisierten Ökonomie stattfinden. RTS London plante mit anderen Gruppen einen Aktionstag in der City of London, bei dem die Gruppe einen „Carnival against Capitalism“ durch den Finanz- und Dienstleistungsdistrikt der Hauptstadt veranstaltete. Dieser endete mit Ausschreitungen, verletzten TeilnehmerInnen und PolizistInnen, Festnahmen und einer Pressekampagne gegen RTS London. Innerhalb der Gruppe und der sie umgebenden Netzwerke der DIY-Culture wurde daraufhin das Festhalten an der Form des Partyprotests und auch die Wahl seines Schauplatzes kontrovers diskutiert, wie ich in diesem Kapitel deutlich machen möchte.

Die im Kapitel sechs vorgestellten Aktionen von RTS London möchte ich als Ergebnis der Diskussionen um die angemessene Lokalität und Aktionsstrategie von RTS London betrachten. Am 30. November 1999, einem „Global Action Day“ anlässlich der dritten Ministerialkonferenz der Welthandelsorganisation in Seattle, fanden nicht nur in der US-Hafenstadt, sondern auch in London Proteste statt. RTS London hielt mit gewerkschaftlichen Gruppen eine Kundgebung gegen die Privatisierung des öffentlichen Personentransports ab. Auch hier kam es im Anschluss zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die vorerst letzte große Massenaktion von RTS London erlebte die britische Hauptstadt am 1. Mai 2000. Mit dem Aufruf zu einem „Guerilla Gardening“ auf dem Parliament Square nahm die Gruppe explizit Abstand vom Konzept des Partyprotests. Stattdessen sollte die „aseptische“ Rasenfläche des Platzes vor Westminster in einen „Community Garden“<sup>4</sup> umgewandelt werden. blieb die RTS-Aktion auf dem Parliament Square friedlich, so kam es an anderen Stellen der Innenstadt zu Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und der Polizei. Erneut wurde RTS London von der Presse für die gewalttätigen Szenen an diesem Tag verantwortlich gemacht. Der Verlauf des „Guerilla Gardening“ führte aber auch innerhalb von RTS London zu Differenzen und hatte zum Resultat, dass die Gruppe sich in der Folge nur noch auf kleine „single issue“-Proteste beschränkte. In der Schlussbetrachtung möchte ich kurz die Ambivalenzen des

---

<sup>4</sup> Zum Vorbild nahm sich RTS London hierfür die „Community Garden“ in New York. BewohnerInnen ärmerer Viertel hatten seit den 70er Jahren unbebaute, zur Spekulation vorgesehene Grundstücke in ihrer Nachbarschaft in Gärten für die Selbstversorgung mit Obst und Gemüse und in einen sozialen Treffpunkt verwandelt. In den

bündnisorientierten, multithematischen RTS-Aktionskonzepts benennen, die zur gegenwärtigen Abwesenheit von „Reclaim the Streets“ im öffentlichen Raum der britischen Hauptstadt beigetragen haben.

Als Quellen für die ersten drei Kapitel dienten mir neben Texten der Bewegungstheorie, solche der kritischen Herrschaftsanalyse und Aufsätze zur Forschung über Subkulturen in Großbritannien. Nach meiner Kenntnis existiert keine zusammenhängende, wissenschaftliche Darstellung der Geschichte von RTS London. Stets werden RTS-Aktionen auch in der britischen Bewegungsforschung entweder unter die Gesamtschau auf den radikalökologischen Protest der 90er Jahre gefasst oder im Kontext der globalisierungskritischen Bewegung erwähnt. Bei meiner Interpretation von RTS London stütze ich mich auf Texte von AktivistInnen, die einzelne Ereignisse reflektieren und ganz überwiegend im Internet oder in Mitteilungsblättern der DIY-Culture zu finden sind. Die einzige Ausnahme eines publizierten Aufsatzes, in dem RTS im Mittelpunkt steht, ist von John Jordan (1998). Der Aufsatz ist in der von George McKay herausgegebenen Textsammlung zur DIY-Culture erschienen.<sup>5</sup> Daneben stütze ich mich auf die Selbstdarstellung von RTS London auf seiner Homepage, auf Augenzeugenberichte von RTS-Aktionen auf den verschiedensten Webseiten, auf Flyer und Agit-Prop-Material, das RTS-AktivistInnen vor und während der Aktionen verteilt haben, auf Filmmaterial und auf Berichte der alternativen wie auch der bürgerlichen Presse. Schließlich war ich sowohl bei den Vorbereitungstreffen für den „Carnival against Capitalism“ im Winter 1999 als auch bei der „Guerilla Gardening“-Aktion am 1. Mai 2000 teilnehmender Beobachter.

---

90er Jahren sind viele dieser „Community Garden“ gegen den Widerstand ihrer NutzerInnen der Grundstücksbebauung zum Opfer gefallen.

<sup>5</sup> Vgl. John Jordan: The art of necessity: The subversive imagination of anti-road protest and Reclaim the Streets, in: George McKay (ed.): DIY culture – Party & Protest in Nineties Britain, London/New York 1998, S. 129-151

# 1 Bewegungstheoretische Ansätze und soziale Bewegungen in Großbritannien

Bei sozialen Bewegungen handelt es sich um Formen der Politik jenseits der etablierten Institutionen, die sich durch ihre Protest- und Aktionsorientierung auszeichnen. Der Auftritt auf den Straßen Londons seit 1991 wies „Reclaim the Streets“ als Bewegung aus, deren Name zugleich Programm ist. Er fiel mit dem Wiedererstarken eines ökologischen Protests in Großbritannien Anfang der 90er Jahre zusammen, der sich vor allem im Kampf gegen die Straßenbaupläne der konservativen Regierung radikalisierte. Die Schauplätze dieses Kampfes befanden sich auf dem Land aber auch in städtischen Gebieten. In der britischen Hauptstadt bezog „Reclaim the Streets“ mit Aktionen explizit Stellung gegen die „Roads for Prosperity“. Diese jüngsten Proteste stehen in der Kontinuität der Umweltbewegung, die sich seit den 70er Jahren in den meisten westeuropäischen und nordamerikanischen Gesellschaften entwickelte. Mit den parallel auftretenden Friedens-, Studenten-, Frauen-, Schwulen & Lesben- und Antirassismusbewegungen wurde die Umweltbewegung zu einem zentralen Gegenstand der Sozialwissenschaften. In den letzten Jahrzehnten haben sich die unterschiedlichsten theoretischen Ansätze zur Erklärung dieser sozialen Bewegungen herausgebildet. In meiner Arbeit geht es nicht darum, anhand der Untersuchung von „Reclaim the Streets“ die Überlegenheit einer Interpretationsvariante gegenüber allen anderen zu demonstrieren. Vielmehr möchte ich mir aus der Vielzahl der Theorien nur einige heranziehen, um im Folgenden die gesellschaftlichen Bedingungen für das Entstehen von „Reclaim the Streets“ verständlich zu machen.<sup>1</sup> Dabei lassen sich die sozialen Bewegungen in der britischen Nachkriegsgesellschaft und insbesondere die Entstehung von der Umwelt- und Friedensbewegung teilweise mit klassenorientierten Bewegungstheorien und der Feststellung eines gesellschaftlichen Wertewandels erklären. Wichtig ist aber auch der Blick auf die nationalstaatlichen Institutionen, wie ihn der Chancenstrukturenansatz nahe legt. Mit ihm können Differenzen in der Stärke,

---

<sup>1</sup> So lasse ich beispielsweise historisch-komparative Deutungen der sozialen Bewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg außer Acht. Diese verwerfen die Annahme einer Neuigkeit dieser Bewegungen und gehen von einer neuen Variante zyklisch periodisch auftretender, romantisch-idealistischer Reaktionen auf den fortlaufenden Modernisierungsprozess in den Gesellschaften aus. Vgl. Peter. L. Berger, Brigitte Berger und Hansfried Kellner: Das Unbehagen in der Modernität, Frankfurt/M. 1975. Auch auf den Ansatz, der entsprechend auf der Akteurs-ebene ein seit der Französischen Revolution immer wiederkehrendes Verlaufsmuster der oppositionellen Massenmobilisierung beschreibt, gehe ich nicht näher ein; auch wenn auf „Reclaim the Streets“-Flyern zum Vergleich der „street party“ mit historischen VorgängerInnen immer wieder ein Rückgriff auf revolutionäre Situationen, wie die des Sturms auf die Bastille, gemacht werden. Vgl. Aristide R. Zolberg: Moments of Madness. In: Politics and society 2, 183-207. In meiner Arbeit geht es mir nicht um einen geschichtlichen Vergleich, zumal die gesellschaftlichen Umstände, aus denen „Reclaim the Streets“ entstand, denkbar andere sind als die vor über 300 Jahren.

der Gestalt und dem Verlauf zwischen Bewegungen in den einzelnen Ländern berücksichtigt werden.

Die jüngste Radikalisierung des ökologischen Protests in Großbritannien gegen die Negativeffekte der Wachstumspolitik zu Beginn der 90er Jahre möchte ich mit einer Bewegungstheorie erklären, die ihren Fokus nicht so sehr auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von Protest legt, sondern stärker auf die Ebene seiner Organisation und Mobilisierung: mit dem „Resource Mobilization“-Ansatz, der vor allem in der US-Bewegungsforschung dominiert. Allerdings begründe ich die Vehemenz und die Stärke des Protests gerade mit der Nutzung von Ressourcen, die gemäß der herrschenden, politischen Rationalität als nicht besonders effektiv für die Durchsetzung von Bewegungszielen definiert werden.

### **1.1 „Irrationales Verhalten“ und „Rational Choice“**

Es existieren vielfältige Ansätze zur Erklärung von sozialen Bewegungen, wobei in der Literatur zumeist zwischen einem US-amerikanischen und einem europäischen Strang der Theoriebildung unterschieden wird.<sup>2</sup> BewegungsforscherInnen haben in den 90er Jahren zunehmend versucht, beide Stränge miteinander zu verbinden, und nicht alle Autoren haben einen ihrer geographischen Herkunft entsprechenden Ansatz entwickelt. Dennoch lässt sich die Mehrzahl der Veröffentlichungen in der Bewegungsforschung der letzten dreißig Jahre entweder der US-amerikanischen oder der europäischen Perspektive zuordnen.

US-ForscherInnen tendieren dazu, ihren Blick zuvorderst auf Protestaktivitäten im öffentlichen Raum und auf die Mobilisierung des Protestpotenzials im Vorfeld zu richten. Demgemäß geraten die individuellen und kollektiven Bewegungsakteure ins Zentrum der Analyse. Sie erklären Bewegungen nicht im Kontext eines weiter gefassten Wandels von Ideen und Werten in der Gesellschaft<sup>3</sup> Diese Beschränkung reflektiert die Tatsache, dass die US-Gesellschaft offensichtlicher durch das Nebeneinander und Überlappen verschiedener Herrschaftssysteme geprägt worden ist als Westeuropa, wo die Debatte über den „zentralen Konflikt“ eine lange Tradition hat und die Dominanz der historischen Auseinandersetzung zwischen den Klassen widerspiegelt.<sup>4</sup>

---

<sup>2</sup> Vgl. Herbert Kitschelt: *New Social Movements in West Germany and the United States*, in: *Political Power and Social Theory* Volume 5, 1985, S. 273-324. Vgl. auch Bert Klandermans/Sydney Tarrow: *Mobilization into Social Movements: Synthesizing european and american approaches*, in: *International Social Movement Research*, Vol. 1, 1988, S. 1-38.

<sup>3</sup> Vgl. Paul Byrne: *Social Movements in Britain*, London/New York 1997, S. 36f.. Vgl. Margit Mayer/Roland Roth: *New Social Movements and the Transformation to Post-Fordist Society*, in: Marcy Darnovsky/Barbara Epstein/Richard Flacks (Hrsg.): *Cultural Politics and Social Movements*, Philadelphia 1995, S. 299f.

<sup>4</sup> Vgl. Margit Mayer/Roland Roth, 1995, S. 300

Gerade am Beispiel der Interpretation der ersten Bewegung nach dem 2. Weltkrieg in den USA, dem Civil Rights Movement der Schwarzen, ließ sich feststellen, wie stark sich das Bild der USA als integrative Gesellschaft in die US-amerikanische Protestanalyse eingebrannt hatte. Angesichts der Gewaltenteilung und des föderalen Systems, die eine Machtkonzentration verhindern, angesichts der beiden maßgeblichen Parteien als lose strukturierte und unprogrammatische Organisationen, die vielfältigen Interessen von Verbänden und Lobbygruppen eine ausreichende Plattform zu bieten scheinen, hatten die WissenschaftlerInnen außerinstitutionelle Proteste mit dem Label des „Irrationalen“ versehen.<sup>5</sup> Hier ist vor allem die auf Emile Durckheim zurückgehende, ordnungstheoretische Interpretation von „Massenphänomenen“ bedeutsam, die auch zur Erklärung des Aufkommens des Faschismus herangezogen wurde. In dieser Interpretation werden „Massenphänomene“ als Ergebnis einer durch die rapide Industrialisierung und Urbanisierung verursachten sozialen „Anomie“, als Folge der damit verbundenen sozialen Entwurzelungs- und Desorientierungsprozesse begriffen. Traditionelle Bindungen würden aufgelöst, intermediäre gesellschaftliche Strukturen brächen weg und die „atomisierten“ Individuen seien in dieser Situation leicht für totalitäre Bewegungen zu mobilisieren.<sup>6</sup> Die Suggestion durch die Massensituation und Führerfiguren, die unkritische Übernahme von Emotionen und Meinungen in der Menge (Ansteckungshypothese) werden als Mechanismen bezeichnet, die eine kollektive Irrationalität schaffen. Diese stehe ganz im Gegensatz zu den Eigenschaften eines bürgerlichen Individuums – Persönlichkeit, Rationalität, Selbstbestimmung, Interessenorientierung und Emotionskontrolliertheit –, die in der Masse verloren ginge.<sup>7</sup> In einer Zeit aber, in der Interessenskonflikte in die Spielregeln institutioneller Verteilungskämpfe eingebunden seien, gelte außerinstitutioneller Protest als Ausdruck individuell „abweichenden“ oder gar pathologischen Verhaltens. Unerfüllte Erwartungen an die Gesellschaft seitens der „devianten“ Individuen führten zur Frustration und zu Ausbrüchen von Ärger. Schlichtweg fehlten ihnen die nötigen kognitiven Fähigkeiten, um ihre Forderungen innerhalb eines politischen Systems durchzusetzen, welches praktisch für alle Interessen zugänglich sei. Dies positioniere sie außerhalb der Gesellschaft.<sup>8</sup>

Mit dem Auftauchen des Civil Rights Movement zu Beginn der 60er Jahre sowie, darauf folgend, mit den Protesten gegen den Vietnamkrieg und der Studentenbewegung zeigte sich, dass Groll und Protesthaltungen innerhalb der US-Gesellschaft stärker vorhanden sind als von den Sozialwissenschaften angenommen. Gleichzeitig engagierten sich viele junge Stu-

---

<sup>5</sup> Vgl. Paul Byrne, 1997, S. 36f.. Vgl. auch Margit Mayer/Roland Roth, 1995, S. 299f.

<sup>6</sup> Vgl. Karl-Werner Brand: Neue Soziale Bewegungen: „Europäische“ Erklärungskonzepte, in: Forschungsjournal NSB, Jg. 11, Heft 1, 1998, S. 66f.

<sup>7</sup> Vgl. William Kornhauser: The Politics of Mass Society, New York, 1959

dentInnen und Beschäftigte in den Bildungseinrichtungen, die mit einer Theorie unzufrieden sein mussten, die sie selbst zu politischen und sozialen „underdogs“ stempelte.<sup>9</sup>

Die in den US-Sozialwissenschaften dominante Erklärung individuellen Verhaltens als ein grundsätzlich „rationales Handeln“, das mit geringstem Aufwand versucht, den größten Nutzen zu erreichen, wurde jetzt auch auf den außerinstitutionellen Protest erweitert.<sup>10</sup> Er dient in der Perspektive des „Rational Choice“-Ansatzes als Funktion eines individuellen Statusgewinns, der sich aber im konkreten Fall vieler TeilnehmerInnen der jüngsten Bewegungen nicht in materielle Gratifikationen übersetzen lässt, sondern soziale Anreize bieten muss. In einem Umfeld, in dem die Teilnahme an kollektiven Aktionen und die Sympathie mit den entstehenden Bewegungen gleichsam zum guten Ton avanciert, kann die damit gewonnene Anerkennung darüber hinaus jedoch auch als mögliche Investition in einen zukünftigen, materiellen Profit begriffen werden.<sup>11</sup>

Laut „Rational Choice“-Ansatz engagiert sich die Mehrheit der Individuen aber eher, wenn ihnen von einer schon existierenden Bewegung oder Bewegungsorganisation, mit zumindest einer Außenseiterchance auf Erfolg, die Plattform dazu geboten wird. Das Anfangsmoment von Bewegungen, in dem die handelnden Akteure die zukünftigen Gewinne ihres Handelns noch nicht einschätzen können, aber mit Ablehnung in der eigenen Umgebung rechnen müssen, ist mit diesem Ansatz daher schwer zu erklären. Denn die Initiatoren einer Bewegung folgen dabei anderen Motiven als dem Streben nach sozialer Anerkennung.<sup>12</sup>

Der Soziologie Anthony Oberschall (1973) hat versucht, den „Rational Choice“-Ansatz zu modifizieren, indem er den Begriff des Eigennutzes ausweitet und den Gewinn der InitiatorInnen einer Bewegung auf der Kollektivebene ansetzt. Laut Oberschall verfolgen bestimmte AkteurInnen die Verbesserung des Status einer Gruppe, die aufgrund der bestehenden Machtverhältnisse auf konventionellen Pfaden nicht zu erreichen ist, obwohl persönliches Engagement in der gegebenen Situation Nachteile bringt. Das Ziel (zum Beispiel die Integration von Minoritäten, oder der Schutz kollektiver Lebensgrundlagen) rechtfertigt in den Augen der AkteurInnen die mit dem Protest unmittelbar verbundenen, individuellen Kosten.<sup>13</sup> Der Einzelne koppelt die Gratifikation für sich selbst an den möglichen, wenn auch noch nicht absehbaren Gewinn für bestimmte gesellschaftliche Gruppen. Hier lässt sich vorwegnehmen, dass eine an

---

<sup>8</sup> Vgl. Talcott Parsons et al.: Theories of Society, Vol. 1. New York 1961, S. 75f.

<sup>9</sup> Vgl. Paul Byrne, 1997, S. 40

<sup>10</sup> Ebd., S. 41

<sup>11</sup> Vgl. D. Chong: Collective Action and Civil Rights Movement, Chicago 1991, S. 34ff

<sup>12</sup> Vgl. Paul Byrne, 1997, S. 43

<sup>13</sup> Vgl. Anthony Oberschall: Social Conflict and Social Movement, Prentice Hall, 1973



längerfristigen Strategien orientierte Rationalität nur schwer als Antrieb für ein intuitives, auf den Moment gerichtetes Handeln identifiziert werden kann. Einem solchen Handeln liegt aber aus Sicht der BewegungsakteurInnen sowohl der britische Ökoprottest der 90er Jahre als auch in der Folge „Reclaim the Streets“ zugrunde.

Im Gegensatz zur US-Bewegungsforschung, die ihren Fokus in erster Linie auf das (rationale) Handeln kollektiver und individueller AkteurInnen richtet, stellt die europäische Sozialwissenschaft den historischen Wandel der modernen Gesellschaft in den Mittelpunkt ihrer Erklärungen und begreift soziale Bewegungen zugleich als Symptom wie auch als Träger dieses Wandels.

## **1.2 Wertewandel und klassenorientierter Ansatz**

Es war zuerst Karl Marx, der ein Verständnis von sozialer Bewegung entwickelte, in dem die Arbeiterklasse als organisierter und disziplinierter Akteur der gesellschaftlichen Veränderung agierte. Bis in die 70er Jahre hinein, so Bewegungsforscher Karl-Werner Brand (1998), prägte das Modell eines historischen, um den gesellschaftlichen Kernkonflikt organisierten Trägers des emanzipatorischen Fortschritts, zumindest in Europa das linke, progressive Denken.<sup>14</sup>

Dementsprechend hat die europäische Sozialwissenschaft versucht, sich das Auftauchen beispielsweise der feministischen und ökologischen Bewegung mit einem weiter gefassten Strukturwandel in den Gesellschaften zu erklären, der durch andere Konfliktlinien als die zwischen Proletariat und Kapital geprägt wird. Die europäische Bewegungsforschung ist nicht so sehr daran interessiert wie, sondern warum Bewegungen entstehen und auf welchen kulturellen Normen sie beruhen. Aus dieser Perspektive bemisst sich die Bedeutung einer Bewegung nicht anhand ihrer Protestaktivitäten in der Öffentlichkeit, sondern an ihrer Diffusion in den Alltag, am Grad ihrer Übersetzung in neue Identitäten und Lebensstile.<sup>15</sup>

Dass die BewegungsforscherInnen auf die Ebene der Subjektivität fokussieren, ist auch das Resultat ihres eigenen Engagements in den sozialen Bewegungen der Nachkriegszeit. Sie waren Teil des akademischen Nachwuchses in den 50er und 60er Jahren, der zu dem Schluss kam, dass die Arbeiterklasse nicht mehr der von der marxistischen Theorie als „revolutionäres Subjekt“ identifizierte Träger des historischen Wandels der Gesellschaften sei. Stattdessen bewegten sich in vielen Ländern Westeuropas die StudentInnen selbst, um sich gegen den starren Autoritarismus der Älteren aufzulehnen. Ausgehend von den Analysen der

---

<sup>14</sup> Vgl. Karl-Werner Brand, 1998, S. 64f.

<sup>15</sup> Vgl. Paul Byrne, 1997, S. 37f. Vgl. auch Margit Mayer/Roland Roth, 1995, S. 300f.

Kritischen Theorie und insbesondere den Arbeiten des Philosophen Herbert Marcuse erklärten sie die Abwesenheit einer Radikalität unter den Lohnabhängigen mit deren „falschen Bewusstsein“. Die Masse der Lohnabhängigen sei mittels Manipulation durch Massenmedien, Erziehungsinstanzen und Konsum vom Pfad der Revolution abgelenkt worden. Dagegen setzten die StudentInnen eine Strategie der Aufklärung durch provokative Aktionen, der „Befreiung der Phantasie“ und der „Revolutionierung des Bewusstseins“.<sup>16</sup> Spitzten sich die Bewegungsaktivitäten im Pariser Mai 1968 zu, so führten in Westeuropa das Ausbleiben von Allianzen mit den Gewerkschaften und die von der Bevölkerungsmehrheit begrüßten staatlichen Repressionen gegen die Studenten zu einer Enttäuschung revolutionärer Hoffnungen. Die Aufmerksamkeit der BewegungsakteurInnen verschob sich in der Folge von abstrakten, politökonomischen Zusammenhängen zur Ebene des Alltags, auf der allein gesellschaftlicher Wandel konkret realisiert werden könne. In diesem Prozess differenzierten sich auch die Ansätze zur Erklärung der Gesellschaftsentwicklung und die Rolle der Bewegungen darin.<sup>17</sup>

Theorien, die das Auftauchen neuer Bewegungen mit dem Entstehen einer neuen Klasse oder Generation als Träger veränderter Wertvorstellungen zu erklären versuchen, sehen diese auf dem Weg in die postindustrielle Gesellschaft. In ihr sind die Machtverhältnisse nicht mehr zwischen den Besitzern von Produktionsmitteln und der Masse der Arbeitskräfte polarisiert.<sup>18</sup> Dank der Automation und anderer technischer Innovationen hat, so die Annahme, der Bereich der Produktion als Schauplatz gesellschaftlicher Auseinandersetzungen gegenüber dem Bereich des Wissens und der Information an Bedeutung verloren.<sup>19</sup>

Die BewegungsforscherInnen identifizieren die Akteure in den Bildungs- und Forschungseinrichtungen als Teil der so genannten „neuen“ Mittelklasse; eine Kategorie, die sie selbst mit einschließt. Das Auftauchen dieser Klasse wird den veränderten, ökonomischen Bedingungen in den Industriegesellschaften nach dem 2. Weltkrieg zugeschrieben. Während die Dominanz der „alten“ Mittelklassen auf Eigentum und Kontrolle der Produktionsmittel beruhe, verdankten die „neuen“ Mittelklassen Beschäftigungen, Status und Macht ihrem Wissen. Dies sei, so der Theorieansatz, einerseits Resultat der Expansion der Wohlfahrtssysteme: Die staatliche Verantwortlichkeit für Gesundheit, Erziehung und soziale Integration führte zu einem immensen Bedarf an Ärzten, Lehrern und Sozialarbeitern, die im öffentlichen Dienst Anstellung fanden. Auf der anderen Seite erforderte der Anspruch auf Funktionalität und Effektivität der physischen Prozesse die Ausbildung von einer größeren Zahl von Ingenieuren und Wissen-

---

<sup>16</sup> Vgl. Karl-Werner Brand, 1998, S. 65

<sup>17</sup> Vgl. Margit Mayer/Roland Roth, 1995, S. 301

<sup>18</sup> Vgl. Paul Byrne, 1997, S. 51

<sup>19</sup> Ebd., S. 48

schaftlern. Der Soziologe Claus Offe (1985) spricht dieser neuen Klasse das Wissen und die intellektuelle Fähigkeit zu, die Widersprüche der Industriegesellschaften zu erkennen und bestehende Probleme wie Umweltverschmutzung und Geschlechterdiskriminierung trotz zunehmender Bürokratisierung und staatlicher Interventionen zu lösen. Der Protest sowohl gegen die wachstumsorientierte Richtung der Politik wie auch gegen die Art und Weise ihrer Implementierung liege zwar im individuellen Interesse der Mittelklasseangehörigen, jedoch verstehen diese ihre Lösungsvorschläge als dienlich für alle Teile der Gesellschaft. Demgemäß, so Offe, lasse sich hier von der Politik einer Klasse, aber nicht von der Politik zum Nutzen einer Klasse sprechen.<sup>20</sup>

Auch der britische Soziologe Frank Parkin (1968) betont, dass altruistische Motive sowie ein hoher moralischer Anspruch und nicht das Streben nach politischer Macht die Radikalität der „neuen“ Mittelklassen kennzeichnet. Zugleich verbindet er die oppositionelle Haltung mit dem gesellschaftlichen Status der zumeist in den humanitären Sektoren Beschäftigten. Diese ArbeitnehmerInnen verfügen über einen hohen Bildungsgrad, haben aber eine geringe ökonomische Stellung inne. Allerdings birgt diese Diskrepanz keinen Automatismus für Protest. Eher bringt das Personal der neuen Sozial-, Ausbildungs- und Gesundheitsberufe jene altruistischen Motive und spezifischen Werte schon mit, die es dann im Kontext der neuen sozialen Bewegungen artikuliert.<sup>21</sup>

Die folgende Beschreibung der TeilnehmerInnen der britischen Friedensbewegung, die „Campaign for Nuclear Disarmament“ (im folgenden mit CND abgekürzt)<sup>22</sup> und der öffentlichen Reaktionen auf sie, bringt in prägnanter Form die zentralen Charakteristika der Angehörigen der neuen sozialen Bewegungen auf den Punkt: Bei ihnen handelt es sich um ein gut ausgebildetes Personal im öffentlichen Dienst mit einer postmaterialistischen und altruistischen Motivation und Rhetorik.

„The protesters were ridiculed by much of the media for being duffel-coated, sandal-wearing do-gooders. Even their most vehement critics however, could not overlook the fact that the campaign attracted well-educated people, many of whom were in relatively

---

<sup>20</sup> Vgl. Claus Offe: New social Movements: challenging the boundaries of institutional politics, in: Social Research, 1985, S. 817-68

<sup>21</sup> Vgl. Frank Parkin: Middle Class Radicalism, Manchester 1968

<sup>22</sup> Die Friedensbewegung in Großbritannien entsteht aus Protest gegen die atomare Aufrüstung des Landes im Zeichen der Systemkonkurrenz des „Kalten Krieges“. 1957 gründen pazifistisch orientierte Labour-Mitglieder mit nicht an die Partei gebundenen Intellektuellen die CND, die eine einseitige nukleare Abrüstung fordert. Sie entwickelt sich in kürzester Zeit zu einer der größten Massenbewegungen der britischen Geschichte und wird darüber hinaus zum Vorbild ähnlicher Kampagnen in anderen Ländern. Ihre bekanntesten Symbole sind die Ostermärsche und das „Peace-Symbol“, die auch in andere Länder „exportiert“ werden. Vgl. Detlef Murphy: Von Aldermaston nach Greenham Common – Politischer Protest und neue soziale Bewegungen in Großbritannien, in: Karl-Werner Brand (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA – ein sozialer Vergleich, Frankfurt/New York 1985, S. 155

high-status occupations such as teaching and the Churches. Moreover, it was clear that morality played a central part in both their motivation and their action; their arguments were couched in terms of what was good for Britain and the world, not just for themselves, and non-violence even at the expense of personal risk was a defining characteristic of their behaviour.<sup>23</sup>

Diese Beschreibung schließt an jenen Ansatz an, der in den Gesellschaften Europas einen Wertewandel vonstatten gehen sieht, der nicht ausschließlich an eine soziale Klasse gebunden ist, sondern an eine neue Generation. Der Soziologe Ronald Inglehart (1990) schreibt entlang von Datenerhebungen aus den 70er Jahren den Nachkriegsgeborenen einen Normenkanon zu, der sich signifikant von den Werten ihrer Eltern unterscheidet. Die Prosperität in Europa nach 1950 hatte dafür gesorgt, dass die breite Bevölkerung sich immer weniger um die Befriedung ihrer materiellen Wünsche Sorgen machen musste. Der Genuss relativen Wohlstands und die Abwesenheit von Krieg in ihrer Kindheit hatte zur Folge, dass die jüngere Generation mit so genannten „Bedürfnissen höherer Ordnung“ sozialisiert wurde, beispielsweise das Einfordern von Chancen für die persönliche Entwicklung jenseits der Anhäufung von Gütern oder die Ablehnung formaler Hierarchien zu Gunsten von Partizipation auf allen Entscheidungsebenen. Dies motivierte die Unterstützung der jungen Generation für die neuen sozialen Bewegungen. Der Prozess der Sozialisation nimmt für Inglehart eine entscheidende Rolle ein, denn an den in der Jugend vermittelten Werten würde der Einzelne über seine gesamte Lebensspanne hinweg relativ beständig festhalten. Damit lasse sich erklären, warum „post-materielle“ Orientierungen auch noch während der ökonomischen Rezessionen der letzten 30 Jahre eine Rolle in den modernen Gesellschaften spielen.<sup>24</sup>

### **1.3 Chancenstrukturenansatz zur Erklärung britischer Bewegungsspezifika**

Offensichtlich existieren aber auch zwischen den einzelnen, westlichen Industrienationen signifikante Unterschiede, was die Stärke und den Verlauf der sozialen Bewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg angeht.

Dafür gibt es verschiedene Erklärungsansätze. Eine Variante geht davon aus, dass die institutionellen Strukturen einzelner Staaten die Gestalt und Themen der Bewegungen, wenn nicht determinieren, so doch maßgeblich beeinflussen. Institutionen wie Parlament, Regierung, Parteien, Gewerkschaften und Verbände werden hier als Instanz der Vermittlung von Ideen und Orientierungen zwischen einem grundlegenden Gesellschaftswandel und der Mik-

---

<sup>23</sup> Vgl. Paul Byrne, 1997, S. 29

roebene des Individual- oder Gruppenverhaltens begriffen. Eine solche Perspektive erlaubt es, die europäische, auf gesellschaftliche Strukturen orientierte Bewegungsforschung mit der US-amerikanischen Theorie, die ihren Fokus auf das Handeln individueller und kollektiver AkteurInnen richtet, zu integrieren.

Der Soziologe Herbert Kitschelt (1986), ein exponierter Vertreter des Gelegenheitsstrukturansatzes, konzeptionalisiert die Chancen von Bewegungen entlang der Differenzierung politischer Systeme in „offene oder geschlossene“ sowie in „starke oder schwache“ Einheiten. Er konstatiert, dass einige politische Systeme relativ aufgeschlossen für Eingaben von außerhalb stehenden Interessen seien und umgekehrt nur einen geringen Einfluss auf gesellschaftliche Prozesse nehmen. Dies, so Kitschelt, würde die Integration von Bewegungen in Form von Lobbyismus und punktueller Wahlbeteiligung begünstigen. In Gesellschaften mit Beteiligungsformen, die Minderheitsforderungen unberücksichtigt lassen und eine starke Exekutive kennen, haben Bewegungen weniger direkte Zugangsmöglichkeiten zum politischen System und tendieren dazu, eine konfrontativere Haltung einzunehmen.<sup>25</sup> Bewegungsforscher Sidney Tarrow (1988) fügt dem hinzu, dass es für das Auftreten von sozialen Bewegungen nicht nur auf die Offen- oder Geschlossenheit eines politischen Systems ankomme. Zu berücksichtigen sei auch die Stabilität der ideologischen Ausrichtung von Parteien und des Wählerverhaltens, die Existenz potenzieller Verbündeter und Spaltungen innerhalb der herrschenden Eliten.<sup>26</sup> Mittels dieser Kategorien können die dezentralen Strukturen des politischen Systems der USA als offen für Bewegungsinhalte bezeichnet werden. Auf lokaler Ebene haben Basisinitiativen die Chance, mit ihren Anliegen auch rasche finanzielle und logistische Förderung zu erfahren, anders als in stärker zentralistisch ausgerichteten, westeuropäischen Ländern. Darüber hinaus gibt es eine lange Tradition der „charity“, der Förderung wohltätiger Organisationen durch reiche Privatleute und kommerzielle Unternehmen, in deren Rahmen sich auch Bewegungsorganisationen nach dem Zweiten Weltkrieg um Ressourcen bemühen können.<sup>27</sup>

Noch bis in die 80er Jahre hinein wurde die britische Gesellschaft aus der Perspektive des Chancenstrukturen-Ansatzes als wenig geeigneter Nährboden für die Entstehung und Erforschung konflikthafter, politischer Auseinandersetzungen charakterisiert. Großbritannien galt auf der einen Seite im akademischen wie politischen Diskurs als historische „Mutter“ des parlamentarisch-demokratischen Regierens und sein institutionelles System damit synonym als Idealtyp des demokratischen Parlamentarismus. Im „klassischen“ Land der industriellen Re-

---

<sup>24</sup> Vgl. Ronald Inglehart: *Culture Shift in Advanced Industrial Society*, Princeton 1990

<sup>25</sup> Vgl. Herbert Kitschelt: *Political Opportunity Structures and Political Protest*, in: *British Journal of Political Science* 1986

<sup>26</sup> Vgl. Sydney Tarrow: *National Protest and Collective Action*, in: *Annual Review of Sociology*, 1988

volution seien Industrialisierung, kulturelle Modernisierung und politische Demokratisierung quasi „Hand in Hand“ gegangen. Dies habe zu einer ausgeprägten „Bürger-Kultur“ auf der Grundlage von Kommunikation geführt; zu einer Kultur des Konsens und der Pluralität, die Wandel gestattet, jedoch eine mäßigende Wirkung auf ihn ausübt.<sup>28</sup> Dennoch existiert in Großbritannien eine sozialwissenschaftliche Forschung, die das Auftreten von Protesten im Land zur Kenntnis nimmt. Diese beruht auf der Beschäftigung mit dem Klassenkonflikt seit Beginn der Industrialisierung, in dem sich die Lohnabhängigen zu schlagkräftigen Gewerkschaften formierten und der 1900 zur Gründung der Labour Party führte. Klassenauseinandersetzungen verliefen in Großbritannien jedoch anders als auf dem europäischen Kontinent. Der britische Parlamentarismus sorgte mit einer langsamen Abfolge von reformerischen Konzessionen dafür, dass außer- und anti-parlamentarischer Protest rechtzeitig und dauerhaft in die Kanäle etablierter Politik gelenkt wurde. Die Verfassungsentwicklung hatte so die sich auf dem europäischen Kontinent erhebenden Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts weitgehend verhindert. Auch nach dem 2. Weltkrieg erwies sich das Protestpotenzial in seinem Aktionsrepertoire als eng verengt mit konventioneller politischer Beteiligung. Die Forschung erkannte in jüngeren Protesten keine Ablehnung des bestehenden politischen Systems.<sup>29</sup> So nahm die Studentenbewegung in Großbritannien Ende der 60er Jahre eine weitaus weniger radikale Form an als in Kontinentaleuropa. Es mangelte an einer Masse an StudentInnen, denn nur sieben bis acht Prozent eines Altersjahrgangs gingen in diesem Jahrzehnt auf die Universität und konnten ein Studium an gut ausgestatteten Hochschulen absolvieren. Unter den britischen StudentInnen richtete sich der Protest gegen eine Labour-Regierung, die sich nicht gegen den Vietnamkrieg stellte und welche die in sie gesetzten Erwartungen bezüglich eines tiefen Gesellschaftswandels enttäuschte. Doch regierte Labour weder mittels eines autoritären Präsidialsystems wie es in Frankreich bestand, noch waren die Protestierenden mit einer Notstandsgesetzgebung wie in der Bundesrepublik unter der Großen Koalition konfrontiert.<sup>30</sup>

Die Labour Party galt bis in die 80er Jahre hinein als die vornehmliche Trägerin von Forderungen aus den sozialen Bewegungen in die staatlichen Institutionen Großbritanniens. Stärker als ihre Schwesterorganisationen in Westeuropa war sie eine Bewegungspartei geblieben, was auf den massiven Einfluss der Gewerkschaften innerhalb der Labour Party zurückgeführt werden konnte. Obwohl Labour in den Phasen der Regierungsverantwortung selten

---

<sup>27</sup> Vgl. Paul Byrne, 1997, S. 46f.

<sup>28</sup> Vgl. Detlef Murphy, 1985, S. 144

<sup>29</sup> Ebd., S. 144ff

<sup>30</sup> Ebd., S. 158

Bewegungsinhalte in politisches Handeln umsetzte, schrieben die Bewegungsakteure die Partei nicht – wie in vielen anderen Ländern – als erstarrte und angepasste Organisation ab, sondern versuchten weiter über sie Einfluss auf die gesellschaftliche Willensbildung zu nehmen.<sup>31</sup> Allerdings stand die Offenheit der Labour Party in engem Zusammenhang mit der Verfasstheit des britischen Wahlsystems. Organisationen und AkteurInnen der sozialen Bewegungen wählten die Labour Party auch als Bündnispartnerin, weil neue Parteien, die sich entlang von Einzelforderungen aus den Bewegungen gründeten, angesichts des Mehrheitswahlrechts keine Chance hatten und haben, überhaupt oder in ausreichender Stärke ins Parlament zu gelangen. Umgekehrt konnte die Labour Party, genauso wie die konservative Tory Party, Themen des außerparlamentarischen Protests in ihrem Handeln unberücksichtigt lassen, wenn diese erkennbar nur von einer Bevölkerungsminderheit vorgetragen und skandalisiert wurden. Das Mehrheitswahlrecht macht das politische System Großbritanniens offen für bestimmte Bewegungen, während andere keinen oder nur in geringem Maße Zugang finden.

#### **1.4 Die britische Umwelt- und Friedensbewegung**

Die britische Umweltbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg ist in ihrer Dynamik wesentlich durch die Wachstumskrise bestimmt worden, die Großbritannien in den 60er Jahren erfasst hatte und die das Land im internationalen Vergleich hinter die Nationalökonomien Kontinentaleuropas zurückwarf. Das Thema des Anschlusses an eine moderne Industriegesellschaft bestimmte so sehr die politische Tagesordnung, dass eine Forderung nach einem „Ausstieg“ aus dem Wachstumsmodell in Großbritannien noch verwegener klang als in der Bundesrepublik.<sup>32</sup>

Unter den herrschenden Kräften bestand Konsens über die Notwendigkeit ökonomischen Wachstums, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven. Ökologische Bedenken kamen beispielsweise schwer in einer Labour-Party zu Wort, die zumindest ihrer Programmatik nach die Entwicklung einer egalitären Gesellschaft an die volle Entfaltung der Produktivkräfte gekoppelt hatte. Zwar regte sich schon im 19. Jahrhundert in der damals am stärksten industrialisierten Gesellschaft Europas vor allem in den besser situierten Schichten eine Fortschrittskritik. Dahinter stand aber auch das Bestreben, Restbestände des „guten alten Englands“, also der feudalistisch geprägten Strukturen im ländlichen Raum, mit dem Argument des Umweltschutzes vor den Ansturm des städtischen Proletariats zu bewahren.<sup>33</sup>

---

<sup>31</sup> Ebd., S. 151f.

<sup>32</sup> Ebd., S. 145f.

<sup>33</sup> Ebd., S. 145

Der Bau immer neuer Verkehrswege und Produktionsanlagen auch im Sinne der „zweiten industriellen technologischen Revolution“, die von der seit 1964 regierenden Labour Party ausgerufen und in konkrete Wachstumspolitiken umgesetzt wurde, erzeugte aufgrund der eigenen Betroffenheit bald auch bei weniger einkommensstarken und besitzenden Bevölkerungsschichten Unmut. Doch dem drückte die Existenz des wohlbestallten Establishments von Umweltverbänden einen Stempel der Mäßigung auf. Im Zuge einer konsensorientierten, administrativen Praxis entwickelten sich zwischen den Verbänden und lokalen Planungsbehörden „Insider-Beziehungen“, die mit dem „Town and Country Planning Act“ von 1968 institutionalisiert wurden. Das Gesetz sieht eine Durchführung von öffentlichen Anhörungen (public inquiries) vor, in denen Umweltverbände die Chance erhalten, die Implementation von politischen Entscheidungen zu beeinflussen.<sup>34</sup>

So bot sich für lokale Initiativen zwar die Teilnahme am staatlichen Planungsverfahren an, doch erforderte dies einen massiven finanziellen und organisatorischen Aufwand und begünstigte Expertentum. Zwar wurden die bestehenden Zugangschancen von einer Mehrheit der TeilnehmerInnen der Umweltbewegung als reformbedürftig kritisiert, dennoch erachteten sie Verfahrenseinwände und Anhörungen weiterhin als durchaus Erfolg versprechendes, zentrales Aktionsfeld.<sup>35</sup> In diesem militanzfeindlichen Rahmen tendierten auch anfänglich radikale Gruppen aufgrund geringer Mobilisierungschancen dazu, zu „Insidern“ zu werden.<sup>36</sup> Die erste unkonventionelle „direkte Aktion“ auf dem Terrain der Umweltpolitik richtete sich folglich auch nicht gegen ein lokales Bauvorhaben. Sie wurde als symbolischer Akt im Zuge einer beginnenden Debatte über die globalen Auswirkungen der auf Wachstum basierenden Wirtschaftsweise durchgeführt und kritisierte unökologische Produktionsprozesse in der Privatwirtschaft. Mitglieder der britischen Sektion der Organisation „Friends of the Earth“ (FoE), die 1969 in den USA gegründet worden war, luden im Mai 1971 rund 1.500 leere Flaschen vor dem Verwaltungsgebäude der Getränkefirma Schweppes ab, um so gegen deren Weigerung, Leergut zurückzunehmen, zu protestieren. Richard Sandbrook, damaliger, britische FoE-Direktor beschreibt, wie diese Aktion zur Dynamisierung der „Friends of the Earth“-Bewegung beitrug:

„Graham (Searle) – bless his heart – stood up at the Institute of Contemporary Arts, where they were holding a public seminar about the environment, and said: “Well I’m going to take my bottles Saturday morning over to Cadbury Schweppes”. Schweppes had just announced they weren’t going to use returnable bottles for their drinks products and

---

<sup>34</sup> Vgl. André Kaiser: Verbände und Politik, in: Hans Kastendiek/Karl Rohe/Angelika Volle (Hrsg.): Länderbericht Großbritannien, Bonn 1998, S. 232

<sup>35</sup> Vgl. Detlef Murphy, 1985, S. 187

<sup>36</sup> Ebd., S. 154f.



people had been vocal about this throughout the seminar. He said 'Anyone else who wants to do it can come along. FoE is going to organise a bottle dump on Cadbury Schweppes'... We got 50 yards of bottles quite closely set, it looked like a phenomenal sea of bottles. It made a terrific photograph. It went straight into the Sunday papers and that was that. People started ringing us up in the hundreds. We were away."<sup>37</sup>

Die Aktion hatte nicht nur ein großes Medieninteresse zur Folge. Der daraufhin einsetzende Anstieg der Mitglieder erlaubte es FoE, lokale Ableger zu gründen. FoE unterschied sich von den bisherigen Umweltorganisationen dahingehend, dass sie sich eine dezentrale Struktur mit eher informellen Kontakten zwischen autonomen Ortsgruppen und einer Öffentlichkeitsarbeit leistenden Zentrale schufen.<sup>38</sup> Die frühe FoE-Organisation konnte entsprechend ihrer Aktionsformen und Strukturen durchaus als historischer Vorläufer des Ökoprotests in den 90er Jahren gelten.

Ihr kam auch der Verdienst zu, das Thema der Atomkraft in die öffentliche Debatte zu bringen, woraufhin sich mehrere lokale Initiativen bildeten, um projektierte AKW-Bauten zu verhindern. Das Fehlen eines breiteren und radikaleren lokalen Widerstands, der als Ausgangspunkt für die Mobilisierung einer starken Anti-AKW-Bewegung hätte dienen können, erklärt Bewegungsforscher Detlef Murphy (1985) mit der Wahl der Kraftwerkstandorte. Die bereits in den 40er und 50er Jahren bestimmten Areale befanden sich in dünn besiedelten Gebieten oder in solchen mit schwacher Wirtschaftsstruktur, weshalb die örtliche Bevölkerung die Ansiedlung neuer Arbeitsplätze durch die Energieunternehmen begrüßte.<sup>39</sup> Gerade aber der Konflikt um die Kernenergie, der seinen Höhepunkt in den Besetzungen von AKW-Bauplätzen durch Hunderttausende und deren gewaltsame Räumung durch die Polizei fand, konnte als wesentlicher Motor für die Gründung ökologisch ausgerichteter Parteien in ganz Westeuropa gelten, zeigte sich doch im Vorgehen der etablierten, politischen Kräfte, gleich welcher ideologischen Ausrichtung, dass diese für die Warnungen vor lebens- und umweltzerstörenden Folgen des Wirtschaftswachstums weitgehend unzugänglich waren. Aufgrund des Mehrheitswahlrechts in Großbritannien konnten die Vertreter der Wachstumskritik dort zu keiner Zeit von der realen Chance ausgehen, ein parlamentarisches Mandat zu erreichen.<sup>40</sup> Umweltschützer und Atomkraftgegner blieben deshalb auf das Bündnis mit Labour und den Ge-

---

<sup>37</sup> Zitat von Richard Sandbrook, in: Robert Lamb: Promising the Earth, London 1996, S. 38

<sup>38</sup> Vgl. Detlef Murphy, 1985, S. 161ff.

<sup>39</sup> Ebd., S. 164f.

<sup>40</sup> Vgl. Brian Doherty, Mathew Paterson and Benjamin Seel: Direct action in British Environmentalism, London/New York, 2000, S. 15f. 1973 gründet sich die „People“-Partei. Sie will parlamentarischer Arm der Umweltbewegung werden, erscheint jedoch selbst den konservativsten Verbänden als wenig attraktiv, angesichts ihres Programms, das eine „Ökodiktatur“ als einzige Überlebenschance der Menschheit begreift. Bei den beiden Parlamentswahlen von 1974 kommt sie auf durchschnittlich 1,8 beziehungsweise 0,9 Prozent. Vgl. Detlef Murphy, 1985, S. 163f.

werkschaften angewiesen, die umgekehrt das ökologische Anliegen im Konflikt mit dem politischen Gegner, die Konservative Partei sowie die Arbeitgeber, operationalisierten.

Der Sieg der Konservativen Partei bei den Wahlen von 1979 und das massive AKW-Ausbauprogramm der Regierung Thatcher gab den Kernkraftgegnern neue Impulse und band sie zugleich noch stärker an die nun oppositionelle Labour Party. Im November 1979 wurde mit der „Anti-Nuclear Campaign“ (ANC) der erste Versuch einer landesweiten Dachorganisation der Bewegung gestartet. Ihr schlossen sich die meisten Anti-AKW-Gruppen sowie die CND an. Was die Hoffnung auf eine Bewegung nach westdeutschem Vorbild weckte, erwies sich jedoch bald als Rückfall auf den inhaltlichen Stand von 1973, als FoE die britische Atomdebatte initiiert hatte. Die Voraussetzung für ein Bündnis mit Gewerkschaften und der Labour-Party war die Beschränkung auf die Kritik an der Reaktorwahl. Das Bündnis richtete sich gegen das erste große AKW-Projekt der konservativen Regierung, das mit der Errichtung des Atommeilers Sizewell B jenen Typ US-Druckwasserreaktor übernahm, in dem das weltweit erste offiziell bekannt gegebene Kernkraftwerksunglück am US-Standort Harrisburg geschehen war. Zwar fand sich im Januar 1983 im Rahmen der „Sizewell Inquiry“ erneut eine breite Front von Einwendern – neben der ANC auch FoE – ein, doch bei einigen der beteiligten Gruppen stieß die Allianz von ANC und Arbeitervertretungen auf eine Kritik, welche die Funktion der ANC als Dachverband des gesamten Umweltprotests gefährdete. Letztlich vermochte es die Labour-Party über die ANC einen wichtigen Bewegungsteil in die herrschende parteipolitische Konfliktkonstellation zu integrieren.<sup>41</sup>

Inzwischen hatte die Organisation „Greenpeace“, deren britischer Ableger 1977 gegründet wurde, „Friends of the Earth“ als profilierteste Vertreterin der „direct action“ im Umweltbereich verdrängt.<sup>42</sup> Greenpeace setzte durch seine waghalsigen Aktionen die Schwelle der öffentlichen Aufmerksamkeit für direkte und unkonventionelle Aktionen immer höher:

„Public opinion and media perception of what was newsworthy had changed over the seventies. The Schweppes bottle dump was big news in 1971, but if we'd done it in 1981 it would probably have been completely ignored. Come the late seventies/early eighties, to get coverage of a media stunt you had to do something more dramatic.“<sup>43</sup>

Obwohl in den 80er Jahren Umweltthemen in den Medien immer präsenter wurden und die Mitgliederzahlen der Umweltgruppen weiter anstiegen, gab es nur wenig Anzeichen dafür, dass diese numerische Stärke zu einer Änderung der staatlichen Umweltpolitik führte.

---

<sup>41</sup> Ebd., S. 167f.

<sup>42</sup> Vgl. Brian Doherty, Mathew Paterson and Benjamin Seel, 2000, S. 5

<sup>43</sup> Zitat von FoE-campaigner Czech Conroy, in: Richard Lamb, 1996, S. 75

Darüber hinaus wurde die Anti-AKW-Kampagne von der erneuten Mobilisierung der Friedensbewegung nach 1979 in den Hintergrund gedrängt.<sup>44</sup> Angesichts der Verschärfung der Ost-West-Konfrontation im Gefolge der sowjetischen Afghanistan-Invasion 1979, der von US-Präsident Ronald Reagan betriebenen Politik der Stärke und der im Nato-Doppelbeschluss vorgesehenen Stationierung von insgesamt 160 Cruise Missiles in Großbritannien wuchs in der Bevölkerung die Furcht vor einem Atomkrieg. Erneut konnte die „Campaign for Nuclear Disarmament“ zu großen Demonstrationen rund um die vorgesehenen Raketenstandorte mobilisieren. Die CND hatte sich in der ersten Hälfte der 70er Jahre demokratisierte Organisationsstrukturen gegeben und wies zudem enge Verbindungen zu den Gewerkschaften und der oppositionellen Labour Party auf. Die Partei wurde während der 80er Jahre von CND-Mitbegründer Michael Foot geführt<sup>45</sup> und verstand umgekehrt die CND als Verbündete gegen die konservative Regierungspolitik des Monetarismus, des Militarismus und der Machtumverteilung zu Gunsten multinationaler Konzerne.<sup>46</sup> Trotz der personellen und programmatischen Nähe zur Labour Party verstand sich die CND als überparteiliche Organisation und unterstützte bei Wahlen unilateralistische<sup>47</sup> Kandidaten jeder Couleur. Sie ging in ihren Forderungen wesentlich weiter als die Labour Party. Während diese im April 1983 ein Referendum über die Raketenstationierung ablehnte, startete die CND Anfang 1983 ihr „Peace Canvass“, bei dem ihre Mitglieder eine eigene Volksbefragung durchführten. Im November 1982 beschloss die CND, den Austritt des Landes aus der Nato zu fordern und ihre Kampagne auf der Basis des zivilen Ungehorsams und friedlicher, direkter Aktionen zu führen. Von besonderer Bedeutung war hier die Rolle des „Greenham Common Peace Camp“, in dem nur Frauen mit gewaltlosen, direkten Aktionen wie temporären Besetzungen gegen die Raketenstationierung auf der nahen US-Basis demonstrierten. Hier bündelten sich Friedens-, Frauen- und Umweltbewegung ausnahmsweise an einem Ort. Über das gemeinsame Vorgehen sollte auf nicht-hierarchische, antipatriarchalische Weise entschieden werden. Im Jahr 1984 hielten sich dort bis zu 40.000 Frauen auf.<sup>48</sup>

Die Friedensbewegung verlor an Dynamik, nachdem im Zuge des Zerfalls des Warschauer Paktes am Ende der 80er Jahre die Gefahr eines atomaren Schlagabtausches zwischen den Supermächten gebannt schien. Der Umweltschutz blieb aber ein Bewegungsthema, das die

---

<sup>44</sup> Vgl. Brian Doherty, Mathew Paterson and Benjamin Seel, 2000, S. 6

<sup>45</sup> Vgl. Detlef Murphy, 1985, S. 169ff

<sup>46</sup> Ebd., S. 151

<sup>47</sup> ... als auf einseitige Abrüstung des Nuklearwaffenarsenal Großbritanniens orientiert

<sup>48</sup> Vgl. Paul Byrne, 1997, S. 104f.

Aufmerksamkeit der medialen Öffentlichkeit wieder auf sich zog. Ja, es konnte bald sogar von einer Konjunktur der Ökologiebewegung die Rede sein.

Unterdessen hatte die Labour Party nach ihrem verheerenden Wahlergebnis von 1983 mit nur 27,6 Prozent der Stimmen den „Modernisierer“ Neil Kinnock zum Vorsitzenden gewählt. Er entfernte in der zweiten Hälfte der 80er Jahre die Partei vom Kurs, die einseitige Abrüstung der britischen Atomwaffen anzustreben. Kinnock beschnitt den Einfluss der kämpferischen und bewegungsfreudigen Gewerkschaftsorganisationen und versuchte, dem in der konservativ dominierten Boulevardpresse gezeichneten Image der „verrückten Linken“, der „loony left“ entgegen zu steuern. Mit der sukzessiven Übernahme von wirtschafts- und ordnungspolitischen Positionen der Thatcher-Regierung verschloss sich die Labour Party auch zunehmend dem Bündnis mit außerparlamentarischen Protesten.<sup>49</sup>

## **1.5 Ressourcenmobilisierung für den Umweltprotest der 90er Jahre**

Bewegungsforscher Christopher Rootes (2000) schließt aus einer Auswertung der Berichterstattung der linksliberalen Zeitung *The Guardian* in den Jahren 1988-1997, dass eine erste Welle von Umweltprotesten nach der Wiederwahl Thatchers 1987 einsetzte. Thatcher war eindeutig dem Primat des ökonomischen Wachstums verpflichtet, und der nach ihrem Wahlsieg tatsächlich einsetzende wirtschaftliche Aufschwung zeigte sich vor allem in einer zunehmenden Prosperität Südens. Die Folge für das schon dicht besiedelte Gebiet war unter anderem eine nochmals signifikante Steigerung des dortigen Kraftfahrzeugaufkommens. Großprojekte wie der Hochgeschwindigkeitszug von London zum Kanaltunnel provozierten einen durch die Medien gut dokumentierten Protest. In den Dörfern und Städten des Südens entbrannten Konflikte zwischen EinwohnerInnen, die um die Umweltqualität ihres Wohnumfeldes besorgt waren, und Unternehmen, die ihr Geld in neue Büro und Apartmentkomplexe investieren wollten.<sup>50</sup> Die neue Bedeutung der Ökologie schlug sich im rapiden Anstieg der zahlenden Mitglieder vor allem von FoE (innerhalb eines Jahres von 31.000 auf 125.000) und Greenpeace (im selben Zeitraum von 150.000 auf 281.000) nieder. Margaret Thatcher selbst trug dazu bei, dass ökologische Sachverhalte eine neue Aufmerksamkeit erhielten, da sie im September 1988 eine Rede vor der Royal Society mit dem Bekenntnis beendete, sich für die Bewahrung des Gleichgewichts der Natur einsetzen zu wollen. Ob aus persönlicher Einsicht über den alarmierenden Zustand der Natur oder aus taktischen Gründen, bekräftigte sie dieses Bekenntnis einen Monat später auf der jährlichen Parteikonferenz

---

<sup>49</sup> Vgl. Keith Dixon: Ein würdiger Erbe. Anthony Blair und der Thatcherismus, Konstanz 2000, S. 20ff

noch einmal.<sup>51</sup> Die bleibende Besorgnis über die Umwelt drückte sich bei den nach Verhältniswahlrecht abgehaltenen Europawahlen von 1989 in einem für britische Verhältnisse sensationellen Ergebnis von 15 Prozent für die Grünen aus.<sup>52</sup>

Regierungs- und Unternehmenstüren standen für Umweltorganisationen auf einmal weiter offen und die zunehmenden nationalen und internationalen Möglichkeiten der Partizipation, wie etwa auf dem Nachhaltigkeitsgipfel in Rio de Janeiro 1992, nahmen zu und manifestierten sich in einer Unmenge von lokalen Konsultationsgruppen in Großbritannien als Folge des Gipfels.<sup>53</sup> „Friends of the Earth“ und „Greenpeace“ versuchten nun die Effizienz ihrer Strukturen zu verbessern, indem sie Managementmethoden adaptierten und Personal aus Privatunternehmen rekrutierten. FoE verlegte sich vollständig darauf, per Lobbyarbeit auf die Institutionen einzuwirken, mit einer möglichst breiten Basis von beitragszahlenden Mitgliedern als Druckmittel. „Greenpeace“ konzentrierte sich bei seinen „direkten Aktionen“ auf einzelne konkrete Themen, deren Problematisierung hohe mediale Aufmerksamkeit und damit raschen Erfolg versprach. Die im Unterhaus vertretenen Parteien beließen es jedoch bei rhetorischen Lippenbekenntnissen, anstatt eine substantielle Umweltpolitik zu betreiben. Unter Politikern herrschte die Annahme, dass sich die Bevölkerungsmehrheit nicht ausreichend für den Umweltschutz interessiere, um Maßnahmen, wie sie die Ökologen forderten, mit ihren Wahlstimmen zu honorieren.<sup>54</sup> Während der Unterhauswahl von 1992 nahmen Umweltthemen keinen besonderen Stellenwert ein. Der Wahlausgang führte zur Fortsetzung einer konservativen Regierung unter Premierminister John Major, die weiterhin der Förderung des Wirtschaftswachstums und speziell dem Ausbau der Verkehrswege verpflichtet blieb.<sup>55</sup>

Ohne eine Grüne Partei, die Umweltthemen in den parlamentarischen Gremien anzusprechen vermochte, hatten AktivistInnen, die einen ökologischen Umbau der Gesellschaft forderten, im Parlament keine Stimme. Und auch die direkt von Umweltbelastungen Betroffenen fanden kaum Gehör. Lokale Initiativen, die bestimmte Bauvorhaben auf legalem Wege verhindern wollten, besaßen keine effektiven Mittel, um investorenfreundliche Planungsentscheidungen herauszufordern. Die öffentlichen Anhörungen verursachten zu hohe Kosten und setzten

---

<sup>50</sup> Vgl. Christopher Rootes: Environmental protest in Britain 1988-1997, in: Brian Doherty, Mathew Paterson and Benjamin Seel: Direct action in British Environmentalism, London/New York, 2000, S. 47

<sup>51</sup> Ebd., S. 47f.

<sup>52</sup> Vgl. Brian Doherty, Mathew Paterson and Benjamin Seel, 2000, S. 6. Nach einigen ideologischen Häutungen nahm die „People“-Partei eine gemäßigt ökologische Position ein und benannte sich 1986 in Green Party um. Vgl. Wolfgang Rüdiger: Umwelt als politische und ökonomische Herausforderung: Eine britische Erfolgsgeschichte? In: Länderbericht Großbritannien, Bonn 1998, S. 593ff.

<sup>53</sup> Vgl. Brian Doherty, Mathew Paterson and Benjamin Seel, 2000, S. 16

<sup>54</sup> Ebd., S. 6ff

<sup>55</sup> Vgl. Christopher Rootes, 2000, S. 48

einen Rahmen, der eine grundsätzliche Kritik an der herrschenden Planungspolitik ausschloss.

Das Regierungsprogramm „Roads for Prosperity“ löste 1989 neue Proteste der britischen Umweltbewegung aus, die sich in einer Welle „direkter Aktionen“ manifestierten.<sup>56</sup> Angesichts der ungünstigen Kontext- und Gelegenheitsstrukturen für die britische Umweltbewegung, erschien die Zunahme des Protests und dessen Radikalisierung in den 90er Jahren erklärungsbedürftig. Auch im internationalen Vergleich nahm Großbritannien mit dieser Zunahme umweltschutzorientierter Proteste in den 90er Jahren eine Sonderstellung ein. Eine komparative Analyse der Umweltbewegungen mehrerer europäischer Staaten zeigt, dass sich Großbritannien in dreifacher Hinsicht von anderen europäischen Ländern unterscheidet: Großbritannien war das einzige Land, das in der Dekade von 1988 bis 1997 einen dramatischen Anstieg der Zahl von Umweltprotesten erfuhr. Nur dort wurde das Problem des Verkehrs und Transports zum zentralen Thema im Umweltbereich, und in keinem anderen Land nahm der Protest eine solch konfrontative Form an. Der Protest war sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten zu verzeichnen und umfasste einen breiteren Kreis sozialer Gruppierungen als dies eine Protestbewegung in Großbritannien jemals zuvor tat.<sup>57</sup>

Um zu erklären, warum es Anfang der 90er Jahre zu einer Radikalisierung der Ökologiebewegung in Großbritannien gekommen war, bietet der Chancenstrukturenansatz kein ausreichendes Erklärungsmuster. Die Einbindung von Umweltorganisationen in institutionelle Verfahren hätte ihm zufolge die Wahrscheinlichkeit von Protest verringern müssen. Die bestehenden Konflikte zwischen politischen Eliten entzündeten sich nicht an Umweltthemen.

Im Folgenden möchte ich daher einen Erklärungsansatz zu Rate ziehen, der sich wieder stärker auf die Mobilisierungsebene, also auf das „Wie“ der Bewegung konzentriert. Das Forschungsinteresse richtet sich hier auf die Frage, warum sich nur bestimmter Unmut in einer Bewegung Bahn bricht und anderer nicht. Die Antwort darauf glauben Sozialwissenschaftler mit der so genannten „Resource Mobilisation“ gefunden zu haben, also in der Verfügbarkeit und dem Gebrauch von Ressourcen.<sup>58</sup> Im Ressourcenmobilisierungsansatz wird eine permanente Konkurrenz sowohl zwischen Bewegungen als auch zwischen einzelnen Bewegungsorganisationen um knappe Mittel wie Finanzen, Material, investierte Zeit, Arbeitskraft und kog-

---

<sup>56</sup> Vgl. Brian Doherty, Mathew Paterson and Benjamin Seel, 2000, S. 7f.

<sup>57</sup> Studie von Christopher Rootes: Environmental Protests in Seven European Union States, interim report to European Commission DG XII on Contract ENV4-CT97-0514, Centre for the study of Social and Political Movements, University of Kent at Canterbury. Vgl. Christopher Rootes, 2000, S. 51ff

<sup>58</sup> Vgl. Paul Byrne, 1997, S. 40

nitiven Fähigkeiten der TeilnehmerInnen sowie die Hilfe sympathisierender Kräfte innerhalb der Gesellschaft angenommen.<sup>59</sup>

Der Ansatz begreift das Entstehen und die Erfolge von Bewegungen als Resultat der effektiven Nutzung von Ressourcen. Nach einem Anfangsmoment der Mobilisierung aufgrund von Unzufriedenheiten geschehe es unweigerlich, dass sich einzelne Bewegungsakteure professionalisieren und formelle Organisationsstrukturen einführen. Mehr und mehr würden die Bewegungen die Strategie des Protests zu Gunsten einer konventionelleren Teilnahme an der politischen Willensbildung aufgeben, denn dies ermögliche ihnen einen größeren Sympathiegewinn in der Gesellschaft sowie das Verfolgen längerfristiger Kampagnen. Die Chancen auf finanzielle Unterstützung durch die Institutionen würden steigen. Gleichzeitig reduzierten sich die „Kosten“ der einzelnen Anhänger, beispielsweise die Gefahr, verhaftet und juristisch belangt zu werden, da sich die Bewegung auf eine legale Praxis beschränke. Der Einzelne würde auch nicht mehr mit dem zeitraubenden Problem einer kontinuierlichen Bewegungsaktivität belastet, wenn diese durch bezahlte Kräfte gewährleistet werden könne.<sup>60</sup>

Die britische Umweltbewegung der 90er Jahre verhielt sich jedoch genau entgegengesetzt zu dieser Verlaufsbeschreibung. Sie verließ den Pfad einer zunehmenden Professionalisierung und setzte stärker auf lokale und informelle Strukturen. Zudem nutzte sie nun weniger Lobbyarbeit und Fundraising als vielmehr die Ressource der unbezahlten Arbeitskraft vieler Bewegungsangehöriger. Nicht zuletzt erlangte sie ihre Dynamik durch die Bereitschaft von AktivistInnen, sich der Gefahr für die eigene Gesundheit und der Strafverfolgung auszusetzen. Darüber hinaus ließ sich statt von einem Wettbewerb um Ressourcen, zumindest innerhalb der Umweltbewegung, von einer Kooperation zwischen den Organisationen sprechen. Wurde der radikalisierte Protest zwar meist außerhalb der etablierten Bewegungsgruppen durchgeführt, nahmen diese jedoch in der Folge eine Revision ihrer Institutionalisierung vor, um Anschluss an die radikaleren Gruppen zu gewinnen.<sup>61</sup>

Viele Umweltschutzorganisationen konzentrierten nach Bekanntwerden der neuen Straßenbaupläne 1989 ihre Arbeit auf Kampagnen zum Thema Transportpolitik. Schon im gleichen Jahr riefen sie den „Transport Activists' Roundtable“ ins Leben, um die Koordination von einzelnen Kampagnen zu verbessern. 1990 gehörten ihm neun Gruppen an, darunter auch FoE und „Greenpeace“. 1993 kam „Alarm UK“ hinzu, ein Netzwerk von lokalen Initiativen betrof-

---

<sup>59</sup> Vgl. John McCarthy and Mayer N. Zald: Resource Mobilisation and Social Movements, in: American Journal of Sociology, 1977

<sup>60</sup> Vgl. R. Dalton, M. Kuechler and W. Burklin: The Challenge of New Movements, in: R. Dalton and M. Kuechler: Challenging the Political Order, 1990, S. 9

<sup>61</sup> Vgl. Brian Doherty: Manufactured vulnerability – Protest camp tactics, in: Brian Doherty, Mathew Paterson and Benjamin Seel: Direct action in British Environmentalism, London/New York, 2000, S. 62

feiner Bevölkerungen. Sie publizierten eine gemeinsame Antwort auf das Planungspapier der Regierung und betitelten diese mit „Roads to ruin“. Lokale Initiativen gegen dieses Programm erkannten bald, dass sie größere Erfolgchancen hätten, wenn sie den örtlichen Widerstand gegen die geplanten Projekte außerhalb des formellen Entscheidungsprozesses aufbauten. Der politische Ausschluss war jene geteilte Erfahrung, welche die Basis für Allianzen zwischen den örtlichen Gegnern von Entwicklungsprojekten und radikaleren „direct action“-Gruppen bot.<sup>62</sup> Darüber hinaus konnte in der Folge auch von einer Konvergenz verschiedener Bewegungen gesprochen werden. Dort wo sich der Umweltprotest im städtischen Raum zu artikulieren begann, mündete er in Oppositionen, die verschiedenste Problematiken auch jenseits ökologischer Belange in ihren Handlungen sichtbar machten und weiter gefasste Vorstellungen alternativer Politiken artikulierten. Dies möchte ich im nächsten Kapitel am Beispiel der „No M11 Link Campaign“ näher beleuchten.

## **1.6 „Direct action“ radikaler Umweltschützer**

Als erster personeller Zusammenhang, der neue Formen von „direct action“ in Großbritannien nutzte, gilt „EarthFirst!“. Beeinflusst von den schon 1980 in den USA entstandenen aktionsorientierten „EarthFirst!“-Gruppen, gründete eine Handvoll von AktivistInnen, die sich von ihrer bisherigen Mitarbeit in Umweltgruppen und Friedensinitiativen desillusioniert zurückgezogen hatten, einen britischen Ableger. Zunächst fokussierte EF! auf das Thema der Zerstörung des Regenwalds. Um die Jahreswende 1992/93 begann sich EF! auf den Protest gegen das „Roads for Prosperity“-Straßenbauprogramm zu konzentrieren. Die „No M3 Campaign“ in Twyford Down, Hampshire trug zur Radikalisierung der Umweltbewegung bei und prägte die Aktionsformen von EF! für die folgenden Jahre.<sup>63</sup>

Die „No M3 Campaign“ wird von George McKay als exemplarischer Fall für eine Allianz von Bewohnern vor Ort und radikalisierten Umweltschützern beschrieben. Schon seit 20 Jahren kämpften lokale Gruppen in Anhörungsverfahren und vor Gericht gegen den Autobahnbau, mit Hilfe der nationalen Sektion von „Friends of the Earth“ und einer großen lokalen Umweltschutzgruppe, die „Twyford Down Association“. Trotz der Tatsache, dass es sich bei dem Bauabschnitt um ein Gelände unter Naturschutz und von archäologischer Bedeutung handelte, begannen im Februar 1992 die Bulldozer ihre Arbeit und sahen sich unerwartet dem ge-

---

<sup>62</sup> Vgl. Brian Doherty, Mathew Paterson and Benjamin Seel, 2000, S. 8f.

<sup>63</sup> Ebd., S. 9



meinsamen Widerstand von jungen „EarthFirst!“-AktivistInnen und 70-jährigen Tory-Wählern gegenüber.<sup>64</sup>

Der Verlauf der radikalisierten Umweltbewegung wurde wesentlich davon bestimmt, wie umstandslos die Polizei und Räumtrupps den jeweiligen Strategien der Naturschützer eigene Mittel entgegensetzen konnten. Doherty charakterisiert die „direkten Aktionen“ auf der Baustelle des M3 und andernorts als regelrechten Belagerungskrieg. Die frühen Erfolge auf dem Trassengelände von Twyford Down wurden mit der Unterbrechung der Bauarbeiten durch überraschende Platzbesetzungen erzielt. Aufgrund der Arbeitsschutzgesetze wurden die Bauarbeiter dazu gezwungen, die Arbeit zu stoppen. Oft waren AktivistInnen auch damit erfolgreich, sich an Bulldozern anzuketten. Diese Taktiken konnten mit einer erhöhten Anzahl von Sicherheitsdienstleuten verhindert werden, doch damit potenzierten sich wiederum die Kosten für die Bauunternehmer. Die Einführung neuer Gesetze, die Arbeitsunterbrechungen mit Strafverfolgung belegen, trieb den Preis für das Engagement der AktivistInnen in die Höhe. Daraufhin wurde die Besetzung von Häusern und Bäumen verstärkt.<sup>65</sup>

Gehörte das Sitzen im Baum schon in den späten 70er Jahren zur Praxis des Umweltprotests in Australien und den USA, so konnte der Einsatz von Baumhäusern als Innovation der britischen Ökobewegung in der ersten Hälfte der 90er Jahre gelten. Baumhäuser bieten die Möglichkeit, Güter des täglichen Bedarfs zu lagern, vor einem überraschenden Handeln der Räumtrupps sicher zu sein und sich längere Zeit zu Wehr zu setzen.<sup>66</sup>

Während die Räumung jeweils der Kulminationspunkt einer Kampagne war, bestand diese aber auch aus anderen Ereignissen. Neben der Verteidigung eigener Stellungen, wurden Ausflüge ins gegnerische Terrain unternommen. Die Büros der Bauleiter wurden besetzt und demoliert und die Aktionärsversammlungen der in den Projekten involvierten Firmen gestört.<sup>67</sup>

Die Entwicklung immer neuer Techniken des Widerstands und der Verzögerung von Räumungen waren die signifikantesten Innovationen des radikalökologischen Protests in Großbritannien. Einige dieser Techniken wurden in abgewandelter Form schon von Ökoaktivisten in den USA und Australien benutzt. Eine neue Strategie sowohl im weltweiten als auch im britischen Kontext stellte jedoch die Untertunnelung der Bauplätze dar. Die AktivistInnen gruben

---

<sup>64</sup> Vgl. George McKay: *Senseless Acts of Beauty – Cultures of Resistance since the Sixties*, New York/London 1996, S. 135f.

<sup>65</sup> Vgl. Brian Doherty, 2000, S. 62ff

<sup>66</sup> Bei der Räumung von Baumhäusern in Newbury und Manchester kam es zu Konfrontationen zwischen Räumtrupps und AktivistInnen, bei denen letztere Fluor, Urin und Desinfektionsmittel gegen ihre Gegner einsetzten. Hier ermöglichte es der Kirschkpflückerkran den Beamten, Protestierende von Bäumen und Dächern von einer Höhe bis circa 20 Meter zu holen, Ebd., S. 65f.

<sup>67</sup> Ebd., S. 65

sich unter einer Straße für Baufahrzeuge ein. Damit verunmöglichen sie es den Räumtrupps, mit schwerem Gerät die Protestcamps zu beseitigen, da dies einen Einsturz der Tunnel herbeiführen würde. So dauerten die Räumungen der Untertunnelungen am Erweiterungsbau des Manchester Airport im Mai 1997 und September 1999 sowie am Bauplatz für ein Entertainment-Center im Londoner Stadtteil Crystal Palace Anfang 1999 jeweils über zwei Wochen. In einigen Fällen unternahmen die Räumtrupps wenig, um die AktivistInnen aus den Tunneln zu vertreiben, vielmehr wurde deren Ermüdung oder das Auftreten von Klaustrophobien abgewartet.<sup>68</sup>

Während die Techniken der UmweltschützerInnen anfangs Konfusion erzeugten und eine Bauverzögerung zu verursachen vermochten, waren die Behörden am Ende der Dekade dazu fähig, diese Techniken in ihre Planungen mit einzukalkulieren. Darüber hinaus zwang jede eigene Innovation die AktivistInnen dazu, neue Risiken in Kauf zu nehmen. Nur die Engagiertesten wagten es, sich in einem selbstgebauten Tunnel anzuketten. Dies hatte den Effekt, dass sich die mediale Aufmerksamkeit auf heroische Aktionen von Einzelpersonen fokussierte.<sup>69</sup> Weniger Wagemutige schreckten vor den möglichen Risiken des Engagements zurück oder wollten nicht in die Rolle von Wasserträgern und Bewunderern gedrängt werden.

Die Aktionsformen, die von den Ökoradikalen benutzt wurden, lassen sich als Herstellung der eigenen Verletzlichkeit charakterisieren. In einer liberalen Demokratie sind UmweltschützerInnen allein aufgrund ihrer ideologischen Haltung keinesfalls der Gewalt von Gegnern oder Behörden schutzlos ausgeliefert. Auch hatten sich Taktiken der Blockade durch BewegungsakteurInnen und der polizeiliche Umgang mit ihnen in den letzten Dekaden routinisiert und formalisiert. Wie können vor diesem Hintergrund UmweltschützerInnen in einer Weise Widerstand leisten, die nicht nur ihre Effektivität maximiert, sondern auch den Kontrast zwischen einer polizeilichen Brutalität und der eigenen moralischen Überlegenheit verstärkt? Der Einsatz körperlicher Verletzbarkeit geht über funktionale Aspekte hinaus. Möglichst in die Länge gezogen, soll er Macht sichtbar machen, während er die Mächtigen zur Veränderung ihrer Politik drängt. Die britischen Umweltschützer hatten damit in zweifacher Hinsicht Erfolg: Sie konnten Räumungen oftmals um Wochen verzögern, im Gegensatz zu den paar Stunden, die eine Beendigung normaler Sitzblockaden dauerte, und sie erhöhten die ökonomischen und politischen Kosten des Straßenbaus substanziell. Nicht zuletzt war es ihnen auch möglich, eine Dauerperformance des eigenen moralischen Engagements für die Medien aufzuführen.

---

<sup>68</sup> Ebd., S. 68ff

<sup>69</sup> Ebd., S. 70

ren. Diese wurden von der epischen Qualität der Konfrontation gefesselt, in der sich spannungsvolle Höhepunkte mit Phasen der Ruhe und Entspannung abwechselten.<sup>70</sup>

Die Resonanz der „direct action“ bei breiten Teilen der britischen Mittelschicht zeigte sich nicht nur beim Protest gegen den Straßenbau, sondern auch insbesondere bei der Kampagne gegen Tiertransporte 1994 und 1995, bei der mehrere Häfen blockiert wurden, um die Einfuhr von lebendem Vieh zu verhindern. Hier waren „direct action“-Gruppen bei der Mobilisierung der Bevölkerung vor Ort besonders erfolgreich. Bei den älteren UnterstützerInnen der BlockiererInnen, erstarkte ein Sinn für kollektive Energie, der sich der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg bediente, so McKay. Ungewöhnliche Allianzen konnten sich nun zwischen radikalen ÖkologInnen sowie „honorigen“ DorfbewohnerInnen und Großgrundbesitzern bilden; sehr zum Verdruss der konservativen Regierung. Von den Umweltschützern wurde „direct action“ daher auch als Möglichkeit begriffen, alte Feindschemata zu überwinden, die sich als oftmals hinderlich für die eigenen Ziele erwiesen hatten.<sup>71</sup>

Bewegungsforscher Wallace McNeish (2000) setzt jedoch der weitverbreiteten Annahme des generellen Schulterchlusses zwischen militanten Umweltschützern und Konservativen mit NIMBY- („Not in my backyard“)-Haltung entgegen, dass die meisten lokalen UnterstützerInnen von „direct-action“-Gruppen schon vor den Straßenbauprotesten Mitglieder in Umweltorganisationen gewesen waren, namentlich von FoE. Die Mitglieder von „Alarm UK“, das nationale Netzwerk der lokalen „anti-roads“-Gruppen, bezeichnet McNeish als Angehörige der neuen Mittelschichten, die sich selbst für links orientiert, wenn auch nicht sozialistisch halten.<sup>72</sup> Rootes stellt fest, dass die Geschlossenheit des politischen Systems gegenüber ökologischen Themen, lokal Betroffene geradezu in die Arme von radikalen AktivistInnen getrieben hatte. Dies führte zu den außerordentlichen Bildern von Mittelklasse-Hausfrauen und Pensionären, die Baumhausbewohnerinnen, ProtestcamperInnen und AktivistInnen in Tunnelverstecken mit Tee und Biskuits versorgten.<sup>73</sup>

Das Abrücken der Regierung vom Straßenbauprogramm konnte nicht als unmittelbarer Erfolg der „direct action“ gewertet werden. Die Zunahme des außerparlamentarischen Protests wurde von einem signifikanten Wandel der öffentlichen Meinung über die Regierungspolitik begleitet und von einer verstärkten Opposition konservativer Parlamentsabgeordneter und Ortsverbände in direkt vom Straßenbau betroffenen Wahlkreisen. Rootes stellt fest, dass die

---

<sup>70</sup> Ebd.

<sup>71</sup> George McKay, 1996, S. 132f.

<sup>72</sup> Vgl. Wallace McNeish: The vitality of local protest: Alarm UK and the British anti-roads protest movement, in: Brian Doherty, Mathew Paterson and Benjamin Seel: Direct action in British Environmentalism, London/New York, 2000, S. 183ff

<sup>73</sup> Christopher Rootes, 2000, S. 49

Ausbrüche von „direct action“ als sichtbare Symptome einer weit verbreiteten Unzufriedenheit mit der Regierung bewertet werden müssen. Die Berichterstattung über die „direct action“ diene der Dramatisierung und Verstärkung dieser Unzufriedenheit, weil sie dem Thema des Straßenbaus eine längere Zeit ihre Aufmerksamkeit schenkte, als dies der Fall gewesen wäre, hätten die Medien sich allein auf die Verlautbarungen von Parlamentariern oder die konventionelleren Proteste betroffener Anwohner stützen müssen. Die Neuheit der Allianzen, die zwischen Ortsansässigen und radikalen ÖkoaktivistInnen geschmiedet wurden, und die evidente öffentliche Sympathie für StraßenbaugegnerInnen, beförderten eine mediale Präsenz, die der „direct action“ eine bisher nicht gekannte Legitimität verliehen und die zu ihrer Ausbreitung mit beigetragen hatte.<sup>74</sup>

## 1.7 Zusammenfassung

In diesem Kapitel habe ich Theorieansätze der sozialwissenschaftlichen Bewegungsforschung vorgestellt, um sie für die Erklärung sozialer Bewegungen in Großbritannien seit dem Zweiten Weltkrieg heranzuziehen. US-amerikanische „Rational Choice“-Ansätze interpretieren Protestverhalten in modernen demokratischen Gesellschaften in erster Linie aus dem individuellen und kollektiven Handeln von Bewegungsakteuren. Wie ich gezeigt habe, greift die implizite Annahme, Protest sei stets Instrument zum eigenen Nutzen, aber zu kurz, werden die Inhalte näher beleuchtet, an denen sich die Konflikte im Westeuropa und in den USA der Nachkriegszeit entzündeten. Der Einsatz für sie entspringt oftmals altruistischen Absichten, wie sie zum Beispiel die Akteure der britischen Friedensbewegung demonstrieren.

Der europäische Strang der Bewegungsforschung erklärt dagegen die aufkommende Sorge um den Frieden, die Umwelt, die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Berücksichtigung pluraler Identitäten und die Demokratisierung der Institutionen im Kontext weiter gefasster Gesellschaftsentwicklungen. Nicht mehr die Arbeiterklasse gilt als das Subjekt des historischen Wandels, als dessen Träger werden entweder die neuen Mittelschichten im expandierenden Sektor der Sozial-, Bildungs- und Dienstleistungsberufe oder die im Nachkriegswohlstand aufwachsende, junge Generation identifiziert. Die Gründe für deren Mobilisierung können sowohl postmaterialistische Werte aber auch neue Bedrohungen und Spaltungslinien sein. Erkennbar zeigen sich hier jedoch Unterschiede in einzelnen Ländern. So war in Großbritannien die Umweltbewegung in den 70er und 80er Jahren weitaus schwächer als etwa in der Bundesrepublik. Als Erklärungshilfe hierfür kann der Chancenstrukturenansatz dienen. Er nimmt die politischen Institutionen in den Blick, um nationalstaatliche Differenzen zu erklä-

---

<sup>74</sup> Ebd.

ren. Demnach erschwert das Mehrheitswahlrecht in Großbritannien den Einzug einer ökologisch orientierten Partei, zumal andere Bewegungsthemen, die sich in einer solchen Partei bündeln könnten, besonders in den 70er und 80er Jahren von der Labour Party aufgegriffen wurden. Jedoch selbst in der Phase schärfster Polarisierung zwischen Labour und den Konservativen herrschte Konsens über eine Wachstumspolitik. Substanzieller Umweltschutz blieb auch bei Labour ein Lippenbekenntnis. Auf administrativer Ebene kanalisiert langwierige Anhörungsverfahren, Expertentum und die formelle Einbindung von Bewegungsorganisationen weitergehende Proteste. Obwohl keinerlei förderliche Chancenstrukturen vorhanden waren, entflammte in den 90er Jahren eine Welle radikaler Umweltproteste. Dies konnte auf die eigene Betroffenheit durch Negativeffekte des Wachstums bei verschiedensten Teilen der Bevölkerung zurückgeführt werden. Möglich wurde die Vehemenz aber auch, weil neue Ressourcen zur Verfügung standen, vor allem Zeit, Risikobereitschaft und Phantasie von Umweltgruppen, die sich der „direct action“ verschrieben hatten. Diese schlossen beim Protest gegen den Straßenbau im ländlichen Raum neue Allianzen mit der örtlichen Bevölkerung. Im städtischen Raum konnte sogar eine Konvergenz der Umweltproblematik mit Themen anderer Bewegungen beobachtet werden, wie sich am Beispiel der „No M11 Link Campaign“ in Ostlondon zeigen lässt, die im Mittelpunkt des nächsten Kapitels steht.

a/b: 'No M11 Link Campaign' – Baugerüstturm 'Dolly' in der besetzten Claremont Road in Ostlondon, 1994



b



a

## 2 Von der ökologischen zur städtischen Bewegung

1991 fanden in London erste Aktionen unter dem Label „Reclaim the Streets“ statt, die von einer kleinen Gruppe im Zuge des erstarkenden Protests gegen das Straßenbauprogramm der Regierung durchgeführt wurde. „Reclaim the Streets“ wurde schließlich vom sich zuspitzenden Konflikt um den seit vier Jahrzehnten geplanten Autobahnzubringer M11 Link im Osten der Stadt absorbiert. Im folgenden Kapitel beschreibe ich den Protest gegen die Straße als einen Kampf, der sich nicht exklusiv dem Schutz der Umwelt verschrieben hat, sondern die Forderung nach einem „alternativen“ städtischen Leben artikuliert. Die „No M11 Link Campaign“ ist als eine urbane Bewegung zu verstehen, weil sie sich auf die Lokalität bezieht und anderen Mustern des Verlaufs gehorcht als die „typischen“ neuen sozialen Bewegungen. Ich werde die Radikalisierung städtischer Bewegung als Reaktion auf die Negativfolgen der wohlfahrtsstaatlichen Raumplanung und Interventionen in die Lebensweisen der Individuen beschreiben. Die Zuspitzung von Auseinandersetzungen um große Bauprojekte oder die Qualität sozialer Dienste sind im Laufe der 70er Jahre in vielen Ballungszentren der westlichen Welt zu beobachten. Der Soziologe Alain Touraine (1986, 1988) beschreibt diese Auseinandersetzungen als Teil eines gesellschaftlichen Zentralkonflikts um die Selbstbestimmung von Zeit und Raum. Während in Touraines Bewegungsansatz Verteilungskämpfe eine nachgeordnete Rolle spielen, möchte ich die konservative Politik unter Regierungschefin Thatcher nach 1979 als Absicherung eines Klassenkampfes definieren, in dem das Kapital offensiv versuchte, gegenüber den organisierten Lohnabhängigen an Macht zurück zu gewinnen. Dieser Vorstoß erfolgte nicht nur über die Gesetzgebung, sondern auch über einen Wertediskurs, der eine Renaissance von Leistungsbereitschaft, Selbstverantwortung und Kreativität propagierte. Ich möchte zeigen, dass die von den konservativen Regierungen forcierte Politik der Deregulierung und Tertiärisierung der Ökonomie sowohl den nationalen wie auch den städtischen Raum verändern. Insbesondere London entwickelte sich seit Ende der 70er Jahre zum Sitz von Schaltstellen der globalisierten Ökonomie und erfuhr eine starke Polarisierung seiner Beschäftigungs- und Sozialstruktur. Das Wachstum der Metropolenfunktion Londons auf Kosten der Bedürfnisse einkommensschwacher Bevölkerungen können als Ursache für die Entstehung von neuen urbanen Bewegungen wie die „No M11 Link Campaign“ und „Reclaim the Streets“ verstanden werden.

### 2.1 Von “Reclaim the Streets” zur “No M11 Link Campaign”

Seit Herbst 1991 fanden in London erste Protestaktionen unter dem Motto „Reclaim the Streets“ statt, die sich wie die Protestcamps und Baustellenbesetzungen im ländlichen Raum

gegen das Straßenbauprogramm „Roads for Prosperity“ der konservativen Regierung von John Major richteten. Eine kleine AktivistInnengruppe blockierte die Park Lane mit einem zertrümmerten Auto, dass die baldige Ankunft von „Car-mageddon“ ankündigten sollte. In nächtlichen Aktionen markierte sie Fahrradwege auf Londoner Straßen. Sie störte 1993 die Autoausstellung „Earls Court Motor Show“ und gestaltete Werbeplakate für Automarken im ganzen Stadtraum um.<sup>1</sup> In einem Flugblatt nannte sie die Ziele, für die sie eintrat: “FOR walking, cycling and cheap, or free, public transport, and AGAINST cars, roads and the system that pushes them.”<sup>2</sup>

1993 nahmen diese ersten RTS-AktivistInnen an der „No M11 Link Campaign“ teil, die gegen den Bau eines Autobahnzubringers im Osten Londons kämpfte.<sup>3</sup> Wie in Twyford Down protestierten auch dort schon seit 20 Jahren lokale Initiativen gegen eine Autobahnerweiterung. Dem M11 Link sollten ein alter Forst und rund 350 Gebäude eines traditionellen Arbeiterklassenviertels weichen. Geplant war, mehrere tausend Menschen umzusiedeln. Die geschätzten Kosten für den Bau beliefen sich auf 40 Millionen Pfund. AutofahrerInnen sollten mit dem Zubringer ganze sechs Minuten Fahrzeit einsparen können, und schon vor der Öffnung attestierten die Behörden, dass der Zubringer schnell an den Rand seiner Kapazität gelangen würde, was den Bau weiterer Schnellstraßen implizierte. Weder Demonstrationen und Unterschriftensammlungen durch die betroffenen BewohnerInnen noch Anhörungsverfahren konnten verhindern, dass im September 1993 im Vorort Wanstead Arbeiter einer Baufirma auftauchten, um die Bäume entlang der vorgesehenen Trasse zu fällen.<sup>4</sup> Einer der Kastanienbäume rückte nun ins Zentrum des Protests und symbolisierte alles, was unter der Bedrohung durch die Autobahn stand: Nicht nur die Natur selbst, sondern auch die Gesundheit der Stadtbewohner, die eng mit den Quartieren verknüpften Biographien der Menschen, die nun umgesiedelt werden sollten und nicht zuletzt die Möglichkeit des Mitspracherechts an politischen Entscheidungsprozessen. Jeden Abend versammelten sich radikale UmweltschützerInnen und lokale AnrainerInnen sowie BesetzerInnen eines zum Abriss vorgesehen Hauses in der Nachbarschaft am Lagerfeuer neben dem Kastanienbaum.<sup>5</sup> An ihm wurde ein Briefkasten angebracht. Er erhielt eine Adresse und schrieb Rechtsgeschichte. In einem Präzedenzfall erkannten die Gerichte die Hütte in seinen Ästen als Behausung an und billigten ihren Be-

---

<sup>1</sup> Vgl. Del Bailie: Reclaim the Streets! In: *Do or Die*, no. 6, 1997, S. 1, im Internet: <http://www.eco-action.org/dod/no6/rts.htm>

<sup>2</sup> Aus einem RTS-Flugblatt um 1991, zitiert von Del Bailie, 1997, S. 1

<sup>3</sup> Vgl. Del Bailie, 1997, S. 1

<sup>4</sup> Vgl. John Jordan, 1998, S. 131f.

<sup>5</sup> Vgl. George McKay, 1996, S. 148ff



wohnern die für Besetzer geltenden Rechte zu.<sup>6</sup> Demgemäß musste nach einer ersten erfolgten Postzustellung die Räumung der BewohnerInnen des Baumhauses und des Platzes um die Kastanie gerichtlich angeordnet werden.<sup>7</sup>

Nach dem Fall der Kastanie wurde der Protest gegen den M11 Link vor allem durch unzählige temporäre Besetzungen von den zum Abriss vorgesehenen Gebäuden geprägt, die jeweils mit der gewaltsamen Räumung durch die Polizei endeten. Über einige Wochen hielten sich im Winter 1993 die DemonstrantInnen in den Häusern des so genannten „Independent Free Area of Wanstonia“, im Frühling und Sommer 1994 wurden die Besetzer camps „Leytonstonia“ und „Euphoria“ geräumt. Im Juli 1995 schließlich fiel das letzte Haus auf der Bautrasse den Bulldozern zum Opfer.<sup>8</sup> Mit jeder neuen Besetzung und Räumung verlagerte sich der Protest weiter in Richtung Londoner Stadtzentrum und konzentrierte sich schließlich in der Claremont Road. Der gesamte Straßenzug mit einer Häuserreihe von 35 Gebäuden wurde von StraßenbaugegnerInnen okkupiert.<sup>9</sup> Sie sperrten die Straße für den Autoverkehr. Auf ihr konnte nun gesessen, gespielt, getanzt und selbst geschlafen werden. Permanent wurden drinnen wie draußen Objekte installiert und errichtet, die weder allein als Kunstwerk noch ausschließlich als Räumungshindernis gelten konnten. Zum Wahrzeichen wurde ein 100-Fuß hoher, weithin sichtbarer Baugerüstturm (siehe Abb. a. und b. auf S. I), der aus einem der Hausdächer ragte und die Räumung der AktivistInnen wesentlich erschweren sollte. Zahlreiche Partys und Diskussionsveranstaltungen sowie die Einrichtung zweier Cafés machten die Claremont Road zum Anziehungspunkt für Personen über Londons Umweltschützer- und Hausbesetzerszene hinaus. Im November 1994 wurde die Claremont Road in einer viertägigen Aktion unter Einsatz von 1300 Polizisten geräumt. Zahlreiche Personen hatten sich dabei an Schornsteine angekettet, in Kellerräume eingegraben oder in den Käfig auf dem Baugerüstturm eingeschlossen. Die Räumung kostete das Transportministerium rund 2 Millionen Pfund.<sup>10</sup>

## 2.2 Bewegungen im Urbanisierungsprozess

Obwohl genau wie in Twyford Down auch in Ostlondon der Bau einer Schnellstraße zum Auslöser einer längerfristigen und gegen Ende eskalierenden Protestkampagne wurde, unterscheiden sich beide Konflikte wesentlich voneinander. Definierte sich im ländlichen Gebiet die Opposition gegen die Straße zuvorderst über ihre Sorge um den Erhalt der Natur, so

---

<sup>6</sup> Vgl. John Jordan, 1998, S. 131f.

<sup>7</sup> Vgl. George McKay, 1996, S. 148ff

<sup>8</sup> Vgl. John Jordan, 1998, S. 284f.

<sup>9</sup> Vgl. George McKay, 1996, S. 151f.

verstand sich die „No M11 Link Campaign“ nicht als monothematisch orientierter Widerstand. Mit Bezug auf den Ort ihrer Mobilisierung, die Stadt, bündelte sie alle im urbanen Raum manifest werdenden Probleme, um ihnen in der Claremont Road eine „alternative“ städtische Realität entgegen zu setzen.

Dementsprechend passt die „No M11 Link Campaign“ in das Schema, das die Politikwissenschaftlerin Margit Mayer (1990) entwickelt hat, um die städtischen Bewegungen von anderen Bewegungstypen zu unterscheiden. Würden sich letztere eher über neue Themen, neue Akteure und neue Handlungsrepertoires herstellen, geschieht dies es bei den städtischen Bewegungen zu allererst über die Lokalität.<sup>11</sup> Die Zusammensetzung ihrer Träger, die umkämpften Inhalte und die aufgestellten Ziele können dagegen hoch variabel sein. Ihr gemeinsamer Nenner sei aber, dass sie mehr als die Summe der stadtpolitisch relevanten Aspekte der neuen sozialen Bewegungen bildeten. Sie hätten eigene Entwicklungsmuster hervorgebracht, die trotz enormer Differenzen zwischen den politischen Gelegenheitsstrukturen in spezifischen Städten auch international vergleichbar seien.<sup>12</sup> Mehrere ortsbezogene Aspekte lassen sich als Grundlage von Mobilisierung nennen: Erstens beherbergt die Lokalität „Stadt“ die Voraussetzung der Reproduktion der Arbeitskraft, wie Wohnungen, Einkaufsmöglichkeiten und Kindergärten und sie stellt sowohl „gebaute Umgebung“ wie auch gewachsene Milieus dar. Diese Voraussetzung bringt unter den Bedingungen der ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen der Gesellschaften in den letzten drei Jahrzehnten spezifische Problemlagen hervor, die von Oppositionen artikuliert werden. Zweitens bewirkt die Verfasstheit des politischen Systems in einem Nationalstaat, dass die Kommune zum Konfliktauslöser und Adressat von Protest werden kann, weil sie nationalstaatliche Entscheidungen in ihrem Geltungsbereich umzusetzen hat. Drittens werden „städtische Problemlagen“ auch schlicht dadurch als solche definiert, weil sie sich auf lokaler Ebene konkret manifestieren. Risiken moderner Technologien äußern sich zunächst örtlich und Konflikte um die Umweltqualität, um Energieversorgung oder Müllentsorgung werden deshalb häufig auf der kommunalen Ebene ausgefochten. Auch die bloße Verdichtung, so Mayer, bringt in vielen Bereichen eine „kritische Masse“ hervor, welche die Voraussetzung für Bewegungen darstellt und Bewegungen in bestimmter Weise beeinflusst: Die Entstehung und Dynamik von Alter-

---

<sup>10</sup> Vgl. John Jordan, 1998, S. 135ff

<sup>11</sup> Vgl. Margit Mayer: Großstadt und Neue Soziale Bewegungen – Eine Einführung, In: Forschungsjournal NSB, Nr. 3/4, 1990, S. 12

<sup>12</sup> Ebd., S. 11.

nativ-, Schwulen- oder Frauenbewegung sind ohne die spezifisch städtische Subkultur- und Milieubildung nicht denkbar.<sup>13</sup>

Die „No M11 Link Campaign“ der 90er Jahre vollzog jene Bewegung nach, die von Mayer für den Protest gegen „städtische Problemlagen“ in den westlichen Industrienationen seit den 60er Jahren festgestellt wurde: Der Protest verwandelte sich von moderaten, legalistischen Formen in radikalere, konfrontative Handlungen. Dies ist das Ergebnis der verschleppten Realisierung des Straßenbauvorhabens, das schon in den 50er Jahren, also in der Hochphase des Wirtschaftswachstums, geplant worden war. Vor allem die vom Projekt betroffenen, zentrumsnahen Arbeiterquartiere erlebten, seitdem der Bau des Zubringers in Angriff genommen werden sollte, einen ökonomischen und baulichen Abstieg:

“The area threatened by the Link Road comprises two very different localities. At the eastern end of the route is Wanstead, a reasonably affluent, conservative leafy-green London suburb. To the west are Leyton and Leytonstone, areas of high-density urban housing, built at the turn of century, but badly neglected ever since the proposal for the Link Road first blighted the area forty years ago.”<sup>14</sup>

AnwohnerInnen der Viertel erzählten den AktivistInnen von Läden, die in Erwartung der Link Road schon in den 50er Jahren die Rollläden für immer heruntergelassen hatten.<sup>15</sup>

Die endgültige Durchführung des Straßenbaus im Jahr 1994 ist der verspätete Vollzug einer Planung unter den Prämissen der Wohlfahrtsstaatlichkeit. Der infrastrukturelle Ausbau der fordistischen Wachstumsökonomie veränderte nach dem Krieg das Leben in den Ballungsräumen der Industrienationen, und die Auswirkungen dieser Transformation hatten seit Ende der 60er Jahre die Entstehung städtischer Bewegungen zur Folge.

Auf nationalstaatlicher Ebene bestand in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg das Ziel, die Segnungen des fordistischen Modernisierungsprozesses geographisch gleichmäßig zu verteilen. Die Kommunen hatten dabei zuvorderst die Aufgabe, die Infrastruktur und Sozialeinrichtungen auszubauen und die effektive Nutzung des städtischen Raumes zu garantieren.<sup>16</sup> Kennzeichen der fordistischen Urbanisierung wurde die nach dem Prinzip des Fließbands organisierte, räumliche Trennung der verschiedenen Lebensbereiche: An einem Ort wird gewohnt, an einem anderen gearbeitet, an einem dritten eingekauft und ein vierter dient der Erholung und dem Vergnügen. Im Verlauf der 50er Jahre entwickelten sich die Städte zu

---

<sup>13</sup> Ebd., S. 12

<sup>14</sup> Vgl. Roger Geffin: Secret Squirrel and Yellow Pinky. News from the Autonomous Zones, in: *Do or Die*, no. 4, 1994, S. 21

<sup>15</sup> Vgl. Patrick Field: Roots of Resistance, in the visual newspaper: Claremont Road E11: A Festival of Resistance, London 1995, keine Seitenzahlen

<sup>16</sup> Vgl. Margit Mayer, 1990, S. 13f

regelrechten Reproduktionsmaschinen. Das Auto, so die Autoren Hansruedi Hitz, Christian Schmid und Richard Wolff (1995), wurde zum Symbol des Fordismus, denn es war nicht nur das ideale Konsumobjekt, sondern bot zugleich auch die Möglichkeit, Raum zu überwinden und ihn damit grundlegend zu verändern. Im Gegensatz zum linear ausgerichteten öffentlichen Transport erlaubte das Auto eine flächendeckende Raumerschließung.<sup>17</sup>

Initiativen unmittelbar betroffener Bürger, die ihre jeweiligen Wohn- und Lebensbedingungen gegen Sanierungspläne, große Infrastruktur- und Straßenbauprojekte zu verteidigen suchten, trugen die erste Phase städtischer Oppositionsbewegungen.<sup>18</sup> In London initiierte das neu formierte Greater London Council (GLC) 1965 als Teil eines umfassenden Entwicklungsschemas für die Hauptstadt den „Ringways“-Plan, der einen Autobahnring um das Stadtzentrum vorsah. 20.000 Wohneinheiten drohten durch ihn zerstört zu werden. Statt der 2.000 erwarteten wurden 20.000 Einwände gegen den Plan gezählt.<sup>19</sup> In den britischen Städten waren es junge Mitglieder der Liberalen Partei, die mit ihrer „community politics“-Strategie in den 60er Jahren wesentlich zur Ausbreitung von Bürgerinitiativen beitrug. Sie versuchten, dem elektoralen Übergewicht der beiden großen Parteien „von unten“, durch eine kommunalpolitische Profilierung zu begegnen. „community action“ verband Selbsthilfe und Eigenorganisation der Betroffenen mit dem Protest gegen Wohnraum- und Umweltzerstörung und konkrete Defizite der sozialstaatlichen Versorgung.<sup>20</sup>

Nicht nur um den Ausbau der Infrastruktur gab es Auseinandersetzungen, sondern auch um Preis, Qualität und Mitgestaltung. Wie das Londoner Beispiel beweist, bevorzugten die Bürgerinitiativen legalistische und professionell orientierte Strategien, scheuten aber nicht vor Demonstrationen zurück. Im Laufe der 70er Jahre radikalisierten sich diese lokalen Mobilisierungen, vor allem auch als Basis- und Stadtteilgruppen hinzukamen, die von den Akteuren der anti-autoritären Studentenbewegung getragen wurden.<sup>21</sup> In fast jeder britischen Stadt entstand mindestens eine libertäre Initiative, deren Aktionsradius von der Herausgabe kleiner Zeitungen über die Organisation von Selbsthilfegruppen im Sozial- und Wohnbereich bis zur Gründung „Freier Schulen“ reichte.<sup>22</sup>

---

<sup>17</sup> Vgl. Hansruedi Hitz/Christian Schmid/Richard Wolff: Zur Dialektik der Metropolen. Headquarter Economy und urbane Bewegungen, in: Hansruedi Hitz/Roger Keil/Ute Lehrer/Klaus Ronneberger/Christian Schmid/Richard Wolff (Hrsg.): *Capitales Fatales. Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich*, Zürich 1995., S. 150ff

<sup>18</sup> Vgl. Margit Mayer, 1990, S. 14

<sup>19</sup> Vgl. Patrick Field: *The Anti-Roads-Movement: The struggle of Memory against forgetting*, in: *Storming the Millenium*, London 1999, S. 68

<sup>20</sup> Vgl. Detlef Murphy, 1985, S. 152

<sup>21</sup> Vgl. Margit Mayer, 1990, S. 14

<sup>22</sup> Vgl. Detlef Murphy, 1985, S. 160f.

Die Zerstörung oder Sanierung der noch vorhandenen, gewachsenen Viertel und die drohende Verdrängung bildeten in diesem Kontext Ansatzpunkte für Mietstreiks, Auszugsboykotte und Hausbesetzungen.<sup>23</sup> In Großbritannien kam es dabei zu Überschneidungen von alternativen Basisgruppen mit etablierten Wohlfahrtsverbänden eher korrekativer Ausrichtung, zum Beispiel mit der „Child Poverty Action Group“ (CPAG) oder mit SHELTER, die „National Campaign for the Homeless“. Mit ihren Aufklärungskampagnen schufen diese Organisationen ein Meinungsklima, in dem etwa die Hausbesetzer zunächst auf Sympathie stießen.<sup>24</sup>

Auf dem Höhepunkt der Bewegung, Mitte der 70er Jahre, hielten in Großbritannien 40-50.000 Menschen Häuser und Wohnungen besetzt.<sup>25</sup> Die zunächst meist konziliante Reaktion der Behörden trug zur Spaltung der Hausbesetzerbewegung bei. Um den „Family Squatters Advisory Service“ (FSAS) gruppierte sich ein gemäßigter Flügel der „licensed squatters“, derjenigen Besetzer mit befristeten Nutzungsverträgen für den zumeist im Eigentum der Kommune befindlichen Wohnraum. Der FSAS lehnte offiziell „wilde“ und demonstrative Besetzungen ab, wurde von der etablierten Wohlfahrtsorganisation SHELTER finanziert und setzte auf die Zusammenarbeit mit den Lokalverwaltungen. 1973 formierten sich die militanten „All London Squatters“, die die FSAS als integralen Bestandteil der staatlichen Wohnungsvermittlung kritisierten. Sie lehnten eine Unterscheidung zwischen lizenzierten und nicht-lizenzierten Besetzern ab. Die massive Anti-Besetzer-Kampagne, die – nach anfänglichem Verständnis – von Behörden und vor allem der Presse betrieben wurde, bewirkte jedoch auch innerhalb des FSAS-Flügels eine Radikalisierung. Er ging auf Distanz zu den Behörden, verlor die Unterstützung von SHELTER und benannte sich 1975 in „Advisory Service for Squatters“ um. Mit der Gründung des „Squatters Action Council“ im Jahr 1975 als Koordinierungsgremium, besonders zur Vorbereitung öffentlichkeitswirksamer „Großbesetzungen“, und der „London Squatters Union“ 1977 als einer Art Besetzergewerkschaft wurde versucht, die fragmentierte Bewegung zu einen.<sup>26</sup>

Gewerkschaften und Labour Party blieben stets Ansprechpartner für Forderungen aus den städtischen Bewegungen. Dies führte schließlich auch dazu, dass die Schnellstraßenpläne für London auf Eis gelegt wurden. Labour ging 1973 mit dem Slogan „homes not roads“ in den Wahlkampf um die Mehrheit im Greater London Council. Für den Sieg der Partei sorgte ein Stimmenzuwachs gerade in den Wahlbezirken, durch die Abschnitte des neuen Straßennetzes führen sollten. In der Folge wurde vom GLC unter Bürgermeister Ken Livingstone eine

---

<sup>23</sup> Vgl. Hansruedi Hitz/Christian Schmid/Richard Wolff, 1995, S. 153f.

<sup>24</sup> Vgl. Detlef Murphy, 1985, S. 161

<sup>25</sup> Vgl. Nick Wates: Introducing squatting, in: Nick Wates/Christian Wolmar (Hrsg.) Squatting – the real story, London 1980, S. 1ff

„fares fair“-Politik implementiert. Diese beinhaltete eine Vergünstigung der U-Bahn- und Bus-tickets sowie eine Verbesserung der öffentlichen Verkehrsverbindungen. Livingstones Politik war populär und erfolgreich. Die Zahl der Unfälle und Verkehrsstaus sank und die Fahrpreis-senkung entlastete die Einkommen der Bus- und BahnkundInnen.<sup>27</sup>

Spätestens Mitte der 70er Jahre waren die Grenzen des fordistischen Entwicklungsmodells offensichtlich geworden: Wachsende Folgekosten der Massenproduktion und des Massenkonsums sowie deren Politisierung ließen neue soziale Konflikte und neue Bewegungen entstehen, die diese Kosten wie die Zerstörung der Städte und massive ökologische Probleme auf die Tagesordnung setzten. Margit Mayer sieht die radikale Kritik an der staatlichen Wohnungspolitik als die zentrale Gemeinsamkeit unterschiedlichster Gruppen innerhalb der von ihr gezeichneten städtischen Bewegung. Über weite Strecken teilten sie auch die Ablehnung herrschender Produktions- und Konsumnormen. Anspruch auf Selbstbestimmung, eine staatsfreie Privatsphäre und Abbau von Kontrolle waren weitere Merkmale der städtischen Bewegung in ihrer Hochphase in den 70er und frühen 80er Jahre.<sup>28</sup> Ihnen ging es schließlich nicht mehr nur um partikulare Mobilisierungen gegen bestimmte Planungsprojekte und auch nicht nur um ein Dach über dem Kopf, sondern um eine andere Aneignung der Stadt.<sup>29</sup> Die „urbanen Kämpfe“ richteten sich gegen die allgemeine Verschlechterung des Lebens in den städtischen Gebieten. Sie bedeuteten eine ernsthafte Bedrohung für das reibungslose Funktionieren der Metropolen.<sup>30</sup>

### **2.3 Die „anti-technokratische“ Konfliktlinie**

Die urbanen Bewegungen können als Kämpfe um eine „anti-technokratische“ Regulationsweise verstanden werden. Dieser Begriff stammt von Alain Touraine, der die Wiedergewinnung von Zeit und Raum aus den Händen entpersonalisierter, bürokratischer Systeme für die Bedürfnisse des Individuums und der „primären Sozialbeziehungen“ als sozialen Konflikt mit der höchsten Relevanz erachtet. Touraine steht in seiner Bestimmung einer zentralen gesellschaftlichen Auseinandersetzung in einer marxistischen Tradition. Gesellschaften, so Touraine, entwickeln Selbstdefinitionen der eigenen Handlungsmöglichkeiten, die sich in einem bestimmten Typus von Wissen, von wirtschaftlicher Akkumulation und ethischen Regeln manifestieren. Mit Hilfe dieser kulturellen Orientierungen steuern sie Beziehungen im Inneren wie auch nach außen. Soziale Bewegungen kämpfen um die Weise, in der die kulturellen

---

<sup>26</sup> Vgl. Detlef Murphy, 1985, S. 174f.

<sup>27</sup> Vgl. Patrick Field, 1999, S. 69

<sup>28</sup> Vgl. Margit Mayer, 1990, S. 15

<sup>29</sup> Ebd., S. 13

Orientierungen in politische Institutionen und soziale Organisationsmuster verwandelt werden. Touraine stellt fest, dass es dabei nur ein „Paar“ von miteinander kämpfenden Bewegungen oder Klassenakteuren geben kann, die den zentralen, gesellschaftlichen Konflikt repräsentieren. Dieser ist auch erst voll entbrannt, wenn die Beziehung zwischen den Gegnern und der Konfliktgegenstand von beiden Opponenten klar und gleich definiert werden. Nach diesem Verständnis nahm die Arbeiterbewegung erst dann den Charakter einer „sozialen Bewegung“ an, als sie die industrielle Produktionsweise als Rahmenbedingung des Kampfes mit der herrschenden bürgerlichen Klasse akzeptiert hatte.<sup>31</sup> In der Heterogenität und scheinbar unverbundenen Vielfalt der neuen sozialen Bewegungen lasse sich die Herausbildung der neuen, „anti-technokratischen“ Konfliktlinie erkennen. Der „programmierten“ Gesellschaft, der funktionalen, bürokratischen und entpersonalisierten Kontrolle über das Alltagsleben, stehen AkteurInnen gegenüber, die das Selbstverständnis dieses Systems anzweifeln. Angesichts der Fähigkeit des Produktions- und Informationsapparates der Gesellschaft, so Touraine, Nachfrage, Vorstellungen, Bedürfnisse, also die Kultur als Ganzes zu prägen, zielten die neuen Bewegungen nicht mehr auf die Eroberung der Staatsapparate, sondern auf die Möglichkeit der Selbstbestimmung, der ungesteuerten, authentischen Kommunikation, der Erweiterung demokratischer Rechte und der Respektierung von Minderheiten.<sup>32</sup> In der Kritik eines „No M11 Link Campaign“-Aktivisten am Primat der Beschleunigung lässt sich die „anti-technokratische“ Haltung gut erkennen:

„It is the logic of growth, change and movement for its own sake, that is being called in question. Six minutes or sixty, it makes no difference how fast you go if you're not going anywhere. In the rejection of mobility for its own sake there is implied a rejection on the whole restlessness of modernity.“<sup>33</sup>

Im Gegensatz zu den BewegungsträgerInnen des klassenorientierten Theorieansatzes von Offe, muss es sich bei den Akteuren, die ein Bewusstsein für den „antitechnokratischen“ Konflikt erlangen und ihm die maßgebliche Dynamik verleihen, nicht zwingend um Mitglieder der Mittelschicht handeln. Dies zeigt gerade das Beispiel der „No M11 Link Campaign“. George McKay beschreibt hier die geographische Verschiebung der Kampagne von Wanstead

---

<sup>30</sup> Vgl. Hansruedi Hitz/Christian Schmid/Richard Wolff, 1995, S. 153f.

<sup>31</sup> Vgl. Alain Touraine: Return of the Actor: Social Theory in Post-Industrial Society, Minneapolis, 1988, S. 110

<sup>32</sup> Vgl. Alain Touraine: Krise und Wandel des Sozialen Denkens, in: Johannes Berger (Hrsg.): Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren. Sonderband 4 der Sozialen Welt, 1986, 24ff

<sup>33</sup> Vgl. Zitat von Phil McLiesh, in: A BE SEA magazine, Claremont Road Celebration Issue, Sebastien Boyle, London 1995

zur Claremont Road auch als einen politischen und taktischen Bruch mit dem von der Mittelklasse getragenen Protest.<sup>34</sup>

„Some of the Wanstead residents feel disappointed that the perceived Donga<sup>35</sup> ethos of earlier times has become more proletarianized in many ways. This conflicts with the middle-class pacifism, nature-loving environmentalism and education-dropout character that used to predominate.”<sup>36</sup>

## 2.4 Insider und Drop-Outs

Im Folgenden soll dargestellt werden, dass die „No M11 Link Campaign“ in der Kontinuität städtischer Bewegungen steht, die nicht mehr nur die Negativfolgen der wohlfahrtsstaatlichen Raumplanung für die Reproduktionsbedingungen im Ballungsraum in Frage stellt. Schon seit Ende der 60er Jahre stellen nicht nur die AkteurInnen der neuen sozialen Bewegungen die Konventionen und Zwänge der Arbeitsverhältnisse im Produktionsprozess in Frage. Aufgrund der Wachstumskrise erfährt der Produktionssektor in den westlichen Marktökonomien eine massive Deindustrialisierung. Immer mehr Menschen fallen unfreiwillig aus regulären Beschäftigungen heraus. Die bewusste Verweigerung der Zumutungen in den Arbeitsbeziehungen wie auch die Bewältigung des individuellen, wirtschaftlichen Abstiegs treffen in den von den neuen sozialen Bewegungen geschaffenen „autonomen Räumen“ zusammen, wie die Bewegungsforscher Bert Klandermans und Sydney Tarrow (1988) sowie Herbert Kitschelt (1985) für die 80er Jahre feststellen. Besetzte Häuser, selbstverwaltete Jugendzentren boten Zuflucht für Menschen, deren Arbeitskraft im Zuge von Rationalisierungsprozessen freigesetzt wurde oder die sich den Hierarchien und Routinen der Normalbeschäftigung nicht aussetzen wollten. Beide fanden Beschäftigung auf einem wachsenden, alternativen Wirtschaftssektor oder erfuhren durch das Bewegungsnetzwerk, das ganze Stadtteile der Metropolen durchzieht, materielle und mentale Unterstützung.<sup>37</sup> In den 70er und 80er Jahren entstand so in vielen Industriestaaten eine alternative Ökonomie, die auf Betriebsebene kollektiv organisiert sein mochte, aber unter den Bedingungen des Marktes wirtschaften musste. Murphy bezeichnet die Konzentration von Bioläden, Werkstätten, Ate-

---

<sup>34</sup> Vgl. George McKay, 1996, S. 153f.

<sup>35</sup> Der so genannte Donga Tribe war eine Gruppe radikaler UmweltschützerInnen, die den Protest gegen den M3 in Twyford Down Anfang der 90er Jahre wesentlich mit trugen. Sie lebten dauerhaft in Zelten, fuhren mit Pferdewagen entlang alter Pfade umher und leiteten ihre Aktivitäten von einer erdbezogenen Spiritualität ab. Ebd., S. 153ff

<sup>36</sup> Vgl. John of the Aufheben Collective: The politics of Anti-Road-Protest: The No M11 Link Road Campaign and its Dilemmas, in: Clare Zine (ed.): The End of the Beginning: Claremont Road, E11 Not M11, Leeds/London 1995 S. 82f.

<sup>37</sup> Vgl. Bert Klandermans und Sydney Tarrow, 1988, S. 9. Vgl. auch Herbert Kitschelt, 1985, S. 277



liers, Kleintheatern, Drogenberatungsstellen und Therapiegruppen in bestimmten Stadtteilen in britischen Städten als „squatting communities“.<sup>38</sup>

In Großbritannien, das früher als andere Länder von der Krise des Fordismus betroffen war, kann die schon Ende der 60er Jahre erwachte Bewegung der Arbeitslosen und Wohlfahrtsempfänger zu diesen Unterstützernetzwerken gezählt werden. Sie knüpfte an das in den 20er Jahren aktive „National Unemployment Workers' Movement“ an, das eine Arbeitslosen-Charta verabschiedet und mit „Hungermärschen“ gegen die unzureichende soziale Sicherung protestiert hatte. Als Teil der „community action“ bildeten sich ab 1969 in vielen Städten die „Claimant Unions“<sup>39</sup>, Interessengruppen von SozialhilfebezieherInnen, wobei die Initialzündung zur Organisierung von der Studentenbewegung ausging. 1970 erfolgte der Zusammenschluss mehrerer örtlicher Gruppen in der „National Federation of Claimant Unions“, die 1973 schätzungsweise 38.000 Mitglieder hatte. Ziel der Bewegung war es, die Isolation des Einzelnen zu überwinden und so seine Position gegenüber der Sozialbürokratie zu stärken. Darüber hinaus wurde die konsequente Verwirklichung des Wohlfahrtsstaates gefordert.<sup>40</sup> Orientierten sich die „Claimant Unions“ zunächst am Modell der Gewerkschaften, gingen sie jedoch bald zu einer dezentralen Struktur ohne Organisationsbürokratie über. Bei Streiks arbeiteten sie mit den Arbeitnehmervertretungen zusammen, doch gleichzeitig teilten sie mit anderen sozialen Bewegungen die über rein ökonomische Forderungen hinausgehende soziokulturelle Ausrichtung, die bei einigen Gruppen so weit ging, dass diese die Existenz einer eigenständigen „claimant class“ behaupteten. In den 80er Jahren verbanden sich Elemente der Arbeitslosen- und Arbeiterbewegung mit neuen Lebens- und Politikformen in einer spezifischen Form von „community action“, die sich gerade im traditionell von Auseinandersetzungen geprägten Wohnbereich manifestierte. Besonders hier haben die neuen sozialen Bewegungen traditionell defensiven Aktionen ein emanzipatorisches Element hinzugefügt.<sup>41</sup>

Dies gilt auch für die „No M11 Link Campaign“, die nicht nur den Umweltprotest des „Anti-Roads-Movement“ um die Artikulation sozialer Bedürfnisse erweitert hat. Ihre ProtagonistInnen behaupteten offensiv die Möglichkeit einer Alternative zum kapitalistischen System und dessen Auswirkungen auf alle Aspekte des individuellen Daseins.

Das Redaktionskollektiv der Londoner anarchistisch-sozialistischen Zeitschrift „Aufheben“<sup>42</sup> (1998) beteiligte sich an der „No M11 Link Campaign“ und interpretierte sie als Auseinandersetzung um ein „alternatives“, urbanes Leben. „Aufheben“ ging es darum, die verschiedenen

---

<sup>38</sup> Vgl. Detlef Murphy, 1985, S. 176

<sup>39</sup> Claimant: Antragsteller. In diesem Fall für staatliche Wohlfahrtsleistungen

<sup>40</sup> Vgl. Detlef Murphy, 1985, S. 176

<sup>41</sup> Ebd.

Aktionen der Kampagne zu einem kohärenten, subversiven und potenziell revolutionären Projekt zu entwickeln, waren sie doch Teil der „alltäglichen Existenz eines radikalen Kampfes“:

„Much of the significance of this day-to-day existence of struggle lies in the fact that a certain way of life is required to maintain the capitalist system: a life of discipline and conformity, with expression limited to purchasing power. In order to create the wealth necessary to maintain itself, this system requires that most of us live in accommodation that we pay for, that we pay for our food and clothing and so on (and that, as individual purchasers, we aspire to more and better housing, clothes etc.) – that we therefore carry out wage-labour in order to pay for all these things. In order to maintain itself, capital requires that those who do conform perceive the lifestyles of those who don't as unattractive and precarious.“<sup>43</sup>

Die AktivistInnen der Claremont Road zeigten einen Weg auf, wie die ganze Gesellschaft „anders“ leben könnte. „Aufheben“ geht davon aus, dass diese alternative, subversive Form der Existenz nicht etwa einer idealistischen Haltung der AktivistInnen geschuldet, sondern aus den unmittelbaren Erfordernissen des Widerstands gegen die Räumung heraus gewachsen sei. Die Besetzung der leeren „terrace houses“ erleichterte nicht nur die Intervention gegen die Bauarbeiten, sie erzeugte auch eine Lebenssituation ohne den dumpfen Zwang der Miete, des Jobs und der Steuerabgabe. Dies, so „Aufheben“, stellte die Basis für eine „Community“ dar, die wiederum zu weiteren Ideen ermutigte.<sup>44</sup>

Für „Aufheben“ war die Tatsache, dass viele gut bezahlte Beschäftigte der Bauindustrie lieber für die Kampagne Barrikaden bauten als weiter für Lohn zu „arbeiten“, ein Indikator dafür, dass die alternative Existenzweise eine Bedrohung für die Stabilität des „Mainstreams“ darstellte. Zusammengefasst, so „Aufheben“, war die „No M11 Link Campaign“ simultan eine Verneinung des Bauvorhabens wie auch ein positiver Hinweis auf die Art von sozialen Beziehungen, die existieren könnten: Beziehungen ohne Geld, ohne Lohnarbeit, ohne Besitz und mit der Interaktion der „Community“.<sup>45</sup>

„Aufheben“ thematisiert explizit die Arbeitsbeziehungen innerhalb der Kampagne, um deutlich zu machen, wie stark der in der Gesellschaft vermittelte Arbeitsethos auch noch bei jenen vorhanden war, die mit der Teilnahme an der Besetzung der Claremont Road „bewusst“ aus dem „normalen“ Alltag ausgestiegen waren. Die BarrikadenbauerInnen zeigten Ressentiments gegenüber Personen, die scheinbar nichts taten und vom Tun anderer profitierten,

---

<sup>42</sup> Originaltitel der Zeitschrift

<sup>43</sup> Vgl. Aufheben: The politics of anti-road struggle and the struggles of anti-road politics: the case of the No M11 Link Road Campaign, in: George McKay (ed.): DIY culture – Party & Protest in Nineties Britain, London/New York 1998, S. 107

<sup>44</sup> Ebd., S. 106ff

beispielsweise in Form der kostenlosen Essensausgabe. Die hysterische Abscheu gegen diese „Lunch-outs“, so „Aufheben“ reflektiere das Dilemma in den AktivistInnen selbst. Anstatt das eigene Handeln als Überbleibsel der „old-style“-Arbeitsdisziplin zu problematisieren, suchten sie Sündenböcke für die unausweichliche Räumung. „Aufheben“ wies dagegen selbst den „Lunch-outs“ eine Funktion zu: Sie dienten als Reservearmee des Widerstands bei der Räumung. Sie halfen, durch ihre nächtliche Anwesenheit auf der Straße, Überraschungscoups der Polizei zu vereiteln, und sie nahmen auch am Diebstahl von Baumaterial teil.<sup>46</sup>

## 2.5 Klassenkampf von „oben“

In diesem Abschnitt möchte ich näher darstellen, dass die oben angesprochene Deindustrialisierung und die damit einhergehende Freisetzung von Arbeitskräften keine zwangsläufige Entwicklung in den fortgeschrittenen Gesellschaften ist, sondern das Resultat von Kämpfen zwischen politischen Akteuren. Mit der Machtübernahme der konservativen Premierministerin Margaret Thatcher vollzog sich 1979 in Großbritannien ein Bruch mit dem Nachkriegskonsens zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften.<sup>47</sup> Obwohl in fast allen westlichen Industrieländern in den ausgehenden siebziger Jahren eine Wendung gegen die staatliche Regulierung und Sozialpolitik erfolgte, ist innerhalb Westeuropas diese Tendenz auf der Insel am doktrinärsten gewesen und am weitesten geführt worden.<sup>48</sup> Gerade der Mittelklasse, die verschiedene Theorieansätze als Träger der bewegungsimmanenten, postmaterialistischen Werte bestimmen, wird sowohl von den ProtagonistInnen der thatcheristischen Ideologie als auch von deren OpponentInnen die Rolle des handelnden Subjekts der „neokonservativen Revolution“ zugeschrieben. Sie ist empfänglich für die in den Massenmedien geschürte Angst vor der angeblich steigenden Gewalt und Kriminalität in den Städten.<sup>49</sup> In das Bild einer zunehmenden Anarchie passte die Streikwelle im „Winter der Unzufriedenheit“ 1978/79 zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen.<sup>50</sup> Der Thatcherismus eröffnete mit seinen „Law and Order“-Forderungen dort eine moralische Grundsatzdebatte, wo die Labour-Regierungen mit funktional ausgerichteten Sozialprogrammen geantwortet hatten und in den Augen der Mittelklasse eine ethische Leerstelle hinterließen. Die Neokonservativen plädierten für eine Renaissance „klassischer“ Mittelschichtswerte wie Leistungs- und Konkurrenzorien-

---

<sup>45</sup> Ebd., S. 109f.

<sup>46</sup> Ebd., S. 117ff

<sup>47</sup> Vgl. Thomas Noetzel: Die Revolution der Konservativen – England in der Ära Thatcher, Hamburg 1987, S. 23

<sup>48</sup> Vgl. Hans-Christoph Schröder: Die Geschichte Englands. Ein Überblick, in: Länderbericht Großbritannien, Bonn 1998, S. 56

<sup>49</sup> Vgl. Thomas Noetzel, 1987, S. 24f

tierung, Disziplin, Sparsamkeit, Aufstiegswille, verkörpert durch die Person der Premierministerin.<sup>51</sup> Hier wiederum wurden vor allem Jugendliche, die Bewegungsthemen in ihrer Lebensweise zu realisieren versuchten, als diejenigen identifiziert, die Mittelschichtwerte aktiv als Leitbilder ablehnten: durch Verneinung von Autorität, Gehorsam, Disziplin und der Leistungsethik, im Hang zur sexuellen Permissivität und dem Infragestellen tradierter Geschlechterrollen.<sup>52</sup> Konservative Denkfabriken kritisierten den Wohlfahrtsstaat und das keynesianische Ökonomiemodell, das ihm zugrunde lag. Aus ihrer Perspektive waren nur die risikofreudigen Kleinunternehmer in der Lage, der industriellen Auflösung Großbritanniens Einhalt zu gebieten. Die Betreiber des Small Business wurden mit Attributen wie Einfallsreichtum, Genialität, Wagemut und Kreativität belegt. Nicht zuletzt die Orientierung an der „Community“, die in allen Äußerungen der „small is beautiful“-Euphoriker deutlich wurde, ermöglichte es, dass sich viele Nicht-Selbständige mit einem Wunsch nach Überschaubarkeit das Selbstbild der Kleinkapitalisten übernehmen konnten.<sup>53</sup>

Der Politologe Thomas Noetzel (1987) hält die Symbole der Thatcher-Politik, das entschiedene Auftreten der Premierministerin und ihr Glauben an eine gerechte Sache, für das bedeutende Moment der Mobilisierung von Zustimmung. Dreimal konnte Thatcher die Wahlen auf diese Art mit einem am Sparkurs orientierten Wirtschafts- und Sozialprogramm gewinnen, obwohl Meinungsumfragen stets eine Mehrheit für erhöhte öffentliche Ausgaben ermittelten.<sup>54</sup> Einer der wichtigsten Gründe der Dominanz des britischen Neokonservatismus in den 80er Jahren lag in der veränderten Bedeutung des industriellen Arbeitsprozesses für die Sinnproduktion wie für die materielle Situation der Individuen. Der Kern der Arbeiterschaft machte 1987 gerade noch 15 Prozent aller Einkommensbezieher aus. Aufgrund der langen ökonomischen Krise und des demographischen Wandels war der Anteil der Erwerbstätigen unter allen Einkommensbeziehern Ende der 80er Jahre auf 61 Prozent zurückgegangen.<sup>55</sup> Die Verknappung der Arbeit führte zu einer Konkurrenz zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen und damit zu einer von den Konservativen politisch gewollten Bruchstelle in der Arbeiterklasse. Zudem fand vor allem auf dem boomenden Dienstleistungssektor eine zunehmende Polarisierung zwischen gut und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen statt.

---

<sup>50</sup> Vgl. Hans Kastendiek: Arbeitsbeziehungen und gewerkschaftliche Interessenvertretung, in: Länderbericht Großbritannien, Bonn 1998, S. 333ff

<sup>51</sup> Vgl. Thomas Noetzel, 1987, S. 24ff

<sup>52</sup> Ebd., S. 31ff.

<sup>53</sup> Ebd., S. 33ff.

<sup>54</sup> Ebd., S. 24f

<sup>55</sup> Ebd., S. 143ff

Durch Teilzeitarbeit wurde die Vereinzelung verstärkt. In den Hintergrund trat die Erfahrung des Industriearbeiters, im Kollektiv entfremdeten Arbeitsprozessen unterworfen zu sein.<sup>56</sup>

Die konservativen Regierungen schwächten die Kampfkraft der Gewerkschaften gegen den ökonomischen Umbau entscheidend durch die Gesetzgebung. Die Durchsetzung des „closed shop“, die ausschließliche Einstellung von Gewerkschaftsmitgliedern, wurde erschwert, ebenso die Behinderung von Arbeitswilligen durch Streikposten vor bestreikten Betrieben. Streiks wurden an Geheimabstimmungen der Gewerkschaftsmitglieder geknüpft. In bestimmten Streikfällen konnten Gewerkschaften schadensersatzpflichtig gemacht werden.<sup>57</sup>

Die Auflösung des traditionellen, industrialistischen Bezugsrahmens verweist aber auch auf das veränderte Prestige von Lohnarbeit und den Status des abhängig Beschäftigten überhaupt. Zwischen 1979 und 1986 stieg der Anteil der Selbstständigen von sieben auf zehn Prozent aller Erwerbstätigen. Mochte bei einigen der Schritt in die Selbstständigkeit ein Ausweg aus der Arbeitslosigkeit sein, so war der Wunsch nach dem eigenen Unternehmen auch Ausdruck eines neuen Individualismus, der nun von den staatlichen Institutionen gefördert werden sollte. Die Freiheit der Einzelnen bestand vor allem darin, als möglichst starke Käufer und Verkäufer am Marktgeschehen teilnehmen zu können. Das Ideal der in erster Linie über Märkte kommunizierenden Individuen bildete die ökonomische Grundlage und war gleichzeitig ideologische Manifestation des Thatcherismus. Durch den „Housing Act“ von 1980 wurde beispielsweise den Mietern öffentlichen Wohnraumes die Möglichkeit gegeben, ihre Häuser zu kaufen. Dabei wurde die Mietdauer in Form von Preisnachlässen bis zu 60 Prozent verrechnet. 1987 lebten 64 Prozent aller britischen Haushalte im eigenen Heim. Diese Politik der Eigentumsstreuung hatte zur Folge, dass den Konservativen ein Einbruch in das Reservoir ehemaliger Labour-Wähler gelang.<sup>58</sup> 1989 kurz vor dem Ende der Amtszeit Thatchers erreichte jedoch die Verschuldung der Privathaushalte Rekordniveau. Es herrschte eine eklatante Wohnungsnot, weil der soziale Wohnungsbau am Boden lag. Der staatliche Gesundheitsdienst war zu Gunsten privater Anbieter vernachlässigt worden. 9,4 Millionen Briten lebten unter der Armutsgrenze, doppelt so viele wie 1979.<sup>59</sup>

## **2.6 Die Verräumlichung der sozialen Polarisierung**

Die oben genannten sozioökonomischen Prozesse manifestierten sich in der geographischen Spaltung zwischen dem prosperierenden Südengland und den sich im Niedergang befindenden

---

<sup>56</sup> Ebd., S. 147

<sup>57</sup> Vgl. Hans-Christoph Schröder, 1998, S. 58f.

<sup>58</sup> Vgl. Thomas Noetzel, 1987, S. 147

den traditionellen Industrieregionen von Mittel- und Nordengland, Schottland und Wales. Die im urbanen Alltag konkret erfahrenen Zumutungen der neokonservativen Politik veranlasste die Wählerschaft in den größeren Städten dazu, Labour zur stärksten Partei in den meisten Rathäusern zu machen. Als Antwort auf den Wegfall der urbanen Industriebasis entwickelten die kommunalen Labour-Regierungen eine stärkere Interventionspolitik, um den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. So wurden in den frühen 80er Jahren in Sheffield, den West Midlands und in London von Labour auf lokaler Ebene sozialistische Strategien systematischer entwickelt, als zu jeder anderen Phase der Geschichte der Arbeiterpartei.<sup>60</sup>

Zugleich bemühten sich die in der „community action“ aktiven Bewegungsteile nicht nur um die Förderung dezentraler Selbsthilfe und -organisation im sozialen Bereich, sie traten auch gemeinsam mit Labour-Party, Gewerkschaften, Kommunalbehörden und Wohlfahrtsverbände gegen die den Kommunen auferlegten Kürzungen ein. Der Konflikt um die Privatisierungen, die den Gesundheitsdienst ebenso trafen wie den Wohnungsbau, oder der Streit zwischen der konservativen Regierung und dem von Labour regierten Greater London Council um die Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr zwangen die urbanen Bewegungen dazu, sich innerhalb „alter“ Konfliktstrukturen zu positionieren.<sup>61</sup> Der Erfolg dieser Lokalpolitik lässt sich an der Entschlossenheit messen, mit der Thatcher 1985 das Greater London Council und die sechs Metropolitan County Councils wegen ihrer angeblichen Ineffizienz abschaffte und die Kontrolle über die kommunalen Haushalte, begründet mit der Notwendigkeit der Einnahmensicherung, zentralisierte.<sup>62</sup>

Gerade in London zeigte sich die von der konservativen, nationalstaatlichen Politik beförderte soziale Polarisierung mikroräumlich verdichtet. Mit der Deregulierung von Handels- und Finanzbestimmungen, der Privatisierung und der Senkung von Steuersätzen förderte die Thatcher-Regierung ausländische Direktinvestitionen, um der britischen Ökonomie Dynamik zu verleihen. Diese flossen in einen weiteren Ausbau des Dienstleistungssektors Londons, der sich schon aufgrund der vielfältigen Verflechtungen zwischen der britischen Hauptstadt und den ehemaligen Kolonien Großbritanniens in der City of London konzentriert hatte. Während der 80er Jahre erfuhr London seinen Wandel vom politischen und wirtschaftlichen Mittelpunkt eines imperialen Weltreichs zu einer der Städte, in denen sich die Kontroll- und Ent-

---

<sup>59</sup> Vgl. Hans Setzer: Thatcherismus und die neuere Entwicklung Großbritanniens – eine Bilanz nach zehn Jahren. Arbeitskreis Deutsche England-Forschung, 15. Veröffentlichung, Bochum, 1991, S. 343

<sup>60</sup> Vgl. Desmond King: The State, Capital and Urban Change in Britain, in: Michael P. Smith/Joe R. Feagin (Hrsg.): The Capitalist City – Global Restructuring and Community Politics, Oxford UK, Cambridge USA, 1987, S. 224ff

<sup>61</sup> Vgl. Detlef Murphy, 1985, S. 191f.

<sup>62</sup> Vgl. Desmond King, 1987, S. 224ff

scheidungsfunktionen einer globalisierten Ökonomie konzentrieren.<sup>63</sup> 1997 befanden sich 550 internationale Banken und 170 Wertpapierhändler innerhalb der so genannten Square Mile.<sup>64</sup> Sie profitierten besonders vom „Big Bang“ im Jahr 1986, der Deregulierung des Börsengeschäfts durch die britische Regierung, mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der City of London gegenüber anderen Finanzzentren zu stärken. Der Umsatz im Aktienhandel von durchschnittlich 650 Millionen Dollar pro Tag vor dem „Big Bang“ stieg danach auf über 1,1 Milliarden US-Dollar.<sup>65</sup> Im Handel mit Fremdwährungen dominierte London mit 36 Prozent aller weltweit vorgenommenen Transaktionen im Jahr 1996; ein höherer Anteil als der von New York und Tokio zusammen. Die massive Konzentration des Finanzsektors in der City hat direkte Effekte auf die Zusammensetzung des britischen Bruttoinlandsproduktes (BIP). 36 Milliarden US-Dollar, das entsprach einem Fünftel des nationalen BIP, erwarb 1996 Großbritannien aus Finanzdiensten, errechnete das Wirtschaftsinstitut British Invisibles; ein doppelt so hoher Anteil als noch 1990.<sup>66</sup>

Neben den Bürokomplexen des Finanzdistrikts befinden sich vor allem im Süden und im Osten Londons Stadtviertel, die zu den ärmsten in ganz Europa gehören.<sup>67</sup> Dort leben viele MigrantInnen, die im Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit als Arbeitskräfte aus den ehemaligen Kolonien rekrutiert wurden, deren Kinder sowie in jüngerer Zeit eingewanderte Personengruppen. afro-, asiatisch- aber auch anglobritische BewohnerInnen dieser Quartiere sind entweder BezieherInnen von Sozialhilfe oder stellen das Heer der niedrig entlohnten und prekär Beschäftigten im tertiären Sektor. Ihre Tätigkeiten dienen der Sicherstellung einer städtischen Ökonomie, die nicht nur eine führende Position in der Akkumulation von globalem Finanzkapital einnimmt, sondern auch eine in der Verdichtung von globalem symbolischem Kapital.

Im Sinne Pierre Bourdieus (1982) stellt symbolisches gleichermaßen wie ökonomisches und soziales Kapital die Position des Individuums in der Klassengesellschaft sicher. Die Produktion von symbolischem Kapital wird von Bourdieu als ideologische Funktion charakterisiert, da sie zur Reproduktion einer hinter den Insignien der Kultur verborgenen Herrschaft beiträgt.<sup>68</sup>

---

<sup>63</sup> Vgl. Saskia Sassen: *The Global City - New York, London, Tokio*, Princeton 1991, S. 105

<sup>64</sup> Vgl. Robin Knight: *The Money Machine – The City of London is booming, but can it hold its market position when a single currency is introduced in 1999?* In: *TIME*, October 27, 1997, S. 46-48, New York

<sup>65</sup> Vgl. Jane Jacobs: *Negotiating the heart: heritage, development and identity in postimperial London*, in: *Environment and Planning – Society and Space*, 1994 volume 12, number 6, p. 761

<sup>66</sup> Vgl. Robin Knight, 1997, S. 46-48

<sup>67</sup> Vgl. Richard Burdett: *The Coolest City*, in: Ramesh Kumar Biswas (Hrsg.): *Metropolis Now!* Wien, New York 2000, S. 68f.

<sup>68</sup> Vgl. Pierre Bourdieu: *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt/M. 1982

Als Erzeuger des symbolischen Kapitals in den „Welt-Städten“, identifiziert Anthony King die Gruppe der international agierenden ProduzentInnen von Kultur in einem engeren Sinne, also von bildender Kunst, Mode, Design, Photographie, Literatur und Musik.<sup>69</sup> Auch der Stadtforscher John Friedmann (1995) betont, dass kulturelle Dienste entscheidend zur „Imagepflege“ des transnationalen Kapitalismus beitragen, wobei er hier besonders den Medienbereich erwähnt. Die großen Presseagenturen, das Fernsehen, die Filmindustrie, Zeitungen, Verlage, PR- und Werbeagenturen sind zunehmend international vernetzt, beschäftigen zehntausende Angestellte im gesamten Job-Spektrum und konzentrieren sich in wenigen „Global Cities“.<sup>70</sup> Für Stadtforscher Anthony D. King (1995) ragen aus der Gruppe der KulturproduzentInnen aber besonders die Architekten und StadtplanerInnen heraus. Sie sind es, die mit ihrer gestalterischen Arbeit die Oberflächenrepräsentation bereitstellen, welche die Interessen der ImmobilienspekulantInnen und der Dienstleistungselite umhüllt, und die für die Umwandlung von einst „aufgegebenen“ Arealen in „glitzernden“ Büro- oder hochpreisigen Wohnraum sorgen. Wird ihre Praxis wesentlich durch den Markt bestimmt, arbeiten sie gleichwohl mit diskursiven und symbolischen Repräsentationen, die dem vorgeblich streitbaren Postmodernen verpflichtet sind, aber auch zunehmend einer Sorge um Tradition, Identität und lokale Formen.<sup>71</sup> Unter anderem sind es diese Formen der urbanen Aufwertung und Repräsentationen, die „Reclaim the Streets“ mit seinem „street party“-Konzept herausgefordert hat, wie ich im vierten Kapitel näher erläutern möchte. Die Sorge der AktivistInnen von RTS London ist gerade, dass Identität und das Lokale lediglich als Oberflächenreize für Vermarktungsstrategien funktionalisiert werden. Im nächsten Abschnitt möchte ich jedoch zuerst die Ambivalenz einer solch positiven Bezugnahme auf kleinräumliche Ebenen oder Identifikationen mit wertorientierten Netzwerken herausstellen.

## 2.7 Regieren durch „Community“

Architekten und StadtplanerInnen gehören laut dem Soziologen Nicholas Rose (2000) zu den Experten, die das „Soziale“ als zentralen, mit dem Nationalstaat zusammenfallenden Rahmen für die Identifikation des Subjektes mit ablösen helfen, nachdem sie es in der Phase der Wohlfahrtsstaatlichkeit mit dem Bau von Großsiedlungen, der Zonierung und Gleichschaltung der Räume erst mit etablierten. Das „Soziale“ wird langsam durch den Begriff der „Communi-

---

<sup>69</sup> Vgl. Anthony D. King: Re-presenting world cities: cultural theory/social practice, in: Paul L. Knox/Peter J. Taylor (Hrsg.): Worldcities in a world-system, Cambridge 1995, S. 226

<sup>70</sup> Vgl. John Friedmann: Ein Jahrzehnt der World-City-Forschung, in: Hansruedi Hitz/Roger Keil/Ute Lehner/Klaus Ronneberger/Christian Schmid/Richard Wolff (Hrsg.): Capitales Fatales. Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich, Zürich 1995., S. 34f.

<sup>71</sup> Vgl. Anthony D. King, 1991, S. 186



ty“ ersetzt. „Community“ lässt sich nur schwer ins Deutsche übersetzen, ohne in die Nähe zu einem Gemeinschaftsbegriff zu geraten, der vollständig durch den Faschismus delegitimiert wurde. So schreibt Autor Christoph Laimer (2000):

„Wozu die ‚Sehnsucht nach Gemeinschaft‘ (auch) führen kann, ist hierzulande noch allzu präsent, als das man es vergessen könnte. Auch die Vorstellung, dass es rundwegs zu begrüßen ist, wenn Menschen sich von staatlicher Herrschaft emanzipieren und selber aktiv werden, lässt einen erschrecken, wenn man dabei an rechtsextreme Übergriffe und Hetzjagden denkt (Erinnert sei auch an die Staatsfeindschaft von z.B. US-amerikanischen Rechtsextremisten, die auch nichts lieber tun würden als den Staat durch ihre Community zu ersetzen), auch wenn die oft nichts anderes sind als die Umsetzung der staatlichen Politik mit anderen Mitteln. Hier ist es dann doch unvermeidlich, sich etwas genauer mit der Problematik auseinander zu setzen anstatt in unreflektierten Aktionismus zu flüchten.“<sup>72</sup>

Rose definiert den Begriff zunächst weniger normativ als einen, der sich entweder auf ein geo-graphisch eng umgrenztes Terrain wie die „Nachbarschaft“ und das Stadtviertel bezieht oder „virtuelle Gemeinschaften“ bezeichnet, die durch ein Netz kommunikativer Relais, wie Symbole, Bilder, Medien und sonstige Formen der Identifikation miteinander verknüpft sind: Er nennt als Beispiele die Schwulenszene oder die „Asian Community“ in London.<sup>73</sup>

Anders als Alain Touraine bei seiner Bestimmung des gesellschaftlichen Zentralkonflikts, beschreibt Rose das Streben nach „anti-technokratischen“ Bedingungen der Subjektivierung, wie es in diesen „Communities“ zum Ausdruck kommt, nur als eine kurzfristig oppositionelle Praxis gegen die Zumutungen einer bürgerfernen Bürokratie. Im Laufe der letzten Jahrzehnte wurde die Identifikation mit der „Community“ dahingehend funktionalisiert, dass mit ihr über die Individuen regiert werden kann. Rose behauptet hier eine „Familienähnlichkeit“ zwischen einer politisch-moralischen Kritik am Sozialstaat, wie ich sie weiter oben als Inhalt der städtischen Bewegungen seit den 60er Jahren identifiziert habe, und den Positionen der VerfechterInnen der neokonservativen „Renaissance“ einer individuellen Eigenverantwortlichkeit und eines unternehmerischen Denkens:

„Die Argumente von Libertären aus dem linken wie rechten Lager, Fortschrittsbefürwortern und Menschenrechtsaktivisten, Verfechtern von Bürgerrechten und Anwälten einer Stärkung von Basisinitiativen stimmten insbesondere darin überein, dass sie die *Subjekte*, die regiert werden sollten, in neuer Weise definierten. Die Menschen, die es zu regieren galt – Männer wie Frauen, Reiche und Arme -, wurden nunmehr als Individuen begriffen, die selbst einen aktiven Part bei diesem ihrem Regiertwerden zu übernehmen hatten. Ihre Mitverantwortung wurde nicht länger als ein Verhältnis gesehen, das Bürger und Gesell-

---

<sup>72</sup> Vgl. Christoph Laimer: Spaß kann auch Widerstand machen, in: *dérive*, No. 2, Wien 2000, S. 40

<sup>73</sup> Vgl. Nikolas Rose: Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens, in: Ulrich Bröcking/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hrsg.): *Gouvernementalität der Gegenwart – Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt am Main 2000, S. 82f.

schaft einander verpflichtet und das durch Vermittlung des Staates umgesetzt und geregelt wird, sondern als ein Verhältnis, durch das der Einzelne denen gegenüber gebunden und verantwortlich ist, die ihm am nächsten stehen und deren Schicksal er teilt. Jeder ist demnach eingebunden in eine Vielzahl heterogener und einander überlagernder Netzwerke sozialer Anteilnahme und persönlichen Einsatzes zum Besten der eigenen Person, der Familie, der Nachbarschaft, der sozialen Gemeinschaft und der Kollegen am Arbeitsplatz. Kern der Wertvorstellungen dieser Mentalitäten und Strategien des Regierens, die ich als ‚fortgeschritten liberal‘ bezeichnet habe, ist ein neues Verhältnis zwischen den Methoden, mit denen andere, und den Techniken mit denen das Selbst regiert wird, ein Verhältnis, das in den neuen Beziehungsgeflechten wechselseitiger Verpflichtungen situiert ist, den ‚Communities‘ oder Gemeinschaften.“<sup>74</sup>

Rose nennt zwar die Techniken des Regierens solcher „Communities“, wie die wissenschaftliche Erforschung und Dokumentation kleinräumlicher Beziehungen, Sicherheitsprogramme für ‚soziale Brennpunkte‘ und Stadtentwicklungsprojekte.<sup>75</sup> Er konkretisiert aber nicht die AkteurInnen, die für die Verlagerung des Regierens auf diese Ebene maßgeblich verantwortlich waren. Im Falle Großbritanniens kann hier angesichts einer politischen Chancenstruktur, die den Zentralstaat stärkt und die Regierung meist mit komfortabler Mehrheit regieren lässt, die konservativen Regierungen als aktive FörderInnen des „Community“-Diskurses identifiziert werden. Ihre Politik trug wesentlich zu einer Partikularisierung von Arbeitserfahrungen und zur Fragmentierung und Ungleichheit von Räumen bei, wie sie in London besonders augenfällig ist. Hier erhielten zum Beispiel mit der Abschaffung des Greater London Council die 32 Boroughs (Bezirke) der Stadt mehr Verantwortlichkeiten. Sie waren aber aufgrund ihrer Partikularisierung gegenüber zentralstaatlichen Interventionen wie der großflächigen Aufwertung der Docklands im Londoner Osten machtlos.<sup>76</sup>

Rose nimmt eine zeitliche und räumliche Totalität der subjektiven Zustimmung zu den neuen Prinzipien des Selbstregierens an, die er letztlich auf die durch die konservative Herrschaft propagierten Werte wie unternehmerische Kompetenz, Entscheidungsbereitschaft, Selbstverantwortlichkeit und schließlich Konsumfähigkeit verengt. Diese sollen beispielsweise im Sinne einer ökonomischen und sozialen Wiederbelebung von städtischen Quartieren aktiviert werden,<sup>77</sup> das heißt, zur Integration in einen größeren, ökonomischen Zusammenhang, der durch die politischen Institutionen in Großbritannien nach wie vor zuerst als national definiert wird. Diejenigen Subjekte, die unfähig oder unwillig sind, ihr Verhalten nach den geforderten Maßgaben auszurichten, sieht Rose in „marginalisierten“ Räumen untergebracht, Techniken

---

<sup>74</sup> Vgl. Nikolas Rose, 2000, S. 78

<sup>75</sup> Ebd., S. 81ff

<sup>76</sup> Vgl. Bob Colenutt: Docklands after Canary Wharf, in: Bernd-Peter Lange/Hans-Peter Rodenberg (Hrsg.): Die neue Metropole, Los Angeles – London/Berlin 1994, S. 68ff

<sup>77</sup> Vgl. Nikolas Rose, 2000, S. 88ff

der Resozialisierung oder Disziplinierung ausgesetzt und als Anti-Gemeinschaften definiert.<sup>78</sup> Dem möchte ich entgegenstellen, dass die temporäre Besetzung der Claremont Road den dort aktiven Subjekten die Möglichkeit der bewussten Identifikation mit einer „Community“ gab, ohne jedoch für staatliche Institutionen als regierende AkteurInnen zu jeder Zeit kontrollierbar zu sein. Viele der BesetzerInnen verstanden unter Autonomie etwas anderes als Selbstbeherrschung im Sinne einer Regierbarkeit. Vor allem die Öffnung der Claremont Road sollte über die dauerhaft präsenten AktivistInnen hinaus, im Angesicht der permanent drohenden Räumung, die „Marginalisierung“ des besetzten Raumes und der BesetzerInnen überwinden und politisch wie ökonomisch induzierte Partikularismen aufheben:

„Claremont Road also contained in its being something that was very much the ‚essence‘ of London, the London that is always struggling to break through modern economic restraints....the jazz musicians and street party pulling all and sundry to the street on a Sunday...the tolerance (London’s unique quality as a city) of mixing different groups, individuals and cultures, the humourous publicity stunts grabbing the headlines.“<sup>79</sup>

Vor allem die zahlreichen KulturproduzentInnen, die an der Besetzung teilnahmen, gehorchten nicht der Logik, die ihrer Praxis durch kritische Stadtforscher wie Jörg Blasius, Jens Dangschat (1990) und Neil Smith (1996) zugeschrieben wird. Diese bezeichnen sie als „Pioniere“, die in den großen Städten ökonomisch benachteiligte Gebiete aufgrund der dort herrschenden, niedrigen Mieten besiedeln. Sie sorgen dabei für eine Aufwertung durch die „kreative“ Wiederbelebung des Areals, versorgen die gesamte Stadt aufgrund der Einführung neuer Stile, Moden und Medien mit symbolischem Kapital im internationalen Wettbewerb und sorgen schließlich für die Gentrifizierung der Quartiere, in denen sie arbeiten, also für die Verteuerung des Mietwohnungsbestands oder dessen Umwandlung in Eigentum für die Besserverdienenden auf dem Dienstleistungssektor, nach deren Bedürfnissen sich in der Folge die Einkaufs- und Freizeiteinrichtungen des betroffenen Viertels ausrichten.<sup>80</sup> Patrick Field begründet die ausbleibende Gentrifizierung von Leyton und Leytonstone auch mit dem drohenden Straßenbau, der die Ostlondoner Stadtteile herunterkommen ließ. „As well as architectural authenticity the side roads in the Link Road corridor became a preservation area for legendary East London life“.<sup>81</sup>

---

<sup>78</sup> Ebd., S.91ff

<sup>79</sup> Clare Zine: The End of the Beginning: Claremont Road, E11 Not M11, Leeds/London 1995 S. 10

<sup>80</sup> Vgl. Jörg Blasius und Jens Dangschat: Die Aufwertung innenstadtnaher Wohngebiete, Frankfurt am Main/New York 1990. Vgl. auch Neil Smith: The New Urban Frontier – Gentrification and the Revanchist City, London/New York, 1996

<sup>81</sup> Vgl. Patrick Field, 1995, keine Seitenzahlen

Ihre positiven, ästhetischen Erfahrungen einer Nutzung städtischer Terrains, die sich entgegengesetzt zur anti-urbanen Strömung der Umweltschützer verhielt, verknüpften die KulturproduzentInnen mit der Erkenntnis, dass sie gemäß den Bedürfnissen der boomenden tertiären Ökonomie einerseits für Lebendigkeit in Vierteln des Niedergangs sorgten, andererseits damit den Grund nicht nur für die eigene Vertreibung sondern auch für die Verschlechterung des Lebens der einkommensschwachen Bevölkerung bereiteten. Die Dichte der Künstler in den Abbruchvierteln war dem Bauvorhaben selbst geschuldet: Das Transportministerium kaufte geräumte Häuser auf, die den housing associations zur kurzfristigen und billigen Vermietung an Künstler überlassen wurden.<sup>82</sup> Mit Näherrücken der Räumung solidarisierten sich diese mit den AnwohnerInnen und StraßengegnerInnen.

„No M11 Link Campaign“- und RTS-Aktivist John Jordan (1998) bezeichnet die „Künstler-AktivistInnen“ der Claremont Road als neue Subjekte des Widerstands. Sie hätten mit der Nutzung von „direct action“, Performance-Kunst, Skulpturen und Installationen neue kreative Methoden der Politik entwickelt. Ihre Kunst war nicht repräsentativ, sondern eine Kunst der Präsenz. Was zählte waren Unmittelbarkeit, Intuition und Phantasie.<sup>83</sup>

Jordan beschreibt die Umwandlung der Claremont Road in ein „unglaublich phantasievolles Theater des kreativen Widerstands“. Bis dahin war die Straße eine tote Verbindung zwischen A und B. Mit ihrer Sperrung verwandelte sie sich nun in einen pulsierenden Ort, an dem gelebt, gegessen, geredet und geschlafen wurde. Die Trennung zwischen „privat“ und „öffentlich“ wurde verwischt, in dem die AktivistInnen Möbel aus den Häusern auf die Straße stellten. Diese sollte nun Wohnzimmer sein.<sup>84</sup>

„The ‚road‘ had been turned into a ‚street‘, a street like non other, a street which provided a rare glimpse of utopia, a kind of temporary microcosm of a truly liberated, ecological culture.“<sup>85</sup>

Besonders signifikant für die Besetzung der Claremont Road ist der Verweis auf die Situationistische Internationale, mit deren Praxis später auch „Reclaim the Streets“ immer wieder verglichen wurde. Die Situationisten waren eine Avantgarde-(Anti-)Kunstgruppe, die von 1957 bis 1972 hauptsächlich in Paris, aber auch in Kopenhagen, London und München in Erscheinung trat. Guy Debord, der theoretische Kopf der Gruppe, nennt wiederum DADA und Surrealismus als wesentliche Einflüsse auf die Situationisten. Das Schaffen von Kunstwerken war nicht ihre Sache. Diese wurden höchstens für die Finanzierung der Gruppe angefertigt

---

<sup>82</sup> Vgl. George McKay, 1996, S. 151f.

<sup>83</sup> Vgl. John Jordan, 1998, S. 131f.

<sup>84</sup> Vgl. George McKay, 1996, S. 151f.

und verkauft. Statt Artefakte sollten Situationen geschaffen, beziehungsweise konstruiert werden.<sup>86</sup> Vor allem die Situationisten im Paris der 60er Jahre wandten sich gegen eine erstarrte Nutzung des öffentlichen Raums entlang von Programmatiken, seien sie nun bürgerlich oder sozialistisch. Vielmehr waren sie auf ein permanentes, anarchistisches Happening aus, in dem die Kunst zur Waffe der Intervention wird. Die schon tendenziell vorhandene Pluralität und das Chaos der Stadt sollten noch gesteigert werden.<sup>87</sup>

Für Jordan hat die „direct action“ in der Claremont Road die utopische Forderung der Avantgardenkünstler im 20. Jahrhundert endgültig erfüllt, Spiel und Vergnügen in das „revolutionäre Projekt“ einzuführen. Dieser Forderung, so John Jordan, wurde nun ein „Ort“ gegeben.<sup>88</sup>

„Those who attempt to push the boundaries of the revolutionary project are rapidly recuperated, neutralised, their political ideas forgotten, their work turned into commodities. Even those with the most revolutionary cultural agendas – the Dadaists, Surrealists and even the Situationists – have become impotent figures in an apolitical art history; all three movements’ radical political dreams were destroyed because they still clung on, if half-heartedly, to the question of art: its arguments over definitions, its non-participatory relationship with audience and many of its traditional contexts.“<sup>89</sup>

Ein Beispiel für die Aufhebung der Trennung zwischen Kunst und politischer Praxis ist für Jordan der Bau von Barrikaden. So prangte auf einem mit Erde aufgefüllten Autowrack, aus dem überall Grass spross, die Aufschrift „Roste in Frieden“. Ein anderes wurde in zwei Hälften geteilt, diese auf jeweils einen Bordstein platziert und die auf die Straßenmitte gemalten Zebrastrifen einfach auf den Karossen fortgesetzt. Diese ephemeren Denkmale, so Jordan, sollten nicht nur das Ende der Autokultur antizipieren, sondern waren zugleich effektvolle Räumungshindernisse.<sup>90</sup>

Als der Konzeptkünstler Gordon Matta-Clark in den 70er Jahren ein Loch in die Seite eines Hauses bohrte, tat er dies nach Meinung Jordans letztlich mit einem Verständnis von Kunst als ein autonomes Feld. Die Löcher in den Verbindungswänden in der Reihe der 35 Häuser an der Claremont Road bildeten dagegen einen Tunnel, der in erster Linie dazu diente, den Räumungstrupp zu entweichen. Er stand aber darüber hinaus auch als Metapher für das gemeinschaftliche Leben: Eine Intervention, so Jordan, welche die Isolation individueller Haushaltseinheiten durchschnitt. Zum weithin sichtbaren Zeichen des Widerstands gegen die Pläne einer Räumung der Claremont Road wurde aber der 100-Fuß hohe Baugerüstturm

---

<sup>85</sup> Vgl. John Jordan 1998, S. 135

<sup>86</sup> Vgl. Naomi Klein, 2000, S. 291ff

<sup>87</sup> Vgl. Christoph Laimer, 2000, S. 40

<sup>88</sup> Vgl. John Jordan, 1998, S. 129

<sup>89</sup> Ebd., S. 130f.

<sup>90</sup> Ebd., S. 136

(siehe Abb. a. und b. auf S. I), benannt nach Dolly, der alten Dame, die weiter unter den BesetzerInnen wohnen blieb. Zusammengesetzt aus Hunderten von „gefundenen“ Gerüstteilen, ragte er aus dem Dach eines Hauses heraus und gemahnte an eine Kreuzung aus Tatlins Turm für die Dritte Internationale und einer NASA-Raketenabschussrampe. „Dolly“ wurde nicht nur zum effektivsten Hindernis für eine Räumung der Claremont Road, sondern auch zum machtvollsten Bild des „final showdown“, als den Jordan die Räumung bezeichnet.<sup>91</sup>

Sie war für Jordan eine Aufführung, welche die Möglichkeiten eines jeden Opernhauses überstiegen hätte; ein Spektakel, in dem doch die AktivistInnen die Regie führten. Sie hatten die Bühne bereitet, die Schauspieler gestellt und den Staat dazu eingeladen, an ihrem Spiel teilzunehmen, so Jordan. Alles was den Räumungstruppen übrig blieb, war, die Straße zu zerstören und mit ihr nicht nur 100 Jahre lokaler Geschichte sondern auch einen außergewöhnlichen Ort des kreativen Widerstands.<sup>92</sup>

“No sign, relic or trace of Claremont Road remains. We always knew that one day all this would be rubble, and this awareness of impermanence gave us immense strength – the impossibility of failure – the strength to move this Temporary Autonomous Zone on, to somewhere else. Our festival of resistance could never be evicted. We would continue to transgress the distinction between art and everyday life. We would continue to make every political act a moment of poetry. If we could continue no longer reclaim Claremont Road, we would reclaim the streets of London”.<sup>93</sup>

Die zugleich kulturellen wie auch politischen Praxen während der Besetzung der Claremont Road sollten die Grenzen zwischen Disziplinen auflösen und wendeten sich gegen Expertentum und Professionalisierung. Zumindest artikulierten sie damit für eine kurze Zeit die Vorstellung einer „Community“, deren Subjekte nicht durch interne Hierarchien und eine kollektive Marginalisierung von außen regierbar gemacht werden konnte.

## 2.8 Zusammenfassung

In diesem Kapitel habe ich die „No M11 Link Campaign“, in der die ursprüngliche Gruppe London RTS aufgegangen war, in ihrer Eigenschaft als urbane Bewegung beschrieben. Sie bündelte alle Aspekte und Probleme des städtischen Lebens in ihrer Forderung nach einer „alternativen“ urbanen Realität. Das ließ sie zum Nachhall der radikalisierten, städtischen Opposition Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre werden. Das geplante Bauvorhaben des M11 Link entstammte noch der Infrastrukturplanung eines wachstumsorientierten For-

---

<sup>91</sup> Ebd., S. 136f.

<sup>92</sup> Ebd., S. 139

dismus. Die städtischen Proteste entzündeten sich in vielen Ballungszentren an den Negativeffekten dieser Entwicklungsweise. Der Kampf um die selbstbestimmte Wiederaneignung von Zeit und Raum, den die urbanen Bewegungen führten, hatte gemäß Alain Touraine den Klassenkonflikt als zentrale gesellschaftliche Auseinandersetzung abgelöst. Die Autonomieforderungen der neuen sozialen Bewegungen lassen sich aber auch als funktional für eine Beschneidung der durch die Arbeiterbewegung erkämpften Errungenschaften beschreiben. Konservative und Neoliberale operationalisierten das Postulat der Selbstverantwortlichkeit, um mit ihm die wohlfahrtsstaatliche Fürsorge als lähmend für die Kreativität und die Initiative des Einzelnen zu diskreditieren. Mit einer Politik der tiefen Einschnitte in den Sozialhaushalt, der Deregulierung der Ökonomie zu Gunsten „eines freien Spiels der Marktkräfte“ hebelten gerade die britischen Regierungen seit 1979 den fordistischen Kompromiss zwischen Arbeit und Kapital aus. Die Schwächung der Gewerkschaften ging mit einer sozialen Polarisierung und einer Fragmentierung des nationalstaatlichen Raumes einher. Damit änderten sich, so Nicholas Rose, auch die Identifikationen und Loyalitäten der Subjekte, die sich nicht mehr auf das mit dem Nationalstaat identische „Soziale“ beziehen, sondern auf kleinteilige und sich überlagernde „Communities“. In der Argumentation von Rose kann „Community“ nur kurz ein Hort des Widerstandes sein, bevor er als Bezugsrahmen für die Regierbarkeit der Subjekte instrumentalisiert wird. Neokonservative hätten genauso wie soziale Bewegungen an der Durchsetzung des „Regierens durch Community“ mitgewirkt. Die „No M11 Link Campaign“ ist jedoch ein Beispiel dafür, wie Zeit und Raum auch gegenwärtig für eine alternative Urbanität wieder angeeignet und damit unregierbar gemacht werden können.

---

<sup>93</sup> Ebd.

### 3 Gegenkulturen

Die Räumung der Claremont Road bedeutete die Niederlage der GegnerInnen des M11 Link, nicht aber das Ende der Forderung nach einer „alternativen“ Urbanität. Diese sollte sich in der Folge über die Wiederbelebung und ein neues Handlungsrepertoire von „Reclaim the Streets“ artikulieren. RTS London übernahm und modifizierte die Praxen verschiedenster Communities und Netzwerke, die vom Kulturwissenschaftler George McKay unter dem Begriff der DIY-Culture zusammengefasst wurden. Diese britische Gegenkultur der 90er Jahre beschreibt er als Fortsetzung einer Geschichte autonomen Handelns seit den 60er Jahren. Gegenwärtige und vergangene Gegenkulturen haben als gemeinsames Merkmal, dass sie der von Rose behaupteten totalen Erfassung der Subjekte widerstehen, da sie sich auf unterschiedlichste Weise dem „Regiert werden“ entziehen. Anders als Rose, identifiziert McKay ein herrschendes Subjekt und nicht nur sich selbst beherrschende Subjekte. Es ist der Nationalstaat und bei McKay namentlich die konservative Regierung Major, die 1994 mittels des Gesetztextes des „Criminal Justice Act“ (CJA) implizit zugab, dass sie die Kontrolle über bestimmte „Communities“ verloren hatte; „Communities“, die im Prozess der durch die Politik von Margaret Thatcher beförderten Fragmentierung der britischen Gesellschaft entstanden sind. McKay beschreibt die Angehörigen dieser Gegenkulturen aber nicht nur als ‚Ausgestoßene‘, die den im Thatcherismus dominant gewordenen Lebensentwürfen nicht entsprechen können. Die Verabschiedung des CJA durch das britische Unterhaus spiegelt auch die Furcht der staatlichen Institutionen vor einer selbstbewussten Autonomie der Subjekte jenseits der von Regierungspolitiken geförderten, unternehmerischen Eigeninitiative wieder. McKay bestätigt den von ihm beschriebenen „Communities“, dass sie sich sowohl durch Erfahrungen des Ausschlusses als auch durch eine bewusste Selbstmarginalisierung hergestellt haben. Dies muss aber nicht zwangsläufig in konfrontativen Situationen im öffentlichen Raum erfolgt sein, wie McKay am Beispiel der Rave Culture Großbritanniens seit Ende der 80er Jahre belegt. Er beschreibt sie als widerständig im Sinne von „avoidance lifestyles“. Im Gegensatz zu Touraine betont McKay aber auch die Ambivalenzen der auf Autonomie ausgerichteten Netzwerke. Leicht können sich emanzipatorisch orientierte Loyalitäten im Sinne einer Herstellung interner Ungleichheiten transformieren, umgekehrt erwachsen aus Diskriminierungen unverhoffte Bewegungen der Befreiung. Als eine solche beschreibt McKay den Protest gegen den CJA, in dem einzelne „single-issue“-Kampagnen und „Communities“ sich gegenseitig als vom Staat angefeindet anerkannten. Damit überwandern sie temporär gesellschaftliche Fragmentierungen, ganz anders als von den herrschenden Kräften beabsichtigt. Es soll aber nicht übersehen werden, dass auch im Protest und in der über ihn definierten DIY-Culture



Ausschlüsse spezifischer Identitäten wirksam wurden, etwa klassenorientierte, antirassistische und feministische Positionen. Diese Exklusionen sind Resultat einer Theoriefeindlichkeit unter den Angehörigen der DIY-Culture, die in der Präferenz des intuitiven, unmittelbaren Handelns vor der analytischen Bezugnahme auf historische Vorläufer und vor der Entwicklung längerfristiger politischer Strategien ihren Ausdruck findet.

### 3.1 „Communities of Resistance“

Rose betont die Funktionalität der „Community“ für die Techniken des Regierens. Dem möchte ich McKays Beschreibung konkreter „Cultures of Resistance“ in Großbritannien entgegenstellen. In seinem Buch *Senseless acts of Beauty* behauptet McKay eine Kontinuität von Subkulturen seit den 70er Jahren, die sich trotz des in ihnen wirkenden Prinzips der Autonomie nicht im Sinne eines „Regierens durch Community“ funktionalisieren lassen. In der Herstellung „freien“ Raumes und „freier“ Zeit hätten sich dabei „Communities“ getroffen, welche die im politischen und kulturellen Diskurs angenommenen und reproduzierten Fragmentierungen und Separierungen zumindest temporär und örtlich überwinden konnten. Entgegen der herkömmlichen Lesart eines Bruchs zwischen Hippietum und Punk, der Zersplitterung jugendlicher Subkulturen Großbritanniens Ende der 70er Jahre und damit des Endes einer kohärenten „Counterculture“, betont McKay Gemeinsamkeiten dieser beiden Strömungen: der oppositionelle Impuls, die Rhetorik des Idealismus, die Kongruenz von Kultur und Politik. Punk hätte in der Nachfolge des Hippietums der politischen Aktivität und dem kulturellen Radikalismus neue Energie zugeführt.<sup>1</sup>

Nach Meinung McKays verstärkt sich der gegenkulturelle Impuls in der so genannten DIY-Culture der 90er Jahre erneut. Deshalb geht es ihm auch darum, den jetzigen AktivistInnen die Wurzeln ihrer Praxen und der Inhalte, die sie bewegen, nahe zu bringen. Er porträtiert Personen, die an den verschiedenen, aufeinander folgenden Subkulturen vom Hippietum bis zur Rave Culture beteiligt waren und belegt, dass die jeweils neuere Subkultur Handlungsmuster und Inhalte von der vorangegangenen übernommen hat. McKay bezeichnet die „loosen Netzwerke“, die über Generationen hinweg neue politische oder lebenskonzeptuelle Agenden setzen, die sich überlappen, aber auch im Konflikt miteinander stehen, als „Bricolage“ oder „patchwork structures“. Dabei gibt er zu, dass sie erst durch seinen Versuch, eine Art „master narrative“ durchzuhalten, die Gestalt einer kohärenten Folge von autonomen Gegenkulturen annehmen.<sup>2</sup> McKay nimmt also die Rolle des Erzählers an, die Touraine als

---

<sup>1</sup> Vgl. George McKay, 1996, S. 1ff

<sup>2</sup> Ebd., S. 7ff

Katalysator für oppositionelles Bewusstsein, Rose aber hauptsächlich als manipulativ im Sinne der regierbaren Identifikation mit „Communities“ identifiziert.

McKay beschreibt die Gegenkulturen im Gegensatz zu Rose nicht als einen allein durch Herrschaftstechniken und –effekte hergestellten Raum. Die „Cultures of Resistance“ schaffen eigene Zonen, um sich gegenüber der Mehrheitskultur selbst zu definieren. Diese zeichnen sich durch die in ihnen manifest werdenden Elemente wie Musik, Performance, Stil oder Drogen aus.<sup>3</sup> Als solche Räume sieht McKay die freien Festivals und die „Fairs of Albion“ seit den 70er Jahren. Liegen ihre Wurzeln im Hippietum, so führten spezifische Entwicklungen jeweils zu ihrer Veränderung und versorgten sie mit neuer Energie. Festivals und Fairs forderten die Grenzen zur Mehrheitskultur heraus und waren gelegentlich der Gewalt von außen aber auch von innen ausgesetzt.<sup>4</sup>

Die freien Festivals im Großbritannien der 70er Jahre waren geprägt durch die Rezeption der US-Vorbilder, insbesondere von Woodstock. Das erste fand 1972 als Herausforderung des Establishments in Gestalt der Königsfamilie direkt vor dem Sitz der Windsors statt. Zwei Jahre später wurde das „Windsor Free Festival“ von der Polizei in einem Überraschungscoup entgegen der Absprachen mit dem Veranstalter geräumt. Im selben Jahr wurde erstmals das „Stonehenge Free Festival“ veranstaltet, das eine Dekade lang jeweils den ganzen Monat Juni andauerte.<sup>5</sup>

Eine andere Form nahmen die „Fairs of Albion“ an, die auch in den 70er Jahren auftauchten. Die Angehörigen der Subkulturen ländlicher Gebiete artikulierten mit diesen tagelangen Ereignissen den Wunsch nach ruralen „Community“-Strukturen einer imaginierten Vergangenheit. Die Fairs waren eine Mischung aus Mittelalterspektakel, in das lokale Bräuche integriert wurden und Hippieträumen des „ewigen Sommers der Liebe“.<sup>6</sup>

McKay setzt den Höhepunkt der freien Festivals am Ende der 70er Jahre und Anfang der 80er Jahre an, als die Punkszene sich am aktivsten zeigte. Die Festivals wurden schnell zum Ort der Verhandlungen zwischen den Generationen von Sub- und Gegenkulturen. Aufgrund der Verwandtschaft ihrer Konzepte einer anarchistischen Kulturpolitik fand dort vor allem ein Austausch zwischen Hippies und Punks statt; einer, der nicht zwischen allen Subkulturen möglich war. McKay verweist hier auf die Attacke von Bikern gegen Punks auf dem Festival in Stonehenge im Jahr 1980. Die Biker sahen das Festival als ihr „Terrain“ an und fühlten

---

<sup>3</sup> Ebd., S. 7

<sup>4</sup> Ebd., S. 44

<sup>5</sup> Ebd., S. 12ff

<sup>6</sup> Ebd., S. 34ff

ihre „authentische Musik“ durch die Punks bedroht.<sup>7</sup> McKay versucht, hinter den gut dokumentierten Ressentiments der Punks gegenüber den Hippies, die Kontinuitäten beider Strömungen offen zu legen. Er versteht die „andere“ Geschichte als eine Abfolge von individueller Abgrenzung und Wiederannäherung an ein kollektives Engagement:

„Punk opens with a retreat from (hippy) engagement – “I hate hippies”, said Johnny Rotten – into a hedonistic, narcissistic space of the individual...maybe in the way that rave is seen to replicate at its beginnings a decade or so later, now rejecting the sloganizing politics of punk and post-punk. Is this the way that oppositional counterculture functions today? Opening with an attention-grabbing burst of self-indulgence, of ego energy to distance the generations, before its more aware political types express their voices and ideas?”<sup>8</sup>

Als ein Beispiel der politisierten Punk-Kultur stellt McKay das Kollektiv „Crass“ vor, das von 1978 bis 1984 existierte. Sein Anarchismus unterschied sich, so McKay, fundamental von dem der Sex Pistols und anderer Punkbands der ersten Stunde. Er feierte nicht destruktiv seinen eigenen Ausverkauf, einen Vorwurf den „Crass“ stets an andere Punk-Bands richtete, sondern einen Lebensstil, der den Hippie-Idealismus und -Widerstand mit der Punk-Energie und Frechheit kombinierte und dabei die kulturellen Strategien der Situationisten verwendete.<sup>9</sup> Das Kollektiv bediente sich ebenfalls der Bricolage-Technik, in dem es zugleich unvereinbare Inhalte nebeneinander stellte und dazu diverse Medien benutzte, die jeweils in Referenz zueinander standen (Text und Musik auf Platte, Plattencover und Textheft, Graffiti und Film).<sup>10</sup> „Crass“ erweiterte den auf die Musik und Performanz beschränkten Rahmen der Punkkultur um eine ganzheitliche Lebensweise, in der ein politischer Aktivismus seinen kulturellen Ausdruck finden sollte. So lebten die „Crass“-Mitglieder etwa in einer Landkommune zusammen. „Crass“ besaß ein eigenes Plattenlabel und spendete Konzerteinnahmen an politische Projekte.<sup>11</sup>

Die Punks tauchten auch auf den Fairs auf und bedienten sich der Praxis der Hippies, in Konvois zwischen den Festivals und Fairs hin und her zu reisen. Als so genannte „New Age Traveller“ sahen die Hippies darin die Möglichkeit einer zeitlichen und räumlichen Ausdehnung der Atmosphäre der Festivals. Anders als die Sinti und Roma, eigneten sich die Traveller die gegen sie verwendeten Schimpfnamen wie „crusties“ oder „hedge monkeys“ an und feierten geradezu das Stigma, mit dem sie belegt wurden.<sup>12</sup>

---

<sup>7</sup> Ebd., S. 21ff

<sup>8</sup> Ebd., S. 25

<sup>9</sup> Ebd., S. 75

<sup>10</sup> Ebd., S. 78ff

<sup>11</sup> Ebd., S. 80ff

<sup>12</sup> Ebd., S. 45ff

McKay wendet sich gegen eine romantisierende Sichtweise auf die Lebenswelt der Traveller, ebenso wie gegen die Annahme, ihr Dasein bestünde nur aus der Konfrontation mit dem Ordnungsapparat, wie die Medien es nahe legten. Ihren profanen Alltag beschreiben manche Traveller selbst als vorwiegend „schmutzig“. Sie benutzen „Schmutz“ aber auch als Signifikant ihrer Differenz, ihrer Andersartigkeit. Hier tritt ein ähnlicher Prozess ein wie bei den Frauen des „Greenham Common Peace Camp“, die „Schmutz“ als Zeichen einer politischen Identität adaptierten, die herkömmliche Weiblichkeits-, Hygiene- und Ordnungsstandards verwirft.<sup>13</sup>

Während der 80er Jahre gab es einen verstärkten Austausch zwischen den „Peace Camps“ und den „New Age Travellern“. Aus diesen Begegnungen ging der „Peace Convoy“ hervor.<sup>14</sup>

„...their numbers were doubling yearly, they said, they were pied pipers leading Thatcher's children out of the inner cities and into alternative lifestyles; their ideas of rural self-reliance were gaining ever greater mainstream acceptance. This was the era when the Campaign for Nuclear Disarmament had reached the peak of its renaissance, and the very name Peace Convoy, implying active links between nomadic dropouts and political activists, may have struck fear into sections of government that believed that the travellers' way of life involved a rejection of and threat to the system of property and land rights on which Britain is based.“<sup>15</sup>

Junge Stadtflüchtige, betroffen von Arbeitslosigkeit, Einschnitten in den Sozialstaat, explosionsartig steigenden Mieten und verschärften Gesetzen gegen das Besetzen leer stehender Häuser, lösten Mitte der 80er Jahre die Hippies mit ihren Pferdewagen und dem Wunsch nach einem organischen Landleben, als hauptsächliche Traveller ab.<sup>16</sup> Mit dem „Peace Convoy“ artikulierte sich eine Politisierung, die, zum Leidwesen traditioneller Besucher der Fairs, deren karnevaleske, esoterische Atmosphäre veränderte. Der „Convoy“ wurde für seine Motorisierung und den nachlässigen Umgang mit natürlichen Ressourcen kritisiert. Die „Convoy“-Punks fühlten sich von den Hippies in ein separates Ghetto abgeschoben, übersahen aber dabei oft, dass die „boring old farts“ überhaupt erst die von ihnen genutzten, alternativen Strukturen geschaffen hatten. Die Hippies mussten sich fragen, ob die Fairs mit ihrer Ventilfunktion nicht eher zu einem Erhalt des Status Quo beitragen, wenn sie keine Repolitisierung durch den „Peace Convoy“ ertragen konnten und wollten.<sup>17</sup> Obwohl sich bewusst an

---

<sup>13</sup> Ebd., S. 65f.

<sup>14</sup> Der Name Peace Convoy entstand im Zusammenhang mit der kollektiven Fahrt von Bussen, Trucks und Vans zum Greenham Common Peace Camp 1982, bei der die übliche Route zwischen den Free Festivals verlassen wurde, um das so genannte Cosmic-Counter-Cruise-Festival zu feiern, Ebd., S. 57ff

<sup>15</sup> Vgl. Matthew Collin with John Godfrey: *Altered state – The Story of Ecstasy Culture and Acid House*, London/New York 1997, S. 185

<sup>16</sup> Vgl. George McKay, 1996, S. 45ff

<sup>17</sup> Ebd., S. 42.

den Rändern der Mehrheitskultur verortend, schufen die Hippies selbst einen zentralen Raum, der von „authentischen“ Veteranen und Idealisten besetzt wurde, umgeben von eigenen marginalen Erscheinungen und Problemfällen, wie den Angehörigen des „Peace Convoys“. Diese forderten jedoch sowohl das bequeme, binäre Rahmenwerk des sozialen Establishments als auch die etablierten Alternativen wie den CND und die Fairs heraus.<sup>18</sup>

Im Februar 1985 räumte die Polizei und das Militär das „Rainbow Fields Village“ in der Nähe des Friedenscamps an der Molesworth Royal Air Force-Basis, mit einem selbst für die konservative Regierung unverhältnismäßig großen Aufgebot an Soldaten und Gerätschaften.<sup>19</sup>

„The travellers previously seen as quaint English eccentrics, throwbacks to a long-extinct sixties, or at worst as relatively harmless, pastoral anarchists, had become fully-fledged folk devils. Home Secretary Douglas Hurd described them as a ‚band of medieval brigands who have no respect for the law or the right of others‘. Prime Minister Margaret Thatcher made her own distaste plain, promising that she was ‚only too delighted to do anything we can to make life difficult for such things as hippie convoys‘. It was a promise kept: the 1986 Public Order Act incorporated a section specifically aimed at preventing convoys from massing, the first of many attempts by government agencies over the following decade to make an itinerant existence impossible.“<sup>20</sup>

Für McKay erhalten die gegenkulturellen Praxen auf den Fairs und Festivals das Prädikat der Opposition nicht zuletzt aufgrund des Handelns des Staates. Dieser setzte sie mit den zeitlich parallelen Konflikten auf dem Terrain der Arbeitsbeziehungen gleich. Als die Bergarbeiterstreiks von 1972 und 1974 die konservative Regierung Heath stürzten, suchte sich der Staat einen anderen Feind, bei dem „er leichter seine Muskeln spielen lassen konnte“. Als Grund für die Attacke auf das „Free Festival of Windsor“ nennt McKay die zunehmende Größe der Veranstaltung, die das Establishment provozierte, so dass das spektakuläre Aufblühen der „Culture of Resistance“ einer Beschneidung bedurfte. Der Bergarbeiterstreik von 1984-85 brachte die Regierung Thatcher an den Rand ihrer Existenz. Nachdem der Staat jedoch diesen Gegner losgeworden war, verlangte es ihm nach einem weiteren Sieg über einen „enemy within“, so McKay. In der „Battle of Beanfield“ 1985 wurde der „Peace Convoy“ davon abgehalten, nach Stonehenge zu gelangen, um das dortige „Free Festival“ zu feiern. Landesweite Überwachung, Massenarreste, der Gebrauch von Gewalt und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit waren Strategien, die von der Polizei sowohl gegen die Bergarbeiter als auch gegen den „Convoy“ eingesetzt wurden.<sup>21</sup>

---

<sup>18</sup> Ebd., S. 55ff.

<sup>19</sup> Hier zeigten sich Differenzen zwischen Travellern und Peace Campaignern: Der Convoy wollte sich dem Konflikt entziehen, um zu überleben, die Pazifisten wollten gewaltfrei Widerstand leisten, Ebd., S. 60f.

<sup>20</sup> Vgl. Matthew Collin with John Godfrey, 1997, S. 186

<sup>21</sup> Vgl. George McKay, 1996, S. 27ff

### 3.2 DIY-Culture

Dass es der Staat ist, der durch Kriminalisierung unregierbare „Communities“ definiert und sichtbar macht, unterstreicht McKay am Beispiel der unter dem Begriff der DIY-Culture zusammengefassten gegenkulturellen Praxen der 90er Jahre. Er sieht sie als Erbe der von ihm vorgestellten Hippie- und Punk-Communities. Unter DIY-Culture versteht McKay ein Gewebe aus Aktivitäten und Interessen zumeist von Jugendlichen rund um den neuen grünen Radikalismus, „direct action“-Politik, sowie neue musikalische Sounds und Erfahrungen. Er will keine autoritative Perspektive auf diese Kultur einnehmen. Ihm geht es um die Erklärung des sozialen Kontexts, das Erörtern von Problemen, die sich aus dieser Kultur ergeben.<sup>22</sup>

Doherty stellt fest, dass zum Beispiel die ökoradikalen AktivistInnen in den 90er Jahren zwischen 20 und 30 Jahre alt waren und somit auf dem Höhepunkt der Friedensproteste in den 80er Jahren keine persönlichen Erfahrungen mit dort angewendeten Strategien und Taktiken machen konnten, bevor sie sich selbst engagierten.<sup>23</sup> McKays Absicht ist es deshalb, Geschichtsbewusstsein bei jungen AktivistInnen zu erzeugen, denen er einen Hang zum Ahistorizismus und zur Betonung der Neuartigkeit der eigenen Praxen unterstellt. Bei ProtagonistInnen vorangegangener Gegenkulturen möchte er dagegen die indifferente und herablassende Haltung gegenüber der DIY-Culture aufbrechen.<sup>24</sup>

Letztlich seien sie denselben Irrtümern unterlegen gewesen, wie ihre Nachfolger, denn die Selbstbehauptung als neues Phänomen ist für McKay eine der vielfältigen Gemeinsamkeiten der aufeinander folgenden Gegenkulturen und zugleich deren eklatanteste Schwäche: Sie bedinge ein fehlendes Bewusstsein für die historische Entstehung der eigenen Werte und Handlungsweisen. Die Verbindung der DIY-Culture zum Anarchismus, so McKay, liegen in der partiellen Erzählung, die durch ihre AnhängerInnen erfolgt, in der rudimentären Organisation, ihrem naiven Utopismus, der Mikropolitik und in der Bevorzugung des unmittelbaren Spektakels und der Gesten vor Langzeitstrategien. Das mangelnde historische Bewusstsein bei den jugendlichen AktivistInnen beruht auf einer Ablehnung von Theorie und Analyse, obwohl diese gerade der jeweils jüngsten Generation am meisten nützen würden.<sup>25</sup>

### 3.3 „Direct Action“ als Moment der widerständigen Subjektivität

McKay nennt die „direct action“, die unmittelbare Tat, eine der Stärken der DIY-Culture. Hier liegt der Unterschied zu eher kulturell ausgerichteten Momenten des Widerstands in den

---

<sup>22</sup> Ebd., S. 2ff

<sup>23</sup> Vgl. Brian Doherty, 2000, S. 73

<sup>24</sup> Vgl. George McKay: DIY Culture – Party & Protest in Nineties Britain, London/New York 1998, S. 3f.

<sup>25</sup> Ebd., S. 13f.

70ern und 80ern, wie Punk und seine Nachfolge-Subkulturen. In der DIY-Culture wird das sofortige Handeln im sozialen wie politischen Bereich mittels unkonventioneller, vielfältiger Methoden betont. McKay versucht die Motive hinter diesem Aktionismus freizulegen, in dem er ihn vom Konzept des „zivilen Ungehorsams“ abgrenzt. Letzterer benutzt die Repression gegen sich einzig und allein, um die eigene moralische Überlegenheit zu demonstrieren. McKay bewertet die „direct action“ der DIY-Culture darüber hinaus als Ziel an sich, als Selbstermächtigung.<sup>26</sup>

Demgemäß verstanden die radikalen StraßenbauegnerInnen die „direct action“ nicht als Handlung, die nur und notwendigerweise auf einen Wechsel der Regierungspolitik ausgerichtet war, oder über die Medien einen Wandel der öffentlichen Meinung herbeiführen wollte. Absicht war es, die sozialen und ökonomischen Bedingungen direkt zu beeinflussen.

„At many sites of direct action there was an avowed goal of actually stopping particular projects going ahead by getting in the way, damaging equipment and creating physical obstacles like tunnels, as well as building a groundswell of opinion to make the project politically untenable.“<sup>27</sup>

Obwohl gerade solch spektakulären Aktionen für erhöhtes Medieninteresse sorgten, bestritten die RadikalökologInnen stets, einzig für die JournalistInnen oder FernsehzuschauerInnen zu agieren. Die Aussicht darauf, eine Baustelle lahm zu legen und die Kosten der Bauherren in die Höhe zu treiben, sei eine „direct action“ auch ohne die Gegenwart von Kameras und BerichterstatterInnen wert.<sup>28</sup> Will Greenpeace die Umweltzerstörungen für eine große Öffentlichkeit sichtbar machen, nehmen die DIY-AktivistInnen dagegen an, dass eine symbolische, für die Medien inszenierte Aktion nur im Moment der TV-Ausstrahlung das Bewusstsein schärft, bevor sie durch andere Nachrichten wieder verdrängt wird. Das fokussierte Problem bleibe aber weiter existent und erfordere deshalb eine nachhaltigere Störung.<sup>29</sup>

Noch stärker grenzen sich die Akteure dieser Proteste von der zunehmenden Professionalisierung der länger bestehenden Umweltgruppen wie „Greenpeace“ und „Friends of the Earth“ und deren Einbindung in das institutionelle politische Gefüge ab.<sup>30</sup> Das „Roads for Prosperity“-Programm diene ihnen als Beweis, dass die Beschränkung auf Lobbyismus und Aufklärungskampagnen dieser Organisationen ins Leere gegangen waren.<sup>31</sup>

---

<sup>26</sup> Ebd., S. 4ff

<sup>27</sup> Vgl. Brian Doherty, Mathew Paterson and Benjamin Seel, 2000, S. 2

<sup>28</sup> Vgl. Brian Doherty, 2000, S. 62

<sup>29</sup> Vgl. George McKay, 1998, S. 9f.

<sup>30</sup> Vgl. Brian Doherty, Mathew Paterson and Benjamin Seel, 2000, S. 1. Vgl. auch George McKay, 1996, S. 128

<sup>31</sup> Vgl. Brian Doherty, Mathew Paterson and Benjamin Seel, 2000, S. 1f.

Die „direct action“ kann als Absage an die repräsentative Demokratie gewertet werden, in der laut vieler AktivistInnen Berufspolitiker im Namen aller Wählerinnen letztlich nur die Interessen exklusiver Kreise wahren und fördern. Die fast zwanzigjährige Ein-Parteien-Herrschaft in Großbritannien durch die Konservativen hatte diese negative Sicht auf den Parlamentarismus verstärkt und die Popularität der „direct action“ über den Kern der AktivistInnen hinaus befördert.<sup>32</sup>

„Disenchantment with representative politics, with politicians, with what is seen as the serving of ‚ideology‘ or ‚vested interests‘, is widespread in contemporary culture and is, I think, one reason why DIY-Culture has gained a sort of low-level and seemingly increasing support from non-participants.“<sup>33</sup>

Dass erwünschte Veränderungen der als statisch wahrgenommenen politischen Verhältnisse eher durch unkonventionelle, außerparlamentarische Aktionen möglich waren, zeigte 1990 der landesweite Aufruhr gegen die „poll tax“, eine einkommensunabhängige Kopfsteuer. Deren Einführung trieb die desillusionierte Haltung breiter Bevölkerungsteile gegenüber den parlamentarischen Instanzen noch auf die Spitze, verknüpfte die Regierung doch indirekt das Wahlrecht mit der Steuerabgabepflicht und erschwerte damit weiterhin politische Partizipation.<sup>34</sup> Die teilweise von Ausschreitungen begleitete Kampagne trug mit zur Abwahl Thatchers und zur Rücknahme der Steuerpläne bei. Obwohl sie von linken AktivistInnen koordiniert wurde, die über keinerlei Bezug zur Ökologiebewegung verfügten, bezogen sich die UmweltaktivistInnen in der Folge positiv auf die direkten Aktivitäten dieser Bewegung.<sup>35</sup> Auch McKay begreift die „Anti-Poll-Tax-Campaign“ als unmittelbare Inspiration für die „direct action“ des „Anti-Roads-Movements“. Im Gegensatz zum traditionellen Vorgehen der Arbeiterorganisationen wie Gewerkschaft und Labour Party hätte sich beim „Anti-Poll-Tax“-Protest eine „Community Resistance“ entwickelt, deren AktivistInnen sich von anarchistischen Traditionen inspirieren ließen.<sup>36</sup> Vor allem in Schottland, einem Zentrum des Widerstands gegen die „poll tax“, konnten sich die AktivistInnen auf eine lange Geschichte der Volksbewegungen berufen. Die radikale Historie wurde neu in die Gegenwart eingespeist. Als Beispiel erwähnt McKay hier den Pollok Council Estate, ein Arbeiterklassequartier in Glasgow, das sich im Kampf gegen die „poll tax“ besonders hervorgetan hatte. Der Unterschied zwischen dem „Pollok

---

<sup>32</sup> Vgl. George McKay, 1996, S. 128

<sup>33</sup> Vgl. Peter Gartside: Bypassing politics? A critical look at DIY culture, in Jonathan Rutherford: Young Britain, London 1998, S. 59f.

<sup>34</sup> Vgl. George McKay, 1996, S. 128

<sup>35</sup> Vgl. Christopher Rootes, 2000, S. 48

<sup>36</sup> Vgl. George McKay, 1998, S. 6



Free State“ und den „anti-roads“-Protesten besteht für McKay darin, dass erstere sich auf eine schon existente „Community of Resistance“ stützen konnte. Letztere waren vor allem mit der Konstruktion einer neuen „alternativen Community“ in einem eigenen Raum beschäftigt.<sup>37</sup> McKay sieht in den DIY-Communities dem Anschein nach verwirklicht, was die konservative Regierung mit ihrer kommunitaristischen Rhetorik lobpreiste.<sup>38</sup> Zugleich hätten aber viele DIY-Communities mit ihrem konfrontativen, kollektiven Charakter einen Gegenentwurf zu jener Praxis, die sich Neokonservative unter „Selbsthilfe“ vorstellten, geschaffen:

“This is the politics of the ‘Thatcher generation’, of those who grew up in the period when the ideas and institutions of collectivism and social welfarism...DIY-Culture is in some senses a reaction to the individualistic and acquisitive culture Thatcherism promoted. The ‘DIY’ ethic has nothing to do with neo-Victorian ‘self-help’ individualism: it would be more accurate to call it a Do-it-Ourselves culture, a collective resistance to commodified culture...Finally, it is also the politics of a generation for whom the language and the theoretical debates of the left are, generally speaking, a foreign tongue.”<sup>39</sup>

Der Neuartigkeitsanspruch der DIY-Culture stellt Theorien und Strategien, die von früheren AktivistInnen erarbeitet wurden, als banal und alt hin. Probleme, die zu Gegenständen parlamentarischer Politik, konventioneller Demonstrationen und Fernsehdebatten wurden, sind mit dem Stigma der Langeweile und Banalität behaftet.<sup>40</sup>

Die Intuition gilt als Motor des eigenen Engagements, nicht der klare rationale Denkprozess. Dieser wird gegenüber der Handlung benachteiligt.<sup>41</sup> So wirft McKay etwa dem DIY-Culture-Informationsorgan *SchNEWS* eine textfeindliche Haltung vor, wenn in ihm verlautbart wird: „A single action is worth a thousand words“. Damit würde es sich auch selbst in einen Widerspruch verwickeln, weil *SchNEWS* ja gerade die Vernetzung der DIY-Culture durch Veröffentlichung von Texten betreibt.<sup>42</sup>

Die Gefahr der „direct action“ bestehe laut McKay darin, dass aufgrund der Spannung des Moments, die Vergangenheit übersehen, die Aktion also in keinem Kontext gestellt und die Zukunft ausgeblendet werde. Strategien für zukünftiges politisches Handeln würden durch die „direct action“ nicht entwickelt.<sup>43</sup>

---

<sup>37</sup> Ebd., S. 7

<sup>38</sup> Ebd., S. 29ff

<sup>39</sup> Vgl. Peter Gartside, 1998, S. 59

<sup>40</sup> Vgl. George McKay, 1998, S. 44f.

<sup>41</sup> Ebd., S. 12f.

<sup>42</sup> Dabei ist es aber den Machern wichtig zu betonen, dass die Wortbeiträge nur von AktivistInnen und nicht von AkademikerInnen geliefert werden, Ebd., S. 11f.

<sup>43</sup> Ebd., S. 13

Da das Leben in einem Protestcamp ein permanenter und öffentlicher Zustand der Konfrontation ist, fokussiert sich auch das Handeln der Protestierenden auf taktische Entscheidungen. Inhalte des Widerstands werden vernachlässigt, wie beispielsweise die Frage nach den Möglichkeiten einer verbreiterten Partizipation. Das Bestreben, einen Raum so dauerhaft wie möglich zu besetzen und die Notwendigkeit, dafür bestimmte Fähigkeiten auszubilden und ausreichend Zeit dafür zu investieren, macht es vor allem für ältere Menschen, Familien und erwerbstätige Personen unmöglich, sich an dieser Form von „direct action“ zu beteiligen. Protestcamps sind abhängig von einer Vollzeitpräsenz, dem aufwendigen Lernen technischer Fertigkeiten, sowie von einem hohen Grad an persönlichem Risiko. Daher kann diese Form der emanzipatorischen Politik kaum von breiteren Gesellschaftsgruppen übernommen werden.<sup>44</sup>

„The medieval character of the battle, with massed lines of security guards with bright tunics moving through the mist, cherry pickers like siege engines manoeuvring slowly towards their goal, and a phalanx of security guards and knights in the form of police on horseback, suggested dislocation from everyday life. While more conventional groups of locals were often portrayed acting in support of the eco-activists, they were usually on the fringes, reinforcing the image that eco-protest had become a technically skilled form of action which not only required a difficult lifestyle but also a degree of professionalism that should not be attempted by amateurs.“<sup>45</sup>

Ende der 90er Jahre mehrten sich die Anzeichen, dass „protest camps“ nicht mehr die dominante Taktik der „direct action“ waren. Die noch verbliebenen Camps zogen weniger AktivistInnen an und ihre Räumung erzielte nicht dasselbe, profunde Interesse der Medien wie ihre VorgängerInnen Mitte der 90er Jahre. Kritik wurde auch an den Bedingungen in den Camps geübt. Die kulturelle Politik der Camps wurde als begrenzt wahrgenommen;<sup>46</sup> Zuschreibungen, Machtverhältnisse und gesellschaftliche Ungleichheiten wurden in den Praktiken und Interaktionen der AktivistInnen reproduziert:

„Sites are often also home to various hierarchies based upon gender, expertise and sub-cultural credibility. If you don't know how to climb trees, have a job, look fairly straight or are female, then the chances are that you will be made to feel that you can't do much to help, and, what you can do will involve you playing a supportive role for those who are doing the real work.“<sup>47</sup>

Ein weiteres Dilemma der „direct action“/DIY-Culture bestand in ihrer Haltung zur Gewalt. Von den Ökoradikalen wird Gewaltlosigkeit nicht als Ziel an sich gesehen, und es herrscht

---

<sup>44</sup> Vgl. Brian Doherty, 2000, S. 75f.

<sup>45</sup> Ebd., S. 67f.

<sup>46</sup> Zitat von Anonym: Camps are not enough, in: *Do or Die: Voices from ecological Resistance* 8, S. 155

unter ihnen ein Konsens darüber, dass die Zerstörung von Eigentum im Sinne der eigenen Absichten gerechtfertigt sei. So erscheint die Absage an Gewalt eher strategischer Natur und viele AktivistInnen lehnen die dogmatischeren Elemente einer Philosophie der Gewaltlosigkeit ab. Ein weiterer Widerspruch manifestierte sich in der Frage der Verantwortlichkeit. Unter FriedensaktivistInnen der 80er Jahre herrschte eine strengere Verpflichtung gegenüber dem Grundsatz der persönlichen Verantwortlichkeit für die eigene „direct action“, bis hin zur Be-teuerung, dafür notfalls ins Gefängnis zu gehen. Die meisten Ökoradikalen dagegen bevorzugen es, einer Verhaftung zu entgehen. Zu ihrer Rechtfertigung führen sie an, dass das Justizsystem vorsätzlich so eingerichtet ist, dass es mit dem Gebrauch von Verfügungen, Bußgeldern und Haftstrafen jeden Protest verhindern kann. Die Ökoradikalen sehen die Vermeidung einer Verhaftung als bestes Mittel an, um ihren Protest fortzusetzen.<sup>48</sup> Eine Haltung, die ihre Entsprechung und Bestätigung in den Strafverschärfungen des „Criminal Justice Act“ findet.

### **3.4 Der „Criminal Justice Act“**

Das Dilemma, in dem die „direct action“-Strategie vor allem des Ökoradikalismus gefangen war, wird aus der Perspektive von McKay durch das Handeln des Staates gelöst, der sich seit Beginn der 90er Jahre gegenüber dem Umweltprotest aber auch anderen Widerständen zunehmend repressiver verhielt. So spielte mit dem Erstarren des „Anti-Roads-Movements“ die Überwachung von Protest eine zunehmende Rolle. Ab 1992 hatte die Regierung eine private Detektei unter Vertrag, die Material über DemonstrantInnen sammelte. Da die Daten kaum in Verfahren gegen DemonstrantInnen zur Anwendung kamen, vermuteten die AktivistInnen, dass Camcorder und Überwachungsteams hauptsächlich der Einschüchterung dienen.<sup>49</sup>

Laut McKay brauchten die von ihm zur DIY-Culture gezählten „Communities“ den externen Impuls der Kriminalisierung, um sich selbst als Gegenkultur zu verstehen: Schließlich attestierte ihnen der Staat, dass sie dem selbst formulierten Anspruch einer Autonomie vollends gerecht wurden, da er sie ganz offensichtlich zu seinen Gegnern auserkoren hatte. So erklärt McKay Kapitel 5 des „Criminal Justice Act“, der am 3. November 1994 in Kraft trat, zum Paralleltext seines Buches „Senseless Acts of Beauty“. Der Act biete implizit dieselbe Argumentation wie sein Buch, meint McKay: Die Gegenkultur sei nicht gescheitert, sie umspanne Ge-

---

<sup>47</sup> Zitat von Anonym: It's shite on site, in: *Do or Die: Voices from ecological Resistance* 8, S. 157

<sup>48</sup> Vgl. Brian Doherty, 2000, S. 71

<sup>49</sup> Ebd., S. 68

nerationen von Aktivisten und Widerständen, deren Verfolgung nur beweise, dass sie auf die Gesellschaft einzuwirken vermögen.<sup>50</sup>

„New Age Traveller“ und Gypsies fallen zum Beispiel unter Sektion 61 des CJA, welche die Zahl der Fahrzeuge, die auf einem Gelände erlaubt werden, von nicht mehr als 12 auf nicht mehr als sechs begrenzt. Wenn sie sich nach Aufforderung nicht entfernen, können unter Sektion 62 die Fahrzeuge von der Polizei beschlagnahmt werden. Sektion 77 bis 80 gibt den Lokalbehörden die Macht, unautorisierte Camper vom Land zu vertreiben und 24 Stunden nach Ankündigung, wenn notwendig, die Fahrzeuge zu entfernen. Die Beschlagnahmung von Fahrzeugen zieht Strafge­lder für den Eigentümer nach sich. Das geht soweit, dass Traveller für die Zerstörung ihres Eigentums durch die Ordnungsbehörden aufkommen müssen.<sup>51</sup>

Die Gesetze wurden mit einer Rücknahme einiger Passagen des „Caravan Sites Act“ von 1968 kombiniert, zum Beispiel der Verpflichtung der Lokalbehörden den Travellern adäquate Standorte bereitzustellen. McKay nennt dies eine weitere, hilflose Antwort auf die unter den konservativen Regierungen seit 15 Jahren kontinuierlich gestiegene Armut und Obdachlosigkeit. Die Konservativen würden mit Vertreibung, Geldbußen und Haft jene bestrafen, die nach eigenen Lösungen dieser Misere suchten. Dies zeige sich auch in der Umwertung der Hausbesetzung von einer privaten, zivilen Angelegenheit zu einer öffentlichen und kriminellen Aktivität. Squatter haben nach der Räumungsaufforderung 24 Stunden Zeit, das okkupierte Gebäude zu verlassen, danach dürfen sie für ein Jahr nicht mehr dorthin zurückkehren. Nun kann auch der Vermieter Gewalt anwenden, um Hausbesetzer zu vertreiben: Sektion 6 des „Criminal Law Act“ von 1977, der Gewaltanwendung durch eine Person, die sich Eintritt in besetzte Gebäude verschaffen möchte, bestraft, kann in bestimmten Umständen durch Sektion 72 aufgehoben werden. Squatter befürchten, dass so Bürgerwehren und lizen­sierte Schlägertypen eine Legitimierung erhalten.<sup>52</sup>

Für McKay steht jedoch die Rave Culture im Zentrum der Kriminalisierung jugendlicher Subkulturen. Der CJA beinhaltet „Befugnisse, um Personen zu entfernen, die einen Rave vorbereiten oder besuchen“ sowie „Befugnisse, um Personen an der Durchführung zu hindern“. Selbst die Zahl der involvierten Personen, die ein polizeiliches Eingreifen erforderlich macht, wird im Akt festgelegt: 100 oder mehr Personen, die sich unter freiem Himmel versammeln. In einer gesonderten Passage im Kapitel 1b der Sektion 63 des Acts wird Techno wie folgt

---

<sup>50</sup> George McKay, 1996, S. 160f.

<sup>51</sup> Ebd., S. 162f.

<sup>52</sup> Ebd., S. 151f.

definiert: "Musik, die Klänge beinhaltet, die zur Gänze oder vornehmlich als Abfolge repetitiver Rhythmen charakterisiert werden können."<sup>53</sup>

McKay vergleicht die legislative Praxis in Großbritannien mit den Verordnungen gegen Jazzmusik in Nazideutschland, denn in das Gesetz sei die geschmackliche Abneigung gegen laute, lang andauernde Tanzmusik eingeschrieben. Den Angriff auf die Rave Culture nennt McKay beispiellos für die britische Geschichte des Umgangs mit widerständigen Subkulturen. Nicht einmal Punkevents waren mit einem solchen Verdikt versehen worden.<sup>54</sup>

Bezeichnet McKay die Verabschiedung des CJA als „Criminalization of Diversity“<sup>55</sup>, so erinnert sie den Kulturwissenschaftler John Hutnyk (1996) an die „three strikes and you’re out“-Politik des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton und anderer „tough on crime“-Positionen. Das Gesetzespaket sei Teil einer auf globaler Ebene zu beobachtenden Politik des „hart Durchgreifens“, die als „New Authoritarianism“ bezeichnet werden kann.<sup>56</sup> Diese Zuschreibung spiegelt sich in den Worten des für die Gesetze zuständigen Innenministers Michael Howard:

„In October, I announced the most comprehensive package of measures to tackle crime ever announced by a Home Secretary. The measures rest on some basic, common-sense principles: that protecting the public is the first job of Government, that criminals should be held responsible for their actions and that the police, who are in forefront of the fight against crime, should be given the powers which they need to catch criminals. Those are the principles in which the Government believe.“<sup>57</sup>

### 3.5 Rave

McKay begreift die frühe Rave Culture als „indirect activism“, als Politik des Verschwindens und des Rückzugs, die sie zum Bestandteil der DIY-Culture werden ließ.<sup>58</sup> Im Gegensatz zum Punk, der prinzipiell durch ein öffentliches Spektakel von Stil und Körpern ausagiert wurde, entflieht die Rave Culture traditionellen Orten der Überwachung und schafft eine neue Sphäre des Klangs. So stellt sie unbemerkt eine alternative Realität her. McKay nennt dies „avoidance lifestyles“, das Vermeiden der hegemonialen Kultur. Da die Rave Culture aus dem Nichts zu kommen schien, unterlag sie umso leichter einer dementsprechenden Dämonisie-

---

<sup>53</sup> Das Verb „beinhalten“ signalisiert, dass sich Techno nicht per se unter Beschuss befindet. Der CJA ist kein totaler Bann der Rave Culture, er wird nicht auf kommerzielle, lizenzierte Events angewendet, Ebd., S. 164ff

<sup>54</sup> Ebd.

<sup>55</sup> Ebd., S. 161

<sup>56</sup> Vgl. John Hutnyk: Repetitive Beatings or Criminal Justice? In: Sanjay Sharma, John Hutnyk und Ashwani Sharma (Hrsg.): Dis-Orienting Rhythms – The Politics of the New Asian Dance Music: London/New Jersey 1996, S. 156

<sup>57</sup> Michael Howard, Home Secretary, 11 Januar 1994

<sup>58</sup> Vgl. George McKay, 1998, S. 8f.

rung durch die Mainstream-Medien, unter ständiger Bezugnahme auf die Todesfälle unter Drogenkonsumenten im Umfeld der Rave Culture.<sup>59</sup>

Erwartbar macht McKay den oppositionellen Charakter des Rave an dessen Selbstbezug auf frühere Gegenkulturen fest. So sei die Erweiterung des Free Festival Ethos, „ausgeführt durch eine zeitgemäße Hardware“, die stärkste Argumentation für eine Definition der Rave Culture als gegenkulturell. McKay verweist auf Hippie-Veteranen, die in der Rave Culture die Fortsetzung des eigenen, durch Drogen begleiteten, alternativen Werdegangs sahen.<sup>60</sup>

Die spanische Insel Ibiza nimmt bei der Entstehung der Rave Culture eine besondere Rolle ein. Auf ihr verbrachten Massen von britischen Jugendlichen ihren Sommerurlaub, nicht zuletzt auf der Flucht vor den tristen Verhältnissen in ihrer Heimat. Der Versuch, das hedonistische Lebensgefühl während des Ibiza-Urlaubs ins britische Wochenende hinüberzuretten, erfolgt gegen Ende der 80er Jahre zuerst in London. Der auf Ibiza produzierte Balearic Beat wurde von den DJs in den Clubs der Hauptstadt verbreitet. Vor allem die Kleidung der Raver verweigerte sich einer traditionell gewordenen Lesart von Subkultur als Widerstand durch stilistische Innovation. Strandbekleidung wurde zur Mode erklärt und machte die Punk-Verweigerung eines Vergnügens wie Sommerurlaub obsolet.<sup>61</sup>

Ibiza war während der 60er und 70er Jahre ein europäisches Zentrum des Hippietums und bot plötzlich eine Rückkehr zu früheren Momenten jugendkultureller Erfahrung. In einem Akt historischen Bewusstseins proklamierten die ersten PropagandistInnen der Rave Culture den Sommer 1988 zum „Second Summer of Love“, in Anlehnung an die Ereignisse des Jahres 1967. Für Autor Kristian Russell (1993) war das Zusammentreffen diverser Subkulturen ein „Gathering of Tribes“, nachdem sich die Jugendkulturen seit den späten 70er Jahren fragmentiert hatten.<sup>62</sup>

Schnell wurde die Rave Culture auch im Sinne einer regionalistischen Identitätsstiftung genutzt, wie Steve Redhead am Beispiel Nordenglands zeigt. Die neue Musik des nördlichen „Balearic Beat“ forderte das britische Nord-Süd-Gefälle bezüglich ökonomischer, finanzieller und kultureller Dominanz heraus. Ihren unmittelbaren Vorgänger hatte sie in der Northern Soul Szene der 70er Jahre. Diese zelebrierte die zeitgenössische afroamerikanische Musik und drückte dies in Form von Amphetamin-unterstützten Tanzmarathons aus. Die „street credibility“ dieser Tanzszene wurde transformiert durch die „Warehouse“-Partyszene, die um die Stadt Blackburn während der späten 80er Jahre explodierte. Dort wurden in aufgelasse-

---

<sup>59</sup> Vgl. George McKay, 1996, S. 115

<sup>60</sup> Ebd., S. 117f.

<sup>61</sup> Ebd., S. 104ff

nen Lagerhallen illegale Feste mit Sound-Systems veranstaltet, die ihr Publikum nur über Mundpropaganda anzogen. Über Nacht stellten die Clubs ihre Musik von Northern Soul auf Acid House um, obwohl das Publikum das Gleiche blieb.<sup>63</sup>

Die Autorin Mary Anna Wright (1998) wendet sich gegen eine Analyse, welche die Raver als bloße KonsumentInnen kultureller Erzeugnisse sieht, die von einer manipulierenden Industrie für sie hergestellt wurden. Stattdessen seien sie Individuen und Kollektive, die sich an der Vorderfront des Produzierens einer neuen Kultur und Ökonomie befänden. Dabei kann die Rave Culture als Höhepunkt einer Entwicklung betrachtet werden, in der sich beide Bereiche gegenseitig durchdringen. Der Gebrauch von EDV-gesteuerter Technologie ermöglichte den Rave-AktivistInnen, den schon im Hippietum und Punk formulierten Autonomieanspruch bezüglich der Mittel der kulturellen Produktion in einem bisher ungekannten Maße Realität werden zu lassen. Schließlich konnte mit Hilfe des Computers eine einzelne Person mehrere Funktionen von der Erzeugung bis zur Präsentation verschiedenster Produkte übernehmen.<sup>64</sup>

Musikkritiker Dave Hesmondalgh (1995) sieht in der unmittelbaren Musikproduktion des Techno demokratische Prinzipien eingeschrieben, da die MacherInnen die dominanten Modi der musikalischen Organisation und Konsumption verworfen haben: Sie entledigten sich des etablierten Starsystems, veröffentlichten ein Großteil ihrer Musik ohne Information über die Produzenten und konsumierten sie in Clubs, wo die Tanzenden, anstatt einem Performer auf der Bühne zuzuschauen, sich selbst in Aktion sehen.<sup>65</sup> Hier wiederum konnte die Rave Culture auf Ressourcen und personelle Netzwerke zurückgreifen, die ab dem Ende der 70er Jahre aus der Punkbewegung entstanden waren. Diese sollten ihre NutzerInnen ökonomisch wie auch sozial unabhängig von einem „Mainstream“ machen, der wie schon bei den Gegenkulturen der 60er Jahre die ästhetischen Aspekte einer widerständigen Praxis mit sich zu reißen drohte. Gleichzeitig wurden so genannte Hobbys angesichts der hohen Arbeitslosigkeit zu kulturellen Handlungen aus Gründen der Existenzsicherung. Mit Verweis auf die zuvor der Reproduktionssphäre vorbehaltenen Räumlichkeiten, in denen diese Verwandlung vorstatten ging, spricht Kulturwissenschaftlerin Angela McRobbie (1999) von einer „cottage industry“. Zu beobachten war das Aufblühen eines Sektors der Mikroökonomien der Kultur, welcher die Grenzen von sozialer Klasse, Ethnizität und Geschlecht überschritt. Gerade viele „working

---

<sup>62</sup> Vgl. Kristian Russell: Lysergia Suburbia, in: Steve Redhead (Hrsg.): Rave Off: Politics and Deviance in Contemporary Youth Culture, Aldershot, 1993, S. 119

<sup>63</sup> Vgl. Steve Redhead: The politics of Ecstasy, in: Steve Redhead (Hrsg.): Rave Off: Politics and Deviance in Contemporary Youth Culture, Aldershot, 1993, S. 23

<sup>64</sup> Vgl. Mary Anna Wright: The Great British Ecstasy Revolution, in: George McKay: DIY Culture – Party & Protest in Nineties Britain, London/New York 1998, S. 238ff

<sup>65</sup> Vgl. Dave Hesmondalgh: Technoprophecy: A Response to Tagg, in: Popular Music, vol. 14, part 2, may 1995, S. 261ff

class people“ wurden im kulturellen Feld selbstständig, um einerseits der Arbeitslosigkeit und andererseits einem routinisierten, gratifikationsfreien Dienstleistungsjob zu entgehen.<sup>66</sup> Die unabhängigen Plattenlabels, kleinen Clubs, Off-Kinos und alternativen Galerien bestätigten die Dynamik der deregulierten Ökonomie, in dem sie eine Kultur produzierten, um deren Erzeugnisse sich immer wieder neue, von einander abgegrenzte „Communities“ formierten. Gemeinsam war all diesen KulturproduzentInnen, dass sie permanent zwischen Arbeitslosigkeit und Selbständigkeit hin- und herpendelten und letzteren Zustand zumeist durch das „Enterprise Allowance Scheme“ finanzierten, das unter Thatcher 1983 eingeführt wurde und bis 1993 bestand.<sup>67</sup>

Mit dem sprichwörtlichen „Studio im Schlafzimmer“ löste sich im Techno auch die äußere, räumlich-funktionale Trennung von Arbeit und Freizeit bis zur Unkenntlichkeit auf. Die „Nachtleben“-Ökonomie der Rave Culture, in der die Grenzen zwischen illegalen und regulierten Einkommen verschmolzen, spielte eine zunehmend wichtige Rolle in der nationalen Ökonomie, und hier entstand ein Unternehmertum, so Wright, das sich durchaus im Sinne der von den Konservativen propagierten neoliberalen Ideale verhielt. Ihre Produktionsweise löste eine Krise der korporativ organisierten Musikindustrie aus, die ihren Wohlstand und Ruf der Rockmusik zu verdanken hatte. Die kleinen Label reagierten flexibel auf den schnellen Ausstoß von Produktionen und die Fluktuation von Stilen. Sie können demgemäß als Idealtypen der postfordistischen Ökonomie gelten. Erst die Etablierung spezialisierter Unterlabels ermöglichte es den Plattenkonzernen wieder konkurrenzfähig zu werden.<sup>68</sup>

Forscher, Medien und Politiker, aber auch BewegungsaktivistInnen taten sich mit einer Erklärung der Rave Culture schwer. Anders als im Rock und Punk wurden im Techno weder politische Botschaften noch ein widerständiges Lebensgefühl über Worte transportiert.

Der Behauptung eines Mangels an politischem Engagement, aufgrund der weitestgehenden Abwesenheit von Text, begegnet McKay mit dem Verweis auf musikalische Vorgänger des Techno: So hielt auch der textlose, instrumentelle Bebop wie auch der Free Jazz afroamerikanischer Jazzmusiker seine Zuhörerschaft nicht davon ab, sich im Civil Rights Movement zu engagieren. Die zentrale Rolle der Droge Ecstasy innerhalb der Rave Culture wird als weiterer Beleg dafür angeführt, dass Raver keine Dinge mit Gehalt wünschten, über die sie in einem bewussten Zustand nachdenken müssten.<sup>69</sup> ProtagonistInnen der Rave Culture behaupten

---

<sup>66</sup> Vgl. Angela McRobbie: *In the Culture Society – Art, Fashion and Popular Music*, London/New York 1999, S. 26f.

<sup>67</sup> Ebd., S.4f.

<sup>68</sup> Vgl. Mary Anna Wright, 1998, S. 238ff

<sup>69</sup> Vgl. George McKay, 1996, S. 110



ten aber, es ginge ihnen gerade um eine Erweiterung des Bewusstseins auch mittels des Gebrauchs von Drogen.

Raver wie Reporter und Kritiker der Szene betonen die Zentralität der Droge Ecstasy, um diese entweder zu preisen oder zu dämonisieren.<sup>70</sup> Ecstasy sickerte ab Mitte der 80er Jahre nach Großbritannien ein; erst durch Anhänger von Baghwan, später durch Clubgänger und Musiker, welche die Droge von USA-Besuchen mitbrachten. Mitte der 90er Jahre wurde vermutet, dass auf der Insel jede Woche eine Million Ecstasy-Pillen eingenommen werden. Wright glaubt, dass Ecstasy für die britische Jugend zu einem „Eckstein auf ihrem Weg ins Erwachsenenleben geworden ist, wie Zahnverlust, Fahrrad fahren und Entjungferung“.<sup>71</sup>

Wright geht soweit zu behaupten, dass Ecstasy einen profunden gesellschaftlichen Wandel herbeigeführt habe und spricht sogar von der „Great British Ecstasy Revolution“. Ecstasy war, so Wright, die erste Droge, die über soziale und kulturelle Grenzen hinweg genommen wurde. Als die Raves populär wurden, schienen alle standardisierten sozialen Unterschiede zu verschwinden. Wright argumentiert hier biologistisch: Die Verhaltensänderungen der Ecstasy-Nutzer von einer thatcheristischen Betonung des Individualismus hin zu einer Wertschätzung von Kollektivität und des Raumes, in dem diese Gemeinschaftlichkeit ausagiert wird, sei das physische Resultat einer chemischen Reaktion im Gehirn. MDMA setze Neurotransmitter frei, die Botschaften zwischen den Gehirnzellen verändern und so die Stimmung beeinflussten. Ecstasy produziere ein emphatisches Gefühl ähnlich dem beim Liebesakt. Allerdings stelle sich die Erfahrung mit Ecstasy, die von vielen KonsumentInnen als einzigartiger Akt der non-verbalen Kommunikation beschrieben wird - oftmals mit den Adjektiven „telepathisch“ oder „intuitiv“ – erst in einer temporären Interaktion im Kollektiv her. Wright schildert die Drogenerfahrung als eine persönliche Revolution vieler und begreift sie als Fortsetzung der Umwälzung zwischenmenschlicher Beziehungen seit den 60er Jahren.<sup>72</sup>

Der Journalist Jonathan Keane (1998) bemerkt das Fehlen eines Machotums und Heterosexismus im Kontext des Gebrauchs von Ecstasy:

„On many levels of social interaction, drug users exhibit a lack of traditional masculine behaviour: they pause the policing of male to female difference, show a more empathetic understanding of otherness. Men hug each other when on the drug. They do not feel threatened by gay men, and perhaps most importantly they stop competing. Instead they form their identities in empathy with others. Not from being braver than their peers nor

---

<sup>70</sup> Ebd.

<sup>71</sup> Vgl. Mary Anna Wright, 1998, S. 228ff

<sup>72</sup> Ebd.1998, S. 232ff

by having a woman on their arm. This is all good news for our heterosexist, macho culture."<sup>73</sup>

Wright betont aus eigener Erfahrung die Veränderung der Geschlechterbeziehungen durch das Aufkommen der Tanz- und Drogenkultur. Frauen konnten nun in die Clubs gehen, tragen, was sie wollten und dabei in Ruhe tanzen. Wright kritisiert „schimmelige, alte, männliche Marxisten“, die der „Freiheit, sich so zu verhalten, wie man will“, das Potenzial einer realen Revolution absprechen. Jener auf die Tanzfläche bezogenen Utopie, so Wright, mag zwar nur eine kurzlebige Verwirklichung in der Gegenwart beschieden sein, die Erinnerung an diese Vorwegnahme jedoch dauere länger an und sei in der Lage einen weitergehenden, radikalen Gesellschaftswandel zu initiieren. Wright begreift die Dance Culture als eine Bewegung, die der Gesellschaft Alternativen vorführt. Der Gebrauch von Ecstasy und die Erfahrung seiner emanzipatorischen Wirkungen seien, so Wright, nicht auf die DIY-Szene beschränkt. Eine ähnliche Erfahrung mit der Droge hätten auch Tausende anderer in kommerziellen Clubs gemacht. Sie wurden bei der Frage nach dem revolutionären Wandel schlichtweg übersehen, nur weil sie sich nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit befänden.<sup>74</sup> Medienwissenschaftlerin Hillegonda Rietveld (1998) nimmt eine Gegenposition ein, die das Phänomen des Raves weniger euphorisch interpretiert und sein emanzipatorisches Potenzial schon gar nicht im Gebrauch von Drogen verortet. Um die Behauptung zu widerlegen, mit Rave wären Geschlechter- und Klassendifferenzen überwunden worden, führt sie die Tatsache einer Ungleichheit im Zugang zu Computer-Equipment und Platten zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen, Sesshaften und Obdachlosen, Stadt- und Landbewohnern ins Feld. Der Zugang werde erschwert, wenn man/frau sich nicht in einem sozialen Umfeld befindet, in dem die Produktion und Akquise von Musik selbstverständlich ist und dem Interessierten der Umgang mit Turntables gezeigt oder ihm diese zur Benutzung ausgeliehen werden können. Zwar würden immer mehr Frauen in den Produktions- und Discjockeybereich eindringen, dennoch bleiben Grenzen sichtbar. Heterosexuelle, männliche Teilnehmer von Raves fielen immer wieder in alte Rollenmuster zurück, zum Beispiel, in dem sie die Kontrolle über den Drogenhandel mit Waffengewalt unter sich ausmachten. In der DIY-Culture wird die Gender-Spaltung durch die Begriffe des maskulinen „Hardcores“ und der femininen „Fluffyness“ arti-

---

<sup>73</sup> Vgl. Jonathan Keane: Ecstasy in the unhappy society, in: Jonathan Rutherford (Hrsg.): Young Britain, London 1998, S. 106

<sup>74</sup> Vgl. Mary Anna Wright, 1998, S. 239ff. Doch auch Wright lässt nicht unerwähnt, dass für manche Konsumenten, Ecstasy zu paranoiden und depressiven Gefühlen geführt hat. Die durch die Medien geschürte Angst vor Raves und dem frühen Acid House gründete auf der Anzahl von Todesfällen junger Menschen, für die vor allem Ecstasy verantwortlich gemacht wurde. Wright entgegnet, dass die Langzeitwirkung der Droge weiterhin unklar

kuliert. In der von weißen Männern dominierten Hardcore-Technoszene gilt „Garage“ als „HandtaschenMusik“. Das Feminine wird in der Rockideologie mit „Pop“, „trivial“, „kommerziell“ und „Mainstream“ gleichgesetzt.<sup>75</sup>

Rietveld beschreibt das Treiben auf der Tanzfläche als eine Feier, die sich um eine große Leere konstituiert. Ecstasy soll die Angst und Depression nehmen, soll ermöglichen, dass die Leere ein gutes Gefühl verursacht.<sup>76</sup> Die Grundfeste der Gesellschaft, so Rietveld, wird durch die Rave Culture nicht in Frage gestellt. Der Akt des Tanzens sei an sich apolitisch und amoralisch. Weder gut noch böse gelten hier, nur eine kollektive Unterwürfigkeit und Kapitulation vor dem Beat, eine Verweigerung jeglicher Rationalität.<sup>77</sup>

Rietveld weist auf die Bedeutung hin, die das verschärfte bigotte Klima am Ende der 80er Jahre für die Entwicklung der Acid House Partys und der Raves hatte. Die ungezügelte Thatcheristische Unternehmenskultur propagierte die Selbsthilfe, die Loslösung vom Etatismus und das Profit machen auf eigene Faust. Im selben Atemzug versah aber die Regierung „moralische Exzesse“ auch in einem privaten Rahmen mit Restriktionen. Rietveld bescheinigt dem britischen Staat eine lange Geschichte der Regulierung von Vergnügungen, wie sie sich beispielsweise in der rigiden Sperrstundenregelung für den lizenzierten Alkoholausschank manifestiert. Der unregulierte, im Kollektiv tanzende und berauschte Körper stelle dagegen eine Gefahr für die „spirituelle Reinheit der Nation“ dar. Deshalb, so Rietveld, sei es nicht überraschend, dass den „Acid House“-Partys mit ihrer Mischung aus Tanz und Drogenkonsum eine Moralpanik folgte, die zu neuen Regulationen des Körpers führte. Schon mit dem „Entertainments Act“ von 1990 wurden kommerzielle Partys ohne Genehmigung mit härteren Strafen belegt.<sup>78</sup> Sie drängten daraufhin in den Untergrund und begannen sich, in zwei Organisationsformen aufzuspalten: Einerseits bot die Gesetzlosigkeit von Untergrund-Partys skrupellosen Profiteuren die Möglichkeit zur Abzocke. Andererseits ermöglichte die relativ simple Logistik eines mobilen Sound-Systems, dass kostenlose Partys im Freien oder in besetzten Häusern stattfinden können.<sup>79</sup>

---

sei, gerade weil die Forschung in dieser Hinsicht weder finanziell profitabel noch legal ist. Ebd., S. 112 und 234f.

<sup>75</sup> Vgl. Hillegonda Rietveld: Repetitive beats: free parties and the politics of contemporary DIY dance culture in Britain, in: George McKay: DIY Culture – Party & Protest in Nineties Britain, London/New York 1998, S. 261ff

<sup>76</sup> Ebd., S. 252

<sup>77</sup> Ebd., S. 266ff

<sup>78</sup> Vgl. George McKay, 1996, S. 165

<sup>79</sup> Vgl. Hillegonda Rietveld, 1998, S. 253ff

### 3.6 „Underground Parties“

Mary Anna Wright sieht in der Droge auch den Impuls für die unlicenzierten Raves, die sich entwickelten, da Clubs in der Regel um 2 Uhr nachts schließen mussten, die Wirkung der Droge aber anhielt. Die Unzufriedenheit mit den legalen Grenzen des Feierns spornte viele Do-it-Yourself-Enthusiasten an, zu Organisatoren ihrer eigenen Partys zu werden. Billiger als die lizenzierten Raves und ohne die restriktive Einlasspolitik<sup>80</sup>, zogen diese Partys durch Mundzu-Mund-Propaganda ein unterschiedliches Publikum von HedonistInnen, StudentInnen und politisch Aktiven an.<sup>81</sup> Sie veranlassten Tausende von Menschen dazu, geheimnisvolle Telefonnummern zu wählen und in Konvois zu weit entfernten Party-Locations zu fahren. Daraus entwickelte sich ein umgekehrter Snobismus: Die unlicenzierten Partys wurden als „hardcore“ angesehen, die auf dem risikoreichen Engagement der Leute basierten und mit hoher Wahrscheinlichkeit von der Polizei dingfest gemacht werden würden. Je mehr „underground“ eine Party erschien, desto näher war sie in den Augen der TeilnehmerInnen an der eingeforderten Authentizität der Techno Szene.<sup>82</sup>

„While entry to a commercial rave comes at a price, the lack of an entrance charge at donation-financed illegal raves (often collected in a bucket passed around for participants to ,give what they can`) should theoretically ensure a wider mix of people in free rather than pay events. However, conversely, the exclusivity demanded by this form of clandestine clubbing can never really make illegal raves a truly all-embracing democratic force. Calling one of several underground rave phonelines accesses immediate events unlisted by the listings magazines. Such leads may be no more than a junction number of a motorway, since the final venue is still secret, a precaution to counter the police. However not everyone will know how to find an illegal rave, indeed their existence is founded on this very mystique.“<sup>83</sup>

Sieht Rietveld im Gegensatz zu Wright allein bei den „free parties“ gegenkulturelle Ideen wirksam werden, betont sie, dass dies jedoch über die Festigung einer Binnenidentität als Reaktion auf erfahrene Ausschlüsse geschieht. Für jene, die sich in einem politischen Sinne ausgegrenzt fühlen, die heimatlos geworden sind, können dance parties ein Gefühl der Gemeinschaftlichkeit bieten.<sup>84</sup>

---

<sup>80</sup> Vgl. Mary Anna Wright, 1998, S. 236ff

<sup>81</sup> Vgl. George McKay, 1996, S. 107

<sup>82</sup> Vgl. Mary Anna Wright, 1998, S. 236ff

<sup>83</sup> Vgl. Rupa Huq: The Right to Rave: Opposition to the Criminal Justice and Public Order Act 1994, in: Tim Jordan und Adam Lent (Hrsg.): Storming the Millenium – New Politics of Change, London, 1999, S. 17

<sup>84</sup> Vgl. Hillegonda Rietveld, 1998, S. 258ff

Rietveld kommt zu dem Schluss, dass das CJA nicht so sehr die Angst vor einer unreglementierten Musik per se zum Ausdruck bringt, sondern eher vor dem in einer festlichen Raserei „verschmelzenden“ Mob, die eine unvorhersehbare Richtung nehmen kann.<sup>85</sup>

Kulturwissenschaftlerin Rupa Huq (1999) beschreibt den illegalen Rave dem gemäß als chaotisches, nicht-lineares Ereignis:

„...it will not only possibly change place throughout its course but its time will also be unfixed. While the legal rave will have defined start time and an end, its illegal counterpart will be of potentially infinite duration. Participants dance like there's no tomorrow because literally tomorrow just isn't going to happen; no one will hurry you out because there is no terminus, no curfew when the licence ends. The public will dance for perhaps ten hours on end at a legal rave. The illegal rave may sometimes last for several days, pushing this boundary even further. The legal rave will be sited at a premises which has the requisite number of fire exits and toilets whereas the illegal rave will often be in a squatted building, either a boarded-up former domestic dwelling or church, or a deserted warehouse on the edge of town: a new type of urban regeneration in the failed industrial estates where the traditional manufacturing industry has collapsed.“<sup>86</sup>

Die wirkliche Paranoia bezieht sich auf die mögliche Anfälligkeit der Raver gegenüber Ideen, die außerparlamentarische Interessen repräsentieren.<sup>87</sup> Die reale Entsprechung dieser Furcht konkretisiert McKay, für den gerade „Outdoor Raves“ und freie Partys, viele Gemeinsamkeiten mit den Free Festivals und Fairs der 70er und 80er Jahre haben. Sound-Systeme wie „Spiral Tribe“, „Circus Normal“, „Bedlam“ und „DIY“ bemühten sich, eine zeitgemäße Version der „Free Festivals“ zu gestalten. Diese Events sind generell zeitlich komprimiert (eher eine Nacht lang als ein ganzes Wochenende oder eine Woche), aber charakterisiert durch die von der Festival- und Traveller-Szene eingeführten Besetzung von Land als eine Herausforderung des Eigentumsanspruchs, durch den Drogenverkauf zur Finanzierung der Veranstaltung, durch das Umherreisen zwischen mehreren Veranstaltungen.<sup>88</sup> Organisiert werden sie von einer Mischung aus Travellern, (Ex)Hippies, ÖkoaktivistInnen, urbanen (Ex)Punks und HausbesetzerInnen, die in den frühen 90er Jahren bestimmte „direct action“-Taktiken entwickelt haben.<sup>89</sup>

Don Aitken meint, dass die Wurzel der Feindseligkeit, die so erfolgreich gegen Festivals, Traveller und Raves konstituiert werden konnte, in der Tatsache zu suchen ist, dass die upper-middle-class der südeinglischen „countryside“ fest davon ausging, dass die von ihnen als Problem erachteten, subkulturellen Lebensweisen der Städte auch dort bleiben und nicht an

---

<sup>85</sup> Ebd., S. 256f.

<sup>86</sup> Vgl. Rupa Huq, 1999, S. 17

<sup>87</sup> Vgl. Hillegonda Rietveld, 1998, S. 256f.

<sup>88</sup> Vgl. George McKay, 1996, S. 119f.

<sup>89</sup> Vgl. Hillegonda Rietveld, 1998, S. 263ff

ihre Gartentore branden sollten.<sup>90</sup> Und doch geschah genau dies mit den zahlreichen illegalen Raves unter freiem Himmel. McKay datiert den Höhepunkt des Crossovers zwischen Festival/Traveller- und der Raver-Szene mit dem „Castlemorton Common“ im Mai 1992 in Hereford and Worcester. Für acht Tage kamen zwischen 20.000 und 40.000 Menschen zusammen, um freie Musik und Unterhaltung auf dem größten gegenkulturellen Treffen seit dem letzten „Stonehenge Festival“ von 1984 zu genießen.<sup>91</sup>

„The Sound-Systems kept on rolling in. DIY, Spiral Tribe, Adrenalin, Circus Warp. Within a few hours, the Common was transformed into a fully functioning, independent state, under sole control of its inhabitants. A temporary autonomous zone in the English countryside with its own power, lighting, accomodation, catering and leisure facilities. All it needed was a bustling population, and when local residents went on national TV to bemoan their fate, any raver with a taste for outlaw parties was armed with directions to their weekend destination....As Castlemorton wound down, there were reports of vigilante groups of local residents arming themselves to burn out the encampment incensed at police inaction. “You wonder at what stage it becomes reasonable to call in the Army, because there is an occupying force up there on the Common,” said one.<sup>92</sup>

Wright geht davon aus, dass das „Criminal Justice Bill“ im Zuge der öffentlichen Empörung über das „Castlemorton Festival“ in die Wege geleitet wurde. Mit dem CJA ging die Latenzperiode der Bewegung zu Ende.<sup>93</sup>

### **3.7 Spaltungen innerhalb des Anti-CJA-Protests und der DIY-Culture**

Erst der Entwurf für den CJA habe den einzelnen Initiativen und Kampagnen die Erkenntnis gebracht, dass ihre singulären Kämpfe miteinander verbunden seien, meint McKay.<sup>94</sup> RTS-Aktivist Del Bailie (1997) stellte fest, dass der Kampf der StraßenbaueegnerInnen sich nun mit den Anliegen der New Age Traveller, der Hausbesetzer und der Jagdsaboteure verband. Besonders die plötzlich politisierte Rave Szene wurde zum gemeinsamen sozialen Fokus vieler Menschen.<sup>95</sup> Nach Meinung der meisten ProtagonistInnen der DIY-Culture vermochte es der CJA dem gemäß auch nicht, die Macht der „direct action“ zu brechen. Vielmehr resultierte seine Verabschiedung darin, dass sich vorher partikuläre Kampagnen zusammenschlos-

---

<sup>90</sup> Don Aitken, zitiert von George McKay, 1996, S. 119f.

<sup>91</sup> Ebd., S. 120f.

<sup>92</sup> Vgl. Matthew Collin with John Godfrey, 1997, S. 213f.

<sup>93</sup> Vgl. Mary Anna Wright, 1998, S. 239

<sup>94</sup> Vgl. George McKay, 1996, S. 184f.

<sup>95</sup> Vgl. Del Bailie, 1997, S. 1

sen.<sup>96</sup> Etwas verkürzt schildert John Hutnyk die Allianzen, die sich in vielfältigsten „direct actions“ gegen den CJA manifestierten:

„Throughout 1994 and into 1995, Left groups and the previously ecstasy-besotted rave scene crowd organized numerous protests and stunts to draw attention to the proposed new laws. These stunts included mass trespass on to the properties of senior government ministers, occupation of the roof of Parliament, and huge, now illegal, raves, as well as marches through the cities of London, Manchester, Leeds, Bristol etcetera.“<sup>97</sup>

Signifikant war, dass sich die Labour Party nicht an den Protesten gegen den CJA beteiligte. Rupa Huq merkt an:

„Just as rave departs from the traditional conventions of pop music and spectacle, the politics of its defence in the face of the Criminal Justice Bill breaks with what we recognise as traditional politics, in theory and practice. The Labour Party, her Majesty’s loyal opposition, abstained rather than opposing the CJB in Parliament, leaving it as detested as the Government.“<sup>98</sup>

Eine spektakuläre Manifestation des Ärgers über das „Criminal Justice Bill“ war die Demonstration am 9. Oktober 1994 in London, ein friedlicher Marsch in karnevalesker Atmosphäre vom Embankment zum Hyde Park. Die Metropolitan Police verbot jegliche Sound-Systeme im Park, da sie befürchtete, dass diese zum Ausgangspunkt potenzieller Unruhestifter würden. Im Nachhinein erwies sich dieses Vorgehen als nicht besonders intelligente Strategie der Eskalation. Gefangen in ihrer Rolle, musste die „Riot Police“ der Infragestellung ihrer Autorität durch einen Lastwagen mit Lautsprechern, der sich einen Weg in den Park bahnte, zusehen. Daraufhin entbrannte eine Straßenschlacht zwischen den Demonstranten und der Polizei.<sup>99</sup>

Während der Geschehnisse rund um die Oktoberdemonstration zeigten sich Spannungen nicht nur innerhalb der Koalition, welche den CJA bekämpfte, sondern auch innerhalb der DIY-Kultur im Allgemeinen. Lesben und Schwule, ArbeiterInnen, Minoritäten, Frauen, Behinderte sind als AktivistInnen und kulturelle ArbeiterInnen in der DIY-Culture involviert, aber die spezifischen Repressionen und Diskriminierungen, gegen die sie sich wehren müssen, bleiben als Inhalte weitgehend ausgeblendet.<sup>100</sup>

Es herrscht die Gefahr, dass die DIY-Culture marginalisierte Stimmen verstummen lässt. Das könne gerade paradoxerweise gerade durch die Rhetorik der Inklusivität passieren. So ist

---

<sup>96</sup> Vgl. George McKay, 1996, S. 169

<sup>97</sup> Vgl. John Hutnyk, 1996, S. 157

<sup>98</sup> Vgl. Rupa Huq, 1999, S. 23

<sup>99</sup> Vgl. George McKay, 1996, S. 172f.

<sup>100</sup> Vgl. George McKay, 1998, S. 44f.

McKay überrascht über die mangelnde Kooperation zwischen DIY-Netzwerken und solcher auf „direkte Aktionen“ spezialisierte Gruppen wie die Schwulenorganisation „Outrage“, überlappen sich doch DIY-Culture und Gay Culture im Bereich der dance music.<sup>101</sup> Auch das Bewusstsein für Geschlechtergerechtigkeit, so McKay, hatte in der Alternativkultur der 90er Jahre abgenommen. McKay vermutet, dass entweder die jungen AktivistInnen von einer Durchsetzung feministischer Positionen ausgingen oder, im Gegenteil, die Unlust, sich mit Geschlechterfragen zu beschäftigen, einen entsprechenden Backlash in der Mehrheitskultur widerspiegeln.

Vor allem wird in der DIY-Culture der Widerstand hauptsächlich durch Weiße konzeptionalisiert. „race-issues“ werden vernachlässigt. Dies korreliert nicht zuletzt mit der unter den Ökoradikalen verbreiteten Stadtfeindlichkeit.<sup>102</sup> So habe beispielsweise die „Anti-Live-Export-Campaign“ von 1994 und 1995 das Gefühl des Parochialismus und der Engstirnigkeit hinterlassen, meint McKay. Das Thema Export deutet auch auf Misstrauen und Angst vor dem Fremden. McKay fragt, inwieweit die Kampagnen gegen die gemeinsame EU-Agrarpolitik und das transeuropäische Straßennetzwerk ins Territorium der Verdächtigungen gegen „Johnny Foreigner“ gerieten.<sup>103</sup> Gartside warnt darüber hinaus vor einer Anschlussfähigkeit der DIY-Culture an faschistoide Ideologien:

„The anti-modern, anti-urban veneration of ‚our‘ threatened countryside is not, therefore, merely a neutral, quaint or (that peculiarly English characteristic) eccentric impulse, but has historically been central to the conception of Englishness and, at times, has been bound up with an insidious discourse of ethnic purity. The mystical sense of belonging, evoked in anti-road protests tapping into national myths around ‚the land‘ ought at least to be problematised, on the basis that such a mixture of nation and the land, particularly in conjunction with romanticism and ecologism, has historically been mobilised in a racist, ‚volkish‘, anti-‚cosmopolitan‘ discourse.“<sup>104</sup>

---

<sup>101</sup> Ebd., S. 45

<sup>102</sup> Ebd., S. 47ff

<sup>103</sup> Ebd., S. 41

<sup>104</sup> Vgl. Peter Gartside, 1998, S. 65



Da gerade in der Koalition gegen den „Criminal Justice Act“ die Stimmen der „Partyfraktion“ und der Umweltschützer überproportional laut waren, wurden jene Teile des Gesetzespaketes, die vor allem gegen die innerstädtische Jugend mit Einwanderer-Hintergrund gerichtet waren, bei den Protesten kaum thematisiert. Hier ist vor allem das „Stop-and-Search“-Gesetz zu nennen, das schon einmal abgeschafft wurde, nachdem es Auslöser von Unruhen in hauptsächlich von AfrobritInnen bewohnten Stadtvierteln geworden war:

„if a police super-intendent or inspector ‚believes that incidents involving serious violence may take place in any locality‘ and it is ‚expedient to do so‘, he can authorize powers to stop and search people and vehicles for a period of up to twenty-four hours. Even the Home Secretary noted that this was being described as a re-creation of the discredited stop-and-search-laws which led to the Brixton riots in 1981.“<sup>105</sup>

Zudem unterließ es der DIY-Protest, auf den rassistischen, gewerkschaftsfeindlichen Charakter der Gesetze, von denen sich die Raver und UmweltschützerInnen bedroht sahen, hinzuweisen – vor allem bezüglich des verschärften Versammlungsverbots und der höheren Strafen für Landfriedensbruch:

„Assemblies that may ‚disrupt the life of the community‘ may be banned by a chief officer of police applying to a local council. Not only raves, but any large-scale demonstration, such as a trade union, left-wing or anti-racist ‚assembly‘ may be banned. Although the government may argue that in practice these powers would not be used against most forms of peaceful protest, this law – practice – relies upon unregulated police ‚discretion‘...a new offence of aggravated trespass has been created under the term of which people who are trespassing will be considered to have ‚aggravated‘ their crime if they do anything to disrupt any lawful activity (such as disrupting the hunt, the government said, but this provision could apply to all other forms of protest). A further offence has been created under which it is a crime for anyone to disobey a police officer of any rank who has directed that person to leave a particular area of land. A picket outside a workplace protesting against job losses which aims to dissuade the people from entering the workplace (by talking to them and encouraging them to support the strike) could attract a charge of aggravated trespass and a prison sentence of up to three months.“<sup>106</sup>

Laut McKay ist Klassenbewusstsein in der DIY-Culture weitgehend abwesend. Den Grund dafür sieht er in einem vagen Glauben an einer Auflösung der Gegensätze von rechts und links, der die „direct action“-Einzelaktion aufwertet. McKay vermutet, dass das Problematisieren der Klassenzugehörigkeiten zudem den „feel good“-Faktor der DIY-Culture stören würde.<sup>107</sup> Demgemäß herrschten in der „Anti-CJA-Campaign“ zwischen den Ravern und den weiterhin am Klassenbegriff orientierten Gruppen die größten Differenzen. Antipoden bildeten

---

<sup>105</sup> Vgl. John Hutnyk, 1996, S. 158

<sup>106</sup> Ebd., S. 157f.

<sup>107</sup> Vgl. George McKay, 1998, S. 47

hier das Magazin „Class War“, das Flugblätter mit Ratschlägen zur Attacke gegen Polizisten, Ordner aber auch gegen andere Demonstranten verteilte und das „freedom network“, das die Revolution allein auf dem Plattenteller rotieren sah. Die Spannung entlud sich in unterschiedlichen Slogans auf den Transparenten. „Kill the Bill!“ wurde von „Class War“ und der Socialist Workers Party ausgerufen<sup>108</sup>, „Chill the Bill“ war die Variante, die von den Ravern und „Fluffys“ favorisiert wurde. Wollten Erstere das System überwinden, so wollten Letztere bloß das Recht auf Party wieder herstellen.<sup>109</sup>

„Aufheben“ stellt sich auf die Seite der militanteren Kräfte und bezeichnet den „fluffyism“ im Zusammenhang mit der Anti-CJA-Kampagne als Ausdruck „der schlimmsten Art von Liberalismus“. Die Sichtweise vor allem der Raver auf die Gesellschaft als eine Ansammlung von Individuen verhindere die Möglichkeit einer Anerkennung des Staates als soziale Macht. So wird der Fluffyismus von „Aufheben“ als fundamental unkonfrontativ und apolitisch delegitimiert.<sup>110</sup>

Auch McKay fordert eine emanzipatorische Politik der Ökologie, des Vergnügens und der Autonomie. Er fragt, wie lange und häufig will die DIY-Culture Fragen nach der Kohärenz der eigenen Ideologie, der Beziehung zu etablierten Radikal- und Mainstream-Politiken, der eigenen Zukunft, sowie der eigenen Geschichte und Theorie unbeantwortet lassen.<sup>111</sup>

### 3.8 Partyprotest, der nachhallt

Als Antwort auf die zuvor genannten Widersprüche macht McKay ausschließlich die nach den Demos dauerhaft entstandenen Projekte stark, um zu beweisen, dass die Mischung aus Party und Protest einen widerständigen Impuls freisetzen, beflügeln und über den „single issue“ des Kampfes gegen den CJA hinausgehen lassen kann. Ein Beispiel dafür ist die in Brighton ansässige Gruppe „Justice?“. Diese besetzte ein heruntergekommenes Gerichtsgebäude, das zum Zentrum für die Kampagne gegen die Bill in dieser Region wurde. Bis heute verbreitet „Justice?“ das DIY-Culture-Infoblatt *SchNEWS*.<sup>112</sup>

Im Londoner Gebiet half das DJ-Kollektiv „Spiral Tribe“ „United Systems“ aufzubauen, ein Bündnis verschiedener DJ-Zusammenschlüsse gegen das CJA. Aufgrund seines Glaubens an den freien Non-Stop-Techno, so Rietveld, hatte „Spiral Tribe“ unter den Schikanen der Polizei besonders zu leiden. Es wurde aufgrund seiner kompromisslosen Haltung schließlich auf den

---

<sup>108</sup> „The Bill“ ist ein englischer Slang-Begriff für Polizist

<sup>109</sup> Vgl. George McKay, 1996, S. 173ff.

<sup>110</sup> Vgl. Aufheben, 1998, S. 120ff

<sup>111</sup> Vgl. George McKay, 1998, S. 43f.

<sup>112</sup> Vgl. George McKay, 1996, S. 175

Kontinent abgedrängt.<sup>113</sup> Die Aktivitäten von „United Systems“ umfassten den Verleih von Sound und Licht-Equipment, die Hilfe bei der Gestaltung von Partyflyern bis hin zur rechtlichen Unterstützung in Notfällen. „United Systems“ pflegte auch mit „anti-road“-ProtestlerInnen und JagdsaboteurInnen regelmäßigen Kontakt, um regionale Feiern, Aktionen und Geldbeschaffungen zu organisieren und über diese zu informieren. Die Mitglieder von „United Systems“ bezeichneten das CJA als offizielle Absegnung dessen, was sowieso schon seit Jahren vonstatten ginge: der brutale Versuch, auf die neue Musik und die mit ihr verbundenen Untergrundszenen einzuschlagen. „United Systems“-Mitglied Debbie beschreibt die Haltung der freien Partyszene als einen ‚Hedonismus mit dem Anliegen, gegen die repressiven Aspekte der neuen Gesetzgebung zu widerstehen. McKay geht noch weiter. Im Kampf gegen den CJA sieht er die Verteidigung einer Politik der frühen Rave-Szene, die nun unter staatlichen Beschuss stehe: die Betonung von Egalitarismus und eine nicht-rassistische und überraschend nicht-sexistische Haltung. Darin, so McKay, liege die Quelle des Ärgers und die Legitimation der Antwort der Rave-Szene auf ihre Kriminalisierung.<sup>114</sup>

McKay bezeichnet es jedoch als vermessen, angesichts der politischen Kämpfe, die mit den 60er Jahren verbunden waren, Raver mit Anti-Kolonialismus-, Arbeiter-, und Anti-Kriegsbewegungen gleichstellen zu wollen.<sup>115</sup> Deswegen sympathisiert er auch eindeutig mit einer räumlichen, zeitlichen und inhaltlichen Expansion des Partyprotests über die provisorisch errichtete Tanzfläche hinaus. Er bezeichnet das „Exodus Collective“ in der Stadt Luton als das eindrucksvollste Ergebnis der freien Partyszene in Großbritannien. Benannt nach einem Bob Marley Song ist „Exodus“ aus einem von afrobritischen und weißen Jugendlichen betriebenen Sound-System entstanden. Aus der ersten „Exodus“-Party 1992 wurden nach drei Jahren regelmäßige free dances, an denen jeweils rund 6000 Menschen aus der Gegend teilnahmen. Exodus verbindet eine Rasta-Rhetorik mit der dance music der 90er Jahre. Die von „Exodus“ benutzte Semiotik erinnert McKay an den DIY-Ethos von Crass-Konzerte und durch den Gebrauch von Reggae und Zitaten würde, so McKay, ein Echo der späten 70er und frühen 80er Jahre erzielt. Doch „Exodus“ gehe einen Schritt weiter als das, was Punk oder die Rave-Szene versucht hätten: Hier liege die Betonung auf dem Kollektiv, auf den sozialen Inhalten, die selbst widerständige hedonistische Jugendkulturen leicht ignorierten.<sup>116</sup> Das Ziel von „Exodus“ sei die Regenerierung der „Community“, und zu diesem Zweck, bescheinigt McKay, könnten viele verschiedene Mittel angewendet werden, von der Instandset-

---

<sup>113</sup> Vgl. Hillegonda Rietveld, 1998, S. 247ff

<sup>114</sup> Vgl. George McKay, 1996, S. 180f.

<sup>115</sup> Ebd., S. 118f.

<sup>116</sup> Ebd., S. 124f.

zung heruntergekommener Gebäude für Wohnzwecke, der Bereitstellung adäquater Gesundheits- und Ordnungsdienste auf den freien Partys, von der konstruktiven Kanalisierung des Frustes und Ärgers der städtischen Jugend bis hin zur Flexibilität, entweder ein Haus zu besetzen oder auf offiziellem Wege Anträge zu stellen. Auf diese Weise hat „Exodus“ einen signifikanten lokalen Unterstützerkreis erlangt, obwohl der Umgang der Behörden mit „Exodus“ von Inkompetenz bis zur Feindseligkeit und Gewalt alles beinhaltet. Silvester 1993 wurde das „Exodus Collective“ während der Vorbereitung einer Party zum Ziel einer Polizeirazzia und vierzig seiner Mitglieder wurden verhaftet. Mehrere tausend potenzielle Partygäste demonstrierten daraufhin vor der zentralen Polizeistation erfolgreich für die Entlassung der Arrestierten und die Freigabe des Sound-Systems. Ausgehend von dem durch lokale Unterstützung gesicherten Sprungbrett der Tanzkultur habe das „Exodus Collective“ eine selbstsichere und politisch bewusste Party-Szene und „Community“ errichtet, schließt McKay.<sup>117</sup>

### **3.9 Zusammenfassung**

George McKay sieht den oppositionellen Charakter der subkulturellen Praxen, die er in seiner „anderen, alternativen“ Geschichte beschreibt, durch die Kriminalisierung von staatlicher Seite mittels des CJA bestätigt. Bei den subkulturellen Praxen der DIY-Culture handelt es sich nicht nur um Proteste im öffentlichen Raum, sondern um Versuche, Inhalte der sozialen Bewegungen in eine kohärente Lebensweise dauerhaft umzusetzen. Die autonomen „Communities“ sind dabei Spannungen im Inneren und von außen ausgesetzt. Eine statische Vorstellung von Herrschaftsfreiheit und Emanzipation wird durch interne Marginalisierungen widerlegt.

McKay verwirft aber auch die Annahme, dass nur mit einer bestimmten „Rationalität“ erfassbare Handlungen befreiend sind. Kollektiv geteilte Zustände der individuellen Entgrenzung, Ekstase und Erschöpfung können sich als widerständig gegenüber Repressionen und äußeren Zumutungen erweisen. Der Diskurs der Opposition kann solche Praxen nur schwer als „politisch“ erkennen, weil diese beispielsweise ohne Text auskommen und sich so der konventionellen politischen Rationalität verweigert. Der Nationalstaat hingegen braucht das Wort, um seine Grenzen zu definieren und Ausschlüsse derjenigen vorzunehmen, die sich nicht im Sinne einer von ihm formulierten „Normalität“ verhalten. Das beweist der CJA, der die widerständigen Praxen der Rave Culture wieder der Regierbarkeit zuführen soll. Damit wird zugleich deutlich, dass sich eine körperliche Praxis wie das Tanzen zu keiner Zeit in einem völlig diskursfreien Raum bewegt und dass, mit dem Reden über sie und durch den Kontext,

---

<sup>117</sup> Ebd., S. 126

in dem sie stattfindet, Exklusionen vorgenommen und Ungleichheiten festgestellt werden. Genauso lässt sie sich aber auch mit „rationalen“ Praxen der Emanzipation kurzschließen, wie dem Besetzen von Häusern und einer Infragestellung der Privatisierung von Grund und Boden. Während der „Freien Partys“, so McKay und Rietveld, sei dies temporär der Fall. Beispiele wie das „Exodus Collective“ versuchen die zeitliche und räumliche Ausdehnung der Tanzfläche auf andere Konfliktfelder, wie jene der sozialen Gerechtigkeit und des Antirassismus.

- a: Flyer für die erste street party am 14. Mai 1995 in Camden, London  
 b: Flyer für die zweite street party am 23. Juli 1995 in Islington, London



a



b

## 4 „Reclaim the Streets“

Zahlreiche AktivistInnen der „No M11 Link Campaign“ fanden sich nach der Räumung der Claremont Road im Winter 1994 zusammen, um „Reclaim the Streets“ erneut ins Leben zu rufen. Die Aktivitäten von RTS London beschränkten sich nun aber nicht mehr auf kleine, klandestine Interventionen im öffentlichen Raum der britischen Metropole. Die Gruppe nutzte die Dynamik des Protests gegen den „Criminal Justice Act“, in der sich Teile der Rave Culture politisiert hatten und wiederum das Aktionsrepertoire außerparlamentarischen Widerstands um eigene, subkulturelle Praxen erweiterten, um die schon während der „No M11 Link Campaign“ entwickelten Vorstellungen eines „anderen“ Lebens in der Stadt auf den Straßen Londons weiterhin zumindest kurzzeitig Realität werden zu lassen: Ein Leben jenseits der Zumutungen des Autoverkehrs, der Unterwerfung aller Handlungen unter das Diktat des Marktes, das Diversität und selbstbestimmtes Vergnügen in den Augen ihrer TeilnehmerInnen ausschloss.<sup>1</sup>

Dabei entwickelte die Gruppe einen Rahmen für Protest, das später landesweite und internationale Verbreitung finden sollte. RTS London nutzte mobile Sound-Systems, um unangemeldet und überraschend an einer nur über Mund-zu-Mund-Propaganda bekannt gegebenen Stelle im städtischen Raum einen „free rave“ zu veranstalten. Dabei beriefen sie sich auf das anarchistische Bewegungskonzept der „Temporären Autonomen Zone“ des New Yorker Autors und Journalisten Hakim Bey (1994). Bey erteilt der Forderung nach einem territorial fixierten Widerstand eine Absage. Dieser könne von den Herrschenden zu einfach dechiffriert werden und in die Reproduktion von Herrschaft eingebunden werden. Bey propagiert die zeitweilige Transgression, das plötzliche Auftauchen und Wiederverschwinden als befreiende Bewegung. Innerhalb von RTS London lassen sich aber auch Stimmen vernehmen, die, über eine situative Überschreitung fixer Grenzen hinaus, nachhaltigere Strategien des Gesellschaftswandels fordern. In den RTS-Aktionen artikuliert sich also auf paradoxe Weise der Wunsch nach kreativem Chaos wie auch der nach einer geänderten gesellschaftlichen Ordnung. Beides beruht auf der Betonung der ‚direkten Aktion‘. Die Identifikationen und Loyalitäten der an RTS London Beteiligten konstituieren sich aber nicht nur während der „street parties“, sondern bilden sich gerade vor und nach Ereignissen, in welchen sich die Bewegungsinhalte und –formen verdichten. Deshalb ist es für die Interpretation des Phänomens „Reclaim the Streets“ von Bedeutung, die Vorbereitung der „street parties“ sowie den personellen Zusammenhang näher zu beleuchten.

---

<sup>1</sup> Vgl. John Jordan, 1998, S. 139

RTS London nimmt durch regelmäßige Meetings, die Bildung von kleineren Arbeitsgruppen, die Akquise von Spenden die Struktur einer Organisation an, entgegen der eigenen Behauptung, eine „Desorganisation“ zu sein. Mehr noch: Die Verortung im zentralsten Raum des britischen Nationalstaates ließ RTS London rasch von einem lokalen Zusammenhang zu einer entscheidenden Gruppe im Gefüge der gesamten DIY-Culture Großbritanniens werden. Diese exponierte Stellung nutzte RTS London, um das „street party“-Konzept über das Internet in andere Städte zu transportieren und dabei gleichzeitig die eigene Autorenschaft zu unterstreichen. Die Aufmerksamkeit, die RTS London dank seiner spektakulären Aktionsform, der damit verbundenen polizeilichen Repression und des eigenen Anspruchs einer Fähigkeit zum Bündnis mit anderen Oppositionen erfuhr, führte RTS schließlich von einer vagen Formulierung einer städtischen Utopie zur Fokussierung auf spezifische Themen, die durch ihre Partys Ausdruck finden sollten. RTS London unterstützte die „tube worker“, die gegen die Privatisierung der Londoner U-Bahn streikten und die um ihre Wiedereinstellung kämpfenden, entlassenen Liverpoolscher Werftarbeiter mit Aktionen. Schließlich akzeptierte RTS London die von außen zugeschriebene Rolle als ein zentraler Zusammenhang innerhalb der britischen DIY-Culture und führte zusammen mit anderen Initiativen eine Aktion im Vorfeld der britischen Unterhauswahlen des Jahres 1997 durch. Angesichts des Verlaufs dieses Ereignisses stellten die Beteiligten auch die Grenzen der „street party“ fest.

#### **4.1 „Street parties“ in Camden, Islington und auf dem M41**

Die erste „street party“ von RTS London fand im Mai 1995 in der Camden High Street statt (siehe Flyer/Flugblatt: Abb. a. auf S. II), nachdem die AktivistInnen einen Autounfall inszeniert hatten. Daraufhin tanzten einen ganzen Nachmittag lang rund 500 Leute mitten auf der Fahrbahn zu den Klängen des mit dem Fahrrad betriebenen Sound-Systems „Rinky Dinky“. Auf Tapeziertischen wurde kostenloses Essen angeboten, und auf einer Kreuzung stand ein Klettergerüst, auf dem Kinder turnten. Erst gegen Abend, als sich die Straße langsam leerte, schritt die Polizei ein, um die Fahrbahn vollständig für den Autoverkehr zu räumen.<sup>2</sup>

Zwei Monate später führte RTS eine weitere „street party“ auf der Upper Street in Islington durch (siehe Flyer/Flugblatt: Abb. b. auf S. II). Zur Musik von zwei auf Lastwagen installierten Sound-Systems tanzten rund 3000 Menschen. Zum Auftakt der zweiten „street party“ erfuhren die Tripods in Großbritannien ihre Einführung als Straßenblockade.<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Ebd., S. 141

<sup>3</sup> Ebd., S. 286. Hölzerne Tripods wurden zuerst in den frühen 80er Jahren bei Protestaktionen gegen Rodungen im australischen Urwald benutzt. Sie dienten als Blockade von Bulldozern. Vgl. Brian Doherty, 2000, S. 69



„Suddenly several groups of people appear running out from side streets carrying 20-foot-long scaffolding poles. In a perfect choreographed acrobatic drill, the scaffolding poles are erected bang in the middle of the form of tripods and people climb to the top, balancing gracefully 20 feet above the tarmac. The road is now blocked to traffic but open to pedestrians.“<sup>4</sup>

In Islington versuchte die Polizei wieder Herr der Lage zu werden, während das Treiben noch im vollen Gange war. Sie riegelte die Straße an beiden Enden der Party ab, schloss die U-Bahn-Eingänge und trieb die Teilnehmerinnen in die Seitenstraßen.<sup>5</sup>

Mitte 1996 schickte sich RTS London an, eine weitere „street party“ durchzuführen, diesmal unter scharfäugiger Beobachtung von Beamten, die schon Tage vor dem Ereignis das Büro von „Reclaim the Streets“ von einem Nachbarhaus aus observierten. Am 13. Juli fanden sich Tausende von potenziellen PartygängerInnen am angekündigten Treffpunkt Liverpool Station ein, um die Central Line-U-Bahn in Richtung Westen zu nehmen.<sup>6</sup> John Jordan beschreibt, wie die Menschenmenge auf der Suche nach den nun schon charakteristischen Requisiten für eine „Reclaim the Streets“-Straßenparty den Verkehr auf der M41-Autobahn lahm legte (siehe Abb. a. auf S. III) und dabei die Polizei allein durch ihre zahlenmäßige Überlegenheit am Einschreiten hinderte:

„Imagine: thousands of people emerge from Sherperd’s Bush tube station, no-one knows where they are going – the mystery and excitement of it all is electrifying. Sherperd’s Bush Green comes to a standstill as people pour on to it; up ahead a line of police has already sealed off the roundabout and blocked the way. A man takes off all his clothes and starts to dance on the roof of a stationary car. The crowd knows this is not the place: where is the sound system, the tripods? Then, as if by some miracle of collective telepathy, everyone turns back and disappears around the corner; then up over a barrier and suddenly they are on an enormous motorway and right *behind* the police lines. People run into the fast lane yelping with joy; up ahead they can see the sound system and tripods surrounded by police. The police line at the end of the motorway is completely confused; they turn around and start to chase after everyone. Their line, their order and control, has been broken. For a few interminable seconds it looks like the thin line between festival and riot is about to be transgressed – but thousands of people are now pouring on to the six lanes of baking hot tarmac, hundreds of white Frisbees start to fly in the air. The police try to regroup but everyone is just breaking through their attempts at blocking the way. The ecstatic crowd gravitates towards the truck carrying the sound system which is parked on the hard shoulder. People start banging on the side of the police van guarding it. The truck is now swarming with people. The police van decides it has lost control of the situation and starts to drive off; as it does so the sides of the truck are lifted and the gut-shaking thump of techno blasts out of the sound system. The crowd roars – we’ve liberated a motorway through sheer numbers, through people power.“<sup>7</sup>

---

<sup>4</sup> Vgl. John Jordan, 1998, S. 142

<sup>5</sup> Ebd., S. 143

<sup>6</sup> Ebd.

<sup>7</sup> Ebd., S. 143f

Bis zum nächsten Morgen, so Jordan, spielte Großbritanniens kürzester Autobahnabschnitt Gastgeber für das bis dahin größte „Festival des Widerstandes“. Gut 10.000 Personen tanzten, aßen, tranken oder unterhielten sich. Auf dem Seitenstreifen wurden ein Café und Marktstände errichtet, die Mittelstreifen wurden zum Picknickplatz, zur Bühne für Feuerschlucker und Jongleure, die Überholspur wurde zum Sandkasten für die Kinder umfunktioniert. AktivistInnen spannten über die sechs Fahrspuren Banner mit Parolen wie „DESTROY POWER“ und „THE SOCIETY THAT ABOLISHES EVERY ADVENTURE MAKES ITS OWN ABOLITION THE ONLY POSSIBLE ADVENTURE.“<sup>8</sup> Zwei DudelsackspielerInnen, verkleidet mit Perücken aus der Restaurationszeit, bewegten sich auf Stelzen die ganze Nacht hindurch auf der Autobahn hin und her. Sie trugen riesige, 10 Fuß weite Reifröcke unter denen sich, den Blicken der Polizei verborgen, AktivistInnen daran machten, den Asphalt mit Pressluftschlämmern aufzureißen, um Jungbäume vom Gelände der M11 Link-Baustelle in die Risse zu pflanzen (siehe Abb. b. auf S.III). Nach der „street party“ war die Straßenbehörde gezwungen, die Autobahn für mehrere Tage zu sperren, um sie wieder befahrbar zu machen.<sup>9</sup>

Del Bailie bezieht Verlauf und Aktionsrepertoire von „Reclaim the Streets“-Partys auf Praxen und Taktiken aus der DIY-Culture. Die Mobilisierung, Zusammenkunft und das sich Hin- und Herbewegen großer Menschenmengen, so Bailie, beruhe auf den Strategien, die während der „anti-roads“-Proteste entwickelt wurden. Der Gebrauch von Sound-Systemen sei eine Referenz an die dominierende Technokultur, während die Partys in der besetzten Claremont Road als ursprüngliche Inspiration für die „street parties“ gelten könnten.<sup>10</sup>

Die Partys der Claremont Road waren außerdem ein typisches Beispiel für die von McKay beschriebene Praxis, sich als Geste der Gegnerschaft zum CJA das ‚Recht auf Vergnügen‘ herauszunehmen. Besonders nach der nationalen Anti-CJA-Demonstration im Juli 1994 erschienen dort wenig überraschend zunehmend ProtagonistInnen der Rave-Szene.<sup>11</sup> Eine Aktivistin stellt fest, dass gerade auch die „No M11 Link Campaign“ den Raum bot, die Ablehnung des CJA zu demonstrieren. Der Kampf gegen den Autobahnzubringer passe nicht einfach reibungslos in die Umweltschutzkategorie. Es gehe um die Verteidigung sozialer Praxen. Viele der Menschen suchten die Claremont Road auf, um gegen die Attacke auf Lebenswei-

---

<sup>8</sup> Ebd., S. 144

<sup>9</sup> Ebd., S. 146

<sup>10</sup> Vgl. Del Bailie, 1997, S. 3

<sup>11</sup> Vgl. George McKay, 1996, S. 152

**a: Die dritte street party auf dem M41 am 13. Juli 1996 in Westlondon mit 10.000 TeilnehmerInnen  
b: Unter dem Rock der Dudelsackpfeiferin wird mit Presslufthammern der Asphalt aufgerissen**



a



b



a

sen jenseits des „Mainstreams“ zu demonstrieren. Die Straße erschien der Aktivistin dabei als Freiraum, in dem dies möglich sei.<sup>12</sup>

Wie eine Fortsetzung der Allianz gegen den CJA beschreibt Naomi Klein „Reclaim the Streets“: RTS sei das Ergebnis der kulturellen Zusammenstöße zwischen Discjockeys, konzernfeindlichen Aktivisten, politischen Künstlern, New-Age-Künstlern und Radikalökologen.<sup>13</sup> Sie versteht „Reclaim the Streets“ als städtisches Herzstück der britischen DIY-Culture. Spontane Straßenfeste, so Klein, würden eine Erweiterung des Lebensstils dieser „Do-it-Yourself“-Bewegung darstellen, weil sie beweisen, dass man seinen eigenen Spaß organisieren kann, ohne um eine staatliche Genehmigung zu fragen oder von der Großzügigkeit eines Konzerns abhängig zu sein. Bei einem solchen Straßenfest wird man, so Klein, sowohl zum Teilnehmer als auch zum Bestandteil der Unterhaltung.<sup>14</sup>

Da auf den „street parties“ Musik die politischen Reden abgelöst hat und Transparente mit Parolen nicht mehr Gewicht besaßen als die konkreten Gesten und Handlungen der PartyteilnehmerInnen, bestand ein geringeres Moment der Abgrenzung zwischen der Aktion und ihrer Umgebung, davon gingen zumindest die OrganisatorInnen aus. Zufällig anwesende PassantInnen konnten leicht von einer beobachtenden in eine partizipative Haltung wechseln. In den Augen von Aktivistin und Autorin Sonia Brünzels (2001) artikulierte sich darin zugleich auch eine Kritik an den selbstdisziplinierenden Demonstrationen anderer sozialer Bewegungen.<sup>15</sup> Dagegen kann der Einsatz elektronischer Musik auch als das Ergebnis der Erfahrungen aus der Rave Culture gesehen werden, in der sich zumindest im Kontext der freien Party diskursiv gesetzte Distinktionen über die kollektiv geteilte Erfahrung körperlicher Entgrenzung auflösen lassen.

Naomi Klein betont jedoch die Gefahr, dass die Praxis der „street party“ eine breitere Partizipation verhindern könne und sich RTS-AktivistInnen damit selbst isolierten. Mit einer zynischen Haltung ließe sich diese Praxis nämlich auch als blumenkinderhafter, ökopoetisch überhöhter Vandalismus diskreditieren, als:

„hochgestochenes Gerede über Verkehrsblockaden und verrückt angezogene und angealmte Kids, die extrem verwirrt und möglicherweise wohlmeinenden Ordnungshütern etwas von der Tyrannei der ‚Autokultur‘ entgegenschreien. Und wenn RTS-Events schief gehen – weil nur eine Hand voll Leute mitmachen oder die anti-hierarchischen, anarchistischen Organisatoren mit der Menge nicht kommunizieren wollen und können – dann

---

<sup>12</sup> Vgl. Claire Zine, 1995, S. 9f.

<sup>13</sup> Vgl. Naomi Klein, 2000, S. 322

<sup>14</sup> Ebd., S. 327

<sup>15</sup> Vgl. Sonja Brünzels: Reclaim the Streets: Karneval und Konfrontation, in: Jochen Becker (Hrsg.): bignes? – Size does matter. Kritik der unternehmerischen Stadt, Berlin 2001, S. 168

bekommt die Party genau dieses Gesicht: Ein paar Idioten verlangen aus irgendeinem verrückten Grund, der nur ihnen selbst bekannt ist, das Recht, mitten auf der Straße zu sitzen. Wenn die Aktionen optimal verlaufen, sind sie jedoch zu fröhlich und human, als das man sie so einfach abtun könnte.“<sup>16</sup>

Die RTS-„street parties“ lassen sich kaum in eine bestimmte Schublade stecken, so Naomi Klein: Es treten keine identifizierbaren Anführer auf, die Feste haben kein Zentrum, ja nicht einmal einen Kernpunkt. Klein gibt Jordans Formulierung wieder, der sagt, dass die Partys „wirbeln“.<sup>17</sup>

OrganisatorInnen und aktive TeilnehmerInnen können unterschiedlichste Ansichten mittels dieser Partys artikulieren, hinter denen die jeweilige Herkunft aus verschiedenen Nischen der DIY-Culture durchscheint. Dies lässt den Schluss zu, dass RTS mit seinem Aktionskonzept zum Ziel hatte, genau diese partikularen Strömungen auf einen Nenner zu bringen – unter Inkaufnahme einer dissonanten Vielfalt von Interpretationen der jeweiligen „street party“.

Für John Jordan, der maßgeblich an der Organisation der ersten RTS-Partys beteiligt war, sollten diese aber nicht nur den Beweis einer Autonomie der DIY-Culture von einer „corporate culture“ erbringen, sondern darüber hinaus Selbstverständlichkeiten von Macht und Herrschaft herausfordern. Die Idee der „street party“ war es, so Jordan, Hauptstraßen in London zu besetzen und sie in „kurzlebige Festivals des Widerstands“ umzuwandeln.<sup>18</sup>

Die „street parties“ setzten wesentlich auf den Überraschungsmoment, was zum einen einer möglichen Vereitelung durch die Ordnungsbehörden geschuldet war. Zugleich wurde aber bewusst nicht versucht, die Aktionen genehmigen zu lassen. Auf diese Art und Weise fiel es der Polizei schwer, auf das plötzliche Auftauchen und den unvorhersehbaren Verlauf einer RTS-„street party“ reagieren zu können. Zudem ging es nicht um die direkte Konfrontation. Bevor die Aktion für die Institutionen in ihren Motivationen und Absichten lesbar wurde, sollte sie schon wieder verschwunden sein. Nachdem es der Polizei gelungen war, die Informationsnetzwerke der Rave-Szene zu stören und schon im Vorfeld ihrer Planung mehrere groß angelegte Free Festivals zu verhindern, blieben die „street parties“ von RTS London die einzigen effektiven Partyproteste gegen den CJA:

„It didn't appear feasible to stage another large-scale event without a genuine, clandestine conspiracy, which would lay people open to serious charges and the potential of long prison terms. The only effective party protests were the Reclaim the Streets events. These meticulously timed anti-roads actions took over key traffic junctions...Reclaim the Streets featured pumping music played from a sound system mounted on an armoured

---

<sup>16</sup> Vgl. Naomi Klein, 2000, S. 328

<sup>17</sup> Ebd., S. 326.

<sup>18</sup> Vgl. John Jordan, 1998, S. 139.

car, colourful banners and kid-dies' playgrounds, all organised with the secrecy and precision of a successful military coup."<sup>19</sup>

Die klandestine, fast im Stil einer Guerilla betriebene Vorbereitung, die Akzeptanz unintendierter Situationsveränderungen während einer Party bis hin zum möglichen Kontrollverlust nach kurzer Zeit, deutete auf eine gewandelte räumliche Orientierung widerständiger Praxis hin. Es sollte kein Territorium beherrscht werden, wie es die Strategie des Kampfes um „Freiräume“ durch die städtische Autonomenbewegung, aber auch der Protestcamps der Ökora-dikalen auf geplanten Autobahntrassen implizierte. In dem sich RTS London nicht dem Prinzip der Verteidigung unterwarf, sollte eine Niederlage unmöglich und eine Präsenz an vielen Orten möglich sein. Dies war auch eine Lehre aus der Besetzung der Claremont Road, die aufgrund der ungleichen Ressourcenverteilung zwischen den AktivistInnen und den RepräsentantInnen des Staates von vorne herein ein absehbares Ende hatte. Eine örtliche Fixierung würde für eine Herrschaft lesbar, die bestrebt ist, fragmentierte Räume zu schaffen und deren Verteidigung zu provozieren, um sich dann über die unweigerlich vonstatten gehenden, inneren Kämpfe und Fragmentierungen selbst zu festigen.

#### **4.2 Exkurs: Die „Temporäre Autonome Zone“ (TAZ)**

Die RTS-AktivistInnen bezeichneten die „street party“ mehrfach als „temporary autonomous zone“, ein Begriff, der auf Hakim Bey zurückgeht. In Beys Konzept der TAZ lassen sich viele Merkmale von „Reclaim the Streets“ wieder erkennen. Nicht zuletzt verleiht er dem Akt der Party die notwendige politische Relevanz, da er sein Konzept mit folgender Frage beschließt:

„Geben wir zu, dass wir auf Partys gewesen sind, auf denen für eine kurze Nacht lang eine Republik aus erfüllten Begierden errungen wurde. Sollten wir nicht beichten, dass die Politik jener Nacht für uns mehr Realität und Kraft besitzt, als die – sagen wir mal – der gesamten US-Regierung?“<sup>20</sup>

Bey beschreibt mit der TAZ auf poetisch-essayistische Weise eine Vorwegnahme der Utopie in der Gegenwart, die sich gegen die Behauptung widersetzt, Freiheit und Autonomie lägen stets in einer nicht absehbaren Zukunft oder seien etwas Vergangenes. Bey glaubt vielmehr, dass es eine Geschichte „freier Enklaven“ gibt, die sich bis ins Hier und Jetzt fortsetzt.<sup>21</sup> Kernpunkt seines Konzepts ist es, dass sich diese „Temporäre Autonome Zonen“ erst im Moment ihres Bestehens für denjenigen, der an ihnen teilhat, zu erkennen geben. Die TAZ

---

<sup>19</sup> Vgl. Matthew Collin/John Godfrey, 1997, S. 237

<sup>20</sup> Vgl. Hakim Bey: Die Temporäre Autonome Zone, deutsche Ausgabe, Berlin/Amsterdam 1994, S. 150

das Gegenteil einer Revolution, deren Erfolg erwiesenermaßen stets zur Reproduktion staatlicher Strukturen geführt habe. Bey lehnt aber den Staat als fixe Territorialisierung von Herrschaft und Macht ab.<sup>22</sup> Bey stellt die TAZ als einen Mikrokosmos des „anarchistischen Traumes“ von einer freien Kultur dar, deren Vorzüge schon in der realen Gegenwart erfahrbar sind. Sie ist eine perfekte Taktik in einer Zeit des omnipräsenten und allmächtigen Staates, der dennoch Risse und Leerstellen zeigt. Sie kann sich im Moment des Aufstands konstituieren, in dem die Visionen und Träume entstehen, bevor sie der Staat verrät.<sup>23</sup>:

„Die TAZ ist wie ein Aufstand, der nicht zur direkten Konfrontation mit dem Staat führt, wie eine Operation einer Guerilla, die ein Gebiet (Land, Zeit, Imagination) befreit und sich dann auflöst, um sich irgendwo/irgendwann zu reformieren, bevor der Staat sie zerschlagen kann. Da dem Staat primär an Simulation denn an Substanz gelegen ist, kann die TAZ diese Gebiete klandestin ‚besetzen‘ und eine ganze Weile in Ruhe ihren freudigen Zwecken nachgehen.“<sup>24</sup>

Bey betont den Festcharakter, den die TAZ einnehmen sollte. Dieser habe nichts gemein, mit den von den Massenmedien propagierten Vergnügen, denn diese seien eine Vereinigung von Ware und Spektakel, ein Nicht-Ereignis purer Repräsentation. „Fight for the right to party“ sei in der Tat keine Parodie auf den radikalen Kampf, sondern eine neue Manifestation dessen. Die Party ist immer „offen“, sie mag geplant sein, „ereignet“ sie sich aber nicht, so Bey, ist sie ein Fehlschlag, denn die Spontaneität ist entscheidend.<sup>25</sup>

„Das Wesentliche der Party: von Angesicht-zu-Angesicht, eine Gruppe von Menschen agiert synergetisch, um die Wünsche des Einzelnen zu befriedigen, entweder die nach gutem Essen oder Spaß, Tanz, Konservation, Lebenskunst, vielleicht sogar die nach erotischem Vergnügen oder nach Vollendung eines gemeinsamen Kunstwerkes oder nach Seligkeit, kurz, eine ‚Union von Egoisten‘ (laut Stirner) in ihrer einfachsten Form oder aber, in Kropotkinschem Sinne, eine grundlegende Triebkraft in Richtung ‚gegenseitiger Hilfe‘.“<sup>26</sup>

Obwohl Bey die elektronischen Informationskanäle durchaus im Dienste von herrschaftlichen Interessen stehen sieht, glaubt er an die Möglichkeit von einer Art Gegennetz, an eine nicht-hierarchische, offene Struktur der Kommunikation, die er als „Spinnengewebe“ bezeichnet. Es bietet nicht nur logistische Unterstützung, es ist geradezu konstitutiv für die Entstehung

---

<sup>21</sup> Ebd., S. 110

<sup>22</sup> Ebd., S. 112

<sup>23</sup> Ebd., S. 112f.

<sup>24</sup> Ebd., S. 113

<sup>25</sup> Ebd., S. 117ff

<sup>26</sup> Ebd., S. 118

der „Temporären Autonomen Zone“. Bey glaubt, dass die TAZ im Informationsraum wie in der „wirklichen Welt“ existiert.<sup>27</sup>

„Wir haben bemerkt, dass es der TAZ, da sie temporär ist, notwendigerweise an einigen Vorteilen der Freiheit fehlt, die aus der Erfahrung von Dauer und mehr oder weniger festem Ort erst entsteht. Aber das Spinnengewebe kann einiges von Dauer und Ort substituieren, die TAZ von Anfang an informieren, ihr jede Menge an verdichteter Zeit und verdichtetem Raum liefern, die zu Daten ‚verflüchtigt‘ werden.“<sup>28</sup>

In diesem Sinne ist in der TAZ auch die Dichotomie zwischen Technikfeindlichkeit und Technikverherrlichung aufgehoben, da sich die sichtbaren Gegensätze als durch Semantik bewirkte Entstellungen oder gar Halluzinationen erweisen würden, meint Bey. Die Intensivierung des Alltagslebens, die Attacke auf die Realität des herrschenden Konsensus könne sowohl mit als auch ohne den Computer erreicht werden.<sup>29</sup> Bey nennt historische Beispiele für verwirklichte „Temporäre Autonome Zonen“ und sieht auch in dem Gebrauch von Musik ihr gemeinsames ästhetisches Merkmal:

„Ich glaube, wenn wir Fiume mit dem Paris der Revolte von 1968 wie auch mit den amerikanischen gegenkulturellen Kommunen und den Einflüssen der Anarchos/Neuen Linken vergleichen, sollten wir gewisse Ähnlichkeiten feststellen, zum Beispiel: die Wichtigkeit ästhetischer Theorie (s. die Situationisten) – das, was ‚Piratenökonomie‘ genannt werden könnte, gut leben vom Surplus gesellschaftlicher Überproduktion...und das Konzept von Musik als Mittel revolutionärer gesellschaftlicher Veränderung – und schließlich die Gemeinsamkeit der Nichtdauer, der Bereitschaft, weiterzuziehen, der Gestaltveränderung, des Umsiedelns an andere Universitäten, auf andere Berggipfel, in andere Ghettos, Fabriken, sichere Unterschlüpfen, verlassene Farmen – oder gar das Einsteigen auf andere Bewusstseinssebenen.“<sup>30</sup>

#### 4.3 Die „street party“ als nicht-lineare, entgrenzte Situation

Ähnlich wie Bey benutzt auch RTS-Aktivist Phil McLeish im RTS Agitprop no.1, vom Juli 1996, das Paris von 1968 als Referenzpunkt:

„...great moments of history, the enormous popular festivals of the Bastille, the Paris Commune, Paris '68. From the middle ages onward the carnival has offered glimpses of

---

<sup>27</sup> Ebd., S. 120ff

<sup>28</sup> Ebd., S. 122

<sup>29</sup> Ebd., S. 123ff

<sup>30</sup> Mit seinen TAZ-Beispielen wird aber offensichtlich, dass auch in seiner Geschichte bleibende Ausschlüsse und Herrschaftsinteressen innerhalb so genannter „Temporärer, Autonomer Zonen“ ausgespart werden. So bezeichnet er die Freie Republik Fiume, die Gabriele d'Annunzio in den 20 Jahren im italienischen Triest zeitweilig errichtet hatte, als TAZ, obwohl mit ihr der selbstherrliche Dichterstürm durchaus nationalistische und präfaschistische Anliegen verband. Ebd., S. 141f.



the world turned upside down, a topsy turvy universe free of toil, suffering and inequality".<sup>31</sup>

Das Ereignis des Karnevals als temporäre Grenzüberschreitung wird zum Vorbild für RTS-„street parties“ erhoben, quasi in einer Gleichsetzung mit der „Revolution“. Laut McLeish, stellt der Karneval die temporäre Befreiung von herrschenden Wahrheiten und etablierten Ordnungen dar. Der Karneval bekunde die Suspendierung aller Hierarchien, Privilegien, Normen und Verbote.<sup>32</sup> Bei diesen Anlässen würden die auf der Straße anwesenden Menschen angesichts der Feier ihrer eigenen Ideen und Schöpfungen von einem plötzlichen Bewusstsein ihrer Macht und Einheit ergriffen. Karneval wie Revolution seien daher keine Spektakel zum Betrachten, sondern das genaue Gegenteil, da sie die aktive Teilnahme der Menge erforderten. Der Einbezug aller Menschen sei ihnen immanent und die „street party“ hätte diese Eigenschaft erfolgreich für sich genutzt.<sup>33</sup>

Laut Del Bailie kann die „street party“ als die situationistische Umkehrung der Behauptung, revolutionäre Momente seien karnevalesk, betrachtet werden: als ein Versuch, den Karneval zum revolutionären Moment zu machen:

„Placing ‚what could be‘ in the path of ‚what is‘ and celebrating the ‚here and now‘ in the road of the rush for ‚there and later‘, it hopes to re-energise the possibility of radical change....It is an expansive desire; for freedom, for creativity; to truly live“.<sup>34</sup>

Die direkte Aktion von RTS, den politischen Protest als eine Party durchzuführen, die auf jeder Straße plötzlich aufzutauchen vermag, keinen festen, zeitlichen Ablauf hat und in sich in keine vorbestimmte Richtung bewegt, kann tatsächlich als Anlehnung an das von den Situationisten propagierte *détournement* (Zweckentfremdung) und *dérive* (Umherschweifen) gelesen werden.<sup>35</sup> Das choreografierte Spektakel als Anreiz zum Konsum im Sinne einer Gewinnerorientierung, als Standortfaktor, wird verwandelt in einen Widerstand gegen jenes Herrschaftssystem, das es repräsentiert.<sup>36</sup>

---

<sup>31</sup> Zitat von Phil McLeish in RTS Agitprop, no. 1, July 1996, in: John Jordan, 1998, S. 134f..

<sup>32</sup> Ebd.

<sup>33</sup> Vgl. Del Bailie, 1997, S. 3

<sup>34</sup> Ebd., S. 5

<sup>35</sup> Vgl. Christoph Laimer, 2000, S. 40

<sup>36</sup> So betont RTS-Aktivist John Jordan, dass die Straßenparty eine Aktionsform darstellt, die von den „Dümmlichkeiten königlicher Jubiläen und nationaler ‚Feierlichkeiten‘ zurückerobert wird.“ Vgl. John Jordan, 1998, S. 139. Dass Straßenfeste gegenwärtig als „Spektakel“ zur Befriedung von sozialer Unruhe dienen können, dessen war sich auch RTS London von Beginn an bewusst, denn Ereignisse wie der Notting Hill Carnival in West-London oder die Christopher Street Parade in vielen westlichen Metropolen dienten einstmals dem Feiern einer widerständigen Identität. Mittlerweile sind sie streng reguliert und ihrer politisierenden Kraft beraubt. Als touristisches Event sichern sie eine konzentrierte Kapitalakkumulation, in welche nun auch vormals marginalisierte

Offizielle Festivals, Ausstellungen und Unterhaltungsereignisse werden, so Jordan, in Rechtecken und Geraden arrangiert. Dagegen sei die „street party“ ein unkontrollierbarer Zustand des kreativen Chaos: Die Teilnehmer tanzen auf allen im Weg stehenden Objekten, sie erklimmen Straßenlaternen und bewegen sich in jede Richtung. Die „street party“ bricht mit der Besessenheit nach Linearität, Ordnung und Ordentlichkeit, wie sie durch Straßen und Kraftfahrzeuge widergespiegelt wird.<sup>37</sup>

„Once again we were introducing play into politics, challenging official culture’s claims to authority, stability, sobriety, immutability and immortality by cheekingly taking over a main traffic artery.“<sup>38</sup>

John Jordan schildert den Beginn der ersten „street party“ in der Camden High Street:

“Saturday afternoon. Shoppers mingle on the thin strip of pavement that separates the shops from the busy road. Suddenly two cars career into each other and block the road: the drivers get out and begin to argue. One of the drivers brandishes a hammer and starts to smash up the other driver’s car. Passers-by are astonished; time stands still. Then people surge out of the anonymous shopping crowd and start to jump on top of the cars, multicoloured paint is thrown everywhere. An enormous banner is unfurled from the roofs of the two destroyed vehicles – ‘Reclaim the Streets – Free the City/Kill the Car,’ it proclaims. Five hundred people are now surging out of the tube station and take over the street. As the Surrealists might have said, everyday life has been penetrated by the marvellous.“<sup>39</sup>

Für einen Moment wurde der defensive, reaktive Charakter der Opposition verlassen und eine proaktive, positive Utopie mitten an zentralen Orten artikuliert. Dem Vorwurf, dies würde auf einer symbolischen Ebene verhaftet bleiben, da sich im Alltag der PartyteilnehmerInnen nicht wirklich etwas Substanzielles an den erfahrenen Zumutungen ändere, wurde mit der Betonung einer möglichen Fortsetzung des „befreiten Raumes“ im Bewusstsein des Subjekts entgegnet. John Jordan beschreibt die „street party“ auf dem M41 als Akt der „aufständischen Imagination“. Echte Bäume wurden gepflanzt, wirkliche Veränderungen passierten. Reale Menschen durchliefen einen realen Wandel in einem realen Raum und in realer Zeit, als sie ein neues Gefühl des Selbstvertrauens und ein Bewusstsein für ihre individuelle wie kollektive Stärke entwickelten. „For a rare moment they had experienced the breath of the possible touching them – they had transformed the world“. Die Erfahrung, die sie gemacht

---

Bevölkerungen integriert werden konnten. Multikulturalität wird als Wettbewerbsvorteil in der internationalen Städtekonkurrenz um ökonomische Funktionen stark gemacht.

<sup>37</sup> Vgl. John Jordan, 1998, S. 142f.

<sup>38</sup> Ebd., S. 141

<sup>39</sup> Ebd.

hatten, würde ihnen permanent erhalten bleiben. Die „street party“ auf dem M41 war für Jordan die „perfekte Propaganda des Möglichen“.<sup>40</sup>

Für Jordan fügte die „street party“ der radikalen Politik eine radikale Poesie hinzu. „The party, which, unlike most political parties, does not encourage the endless deferral of the revolutionary moment, is spreading.“ Die subversiven Phantasien, die während der „No M11 Link Campaign“ und der RTS-Aktionen wirkten, hätten, so Jordan, erfolgreich Handlungen des Widerstandes erzeugt, die zugleich poetische Gesten und effektive politische Strategien seien. Kunst, Politik und Alltagsleben würden zu einem fluiden, beweglichen Geist der Phantasie verschmelzen, welcher die farblose, lineare Entwicklung der korporatistischen, kapitalistischen Kultur untergrabe; ein Geist, der – wie es unzählige Male auf Mauern während der „No M11 Link Campaign“ geschrieben wurde – „will become more powerful than you can possibly imagine“.<sup>41</sup>

In den Augen Jordans wird die Straße zur Bühne für ein „partizipatives, rituelles Theater“. Die „street party“ ist für ihn deswegen ein Ritual, weil sie wirksam sei. Mit Symbolen könnten reale Effekte erzeugt werden. Sie ist für ihn partizipativ, weil sie keine Trennung zwischen Performer und Publikum mache. Sie vermeide jegliche Vermittlung, und sie werde von allen im unmittelbaren Moment erlebt, im „spirit of a face-to-face subversive comradeship“.<sup>42</sup>

#### **4.4 Die “street party” als “Community”**

Es kann eine feine Grenze zwischen Positionen gezogen werden, die „Reclaim the Streets“ stärker aus der Perspektive einer künstlerischen Praxis betrachten und solchen, die eher den Traditionen linker Mobilisierung verpflichtet sind, auch wenn sich diese bei RTS teilweise in einer einzelnen Person überschneiden. Letztere Position betont weniger das kreative Chaos, die Unordnung und die Transgression der „street party“ als Ziel an sich, sondern verweist stärker auf spezifische Inhalte, die mit der „street party“ zum Ausdruck kommen sollen. Hierbei bleibt die RTS-Aktion weiter mit dem „Anti-Roads-Movement“ verbunden.

Die offensichtlichste Klammer zwischen dem Kampf gegen den Autobahnbau und den Aktionen von RTS London ist die Gegnerschaft zum Auto. Während militante Naturschützer verhindern wollen, dass der Kraftfahrzeugverkehr weitere Landschaftsflächen frisst, setzt RTS London dort an, wo er schon selbstverständlich fließt. RTS will darauf hinweisen, wie sehr der Verkehr den städtischen Raum einer Diversität menschlicher Handlungen entzogen hat,

---

<sup>40</sup> Ebd., S. 146.

<sup>41</sup> Ebd., S. 151.

<sup>42</sup> Ebd., S. 141.

weil er diesen Raum als bloße Durchfahrt monopolisiert. Ein Flyer, der auf der zweiten „street party“ verteilt wurde, stellte fest:

„CARS CANNOT DANCE: When they move they are violent and brutish, they lack sensitivity and rhythm. CARS CANNOT PLAY: When they diverge from the straight and narrow, they kill. CARS CANNOT SOCIALISE: They privatise, separate, isolate and alienate.“<sup>43</sup>

In den Augen von Bailie steht das Auto für die Zerstörung sozialer Beziehungen:

„Cars dominate our cities, polluting, congesting and dividing communities. They have isolated people from one another, and our streets have become mere conduits for motor vehicles to hurtle through, oblivious of the neighbourhoods they are disrupting. Cars have created social voids; allowing people to move further and further away from their homes, dispersing and fragmenting daily activities and lives and increasing social anonymity. RTS believe that ridding society of the car would allow us to re-create a safer, more attractive living environment, to return streets to the people that live on them and perhaps to rediscover a sense of 'social solidarity'.“<sup>44</sup>

Ist in diesem Verständnis das Auto der Wegbereiter für die Isolation des Individuums, so ist die durch den Verkehr bedrohte „Community“ gleichzusetzen mit kollektivem Willen und gegenseitiger Solidarität.

Bailie benutzt immer wieder den Begriff der „Community“ als Gegensatz zu einer Realität, die für ihn von Vereinzelung und Entsolidarisierung geprägt ist. Sein Verständnis von „Community“ lässt sich dahingehend interpretieren, dass er mit dem Begriff nicht bestimmte Bevölkerungsgruppen entlang spezifischer Merkmale voneinander abgrenzt. Er bemüht ihn stattdessen, um Trennungen zu problematisieren, die durch die Privatisierung des öffentlichen Raums mit Hilfe des individuellen Kraftfahrzeugverkehrs vorangetrieben werden. „Community“ ist die Gesamtheit solidarischen Handelns an einem Ort, dessen Zugang für alle Voraussetzung ist.<sup>45</sup> Sie entsteht auf der städtischen Straße, als Kontrast zur umweltfeindlichen, kapitalistischen Wirtschaftsweise, die sich auf das Konzept der „road“ stützt. Bailie weist auf die unterschiedliche Bedeutung von „street“ und „road“ hin, für die es im Deutschen keine entsprechende sprachliche Unterscheidung gibt:<sup>46</sup>

„The words ‚street‘ and ‚road‘ are often taken to mean the same thing, but they can be defined in opposition to each other, to represent different concepts of space. In everyday usage the distinction is still common. We talk of ‚the word on the streets‘, ‚taking to the streets‘ and ‚streetculture‘. A street suggests dwellings, people and interaction, in a word:

---

<sup>43</sup> Ebd., S. 142f.

<sup>44</sup> Vgl. Del Bailie, 1997, S. 2

<sup>45</sup> Ebd., S. 4f

<sup>46</sup> Ebd., S. 4

community. A road, in contrast, suggests the tarmac, the horizon, 'progress' and the private enclosure of the motor car. We speak of 'roadworks' and 'roadrage'.<sup>47</sup>

Für RTS-AktivistInnen ist der urbane Raum das Terrain gesellschaftlicher Veränderung, dort wo Befreiungsversprechen eingelöst werden, allein weil vier von fünf Bewohnerinnen der westlichen Welt in der Stadt leben. Del Bailie zitiert den Anarchisten Murray Bookchin:

„It's on the streets that power must be dissolved: for the streets, where daily life is endured, suffered and eroded, and where power is confronted and fought, must be turned into the domain where daily life is enjoyed, created and nourished.“<sup>48</sup>

„Reclaim the Streets“ greift diese Perspektive schon im eigenen Slogan auf. Im Gegensatz zum Ökoradikalismus betrachtet „Reclaim the Streets“ die Straße nicht als etwas Feindliches, das verhindert werden soll, sondern als den Ort, an dem die Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung möglich ist. Mit der Wiederaneignung der Straße lassen sich alle Themen, die quasi auf ihr liegen, mit einem Mal sichtbar machen und in einem alternativen, widerständigen Sinne ansprechen.

Doherty stellt der in seinen Augen geradezu ausgrenzenden „direct action“ der Ökoradikalen den inklusiven Charakter der „street parties“ gegenüber. Einer der Effekte der „street parties“ und ähnlicher urbaner Aktionen wie „Critical Mass“, sei, dass mehr Menschen am Protest teilnehmen könnten als auf Bauplätzen, ohne das auf das Mittel der Massenmobilisierung für traditionelle Demonstrationen zurückgegriffen werden müsse.<sup>49</sup>

Für Bailie sind die Proteste von Twyford Down und andernorts dennoch auch eine Bewegung für die „Straße“. Der Kampf gegen die Zerstörung der „Natur“ durch „roads“ sei auch einer um menschliche Maßstäbe, für das face-to-face, für eine Gesellschaft in Harmonie mit ihrer natürlichen Umgebung.<sup>50</sup> Die gegenwärtige Stadt beschreibt er als Moloch, der diese Maßstäbe sprengt:

„Capitalist ‚machine‘ extended. A factory city serving dominant elites; a transportation hub for import and export, its ‚citizens‘, as wage slaves, are kept in huge dormitories close to their place of labour. Its inhuman scale, impersonality and sacrifice of pleasure to efficiency are the very antithesis of a genuine community.“<sup>51</sup>

---

<sup>47</sup> Ebd.

<sup>48</sup> Zitat von Murray Bookchin: Post-Scarcity Anarchism, 1971, in: Del Bailie, 1997, S. 6

<sup>49</sup> Vgl. Brian Doherty, 2000, S. 70f.

<sup>50</sup> Vgl. Del Bailie, 1997, S. 7

<sup>51</sup> Ebd., S. 4

Explizit besteht für ihn die Lösung des Problems nicht darin, es zu individualisieren und die Flucht aufs Land anzutreten. Er glaubt, dass auch der urbane Raum für eine „authentische Politik“ genutzt werden könne. Diese könne darin bestehen, den Raum, der gegenwärtig dem Verkehr überlassen wird, in einen „Festivalplatz“, „Wald“ oder „Strand“ umzuwandeln. Voraussetzung hierfür sei ein Raum, dessen unbegrenzte Zugänglichkeit für alle erst jene soziale Interaktion ermögliche, die Del Bailie unter „Community“ versteht. Als öffentliche Arena erlaube der „urbane Raum“ die Zusammenkunft von Individuen, um ihre sozialen Angelegenheiten kollektiv zu regeln. Ohne ihn könne es also keine echte „Community“ geben.<sup>52</sup> Es gelte, die Überbleibsel des „Öffentlichen“ zu retten und wieder zu vergrößern, so Del Bailie. Der verkaufende und zunehmend verkaufte müsse in einen gemeinsamen, freien Raum verwandelt werden – „von einer kontrollierten Lokalität zu einer lokalen Kontrolle“.<sup>53</sup>

Bailie stellt sich für „Community“ keine klaren räumlichen Beschränkungen vor. In seiner utopischen Vision, in der ein emanzipatorischer Wandel Grenzen überschreitet, erweitert Bailie die „Straße“ zur Welt. Er möchte die Befreiung der Straße von der weiter gefassten Regel der Hierarchie und Vorherrschaft, von ökonomischen, ethnischen und geschlechtlichen Unterdrückungen, von Konsumerismus, Überwachung, Werbung und einer Verwertungslogik, die Menschen und Planet zu käuflichen Objekten reduzieren.<sup>54</sup>

Ist für die radikalen Umweltschützer die „Natur“ im Gegensatz zu den Resultaten menschlicher Eingriffe „authentisch“, so versieht Bailie mit diesem Begriff die Begegnung und Interaktion zwischen den Individuen im öffentlichen Raum der Stadt. Er macht die Privatisierung öffentlichen Raumes für den Verlust der „Authentizität“ des Städtischen verantwortlich. Autobahntrassen, Business-„Parks“, Entwicklungen von Einkaufszentren trügen, so Bailie, weiter zur Desintegration von „Community“ und zur Gleichschaltung einer Örtlichkeit bei. Die Räume werden identisch. „Community“ werde zur Ware – ein shopping village, ruhig gestellt und unter konstanter Überwachung. Das Begehren nach „Community“ werde durch das Spektakel, das an die Menschen in simulierter Form verkauft wird, erfüllt. TV-Serien mit den Begriffen „street“ oder „square“ im Titel täuschten eine Arena vor, die Beton und Kapitalismus zerstört hätten. Die echte Straße stelle sich als steril heraus. Ein Ort, durch den man fahre, keiner, an dem man sich aufhalte.<sup>55</sup>

Dass RTS-AktivistInnen das Leben auf der Straße mit naturtopographischen Kategorien metaphorisieren, bestätigt Naomi Kleins Feststellung, RTS hätte die Sprache und Taktik der ra-

---

<sup>52</sup> Ebd., S. 5

<sup>53</sup> Ebd.

<sup>54</sup> Ebd.

<sup>55</sup> Ebd., S. 4f.

dikalen Ökologiebewegung auf den „Dschungel der Stadt“ übertragen. Klein versteht die Forderung nach nicht-kommerzialisiertem Raum quasi als Parallele zum Einsatz für eine unberührte Wildnis auf dem Land oder auf dem Meer.<sup>56</sup>

Für Del Bailie ist es von größter Bedeutung, dass RTS noch mehr Menschen dazu ermutigt, an einer direkten Aktion teilzunehmen. Er bezichtigt die politische Klasse, die destruktiven Effekte des Autoverkehrs und Straßenbaus zu ignorieren, obwohl sie jedem und jeder bewusst seien. Kaum überraschend, würden die Politiker allein um ihren Machterhalt besorgt sein und darum, wie sie die Autorität über die Bevölkerungsmehrheit bewahren könnten. „direct action“ ist für Bailie die Zerstörung dieser Macht und Autorität. Die an ihr beteiligten Menschen würden die Verantwortung für sich selbst übernehmen. Die direkte Aktion sei daher keine Taktik, sondern ein Ziel an sich. Sie ermögliche den Menschen, sich als Individuen mit einem gemeinsamen Ziel zusammen zu schließen, um Dinge direkt durch ihre eigenen Aktionen zu verändern.<sup>57</sup> Bailie macht konkretere Vorschläge für die Weiterentwicklung der „street party“:

„The participatory ‚party‘ or ‚street‘ meeting would be a real objective for the future street party. For an event that goes beyond temporarily celebrating its autonomy to laying the ground for permanent social freedom. Discussion areas, decision-making bodies, delegates mandated to attend other parties; in short the formation of a ‚body politic‘, could all happen within the broader arena of the street party. Such participatory communities, in traditional anarchist theory, were called communes. Based on self-government through face-to-face grassroots or street level assemblies they were the final authority for all public policy. Linked together in confederal co-ordination they formed the Commune of communes which, translated, into current terminology, gives us the Network of networks or, more appropriately: The Street Party of street parties. That such a ‚street party‘ would tend to undermine centralised state and government structures, constituting a ‚dual power‘ in direct opposition to them, is obvious.“<sup>58</sup>

Im Kern ging es RTS um die Utopie einer umfassenden, gleichberechtigten Partizipation, die nur in einer für die herrschenden Kräfte überraschenden und daher temporären Aktion demonstriert werden konnte. Dafür wurde es möglich, diese mitten im Zentrum der Ein- und Ausschlussverfahren geschehen zu lassen, so für deren situative Erosion zu sorgen und im Bewusstsein der TeilnehmerInnen die Perspektive auf die eigenen Möglichkeiten zu ändern.

„To ‚street party‘ is to begin reconstructing the geography of everyday life; to reappropriate the public sphere, to rediscover the streets and attempt to liberate them. To ‚street party‘ is to rescue communality from the dissection table of capitalism; to oppose

---

<sup>56</sup> Vgl. Naomi Klein, 2000, S. 323

<sup>57</sup> Vgl. Del Bailie, 1997, S. 2f.

<sup>58</sup> Ebd., S. 5

the free market with a vision of the free society. This vision, which the street party embodies, is collective imagining in practice. It radically dissolves political, cultural, social and economic divisions in a utopian expression. A utopia defined, not as 'no-place', but as this-place, here and now."<sup>59</sup>

Theoretisch, so Bailie, suggeriere die „street party“ eine Zersetzung der zentralisierten Machtstrukturen zu Gunsten eines Netzwerkes von sich selbst kontrollierenden Lokalitäten. Die „street party“ könne leicht eine öffentliche Zusammenkunft beinhalten oder eine „Community“-Versammlung, die in Opposition zum Staat arbeite – in Richtung einer direkten Kontrolle über die eigene Örtlichkeit und dahingehend, allen eine gleiche Stimme bei Entscheidungsprozessen zu geben. Die Praxis der „direct action“ könne ausgeweitet und eine solche Politik ermöglicht werden, wenn RTS London sich in anderen Kämpfen mit engagiere, mehr lokale Vereinigungen, Vereine, Mieter-, Arbeits- und „Community“-Gruppen einbeziehe; wenn anderen geholfen werden würde, kleinere „street parties“ zu organisieren, welche die offiziellen Kanäle umgingen. In der Praxis geschehe dies schon alles, so Del Bailie. Aber ohne ein Verständnis dafür, wohin „wir“ die „street party“ führen wollen, werde es für die „Autoritäten“ allzu leicht, diese Form zu kooptieren oder zu unterminieren.<sup>60</sup>

#### 4.5 Desorganisation und Organisation

Als Reaktion auf die Versuche der Polizei, die verantwortlichen Organisatoren der RTS-Aktionen haftbar zu machen und das Bedürfnis der Medien, Köpfe zu präsentieren, stellte RTS London kurz vor dem Mayday-Ereignis folgende Selbstbeschreibung auf ihre Webpage:

„Reclaim the Streets London would like to emphasise that it is a non-hierarchical, leaderless, openly organised, public group. No individual “plans” or “masterminds” its actions and events. RTS activities are the result of voluntary, unpaid, co-operative efforts from numerous self-directed people attempting to work equally together.“<sup>61</sup>

Insofern ist der Titel des Statements „On disorganisation“ (Durcheinander/Desorganisation), in dem RTS seine offene Struktur, Führungslosigkeit und den kooperativen Charakter der Aktivitäten seiner Mitglieder betont, irreführend, denn die geschilderte Form der Zusammenarbeit erforderte gerade eine spezifische Organisation, die unter dem Label „Reclaim the Streets“ seit 1991 entstanden war und sich nach dem Ende der „No M11 Link Campaign“ 1994 mit der Planung der RTS-„street parties“ gefestigt hatte.

---

<sup>59</sup> Ebd., S. 6

<sup>60</sup> Ebd., S. 5

<sup>61</sup> Vgl.: Reclaim the Streets: On disorganisation – A statement from Reclaim the Streets (RTS) London, im Internet: <http://rts.gn.apc.org/disorg.htm>



Außerhalb der „direct action“ stand das einmal wöchentlich stattfindende RTS-Meeting für den offenen, partizipatorischen Charakter von RTS London. Eine ebenfalls ins Netz gestellte Einführung in die Aktivitäten von RTS erklärt die Funktion dieses Treffens so:

„This is a chance for activists (be they would-be, part-time, full-time or completely unhappy describing themselves as such!) to get together, plan actions, talk through issues, network information and socialise. Sometimes they are frustrating, sometimes rewarding, but almost always chaotic. We try to run things in a non-hierarchical way using consensus decision-making, and this means that decisions can take a while to reach and frustrations can appear: so there's a real need for mutual respect and taking care of each other.“<sup>62</sup>

Im Laufe der Zeit hatten sich auf den Treffen bestimmte Regeln herausgebildet, die es erlauben sollten, dass sich an den Diskussionen über geplante Aktionen und Inhalte möglichst alle Anwesenden beteiligen konnten. Worauf dabei Wert gelegt wurde, konnten potenzielle TeilnehmerInnen ebenfalls übers Internet erfahren: Es galt, Sprechende, nicht im Redefluss zu unterbrechen, die Anwesenden sollten sich über den Druck, der auf einem Redner in größeren Runden lastet, bewusst sein und vor allem neue Teilnehmer in ihrer Beteiligung unterstützen. Sie waren gehalten, sich nicht alle drei Minuten zu Wort zu melden, damit andere Sichtweisen genügend Gehör finden könnten. Generell sollten die Treffen nicht als „2 and a half hours of gladiatorial combat“ verstanden werden und die anderen Diskussionsteilnehmer respektvoll behandelt werden.<sup>63</sup> Zu Beginn eines jeden Meetings wurde eine Person (ein so genannter facilitator) gewählt, welche die Diskussion moderieren und gewährleisten sollte, dass alle auf die Tagesordnung gebrachten Punkte behandelt wurden. Sie hatte auch auf die Gesten zu achten, mit denen die Teilnehmerinnen ihren Redebeitrag anmeldeten, organisatorische Anmerkungen machen oder das gerade Gesagte kommentieren wollten. Diese Gesten wurden der Taubstummensprache entlehnt, gerade um das von vielen AktivistInnen bei anderen politischen Diskussionen als unangenehm erfahrene Dazwischenreden zu vermeiden:

„Wagging your hands above your head to indicate agreement – rather than ‚Hear, hear!‘ or clapping or even sillier noises; obviously, raising your hand if you want to speak; making a T-sign with your hands if you want to raise a brief, purely technical that needs to break into the queue; A ‚swigging a pint‘ gesture may suggest that the current speaker is wandering and should talk to you in the pub afterwards.“<sup>64</sup>

Die auf den wöchentlichen Treffen anstehenden Entscheidungen sollten im Konsens getroffen werden. Auf der RTS-Webpage wird formuliert, wie dieser herbeigeführt werden kann:

---

<sup>62</sup> Ebd.

<sup>63</sup> Ebd.

„This (Consensus) means we try to agree decisions only when everyone is happy with them. Instead of voting we would ask to see the general level of support for a proposal; if that seems strong, we'd ask if anyone opposed it strongly enough to speak up against it. If someone did, then the proposal would need to be re-discussed; if no one did, then the decision is made. While this can take time, it avoids the tyranny of the majority vote, which often leaves significant numbers of people dissatisfied...One ideal of consensus is that where the group isn't settling on proposal A or B, it tries to come up with C which is as interesting as either – not a ‚com-promise‘ – and is acceptable to all.“<sup>65</sup>

Diskussionsmethoden, die eine möglichst breite Partizipation erlauben sollten, und das Ziel der Konsensfindung dienten dazu, neue Personen leichter in den RTS-Zusammenhang zu integrieren. Erhofft wurde sich davon auch ein Input neuer Ideen, um gemäß der eigenen Prinzipien, die Formalisierung und Vorhersehbarkeit einmal durchgeführter Aktionen zu vermeiden:

„In fact, although RTS is well known for certain ways of doing things, part of our ‚remit‘ is to dream up new and inspirational forms of direct action that have never been tried before. With any luck, new people will be able to add to the range of actions we carry out rather than feeling we've all got to repeat ourselves endlessly.“<sup>66</sup>

Im Kreis der RTS-AktivistInnen wurde immer wieder die Furcht geäußert, dass sich die bisherigen Aktionsformen einschleifen und damit an Attraktivität für sie selbst und potenzielle TeilnehmerInnen verlieren könnten. Die „street parties“ wurden immer organisierter und zogen immer mehr Menschen an. Schließlich fand eine Eruption von Partys über das ganze Land statt, jeweils lokal ausgerichtet und geplant. Die „street parties“ drohten jedoch aufgrund mangelnder längerfristiger Perspektiven und Zielbestimmungen zum Opfer ihres eigenen Erfolgs zu werden.<sup>67</sup>

Es lassen sich zwei weitere Widersprüche ausmachen, die sich auf den „street parties“ von RTS zeigten. Obwohl es bei ihnen um die Stärkung von Kollektivität und Partizipation ging, offenbarte sich eine Ungleichheit zwischen RTS-OrganisatorInnen und PartyteilnehmerInnen in Bezug auf das Engagement. Und im Bestreben, Herrschaft und Zentralität zu überwinden, erhielt RTS London selbst eine zentrale Funktion, zunächst für die gesamte DIY-Culture Großbritanniens und später auch innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung. Dies beruhte zum einen darauf, dass RTS London in einem Raum agierte, in dem sich bezüglich politischer, ökonomischer und kultureller Prozesse Definitions- und Entscheidungsmacht sowohl auf nationalstaatlicher wie auch auf globaler Ebene konzentrieren. Damit fokussieren

---

<sup>64</sup> Ebd.

<sup>65</sup> Ebd.

<sup>66</sup> Ebd.

<sup>67</sup> Vgl. Del Bailie, 1997, S. 4

sich auch die Blicke von der Peripherie auf diese zentrale Lokalität. Zum anderen aber nutzte RTS London seine spezifische Platzierung auch, um das Konzept der „street party“ zu exportieren, dabei die eigene Urheberschaft zu betonen und zu definieren, welche „direct action“ andernorts dem Geiste der eigenen Aktivitäten entsprachen. Aufgrund des aus der „No M11 Link Campaign“ hervorgegangenen Netzwerks an persönlichen Beziehungen – „strong friendships“<sup>68</sup> - konnte zunächst an den informellen Charakter der RTS-Gruppe vor der „No M11 Link Campaign“ angeknüpft werden. Dies war nicht nur notwendig, um den gewünschten Überraschungseffekt der „street parties“ zu erzielen, sondern erleichterte auch die Planung der Aktionen. Die OrganisatorInnen brauchten in diesem Rahmen keine scharfen inhaltlichen Auseinandersetzungen zu führen, denn ihre Motivationen hatten sich schon während des Kampfes gegen die Räumung der Claremont Road weitgehend angeglichen. Die „No M11 Link Campaign“ hatte die Zugehörigkeit der einzelnen AktivistInnen zu anderen, zuvor existierenden „Communities“ überlagert. Hinzu kam, dass die Kampagne, wie Del Bailie feststellt, zu einer Professionalisierung der Aktivitäten der Beteiligten geführt hatte, sowohl was die „direct action“-Kompetenzen, das Verhalten während der Konfrontation mit der Polizei, die Öffentlichkeitsarbeit als auch das Spenden sammeln anging.<sup>69</sup> Ein Resultat dieser erworbenen Fähigkeiten war die Einrichtung eines RTS-Büros, das nicht nur Informationen über die eigenen Aktivitäten an Interessierte weitergeben, sondern auch als Knotenpunkt in der Vernetzung von politischen Basisgruppen innerhalb Londons, Großbritanniens und schließlich auch auf internationaler Ebene funktionieren sollte:

„This (office) receives, during weeks when there isn't an RTS action looming, about 150 emails, 30 phone messages and 30 pieces of mail per week. While some of these are not exactly essential, many are from people who are looking for a way into RTS or the wider direct action movement and need some advice. All this info also means the office is an excellent place to build and strengthen city-wide, national and international resistance networks. And that's not mentioning the media enquiries...“<sup>70</sup>

Der mit einer klaren Verortung von RTS in einem Büro zwangsläufig einhergehenden Identifikation von dort tätigen Personen als mögliche RTS-Verantwortliche wurde dadurch begegnet, dass es keine festen Zuständigkeiten für die Bürotätigkeit gab. Jeder und jede konnten dort anwesend sein, ohne besonderen Ausweis als langjähriges RTS-Mitglied.

„If you haven't had experience of dealing with enquiries/checking email/picking up the post etc...there's no problem, as the person in on the day you go in will take you through

---

<sup>68</sup> Ebd., S. 2

<sup>69</sup> Ebd., S. 1

<sup>70</sup> Vgl.: Reclaim the Streets: Hi... (an attempt at) A welcome to London Reclaim the streets and an introduction to what we're up to and how we do it, im Internet: <http://rts.gn.apc.org/welcome.htm#meetings>

all that stuff. Also you don't need to worry about speaking "with the voice of RTS" if you pick up the phone, as whoever's there speaks only for themselves anyway, if they've been around for 2 years or 2 months..."<sup>71</sup>

Die Frage nach dem- oder derjenigen, der „für RTS spricht“ ließ sich im Rahmen von RTS-Aktionen aber nicht so leicht ignorieren. So war es der personelle Zusammenhang ehemaliger „No M11 Link Campaign“-AktivistInnen, der die Programmatik von RTS vorformuliert hat. Dem beabsichtigten nicht-hierarchischen und partizipativen Charakter der „street party“ stand ein Engagement einiger weniger Personen in der zeitaufwändigen Planung der Aktion gegenüber. Dementsprechend wurde auch immer wieder die Diskrepanz zwischen einer konsumeristischen Haltung der Party-TeilnehmerInnen und dem Aktivismus der „street party“-OrganisatorInnen problematisiert. Eine Konsequenz daraus war es, die Vorbereitungstreffen für RTS-Aktionen öffentlich zu machen, um mehr Menschen in die inhaltliche Diskussion und die Planungsprozesse einzubinden. Neue TeilnehmerInnen trafen hier jedoch auf einen Kern von AktivistInnen, der sich aufgrund gemeinsamer Erfahrungen und seiner zunehmenden Expertise bei der Durchführung von „street parties“ weiter gefestigt hatte. Je länger sich die einzelnen Personen im RTS-Zusammenhang engagiert hatten und ihre Identifikation mit RTS zunahm, desto stärker gaben sie tendenziell die Richtung der Aktionen vor. Für Hinzukommende war es schwer, die einmal gesetzten Grundprinzipien für das kollektive Handeln gegen den Widerstand der länger Engagierten zu verändern. Deren informelle Definitionsmacht wurde schließlich auch durch die hohe Fluktuation unter den TeilnehmerInnen begünstigt. Gerade aus der Reflektion der Existenz und Beständigkeit interner Hierarchien wurde sich im Laufe der Zeit die oben beschriebene Diskussionsstruktur für die wöchentlichen Treffen gegeben.

Indem sich der Kreis der TeilnehmerInnen an den RTS-Meetings über den ursprünglichen Zusammenhang der „No M11 Link Campaign“-AktivistInnen hinaus vergrößerte, diversifizierten sich schließlich auch bis zu einem gewissen Grad die Ideen und Impulse für Aktionen, wie aus der Einführung in die RTS-Struktur auf der RTS-Webpage hervorgeht:

„The way actions come together varies. Sometimes they bubble slowly out of Monday night meetings. At other times a group of friends may dream something up elsewhere and bring it to the meeting as a proposal. Emergencies arise at times that need immediate action, while sometimes close alliances with other groups (e.g. striking hospital workers or an on-site campaign) throw up ways for both groups to act together. One action might call for some level of secrecy, whereas others may be entirely open.“<sup>72</sup>

---

<sup>71</sup> Ebd.

<sup>72</sup> Ebd.

Der Fortbestand einer Klandestinität innerhalb der Aktivitäten von RTS, auch nach den ersten drei „street parties“, war in erster Linie der Tatsache geschuldet, dass in dem Maße wie die RTS-Aktionen immer mehr Menschen mobilisierten, sich die Polizei immer stärker herausgefordert fühlte, die dem Gesetz nach illegalen Aktivitäten zu unterbinden. Die Planung aller direkten RTS-Aktionen wurde von den Ordnungshütern streng überwacht und teilweise sabotiert. Fahrzeuge, in denen sich RTS-Equipment befand, wurden aufgebrochen, verfolgt und auf dem Weg zu „street parties“ beschlagnahmt. Das RTS-Büro wurde durchsucht, Telefone abgehört. RTS-AktivistInnen wurden verfolgt, schikaniert, und ihnen wurde gedroht, sie der Verschwörung anzuklagen. Auf dem vorläufigen Höhepunkt staatlicher Repressionen wurde eine geheime RTS-Aktion, bei der ein BP-Tanklastzug auf dem M25 gekapert werden sollte, von der überraschenden Anwesenheit von rund 200 Polizisten am von den AktivistInnen vorgesehenen Treffpunkt vereitelt.<sup>73</sup>

Eine Möglichkeit, den Repressalien durch die Behörden zu entgehen, bot hier der Schutz der Anonymität des Internets. RTS richtete eine Homepage ein, auf der es für die eigenen Aktionen mobilisierte, ohne dass bestimmte Personen damit in Verbindung gebracht werden konnten. Zudem konnte das „street party“-Konzept so mühelos über Zeit und Raum exportiert werden. Einerseits erhielt RTS London die besondere Aufmerksamkeit der hauptsächlich in London konzentrierten nationalen Medien, andererseits ermöglichte auch die Ballung von Ressourcen in der Metropole RTS London, die eigene Programmatik in periphere Räume zu exportieren und dabei die Definitionsmacht über das Aktionskonzept zu behalten. Die gesteigerte Repression gegen RTS beförderte diese Strategie, denn sie rückte die Gruppe immer stärker ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die von RTS ins Netz gestellte Anleitung<sup>74</sup> zur Planung von unangemeldeten „street parties“ (siehe Anleitung auf S. IV) wurde während der darauf folgenden Monate von AktivistInnen in anderen Städten aufgegriffen und in die Tat umgesetzt. Lokale RTS-Gruppen gründeten sich in Birmingham, Manchester, Bristol, Leeds, Brighton und Leicester.<sup>75</sup>

Das Internet wurde zur wichtigsten Verbindung zwischen den lokalen RTS-Gruppen und AktivistInnen. Denn jede Party wird lokal organisiert, aber mit Hilfe von E-Mail-Adressenlisten und Links auf ihren Webpages können die Gruppen und AktivistInnen in den verschiedenen Städten Berichte über Ereignisse rund um den Erdball lesen, Strategien zum Austricksen der Polizei austauschen, Informationen über die Errichtung wirksamer Straßensperren weiterge-

---

<sup>73</sup> Die Unklarheit darüber, wie die Informationen über solche Aktionen an die Polizei gelangen können, kann leicht zur Paranoia in der Gruppe führen: zur Furcht vor Infiltration, zu Angstzuständen und Verdächtigungen, die sich selbst schwächend auf die Gruppe auswirken, befürchtet Del Bailie. Vgl. Del Bailie, 1997, S. 3

<sup>74</sup> Vgl. Reclaim the Streets: How to sort a street party, im Internet: <http://rts.gn.apc.org/sortit.htm>

# Reclaim The Streets!

## How to sort a street party

- 1 Get together with some like-minded people. Possibly your friends. Work on a plan of action. Sort out different roles, jobs and timescales. Imagine. What's possible? 
- 2 **Apr 4** **Two cold?** Decide on a date. Give yourselves enough time. Not too much - a "deadline" is a great motivator - but enough to sort the practicals: materials, construction etc. You may need money. **Apr 11** **It's Friday**  
**Apr 11** **YES!!**
- 3 Choose the location. Your street, the town centre, a busy road or roundabout, a motorway! A separate meeting place is good: people like a mystery, bureaucrats don't.
- 4  Publicise! Word of mouth, leaflets, posters, e-mail, carrier pigeon. Make sure everyone knows where and when to meet. Posters and paste go well on walls, billboards and phone boxes. Leaflet shops, clubs, pubs - everyone, and your mum.
- 5 Sort out your sound system. A party needs music - rave, plugged-in, acoustic, yodelling - go for diversity. Invite jugglers and clowns, poets, prophets and performers of all kinds. Ask campaign groups to come along and set up a stall in the middle of the road. 
- 6  How will you transform the space? Huge banners with a message of your choice, colourful murals, bouncy castle, a ton of sand and a paddling pool for the kids, carpets, armchairs. The materials and money from earlier may come in useful here. Print up an [explanation](#) for this "collective daydream" to give to participants and passersby on the day.
- 7 For opening the street - or rather stopping it being re-closed by the traffic - ribbons and scissors are not enough. A large [scaffold tripod structure](#) with a person suspended from the top has been found useful. Practice in your local park. Blocking the road with a car that can then be dismantled is nice. Even the traditional "barricade" will do. 
- 8 Rescue some young trees from the road of your local "development" and have them ready for planting. You may need a pneumatic drill and safety goggles for the [last bit](#).
- 9 Have a street party! Enjoy the clean air and colour full surroundings, the conversation and the community. Bring out the free food, dance, laugh and set off the fire hydrants. Some boys in blue may get irate. Calm them down with clear instructions. 
- 10 At least a couple of the boys in blue will fail to get the point and nick people - six is generally the minimum to convince their paymasters it was worth all that overtime. Of course you found a solicitor who understands about street protests and distributed a bust card with their number, a phone number to collect details of arrests, and basic advice - the [Belmont bust card](#) is a good basis in the UK. Make sure someone stays awake, alert and near that phone to take messages, gather names, and organise a defendants' meeting a week or two later.
-  Get together with even more like-minded friends and plan the next one. Organise in your community, workplace, school & street. 

ben und die Poster, Presseerklärungen und Flyer anderer RTS-Zusammenhänge lesen. Seit Video- und Digitalkameras eine normale Begleiterscheinung von „street parties“ geworden sind, können sich RTS-AktivistInnen auch durch Filmmaterial über weit entfernte Partys, das über Videonetze politischer Aktivisten verbreitet wird und auf mehreren Websites von RTS abrufbar ist, inspirieren lassen.<sup>76</sup>

Betrachtet man die einzelnen personellen Zusammenhänge, aus denen heraus RTS-Aktionen geplant werden, näher, so lässt sich feststellen, dass sie von Ort zu Ort eine unterschiedliche Gestalt angenommen haben. AktivistInnen finden sich in einer Stadt für die Planung einer einmaligen RTS-„street party“ zusammen und gehen danach wieder auseinander. In einer anderen Stadt sind im Abstand von mehreren Monaten RTS-„street parties“ zu beobachten, die aber von Kollektiven organisiert werden, zwischen denen keine personelle Überschneidung besteht.

Die Unbeständigkeit und Temporalität der jeweiligen örtlichen RTS-Gruppen bewirkt, dass der personelle Zusammenhang in London weiter als so etwas wie der Sachwalter des eigenen Konzepts bleibt, was sich unter anderem dadurch dokumentiert, dass auf der RTS-Homepage ein „action archive“ eingerichtet wurde. Von ihm aus gibt es Links zu Berichten, Fotos und Reflektionen über mehr oder weniger alle seit Mai 1995 stattgefundenen „street parties“ auf der ganzen Welt und darüber hinaus über Protestereignisse, deren Inhalte sich innerhalb des ideologischen Spektrums befinden, zu dem sich auch RTS London zählt. Eingeführt wird diese Historie der „direct action“ jedoch mit Hinweis auf die geographische Wurzel des RTS-Konzepts:

„The Reclaim the Streets idea has grown up and left home. Street parties and suchlike often happen without anyone in RTS London hearing about them until afterwards, if at all...so do tell.“<sup>77</sup>

RTS London bot mit dieser Homepage eine Informations- und Aufklärungsquelle unabhängig von der Berichterstattung der den eigenen Interessen verpflichteten Massenmedien. Mit ihr stellte RTS London jedoch immer auch noch klar, welche Mittel probat waren, um eine „street party“ durchzuführen, während der personelle Zusammenhang in der britischen Hauptstadt schon längst an der Transformation der Party in neue Widerstandsformen arbei-

---

<sup>75</sup> Vgl. Reclaim the Streets : Action Archive, im Internet: <http://www.rts.gn.apc.org/archive.htm>

<sup>76</sup> Vgl. Naomi Klein, 2000, S. 325f. Ein Beispiel dafür ist die Non-Profit-Videogruppe Undercurrents in London; gegründet von AktivistInnen, die während der „No M11 Link Campaign“ zu VideodokumentaristInnen geworden waren und nun Filmmaterial zu verschiedenen Protestereignissen in Großbritannien auch im Netz veröffentlichen. Vgl. Thomas Harding: Viva camcordistas! Video activism and the protest movement, in: George McKay (ed.): DIY culture – Party & Protest in Nineties Britain, London/New York 1998, S. 82ff

<sup>77</sup> Vgl.: Reclaim the Streets: Action Archive, im Internet: <http://rts.gn.apc.org/archive.htm>

tete. Zugleich bestimmte RTS London, welche Aktionen andernorts zum Teil der Bewegungsgeschichte wurden. RTS London besaß demnach eine informelle Definitionsmacht im Gefüge der virtuellen „Community“ aller RTS-Gruppen und darüber hinaus. Die behauptete „Strukturlosigkeit“ von RTS wurde durch die Londoner AktivistInnen vorstrukturiert.

#### 4.6 „Reclaim the Streets“ als antikapitalistische Bewegung

Sonia Brünzels bestätigt mit ihren Beobachtungen der offenen Meetings von RTS London Mayers These, dass im Kontext des Städtischen unterschiedlichste Bewegungsinhalte miteinander variiert werden und sich die Träger des Protests in ihren ideologischen Haltungen und politischen Interessen als äußerst heterogen erweisen. Sie stellt fest, dass sich bei den RTS-Treffen Flyer aller möglichen Gruppen aufsammeln ließen:

„‘Greenpeace’, ‘Friends of the Earth’, ‘genetiX snowball’ und andere mobilisieren für ein ‚Gene-free-Jamboree‘, die ‚campaign against arms trade‘ fordert die Schließung des britischen ‚Waffensupermarktes‘, die ‚Animal Liberation Front‘ agitiert gegen Vivisektion und ‚The Land is Ours‘ organisiert eine Landbesetzung ‚irgendwo in Norfolk‘. Ein Vertreter der Gewerkschaft der U-Bahn-Beschäftigten versucht Kontakte zu knüpfen und ein paar spanische AktivistInnen präsentieren ihren Kampf gegen den Bau eines Staudamms im Basenland.“<sup>78</sup>

So habe sich „Reclaim the Streets“ zu einem Sammelbecken für ein weites Spektrum kritischer, aktionsorientierter Politgruppen entwickelt, wobei es für die Betrachterin schwierig sei, alle Inhalte auf einen Nenner zu bringen. Brünzels erscheint als verbindendes Element, dass die AktivistInnen Gegenpole zur Entfremdung in einem metropolitanen Turbokapitalismus bilden wollen.<sup>79</sup> RTS London hatte sich in dieser Hinsicht längst zum Treff und zu einer Informationsbörse von AktivistInnen aus ganz Großbritannien entwickelt, was auch die zukünftigen RTS-Aktionen wesentlich beeinflusste.

Vor allem in Flugblättern wurde deutlich, dass die RTS-AktivistInnen mit ihrer Gegnerschaft zum Kraftfahrzeug auf ein in ihren Augen dahinter stehendes Herrschaftsverhältnis abzielten. In einem RTS-Agitprop wurde der zunehmende Autoverkehr nur als ein Puzzleteilchen des global wirkenden kapitalistischen Systems bezeichnet, welches RTS-AktivistInnen als zu bekämpfende Ursache aller Repressionen und Krisenzustände identifizierten:

„Won’t the streets be better without cars? Not if all that replaces them are aisles of pedestrianised consumption or shopping ‘villages’ safely protected from the elements. To be against the car for its own sake is inane; claiming one piece as the whole jigsaw. The

---

<sup>78</sup> Vgl. Sonja Brünzels, 2001, S. 171

<sup>79</sup> Ebd.



struggle for car-free space must not be separated from the struggle against global capitalism for in truth the former is encapsulated in the latter. The streets are as full of capitalism as of cars and the pollution of capitalism is much more insidious".<sup>80</sup>

Jordan zitiert den Aktivist Paul Morozzo, der sowohl an der „No M11 Link Campaign“ als auch bei RTS London teilgenommen hatte:

„We are basically about taking back public space from the enclosed private area. At its simplest it is an attack on cars as a principal agent of enclosure. It's about reclaiming the streets as public inclusive space from the private exclusive use of the car. But we believe in this as a broader principle, taking back those things which have been enclosed within capitalist circulation and returning them to collective use as a commons.“<sup>81</sup>

Die Gruppe „Aufheben“ stellt RTS London als positiven Gegenpol zu den „anti-roads“-Kampagnen dar, die der „No M11 Link Campaign“ zeitlich folgten. RTS London, so „Aufheben“ würden nicht nur gegen den Straßenbau kämpfen, sondern bewusste und praktikable Verbindungen zu anderen Kämpfen herstellen, die bisher nicht mit dem „Anti-Roads-Movement“ zusammengebracht werden konnten. RTS, so Aufheben, wollten nicht nur die Straßen, sondern auch das mit ihnen assoziierte Leben attackieren. Während die AktivistInnen von RTS über Staat, Kapital und Klasse reden, gebe es unter den ländlich orientierten AktivistInnen eine entgegengesetzte Tendenz dahingehend, Bäume zu romantisieren und Mystizismus heraufzubeschwören.<sup>82</sup>

Eines der lokalen Themen, die sich aus der Perspektive von RTS London gut mit dem eigenen ganzheitlichen und sich auf allen räumlichen Ebenen beziehenden Ansatz bearbeiten ließ, waren die Privatisierungspläne für die Londoner U-Bahn. RTS London solidarisierte sich hier mit den streikenden U-Bahn-Angestellten, die vehement gegen diese Pläne kämpften. Anlässlich einer kleinen, symbolischen Aktion in der Bank Tube Station am 13. Juli 1998 erklärte RTS, dass ein Verkauf des Transportsystems nicht etwa den Service verbessern würde, wie die Regierung behauptete, sondern im Gegenteil, die Transportbedingungen verschlechterte und höhere Fahrpreise mit sich bringen würde. Zudem sei mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen und damit mit mehr Luftverschmutzung in den Straßen zu rechnen. Außerdem, so RTS, solle dieses öffentliche Mittel nicht zur weiteren Quelle für Konzernprofite werden. Schon in der Vergangenheit hatte RTS die U-Bahn-Angestellten unterstützt. Während des 1996er Streiks organisierte RTS eine „Critical Mass“-Fahrradblockade, während einige

---

<sup>80</sup> Zitat aus dem RTS Agitprop, no. 1, July 1996, in: John Jordan, 1998, S. 140

<sup>81</sup> Zitat aus dem RTS Agitprop, no. 1, July 1996. Ebd., S. 129

<sup>82</sup> Vgl. Aufheben, 1998, S. 124f.

DemonstrantInnen das Büro des damaligen U-Bahn-Managers Peter Ford besetzten. Ein RTS-Aktivist stellt fest:

„Bus deregulation and the railways sell-off are clear examples of the results of privatisation: more misery for the public, big profits for big business. John Prescott talks of a private-public partnership, when in fact it's going to be more like private profit at public expense. We urge the public to stay at home, walk, cycle or use alternative public transport on strike days and to take positive action in support of the tube workers.“<sup>83</sup>

Umgekehrt sahen von der Gewerkschaft enttäuschte Beschäftigte in RTS einen Verbündeten, dessen spektakulärer Widerstand der eigenen Auseinandersetzung mit der Arbeitgeberseite einen neuen Impuls verleihen konnte. So wandten sich 1996 500 entlassene Liverpooler Werftarbeiter an RTS London, um Unterstützung für ihre Forderung nach Wiedereinstellung zu bekommen; ein Werftarbeiter formulierte prägnant, warum: „The others talk about doing something – this lot actually do it“.<sup>84</sup> RTS London selbst sah angesichts dieser Kooperation Erklärungsbedarf:

„In linking up with the Dockers, Reclaim the streets has taken what for some is a surprising and yet predictable route. Surprising in that there is no obvious link between 'anti-car activists' and 'sacked dockers', and yet predictable, in that there is an obvious affinity between them and the radical ecology movement.“<sup>85</sup>

Beide, so der RTS-Aktivist Ian Filingham (1997), sprächen sich für eine Form des sozialen Wandels aus, wenn auch bisher aus völlig verschiedenen Gründen und mit wahrscheinlich jeweils sehr weit auseinander liegenden Zielen. RTS glaube aber, es sei an der Zeit, anzuerkennen, dass Autogegner und Werftarbeiter gegen die gleiche soziale Kraft kämpfen. Beider Stärken könnten kombiniert werden, um in vereinigter Anstrengung einen signifikanten Wechsel herbeizuführen. Letztendlich sei es das Kapital, welches die Arbeiter durch die gewerkschaftsfeindliche Gesetzgebung und die Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen attackiere und zugleich den Planeten mit der Überproduktion und Konsumtion von Ressourcen zerstöre. Solange Ökonomien auf profitorientierten Geschäften basierten, solange würden soziale und ökologische Ausbeutungen bestehen bleiben. Im apokalyptischen Duktus der Radikalökologen fragt hier Filingham:

---

<sup>83</sup> Vgl. Reclaim the Streets: Bank Tube station, 13 July 1998 – Protesters Block Tube Train, im Internet: [www.rts.gn.apc.org/9807bank.htm](http://www.rts.gn.apc.org/9807bank.htm)

<sup>84</sup> Vgl. Ian Filingham: Why Reclaim the Streets and the Liverpool Dockers?, in: *Do or Die*, no. 6, 1997, S. 8, im Internet: <http://www.eco-action.org/dod/no6/rts.htm>

<sup>85</sup> Ebd.

„Can we come together as a movement that will effectively challenge and dissolve this power, before those in control lead society into the social and ecological catastrophe that is currently just beginning?“<sup>86</sup>

Für Filingham wird der Widerspruch zwischen der industriellen Arbeit, um deren Erhalt die Liverpool Dockers ja letztendlich kämpfen und der eigenen ökologischen Agenda in einem gemeinsamen Bestreben nach kollektiver Ermächtigung, wie sie die „street party“ ermöglichte, aufgehoben:

„Street parties cut straight to the alternative in the form of collective empowerment. As soon as the street is taken, the rule of the state is dissolved and a temporary autonomous zone is created. An active crowd celebrates its own strength and enacts its own unmediated diversity; and we all experience, albeit briefly, moments of collective control“<sup>87</sup>

Filingham legt dar, dass sich die Werftarbeiter in der Defensive befanden und auf RTS London zugegangen sind. Die „alte Form der direkten Aktion“, der Streikposten, hätte als Kampfmethode in den letzten Jahren versagt. Nach dem die Entlassenen ein Jahr lang an den Toren des Liverpools Hafens demonstriert hatten, waren sie nur noch mit geringer Hoffnung auf die erfolgreiche Rücknahme ihrer Freisetzung in den Winter 1995/96 gegangen. Die zuständige Gewerkschaft TGWU hatte ihnen die kalte Schulter gezeigt, da sie bei einer Unterstützung aufgrund der verschärften Gesetzgebung die Beschlagnahme des eigenen Vermögens befürchtete. Deshalb hatten die Liverpools Werftarbeiter wenig zu verlieren und suchten außerhalb ihrer traditionellen Interessensvertretungen nach Bündnispartnern.<sup>88</sup> Im Oktober 1996 veranstalteten die Werftarbeiter zusammen mit ihren Familien, AktivistInnen von RTS und anderen Basisinitiativen, UmweltschützerInnen und GewerkschafterInnen einen „street carnival“. Dieses Bündnis stellte Streikposten auf und besetzte für insgesamt drei Tage den Hafen. Erstmals wurde dabei die RTS-Flagge in den Farben schwarz, rot und grün – unterteilt von einem Lichtblitz – sichtbar (siehe auch Fahnen auf Abb. b. und c. auf S. V). Sie wehte vom Dach des in Beschlag genommenen Bürogebäudes der Merseyside Werft- und Hafengesellschaft.<sup>89</sup>

Bei zukünftigen Aktionen sollten die Flaggen mit unterschiedlichster Farbgebung erneut auftauchen. Die TrägerInnen konnten je nach Mischung und Anteil der Farben signalisieren,

---

<sup>86</sup> Ebd.

<sup>87</sup> Ebd., S. 9

<sup>88</sup> Ebd.

<sup>89</sup> Vgl. John Jordan, 1998, S. 147.

ob sie jeweils das anarchistische (schwarz), das ökologische (grüne) oder das sozialistische (rote) Element stärker betonen wollten.<sup>90</sup>

Filingham setzt sich nicht mit den konkreten Forderungen auseinander, die von den Dockern während der gemeinsamen Aktion vertreten wurden, sondern betont allein den gelungenen Zusammenschluss in der Konfrontation mit Polizei und Hafenbetreiber, der das „street party“-Konzept auf den Bereich des Arbeitsplatz ausgedehnt hat:

“We gladly accepted the opportunity to extend links to workers in struggle, and the result was not just an empowering action that involved activists from all over the country, but a fascinating shape-shift in the direct action movement. The occupation of the gantries and office roof meant that the picket refused to disperse until all activists came down without arrest. 150 pickets managed to storm the port and get a docker on the roof, and throughout the day we all stood up for each other and the right to determine how we live. Far from sinking into oblivion, the dockers showed they were prepared to take the opportunity to innovate and take action inside their workplace, and (although only briefly), take over the means of production. As one docker said, ‘it was like a blood transfusion’.”<sup>91</sup>

Filingham beschreibt die Vorgänge als eine Art symbiotischen Prozess. Die Werftarbeiter hätten ihren Kampf revitalisiert und in der kollektiven Aktion neue Freundschaften gewonnen. RTS hätte sich als Bewegung gestärkt, da es die wahrgenommenen Grenzen für „direct action“ verschoben habe. Plötzlich erschien „direct action“ nicht mehr als eine „Randsportart für Extremisten“, sondern entpuppte sich als „around for a long time, a central form of human activity“. Durch die Verbindung mit den Liverpool Dockers sei der Grundstein für ein zukünftiges Wachstum der Bewegung für einen radikalen und nachhaltigen sozialen und ökologischen Wandel gelegt worden.<sup>92</sup>

In einer weiteren, zentralen Hinsicht veränderte der Erfolg die politische Praxis von RTS London. Die textliche Vermittlung der Bewegung wurde umso notwendiger, je deutlicher die RTS-Aktionen auf ein Ziel jenseits von dessen rasch herzustellender Erfahrbarkeit ausgerichtet waren. Konnten die ersten „street parties“ das Motiv von RTS noch unmittelbar materialisieren, nämlich die Verhinderung des umweltbelastenden Automobilverkehrs und die Umwidmung des öffentlichen Raumes für eine hedonistische Praxis, war dies beim „street carnival“ in Liverpool nicht mehr ohne weiteres möglich. Die Solidarisierung von RTS London mit dem Kampf um die Erhaltung von Jobs in der Industrie, die sowohl auf dem Raubbau von

---

<sup>90</sup> Hier ist das Fehlen der Farbe Lila für feministische Positionen signifikant, was darauf hinweist, dass genderspezifische Themen im RTS-Protest eine Vernachlässigung erfahren. Fragen der sexuellen Orientierung wurden auf den „street parties“ auch nicht explizit artikuliert, wie die Abwesenheit der in der Schwulen & Lesben-Community gebräuchlichen „Regenbogen“-Fahne unterstreicht.

<sup>91</sup> Vgl. Ian Filingham, 1997, S. 9

<sup>92</sup> Ebd.

natürlicher Ressourcen wie auch auf einer Disziplinierung im Sinne einer heterosexuell und männlich dominierten Arbeitsmoral beruhen, bedurfte einer verstärkten Reflektion der sozial konstruierten Fragmentierungen und möglichen Gemeinsamkeiten.

#### 4.7 RTS London im Fokus nationaler Aufmerksamkeit

Nach dem „street carnival“ in Liverpool entschied sich der personelle Zusammenhang von RTS London zur Planung einer Aktion, die bewusst auf die Institutionen des Nationalstaates und insbesondere auf den Parlamentarismus und die für den 1. Mai 1997 anberaumten Wahlen zum Unterhaus Bezug nahm. RTS London knüpfte an das Bündnis mit den Liverpoolsen Werftarbeitern an, die zusammen mit den „Hillingdon Hospital Workers“ am 12. April einen „March for Social Justice“ durchführen wollten. Dieses Ereignis, drei Wochen vor dem Urnengang, sollte die Dringlichkeit eines radikalen, sozialen Wandels artikulieren. Die Organisationsgruppe für die Demonstration sprach eine Einladung zur Teilnahme an unterschiedlichste Bevölkerungsschichten aus: Gewerkschafter, Arbeitslose, Rentner, Menschen mit Behinderungen, Obdachlose, Flüchtlinge, Asylsuchende, Umweltschützer und Jugendliche. Sie einigte sich mit RTS London darauf, dass RTS einen eigenen Beitrag zu dem Ereignis beisteuern sollte und die ursprüngliche RTS-Idee einer Aktion zum Thema Wahlen und Demokratie mündete in die Planung eines „Two Day Festival of Resistance“, mit verschiedenen Veranstaltungen, die über ein ganzes Wochenende dauern sollten.<sup>93</sup> Poster mit einem Szenenbild aus Charlie Chaplins Film „Moderne Zeiten“ mobilisierten für die geplante Aktion unter der dem Titel der ersten Platte von den Sex Pistols entlehnten Parole: „Never mind the Ballots...Reclaim the Streets!“ (siehe auch Abb. d. und e. auf S. V).<sup>94</sup>

Expliziter als die Veranstalter des „March for Social Justice“, artikuliert RTS London, dass der von allen TeilnehmerInnen erwünschte soziale Wandel nicht auf dem Weg der repräsentativen Demokratie erfolgen könne. In einem Artikel des „EarthFirst!“-Magazins *Do or Die*, wird ein RTS Flyer zitiert: „Whilst sharing this aim RTS believe that such a change will be brought about , not through the mediation of professional politicians, but by individual and collective participation in social affairs. In short – by direct action.“<sup>95</sup>

Ein anderes RTS-Flugblatt appelliert an die Menschen, Veränderungen innerhalb des Systems sein zu lassen und fordert zur „direct action in the streets, in the fields and in the workplace, to halt the destruction and create a direct democracy in a free and ecological society“, auf.

---

<sup>93</sup> Anonym: Never Mind the Ballots...Reclaim the Streets!, in: *Do or Die*, no. 6, 1997, S. 7, im Internet: <http://www.eco-action.org/dod/no6/rts.htm>

<sup>94</sup> Vgl. John Jordan, 1998, S. 147f.

<sup>95</sup> Anonym: Never Mind the Ballots...Reclaim the Streets!, 1997, S. 7

Das Flugblatt erteilt im Hinblick auf den zu erwartenden Machtwechsel von den Konservativen zu New Labour, der Stimmabgabe für das „kleinere Übel“ eine Absage. Wahlen seien eine Waffe der Regierung, um die Menschen glauben zu lassen, sie könnten über die Geschichte der Gesellschaft mitbestimmen. Mit Wahlen würde aber die passive Rolle der Menschen verstärkt und diese ermutigt, „Politik“ den Spezialisten zu überlassen.<sup>96</sup> Der Artikel stellt fest:

„The alternative message that RTS were pushing was one of empowerment – for people to participate in direct action, not only in the political arena, but in all aspects of their lives. It was an attempt to dissuade people from the belief that we can change things by working within in the system, when it is the system itself that we must destroy if we are to have an meaningful and lasting change.“<sup>97</sup>

Die Aktion „Never mind the Ballots...Reclaim the Streets“ erschien RTS-Aktivist John Jordan als Möglichkeit, die „direct action“ als positive Strategie der direkten Demokratie in den Fokus der Aufmerksamkeit zu rücken, als eine Alternative zum ohnmächtigen Ritual des „making a cross on a piece of paper, and voting for someone you have never met to ‚represent‘ you, every five years“. RTS wollte die Straße als Ort der kollektiven Willensbildung gegenüber dem Parlament stark machen.<sup>98</sup>

Der Bezug der eigenen Partizipationsvorstellungen auf die nationalstaatliche Ebene erforderte von RTS, die eigenen Handlungen im Vorfeld der Aktion besser verständlich zu machen. Dem gemäß konnte sich aber auch der polizeiliche Apparat auf das zu Erwartende einstellen. Die RepräsentantInnen der staatlichen Institutionen fühlten sich gerade dazu aufgefordert, RTS und seinen Verbündeten mit Repression zu begegnen, da diese im zentralen Raum nationalstaatlicher Macht direkt das Instrument der Legitimation dieser Macht herausfordern wollten.<sup>99</sup>

Geplant war, am Vorabend der „Never mind the Ballots“-Aktion 10.000 Kopien der Zeitung „Evading Standards“, die im Layout des Londoner Abendblattes *Evening Standard* gestaltet worden war, kostenlos auf der Straße zu verteilen. Sie hatte die Überschrift „Wahlen abgesagt“ und bestand aus Artikeln, die radikalökologische und soziale Alternativen zur repräsentativen Demokratie propagierten. Noch einmal 10.000 Exemplare sollten ausgehändigt werden, wenn sich am 12. April die TeilnehmerInnen der „Never mind the Ballots“-Aktion vom vorgesehenen Treffpunkt am Kennington Park aus in Richtung Westminster in Bewegung setzen würden. Doch Minuten, nachdem die 20.000 Kopien des „Evading Standards“ an die

---

<sup>96</sup> Ebd.

<sup>97</sup> Ebd.

<sup>98</sup> Vgl. John Jordan, 1998, S. 148

<sup>99</sup> Ebd., S. 148f.

Verteilungspunkte ausgeliefert waren, schlug die Polizei zu, beschlagnahmte alle Exemplare und nahm drei Aktivisten wegen Anstiftung zum Aufruhr und zur Blockierung der öffentlichen Verkehrswege fest.<sup>100</sup> Die Anklagen wurden später fallen gelassen, und RTS strengte seinerseits ein Zivilverfahren gegen die Polizei an, wegen rechtswidriger Festnahme und Inhaftierung sowie unerlaubter Eigentumsdelikte.<sup>101</sup>

Zwei Wochen später, noch rechtzeitig vor den Wahlen, konnte „Evading Standards“ noch einmal in 20.000 Exemplaren gedruckt werden und unbehelligt von der Polizei an amüsierte oder irritierte Verkehrsteilnehmer verteilt werden.<sup>102</sup>

Laut dem Vorhaben von RTS hätte am Aktionstag zwei Stunden nachdem die Menschenmenge vom Kennington Park losgelaufen war, nahe der Lambeth Bridge über die Themse, eine Leuchtkugel das Signal zum plötzlichen Abweichen der Menge von der vorgeblichen Marschroute geben sollen. Die Menge wäre den RTS-Flaggen zum Umweltministerium gefolgt, von dem schon ein Banner mit der Aufschrift „Reclaim your Environment“ hätte herunter hängen sollen. Das Gebäude, das zu diesem Zeitpunkt aufgrund des gerade vonstatten gehenden Umzugs des Ministeriums halb leer stand, hätte der Schauplatz des „Festivals des Widerstands“ werden sollen, mit Workshops, Musik und der Möglichkeit via Internet Bilder des Ereignisses in die ganze Welt zu senden.<sup>103</sup>

Die Polizei vermochte es aber, die Absicht zu durchkreuzen und die Straßen zum Umweltministerium abzusperren. Nun kam Plan B zum Tragen und RTS beorderte einen Laster mit Sound-System zum Trafalgar Square. Die Menschenmenge traf auf dem Platz ein, auf dem noch Redebeiträge für den „March of Social Justice“ gehalten wurden, umringt von Polizeieinheiten in Kampfmontur. Als um 15 Uhr der offizielle Teil der Demonstration beendet war, brach plötzlich der Lastwagen durch die Polizeiliniien und bezog Position vor dem Eingang der Nationalgalerie. Nachdem die Musik einsetzte, entwickelte sich eine Art Kreuzung aus Party und Ausschreitung<sup>104</sup>, denn als die Polizei versuchte, den Wagen mit dem Sound-System zu beschlagnahmen, reagierten die Demonstranten nicht wie von RTS London erhofft, in dem sie „den Polizisten freche Kuschhände zuwarfen“. Diese bewarfen die Ordnungskräfte vielmehr mit Steinen und Flaschen. Vier Personen wurden anschließend wegen versuchten Mordes angeklagt, die Anklagen jedoch später wieder fallen gelassen. Die RTS-Aktivistinnen hatten

---

<sup>100</sup> Ebd., S. 149

<sup>101</sup> Ebd., S. 287

<sup>102</sup> Ebd., S. 149

<sup>103</sup> Das Piratenradio Tree FM, das erstmals während der „anti-road“-Proteste in Newbury auf einem Baum installiert wurde, hätte eine Antenne auf dem Ministeriumsdach errichtet und vom „echten Umweltministerium“ gesendet. Ebd., S. 148f.

<sup>104</sup> Ebd., S. 148ff.

alle Mühe damit, die „street party“ nicht in eine Art Fußballrandale abrutschen zu lassen.<sup>105</sup> Ein RTS-Sprecher berichtete gegenüber der Tageszeitung *The Daily Telegraph*, dass sich auf dem Trafalgar Square einige Gewalttäter gegen die Organisatoren gewandt hatten, als diese die Lage wieder unter Kontrolle bringen wollten: „Ich beobachtete, wie einer von unseren Leuten versuchte, Hooligans aufzuhalten. Sie hatten sich mit Bier voll laufen lassen und warfen nun sinnlos mit Flaschen und Steinen. Ein paar von uns stellten sich tatsächlich in die Schusslinie, und einer von ihnen wurde zusammengeschlagen.“<sup>106</sup> Während an einem Ende des Platzes Teilnehmer der „street party“ in eine Auseinandersetzung mit den Schlagstock bewehrten Sicherheitskräften involviert waren, tanzten am anderen Ende Tausende von Menschen weiter vor der neoklassizistischen Kulisse der Nationalgalerie den ganzen Nachmittag hindurch zu Techno-Rhythmen (siehe Abb. a. auf S. V).<sup>107</sup> Letztlich zwang die Polizei die RTS-TeilnehmerInnen dazu, ihre schon konventionelle Rolle als tanzende Menge einzunehmen.

„Reclaim the Streets“ sah die Aktion „Never mind the Ballots...“ als misslungen an. Sie stellte sich nicht, wie erhofft, als kreative Weiterentwicklung der „street party“-Form heraus. Dies sieht Jordan durch die Schlagzeilen der Presse widergespiegelt, welche bis dahin eher überraschend wohlwollend von den „street parties“ berichtet hatte. So titelte *Mail on Sunday* am nächsten Tag: „RALLYING CRY OF MOB ATTACK ON DOWNING STREET – DON'T VOTE; MAKE TROUBLE“. Die Besetzung des öffentlichen Raums und dessen Inszenierung als Arena einer egalitären Teilhabe blieb ein marginales Symbol, da daraufhin faktisch kein massenhafter Wahlboykott erfolgte. Im Gegenteil bestätigte eine hohe Wahlbeteiligung den prophezeiten Sieg von New Labour.<sup>108</sup>

Jordan war nach der Veranstaltung auf dem Trafalgar Square klar war, dass „ein Straßenfest allzu leicht als bloßes Vergnügen betrachtet wird, einfach nur als Party mit einem Hauch politischer Aktion...Wenn Leute meinen, es reicht, wenn sie einmal pro Jahr auf ein Straßenfest gehen, ausflippen und auf einem wiedereroberten Stück öffentlichen Raums tanzen bis zur Erschöpfung, dann schöpfen wir unser Potential nicht richtig aus.“<sup>109</sup>

Sonia Brünzels betont die Grenzen der Straßenparty als überraschende, subversive Situation. Wie die Love Parade in Berlin zeige, kann das „street party“-Konzept leicht zum Ritual mit festgelegten Strukturen gerinnen. Zwar seien, so Brünzels, die RTS-Partys in Sachen Kom-

---

<sup>105</sup> Aus einem Gespräch mit John Jordan, in: Naomi Klein, 2000, S. 328.

<sup>106</sup> Zitat aus dem *Daily Telegraph*, 14.04.1997 in: Naomi Klein, 2000, S. 328f.

<sup>107</sup> Vgl. John Jordan, 1998, S. 148ff.

<sup>108</sup> Ebd., S. 150.





a

Aktion am 12. April 1997 a: vor der National Gallery, Trafalgar Square  
 b/c: RTS-Flaggen d/e: Flyer und Plakat – 'Never mind the Ballots'



b



c



d



e

merzialisierung mit der Love Parade nicht zu vergleichen, doch auch hier tauchten viele mit einer deutlichen Konsumhaltung auf, ließe sich die Mehrzahl der Gäste willig von den KoordinatorInnen in den Partystrom leiten. Auch die Polizei habe ihre Rolle gefunden – man lässt der Party ihren Lauf und umzingelt die letzten Feiernden erst dann, wenn die Party am Ausklingen ist.<sup>110</sup> Die Party drohte zum Ritual zu erstarren und darüber der Marginalisierung oder Befriedung zu erliegen.

Die „street party“ auf dem Trafalgar Square ließ RTS London verwirrt zurück. Der Kreis der AktivistInnen war sich unsicher über seine nächsten Schritte. In der Folge wurde nach einem Weg gesucht, die Idee der „street party“ weiterzuentwickeln, geplante Ereignisse stärker in der „Community“ zu verankern und zugleich auf der sich ausbreitenden internationalen Bewegung der „street parties“ aufzubauen. Karneval und Revolution sollten sich mit Hilfe der „street party“ noch ein Stück näher kommen, so Jordan.<sup>111</sup>

## 4.8 Zusammenfassung

„Reclaim the Streets“ reformierte sich als Antwort auf die Räumung der Claremont Road in Ostlondon im Winter 1994. Die AktivistInnen wollten die Inhalte des Kampfes gegen den Autobahnzubringer in die ganze Stadt hineintragen. Zugleich machten sie mit ihrem Konzept der „street party“ Anleihen bei jener sozialen Praxis des „free rave“, der ins Visier der kriminalisierenden britischen Gesetzgebung geraten war. Damit bezogen sich ihre Aktionen nicht nur auf einen lokalen, städtischen Rahmen sondern auch auf die nationalstaatliche Politik. Das Selbstverständnis für das eigene Handeln oszillierte zwischen der Behauptung einer chaotischen Unordnung gegen die herrschende Linearität und der Vorstellung einer „Community“ als alltägliche Sozialität auf der städtischen Straße. Beide Konzepte boten genügend Raum für vielfältige Artikulationen. Die Anziehungskraft einer alternativen Protestpraxis zu herkömmlichen Demonstrationen setzte RTS recht schnell der Repression durch die Polizei aus, obwohl Konfrontation und eine permanente Verteidigung eines Territoriums überhaupt nicht dem eigenen Ansinnen entsprach. Im Gegenteil: Gemäß des eher poetisch-anarchistischen Modells der „Temporären, Autonomen Zone“ wollten die RTS-AktivistInnen Verhärtungen und die Reproduktion von Herrschaft durch Grenzziehungen vermeiden. Gleichzeitig profitierten sie aber von der Hierarchie der Räume innerhalb des britischen Nationalstaates und exportierten ihr „street party“-Konzept über Londons Straßen hinaus. Sie

---

<sup>109</sup> Zitat aus Gespräch mit John Jordan, in: Naomi Klein, 2000, S. 329. So bezeichnete die Rave-Szene die Ereignisse am Trafalgar Square als „the best illegal rave on dance music party in history“. Zitat aus *Mixmag*, no. 73, June 1997, cover story, S. 101

<sup>110</sup> Vgl. Sonja Brünzels, 2001, S. 174

schafften so eine Struktur, in der sie selbst aufgrund ihrer organisatorischen Ressourcen eine bestimmte Definitionsmacht beibehielten. Sie schlossen sich mit Gruppen im Arbeitskampf zusammen, die aufgrund der Schwäche der Gewerkschaften nach neuen Bündnispartnern suchten und gaben ihrem Handeln einen prononciert antikapitalistischen Duktus. Feministische, antirassistische und antisexistische Positionen wurden jedoch während der „street parties“ kaum artikuliert. Schließlich bereiteten sie mit der „Never mind the Ballot“-Aktion ein Ereignis mit bewusst nationalem Fokus vor. Hier stießen sie jedoch an die Grenzen ihres Konzepts, das jetzt von den Herrschenden gelesen werden konnte und von TeilnehmerInnen benutzt wurde, die, entgegen des Selbstverständnisses von RTS, die Party wieder ihrer politisierenden Dynamik beraubten, in dem sie ausschließlich eine „Menge Spaß“ haben wollten.

---

<sup>111</sup> Vgl. John Jordan, 1998, S. 150

## 5 „Reclaim the Streets“ im Kontext der Globalisierungskritik

In diesem Kapitel möchte ich die Einbindung von RTS London in die am Ende der 90er Jahre erstarkende Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung näher beleuchten. Sie fand zeitgleich mit dem Export des „street party“-Konzepts in europäische und nordamerikanische Städte statt. Die Wahrnehmung, dass sich auch andernorts in ähnlicher Weise Protest gegen die Kriminalisierung alternativer Lebensweisen, die Privatisierung und Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes, den Verkehrskollaps und die Umweltbelastungen in den Ballungszentren und gegen die soziale Polarisierung der urbanen Bevölkerung regte, führte zur Veränderung der Aktionsformen, Inhalte und Strategien von RTS London.

RTS London verstand die im Lokalen erfahrenen Zumutungen und Repressionen als global in Gang gesetzte Prozesse. Um ihnen zu widerstehen, galt es, die örtlichen Proteste zu bündeln. Dies geschah mit der „Global Street Party“ in 30 Städten rund um den Globus anlässlich des G-8-Gipfels im Mai 1998 in Birmingham. RTS London war an der Mobilisierung des Ereignisses maßgeblich beteiligt und organisierte die Straßenparty in der mittelenglischen Stadt. Die Wahl des Gipfelschauplatzes als Ort der „street party“ zeigt, dass es RTS auch um die Verknüpfung des Widerstands in den Städten der reichen Industrienationen mit dem Kampf gegen die andauernde Ausbeutung und soziale Not in den Ländern des Südens ging. Supranationale Organisationen wie die Weltbank, der IWF, die WTO aber auch informelle, internationale Treffen von Wirtschaftskräften und staatlichen Funktionsträgern wurden zunehmend dafür angegriffen, eine globale Struktur der ungleichen Arbeitsteilung abzusichern, in der multinationale Konzerne im Sinne eines maximalen Profits entgegen den sozialen, politischen und kulturellen Belangen der lokalen Bevölkerungen agierten. RTS London hatte sich schon vor Birmingham dem Netzwerk „Peoples Global Action“ angeschlossen, das von globalisierungskritischen Basisinitiativen und Graswurzelbewegungen aus dem Süden und Norden getragen wird, um ihren Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung zu koordinieren. Nach der „Global Street Party“, die in den ersten „Global Action Day“ am Tag der Eröffnung der WTO-Konferenz in Genf übergang, plante das Netzwerk einen „Global Action Day“ für den 18. Juni 1999. Ziele des Protests sollten hauptsächlich die Finanzzentren sein, von denen aus die globale Ökonomie gesteuert und kontrolliert wird. Dem gemäß machte RTS London die City als Sitz von Börse, Bank of England sowie zahlreicher internationaler Banken und Versicherungen zum Schauplatz seiner Opposition. Der von RTS organisierte „Carnival against Capitalism“ durch die „Square Mile“ erhielt von allen Ereignissen des „Global Action Day“ die größte mediale Aufmerksamkeit sowohl in den britischen als auch in den internationalen Medien,

nicht zuletzt aufgrund der Ausschreitungen, die ihm folgten. Zuletzt möchte ich die Kritik an dieser RTS-Aktion vorstellen. Sie reicht von einer Position, welche die Wahl des Aktionsortes für das Ausbleiben der intendierten, karnevalesken Situation einer Entgrenzung und Unvorhersehbarkeit verantwortlich macht, bis zur Haltung, dass die City einer deutlich artikulierten, zugespitzteren Konfrontation hätte ausgesetzt werden müssen, um ihren Betrieb wirkungsvoll zu behindern.

## 5.1 Internationalisierung des „street party“-Konzepts

Schon kurz vor den Ereignissen auf dem Trafalgar Square hatte das „street party“-Konzept den Ärmelkanal überquert. Die Homepage von RTS London verzeichnete für den Zeitraum von April 1997 bis Mai 1998 „street parties“ in den finnischen Städten Helsinki und Tampere, im australischen Sydney, im niederländischen Amsterdam, im deutschen Bielefeld und in der US-Westküstenmetropole San Francisco.<sup>1</sup>

Die Internationalisierung des RTS-Aktionskonzepts lässt sich auf verschiedene Ursachen zurückführen: Zum einen verstärkte sich während der 90er Jahre die staatliche Repression gegenüber „alternativen“ Lebensformen im urbanen Raum der Industrienationen, die sich nicht in das Modell der über unternehmerische Eigeninitiative und Selbstverantwortlichkeit regierbaren „Community“ einbinden ließen. Dies ist ein international zu beobachtendes Phänomen mit je national und lokal spezifischen Ausprägungen; in Großbritannien setzte diese Entwicklung lediglich früher ein als in anderen Ländern.

In New York verstanden die OrganisatorInnen einer „street party“ am 4. Oktober 1998 auf dem Broadway ihre Aktion als Widerstand gegen die „zero tolerance“-Politik des damaligen Bürgermeisters Rudy Giuliani, die jener mit einer steigenden Kriminalität begründete, der gnadenlos Einhalt geboten werden sollte:

„Mayor Giuliani’s homogenizing (and boring) ‚Quality of Life‘ Campaign is fast privatizing scarce public space, squeezing our diverse communities and stealing our freedom to express ourselves. The Campaign is targeted at working poor, community gardeners, immigrants, people of color, gays, young people, bicyclists, skaters, booksellers, artists, sex workers, students, homeless people, and political activists of all kinds. If Giuliani is successful, his vision of whitewashed, Disneyfied New York of the future will replace the diverse, excuberant, exciting city of the present...We can fight back by making ourselves visible, by refusing to be swept under the carpet, by coming out together and declaring that a diverse group of New Yorkers exist, that we have a right to exist, and a right to public space.“<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Reclaim the Streets: Action Archive, im Internet: <http://www.rts.gn.apc.org/archive.htm>

<sup>2</sup> Vgl. Reclaim the Streets of NYC, im Internet: <http://www.times-up.org/rts.html>

Ähnlich lautet der Text eines Flugblattes zur ersten „Reclaim the Streets“-Aktion in Berlin am 16. Mai 1998:

„RECLAIM THE STREETS ist vielmehr eine neue Form der DIREKTEN AKTION, eine Straßenparty, ein großes Zusammenkommen, das direkt von allen mitmachenden Menschen lebt. Kein vorgegebener, geplanter Ablauf, wie bei einer Demo, keine sinnentleerte Konsum- und Selbstbeweihräucherungsparty wie die Love Parade. Sondern ein revolutionäres Zusammentreffen von Menschen mit dem Willen zur Veränderung und zum Widerstand gegen schönblöde und verkantherte Innenpolitik, die Vertreibung der Menschen aus öffentlichen Räumen, der Zerstörung subkultureller Strukturen und Auto-Wahn.“<sup>3</sup>

Der Berliner Flyer macht sichtbar, dass die Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes und dessen monofunktionale Ausrichtung auf den Konsum, gegen die sich RTS London richtete, auch in anderen Städten beobachtet werden konnte. Der Flyer führt die Love Parade als negatives Beispiel der Festivalisierung der Stadt an. Die Stadtsoziologen Hartmut Häußermann und Walter Siebel (1993) erklären diese Entwicklung als Strategie der Kommunen, mittels einer Vielzahl kultureller Spektakel auf Straßen, Plätzen und Parks TouristInnen wie kaufkräftige BewohnerInnen in die Innenstädte zu ziehen. Erhofft wird, dass sich die städtische Ökonomie durch eine gesteigerte Konsumtion während solcher Ereignisse belebt und längerfristig attraktiv wird für Unternehmen auf der Suche nach neuen Standorten.<sup>4</sup> Die Love Parade als zeitweilig größte Straßenparty der Welt beweist, dass sich die Rave Culture durchaus für solche Strategien instrumentalisieren lässt, es also von der staatlichen Reaktion auf die subkulturelle Praxis des Tanzen und Drogengebrauchs abhängt, ob diese sich in einer Weise politisiert, wie das in Großbritannien geschah.

Zudem ist die Love Parade Ausdruck einer Globalisierung, der die Rave Culture in den 90er Jahren zweifellos unterlag. House- und Technoclubs existieren in allen Städten zumindest der Industrienationen, kommerzielle und freie Raves in Fabrikhallen oder unter freiem Himmel finden von Frankreich bis Osteuropa und selbst am ehemaligen Treffpunkt der internationalen Hippieszene im indischen Goa statt. Stil, Musik, Drogen und Tanzperformance der Rave Culture ergänzten oder überlagerten ähnlich wie auf Insel, auch in anderen Ländern die subkulturellen Praxen von Punk und Post-Punk im städtischen Raum, und hier selbst ihre politisierten Formen. So wurde auf den Partys in Berlins Hausbesetzerszene Techno in seiner „Hardcore“-Version gespielt. TeilnehmerInnen der Rave Culture bedienten sich umgekehrt einer Punk- und autonomen Praxis. Sie wurden nach dem Fall der Mauer selbst zu Besetzern

---

<sup>3</sup> Vgl: Reclaim the Streets Berlin: Aufruf zur Reclaim the Streets-Global Street Party am 16. Mai, im Internet: <http://rts.squat.net/archiv/texte/texte.html>

<sup>4</sup> Vgl. Hartmut Häußermann und Walter Siebel (Hrsg.) Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte, in: Leviathan Sonderheft 13, 1993

leer stehender Gebäude in Ostberlin, um dort Partys zu veranstalten oder Clubs zu etablieren.

Eine weitere Ursache für die Internationalisierung des Straßenparty-Konzepts liegt darin begründet, dass, ähnlich wie in London, auch in anderen Großstädten Europas und der USA die Zahl derjenigen, die auf dem Sektor der Symbolproduktion tätig waren, seit den 80er Jahren ständig angestiegen war. Einerseits wurden sie in Beschäftigungen eingebunden, die der oben genannten Strategie der Aufwertung städtischer Lagen und des Ankurbelns der Konsumtion im Freizeit-, Unterhaltungs- und Kulturbereich diene. Andererseits sind diese Arbeitsverhältnisse wie im dritten Kapitel gezeigt wurde, prototypisch prekariert, flexibilisiert und temporär. Letztlich beinhaltet auch im gegenwärtigen Kapitalismus kulturelle Praxis immer noch einen Überschuss an Autonomie gegenüber den Anforderungen einer ökonomischen Rationalität, die sich gegen die Bedingungen richten kann, unter denen sie „wirtschaften“ muss. In den 90er Jahren ließ sich in vielen städtischen Zentren eine neue Politisierung der kulturellen Produktion beobachten, die gerade auch die Restrukturierung der Stadt im Sinne neuer Verwertungsmöglichkeiten und die eigene Funktion darin reflektierte. Beispielsweise führte 1997 und 1998 ein Bündnis von KünstlerInnen und politischen AktivistInnen in Deutschland, der Schweiz und Österreich unter dem Label „InnenStadtAktion“ zeitgleich in mehreren Städten Aktionswochen gegen die zunehmende Privatisierung des öffentlichen Raumes, die Vertreibung marginalisierter Bevölkerungen aus den Zentren und den zunehmenden Sicherheitswahn durch. Im Rahmen dieser Proteste fand 1997 eine „Nachtanzdemo“ in Frankfurt am Main mit mobilen Sound-Systemen und mehreren tausend TeilnehmerInnen statt, die das Vorgehen der Behörden gegen das kommerzielle wie kostenlose Nachtleben der Stadt als Teil von nivellierenden Vertreibungs- und Ausgrenzungsstrategien kritisierten. Die Solidarisierung der KulturproduzentInnen mit verschiedenen Widerständen gegen die politische Absicherung einer Wirtschaftsweise, die auch ihre eigene Existenz verunsichert, führte zur Erweiterung des schon formalisierten Aktionsrepertoires außerparlamentarischer Proteste – und hier ist das „street party“-Konzept ein Beitrag, den nicht zuletzt auch die Angehörigen des kulturellen Sektors in vielen Städten auf je spezifisch lokale Weise und nicht nur unter dem Label „Reclaim the Streets“ in eine politische Demonstration überführt haben.

## **5.2 Einbindung von RTS London in die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung**

Viele AktivistInnen von RTS London glaubten, die bisherige Aktionspraxis und das Potenzial an gleichgesinnten TeilnehmerInnen und Bündnispartnern vor Ort ausgeschöpft zu haben. Deshalb unterzog sich RTS London in der Zeit nach den Unterhauswahlen einer „rigorosen

Selbstüberprüfung“.<sup>5</sup> Diese führte die Gruppe vom nationalen Fokus des eigenen Handelns weg, und öffnete ihren Blick dafür, dass die bisher artikulierten Probleme des städtischen Lebens nicht nur in London auftraten und nicht nur das alleinige Resultat der Politik britischer Regierungen waren. Für die AktivistInnen zeigte sich eine Globalität der kritisierten Entwicklungen, die im Rahmen supranationaler Politik nicht gelöst, sondern eher befördert wurden. Dies hatten vor allem die großen UN-Gipfel der 90er Jahre gezeigt, die in punkto Umweltschutz nur magere Ergebnisse aufzuweisen hatten, so die Meinung der RTS-AktivistInnen mit radikalökologischem Hintergrund. Oppositionelle Politik musste demnach auch auf der globalen Ebene ansetzen. Gemäß der eigenen basisdemokratischen Ausrichtung knüpfte RTS London engere Kontakte zu Graswurzelbewegungen in anderen Ländern Europas, Asiens, Nord- und Lateinamerikas sowie Afrikas, die sich ebenfalls gegen die negativen Auswirkungen einer globalisierten Politik und Wirtschaft auf die Umweltbedingungen und sozialen Verhältnisse im lokalen Raum wehrten.

Einen ersten Schritt hin zu einer Teilnahme an international koordinierten Aktionen bot die Kampagne „100days“, die vornehmlich in angelsächsischen Ländern örtliche Proteste im Vorfeld des Klimagipfels von Kyoto in Japan koordinieren wollte. Aus diesem Anlass eröffnete RTS am 29. Dezember 1997 für eine Woche in einer stillgelegten Texaco-Tankstelle an der stark befahrenen Londoner City Road eine „mit Wind betriebene, benzinfreie Service-Station“ unter dem Motto „Strike Oil“. Die Tankstelle trug Banner mit der Aufschrift „DROUGHT, FLOODS, FAMINE, POLLUTION: CORPORATE HELL“, „FOSSIL-FUELS = CLIMATE CHAOS“ und „SUN, WAVE, WIND, BIKE: CORPORATE-FREE“. Ausgestattet mit einem „Car-Free-Café“ wurde sie zum Treffpunkt für zahlreiche AktivistInnen, beispielsweise der „Critical Mass“, einer monatlichen Zusammenkunft von Radfahrern, die im Schrittempo durch Londons Hauptverkehrswege fahren, um für mehr autofreie Straßen zu demonstrieren. Die Aktion endete mit einem Straßenfußballspiel auf der City Road.<sup>6</sup>

Schließlich wandte sich RTS London auch der Vernetzung mit denjenigen Gruppen zu, die das RTS-Konzept schon auf lokal spezifische Weise in anderen Städten realisiert hatten. RTS London entwickelte das Konzept einer „Global Street Party“, gemäß dem gleichzeitig an verschiedenen Orten in der ganzen Welt RTS-Aktionen stattfinden sollten. Die Gruppe mobilisierte dafür über eine Reihe von Mailing-Listen im Internet.<sup>7</sup>

---

<sup>5</sup> Aussage von RTS-Aktivist John Jordan, zitiert in: Naomi Klein, 2000, S. 328.

<sup>6</sup> Vgl. Reclaim the Streets: Strike Oil! Im Internet: <http://www.rts.gn.apc.org/strikoil.htm> und Reclaim the Streets: Petrol Free, it said...., im Internet: <http://www.rts.gn.apc.org/oilrag1.htm>. Vgl. auch 100days of action against the oil industry: OIL PRESSURE (STILL) RISING, im Internet: <http://www-green.cusu.cam.ac.uk/archive/100days/bull5.html>

<sup>7</sup> Zitat aus einem Gespräch mit John Jordan, in, Naomi Klein, 2000, S. 329.



Um absolut sicher zu gehen, dass niemand das politische Motiv des Ereignisses übersah, wurde als Termin für das Fest der 16. Mai 1998 gewählt – der Tag, an dem die Staats- und Regierungschefs der G-8-Länder ihren Gipfel in Birmingham abhielten und zwei Tage, bevor in Genf das 50-jährige Bestehen der Welthandelsorganisation gefeiert wurde.<sup>8</sup> An mehreren Orten bildeten sich neue RTS-Gruppen extra für diesen Anlass. RTS London organisierte selbst die „street party“ in Birmingham mit.

Am 16. Mai fanden insgesamt 30 Straßenbesetzungen in 20 verschiedenen Ländern statt, so auch eine Party auf einer Berliner Straßenkreuzung nahe dem Alexanderplatz mit fast 1000 TeilnehmerInnen. Über 800 Personen blockierten eine sechsspurige Autobahn im niederländischen Utrecht und tanzten fünf Stunden. In der finnischen Stadt Turku besetzten 2000 Menschen friedlich eine der wichtigsten Brücken der Stadt. Die „street party“ mit den meisten Partygästen fand im australischen Sydney statt, wo 3000 bis 4000 Menschen eine Straße okkupierten, um dort drei Bühnen für Live-Konzerte mit Rockbands, eine Skateboardbahn und ein Internetcafé mit fünf Terminals aufzubauen sowie ein halbes Dutzend Discjockeys zu beschäftigen.<sup>9</sup> Die Reaktionen der Polizei auf die Straßenpartys fielen von Stadt zu Stadt recht unterschiedlich aus. In Sydney baten die Beamten lediglich, die Lautstärke in den Abendstunden herunterzudrehen. In Utrecht halfen Polizisten sogar, den Generator des SoundSystems anzuwerfen. Zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam es dagegen in der tschechischen Hauptstadt Prag. Dort hatten sich rund 3000 Menschen zur „Global Street Party“ auf dem Wenzelsplatz eingefunden, wo vier Musikanlagen aufgestellt waren und 20 Discjockeys auflegen sollten. Ein Polizeiwagen fuhr in die Menge, es wurde eingekreist und umgeworfen. Der geplante Rave entwickelte sich zur Randalie, und die OrganisatorInnen lösten die Veranstaltung wieder auf.<sup>10</sup> Auch in Genf tanzten am 16. Mai 5000 Personen den ganzen Tag auf der Straße, bevor sich um Mitternacht die Party in gewalttätige Auseinandersetzungen verwandelte. Nachdem ein Auto in Brand gesteckt wurde, versuchte die Polizei das Fest mit Tränengas aufzulösen. Demonstranten warfen bei Banken und Konzernbüros Fensterscheiben ein. Angesichts der bevorstehenden Ankunft der internationalen Spitzenpolitiker zur Feier des WTO-Jubiläums setzten sich die Ausschreitungen noch mehrere Tage lang fort.<sup>11</sup> Nachdem in der G-8-Tagungsstadt Birmingham am Vormittag des 16. Mai schon 50.000 TeilnehmerInnen eine Menschenkette gebildet hatten, um für den Erlass der Schulden von Drittweltländern zu protestieren, versammelten sich in der Nähe des Bahnhofs New Street

---

<sup>8</sup> Ebd., Seite 330

<sup>9</sup> Ebd., S. 330f.

<sup>10</sup> Ebd., S. 331

Station rund 8000 AktivistInnen, um schließlich am frühen Abend den Bull Ring-Verkehrskreisel für die „Global Street Party“ zu besetzen. Diesmal beherbergte ein einfaches Personenkombifahrzeug das Sound-System, welches durch die Polizeilini­en gelang. Ein zweites Equipment und weiteres Material schafften es nicht, die Party zu erreichen. Unter anderem beschlagnahmten die Beamten ein Tripod mit einem daran hängenden Teilnehmer. Sie hatten die Stützen auf Räder gestellt, um das Tripod beiseite rollen zu können. Einige Personen erklimmen Laternen und spannten Banner über die Straße, unter anderem mit der Aufschriften „Protest is Hope“. Über der Menge erhob sich ein riesiger Drache, auf dem die Namen aller Städte verzeichnet waren, in denen zum gleichen Zeitpunkt „street parties“ stattfinden sollten.<sup>12</sup> Auf einem der mitgebrachten Schilder stand zu lesen: „Our Resistance is as transnational as Capital“.<sup>13</sup> Eine drei- bis vierfache Polizeikette umschloss das Fest und einmal versuchten zwanzig Polizisten das Sound-System zu beschlagnahmen, mussten aber zurückweichen, weil der Widerstand der PartyteilnehmerInnen stärker war als erwartet. Ein Augenzeuge berichtet:

„One slightly less hasty P.C. found himself the recipient of an unexpected gift from a nimble clown: a perfectly baked and perfectly aimed custard pie. It’s doubtful whether he’ll be regaling his grandchildren with the tale of his long, dignified walk back to the safety of the police line, half his face immaculately smeared in creamy custard.“<sup>14</sup>

Das tiefer gelegene Innenrund des Kreisels, auf dem die Party statt fand und das ansonsten einen Markt beherbergte, war voll mit Tanzenden. Die Fahrbahn selbst wurde bemalt und Menschen spielten auf ihr Volleyball. Ein paar AktivistInnen drehten ein zurückgelassenes Auto auf sein Dach und gestalteten es um. Aus dem Markt flogen Gemüse­kisten und Schilder in Richtung Polizei, woraufhin diese Kampfmonturen anlegte. Es kam jedoch nur zu einzelnen Schlagstockeinsätzen und kleineren Auseinandersetzungen am Rande des Kreisels. Als gegen neun Uhr abends die AktivistInnen beschlossen, die Party zu beenden, traten sie in Verhandlung mit der Polizei und erwirkten einen freien Abzug des Fahrzeugs mit dem Sound-System. Es verließ, eskortiert von über 1000 Personen, den Kreisel und fuhr langsam quer durch die

---

<sup>11</sup> Naomi Klein bezieht sich auf Berichte über die Genfer Ereignisse im britischen D.I.Y.-Magazin *SchNEWS*. Vgl. Naomi Klein, 2000, S. 331f

<sup>12</sup> Vgl. Reclaim the Streets: Global Street Party, 16 May 1998 – report from Birmingham, im Internet: <http://www.rts.gn.apc.org/g-birm.htm>. Nicht alle „street parties“ waren erfolgreich, so Naomi Klein. Es gab ein paar Absagen in letzter Minute. Vgl. Naomi Klein, 2000, S. 476. Neben den schon zuvor genannten Orten, listet RTS London auf seiner Archivseite <http://www.rts.gn.apc.org/archive.htm> noch folgende Städte auf, aus denen Ereignisberichte über oder Bilder von „street parties“ abrufbar vorliegen: Arcata (WA), USA, Athen, Berkeley (CA), USA, Bogota, Kolumbien, Brisbane und Darwin, Australien, Dresden, Deutschland, Ljubljana, Slowenien, Lyon, Frankreich, Melbourne, Australien, Stockholm, Schweden, Tallinn, Estland, Tel Aviv, Israel, Toronto, Kanada, Valencia, Spanien, Vancouver, Kanada und York, Großbritannien

<sup>13</sup> Vgl. Naomi Klein, 2000, S. 333

Stadt zu einem Club, in dem eine After-Party-Veranstaltung geplant war. Dort ging die Feier bis zum Morgengrauen weiter.<sup>15</sup>

### **5.3 Von Chiapas nach Genf: Der Weg des Kampfes gegen die neoliberale Globalisierung**

Im Gegensatz zum äußerst losen, fast nur virtuell geknüpften Netz der RTS-Gruppen im In- und Ausland, befand sich RTS London aufgrund der über die 90er Jahre akkumulierten materiellen und personellen Ressourcen und der Regelmäßigkeit seiner Treffen in Universitätsräumen oder im Pub im praktischen Widerspruch zu der von ihr im Netz behaupteten eigenen „disorganisation“. Dies wurde auch noch dadurch unterstrichen, dass die Gruppe ihre Inhalte in das breiter gefasste, internationalistische Netzwerk von „Peoples Global Action“ überführte, das sich nicht zuletzt über regelmäßige Zusammenkünfte ihrer VertreterInnen und dem Verfassen einer Agenda konsolidierte. RTS-AktivistInnen nahmen an der Gründungsversammlung des Netzwerks 1998 in Genf teil, ein frühes, sichtbares Ereignis der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung.<sup>16</sup>

Das Engagement von RTS London im Rahmen von „Peoples Global Action“ ist nicht nur das Ergebnis der Internationalisierung des eigenen Aktionskonzepts, sondern auch der Reflektion des Wandels von Herrschaftsverhältnissen während der 90er Jahre. Die politischen und ökonomischen Prozesse, die jetzt ihre volle Entfaltung erfuhren, wurden vor allem von den konservativen Regierungen in den USA und im Großbritannien der 80er Jahre in Gang gesetzt. Doch waren Privatisierung, Flexibilisierung und Deregulierung in dieser Periode nur auf nationaler Ebene Gegenstand politischer Konfrontation. Ihr globaler Vollzug, forciert durch die supranationalen Institutionen wie IWF und Weltbank, wurde von aktionsorientierten Bewegungsgruppen und Netzwerken erst stärker thematisiert, als auch die politisch verantwortlichen Akteure in den Nationalstaaten offensiv mit dem Begriff der „Globalisierung“ zu operieren begannen.

Letztlich geschah es in einem so genannten Schwellenland, dass erstmals auch eine soziale Bewegung explizit das Schlagwort der „Globalisierung“ nutzte, um gesellschaftliche Entwicklungen zu beschreiben, gegen die sie sich mit Waffen, aber noch viel signifikanter mit Worten erhob.

---

<sup>14</sup> Vgl. Global Street Party, 16 May 1998 – report from Birmingham

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> Vgl. Worldwide Resistance Round-Up inspired by Peoples Global Action – Bulletin 5, Februar 2000, UK Edition, S. 7

Der Aufstand der Zapatistas im mexikanischen Urwald von Chiapas am 1. Januar 1994, dem Tag, an dem die nordamerikanische Freihandelszone NAFTA in Kraft trat, gilt inzwischen unter vielen GlobalisierungskritikerInnen als Geburtsstunde der neuen internationalistischen Bewegung. Oft wird die Erhebung als erste Revolution des 21. Jahrhunderts bezeichnet.<sup>17</sup> Die Zapatisten befanden sich in Gegnerschaft zur NAFTA, weil sie in dieser eine weitere Bedrohung indigener Lebensweisen sahen. Die Auflagen von IWF und Weltbank für neue Kreditvergaben an Mexiko im Zuge der Schuldenkrise des Landes hatten ab dem Beginn der 80er Jahre zu einer scharfen sozialen Polarisierung der mexikanischen Gesellschaft geführt, deren Verlierer die hauptsächlich indianische Bevölkerung auf dem Land und in den Urwäldern war.<sup>18</sup> Die Zapatisten wurden zu RepräsentantInnen dieser Bevölkerungen, allerdings nicht im Sinne einer Befreiungsbewegung, wie sie in der Phase der Entkolonialisierung und des Kalten Kriegs aufgetreten war. Die Zapatisten zielten nicht auf territoriale Eroberungen und die Übernahme institutioneller Strukturen ab. Sie verwiesen auf ein historisches Beispiel, bei dem genau diese Strategie eher zur Reproduktion von Ausbeutung und Unterdrückung geführt hatte als zur programmatisch formulierten Emanzipation: Die Entwicklung der bis zum Zeitpunkt des Zapatistischen Aufstandes in Mexiko unumschränkt herrschenden PRI, die Partei der institutionalisierten Revolution. Letztlich hätte diese um des Machterhalts Willen, die völlige Revision ihrer ursprünglichen Positionen vollzogen und die MexikanerInnen sukzessiv den Zumutungen der profitorientierten Interessen von Investoren aus Nordamerika ausgesetzt.

Der Kampf mit der Waffe war nur ein strategisches Moment, um die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf die Geschehnisse im Urwald zu ziehen. Vielmehr ging es den Zapatisten darum, mittels der Schaffung eines Diskurses eine breite Unterstützung für die eigenen Anliegen zu erhalten; eine Unterstützung, die über die Grenzen der eigenen Gemeinschaft hinausgeht und die mögliche Konvergenz von lokaler Kämpfe gegen global induzierte Unterdrückungen kenntlich macht. Zum Sprecher der Bewegung wurde Subkommandante Marcos, der nicht als Individuum auftrat, sondern mittels der Maskierung seines Gesichts als Medium des Zapatismus diente.

Marcos' Rhetorik unterschied sich trotz seines Angriffs auf das kolonialistische und kapitalistische Gebaren von Konzernen und ihrer Verbündeten, den supranationalen Institutionen, deutlich von einem marxistisch-revolutionären Duktus. Zur Vermittlung zapatistischer Anlie-

---

<sup>17</sup> Vgl. Ulrich Brand: *Glokaler Widerstand: Die zapatistische Suche nach neuen Formen radikaler Politik*, in: *Globaler Widerstand – Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus*, Münster 2002, S.119

<sup>18</sup> Vgl. Manuel Vázquez Montalban: *Marcos – Herr der Spiegel*, Berlin 2000, S. 86ff

gen benutzte er vielmehr Anleihen aus der Literatur der spanischen Aufklärung und der Vorstellungswelt der Indianer, auch um zu verdeutlichen, dass sich die erfahrene Unterdrückung nicht allein auf materielle Prozesse, sondern auch auf Ideen und kulturelle Konzepte erstreckt.<sup>19</sup>

Die Zapatisten registrierten zudem, dass sich Marginalisierte an anderen Orten schon zu organisieren begannen, um als Subjekte des Widerstands gegen die Hegemonie des Neoliberalismus zu opponieren:

„Der Neoliberalismus versucht, sich mit seinem ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Modell Millionen von Menschen zu unterwerfen und sich all jener zu entledigen, die in seiner neu aufgeteilten Welt keinen Platz mehr haben. Dagegen lehnen sich diese Entbehrlichen auf und leisten gegen die Macht Widerstand, die sie eliminieren will. Frauen, Kinder, Alte, Jugendliche, Indianer, Umweltschützer, Homosexuelle, Lesben, Aids-infizierte, Arbeiter und alle, die nicht nur überflüssig sind, sondern auch noch die Ordnung und den Fortschritt in der Welt stören, die rebellieren, sich organisieren und kämpfen.“<sup>20</sup>

Mit ihrem Aufruf „ein kollektives Netzwerk all unserer Teilkämpfe und Widerständigkeiten zu schaffen, welches Unterschiedlichkeiten respektiert und Ähnlichkeiten anerkennt“ und so die Welt neu zu erschaffen, fanden die Zapatisten weltweit Widerhall bei neueren Bewegungen, ebenso, wie mit ihrem radikalen, jedoch auf Gewaltfreiheit bedachten Vorgehen.<sup>21</sup> In der Folge erhielten sie wiederum vielfältige Unterstützung aus den Ländern des Nordens. Dies geschah nicht im Sinne der stark sozialistisch geprägten, paternalistisch agierenden Internationalismusbewegung der 70er Jahre, sondern in der Annahme, dass die Zapatisten ein Modell für den emanzipatorischen Kampf auch in den entwickelten Industrieländern entworfen hätten. Im Gespräch mit Subkommandante Marcos stellt der Schriftsteller Manuel Vázquez Montalban (2000) fest:

„Ihr habt ein unmittelbares, weit hallendes Echo gefunden. Viele Jugendliche haben sich in Bewegung gesetzt und sind bis hierher gereist. Sie leben eine Zeitlang mit den Indios zusammen und kehren dann nach Europa oder in die Vereinigten Staaten zurück. Dort integrieren sie sich in ein Netzwerk des kritischen Widerstands gegen ein politisches System, das im Norden seine Risse noch nicht so klar zeigt wie im Süden...Viele dieser Jugendlichen gehören zu der neuen Marginalität, die der Neoliberalismus geschaffen hat. Sie ist jedoch nicht vergleichbar mit dem verzweiferten Ausgeschlossenheit in Afrika, Asien

---

<sup>19</sup> Ebd., S. 113ff

<sup>20</sup> Zitat von Marcos aus: Siete piezas sueltas del rompecabezas mundial, in: Manuel Vázquez Montalban, 2000, S. 61

<sup>21</sup> Friederike Habermann: Peoples Global Action: Für viele Welten! In pink, silber und bunt. In: Globaler Widerstand – Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus, Münster 2002, S.143.

oder Lateinamerika. In manchen Fällen kann man sogar von einer gering subventionierten, aber immerhin subventionierten Marginalität sprechen.“<sup>22</sup>

Im Sommer 1996 fand in Chiapas das erste „Internationale Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus“, der „Intergalaktische Kongress“ statt, zu dem RepräsentantInnen von Graswurzelbewegungen aus allen Kontinenten reisten. Montalban beschreibt, welche Themen auf dem Nachfolgetreffen 1997 in Spanien unter den TeilnehmerInnen aus 26 Ländern diskutiert wurden:

„Die Diskussionsthemen sind gleichzeitig utopisch und globalisierend: Die Diagnose der globalen Macht, der zufolge der Neoliberalismus die ideologisch-diskursive Form ist, mit der die Herrschaft des Kapitals an diesem Ende des Jahrtausends in der ganzen Welt durchgesetzt wird, und zwar ausgehend von der weltweiten Krise im Jahre 1974 und dem Versuch, das Muster der keynesianischen Akkumulation aufzugeben; die große Schwierigkeit den Widerstand zu bestimmen, den man gegen diese Macht leisten kann, weil es sich nicht um eine traditionelle Staatsmacht handelt, sondern um eine supranationale; die Möglichkeiten, wie die Mauern eingerissen werden können, die nach dem Fall der Mauer errichtet wurden, und die Frage, welche Antwort auf das Problem, das revolutionäre Denken heute aus der marxistisch-leninistisch-maoistisch-trozkistisch-guevaristischen Traditionslinie herauszulösen, gefunden werden kann; die Notwendigkeit, neue Formen der Politik zu finden, die Macht mittels der Devise ‚gehorchend befehlen‘ auszuüben, und das Prinzip der Ethik in die Politik einzuführen, wenn es um das Verhältnis von Mittel und Zweck geht.“<sup>23</sup>

Unter den TeilnehmerInnen des Treffens herrschte ein Konsens darüber, dass die multilateralen Organisationen, allen voran die WTO, der Hauptadressat des gebündelten Widerstandes sein sollte. Gerade in den Verhandlungen um das MAI-Abkommen spiegelte sich für sie die Überschneidung von kultureller Herrschaft und materieller Ausbeutung wieder. Der *SchNEWS & SQUALL 1998 SPECIAL REPORT* über „Peoples Global Action“ beschreibt das undemokratische Prozedere, mit der das MAI durchgesetzt werden sollte und dessen mögliche Implikationen:

„International trade treaties have become the most important phenomenon in globalisation. The latest scam is known as the Multilateral Agreement on Investment. The respected writer and broadcaster John Pilger describes the MAI as ‚the most important imperial advance for half a century‘. Inside a Parisian bunker, every six weeks since 1995, representatives of the 29 richest countries on Earth – including the UK – have been plotting this new deal in secrecy and in haste. It is an agreement that would at a stroke, legally bind together this countries for a minimum of 20 years and seek to invalidate all domestic environmental, social and labour protections to the greater ‚rights‘ of money in

---

<sup>22</sup> Vgl. Manuel Vázquez Montalban, 2000, S. 102f.

<sup>23</sup> Ebd., S. 59

the international ‚free‘ market. The real clout in the MAI is the right it gives companies to sue governments for large damages.”<sup>24</sup>

#### 5.4 „Peoples Global Action“

Auch RTS London erschien die alleinige Kritik an den herrschenden Gesellschaftsverhältnissen auf der nationalstaatlichen Ebene, wie in der „Never mind the Ballots...“-Aktion, als verkürzt, da diese Verhältnisse sich längst als Resultat global induzierter Ausbeutungen und Unterdrückungen erwiesen hatten. Dem gemäß nahmen Vertreter von RTS London an einer Konferenz im Februar 1998 in Genf teil, auf der sich „Peoples Global Action“ (PGA), ein weltweites Netzwerk für Informationsaustausch und Aktionskoordinierung, gründete.<sup>25</sup>

PGA versteht sich nicht als Organisation mit Mitgliedschaft, sondern als eine Plattform, auf der verschiedene Bewegungen, Strömungen und Gruppierungen zusammenkommen können, um eine gegenseitige Stärkung der jeweiligen lokalen und regionalen Auseinandersetzungen und Kämpfe zu erfahren. So gibt es kein Büro, keine hauptamtlichen Mitarbeiter, und die Finanzierung muss für jede Aktion vor Ort neu beschafft werden. Wesentlich als gemeinsame Basis der über „Peoples Global Action“ miteinander verbundenen Initiativen sind daher vor allem fünf in einem Manifest verschriftlichte Prinzipien.

Zum einen lehnt PGA jegliche Freihandelsabkommen ab und erteilt zugleich auch einer Lobbypolitik eine deutliche Absage.<sup>26</sup> PGA gehe es nicht um Verbesserungen, sondern um eine radikale Ablehnung und um die Forderung nach Abschaffung der attackierten multilateralen Institutionen. Diese Haltung unterscheidet PGA, so die Historikerin Friederike Habermann (2002), von den meisten Nichtregierungsorganisationen. Dabei behauptet PGA nicht, dass es ohne WTO, IWF und Weltbank keine Ausbeutung mehr gebe, doch werden sie als Verdichtungen neoliberaler Kräfte aufgefasst und von daher als unreformierbar eingestuft. „Wir glauben nicht, dass Lobbyarbeit in einer so undemokratischen Organisation, die maßgeblich vom transnationalen Kapital beeinflusst ist, einen nennenswerten Einfluss haben kann“, heißt es in den Grundsätzen von „Peoples Global Action“. Entsprechend sei die konfrontative Haltung gegenüber internationalen Freihandelsorganisationen folgerichtig. Durch Lobbying reproduziere man eher Mächteverhältnisse, unterwerfe sich der Hierarchie, indem man aktiv die Entscheidungskraft des anderen, und damit seine Subjektposition, anerkennt. Dagegen werde im Widerstand die bestehende Machtbeziehung herausgefordert: Zuerst, in dem ihre Existenz erkannt und dann, in dem versucht werde, die Subjektpositionen zu verschieben. Es

---

<sup>24</sup> Vgl. *SchNEWS & SQUALL* 1998 Special report on the United Colours of People’s Global Action

<sup>25</sup> Vgl. Friederike Habermann, Münster 2002, S.146

<sup>26</sup> Ebd., S.144

handele sich nicht nur um eine Transformation der Machtbeziehung, sondern auch um eine Veränderung der eigenen Person, wie Habermann konstatiert. Sie bezeichnet es als „Reclaim Yourself“.<sup>27</sup> Hier zeigen sich signifikante Parallelen zur Praxis von RTS, die „direct action“ als hauptsächliche Politikform zu nutzen.<sup>28</sup>

Bezüglich der internen Zusammenarbeit von „Peoples Global Action“ bildet die dezentrale und autonome Organisationsphilosophie den dritten Grundsatz. Im Unterschied zu den festen Strukturen der Nichtregierungsorganisationen, deren Finanzierung und Personalentscheidungen fast immer aus dem Norden erfolgen, ist „Peoples Global Action“ eine Vernetzung, so Habermann, in welcher Bewegungen aus dem Süden angemessen vertreten seien. Das größte Problem bilde in der Praxis zwar auch hier die Übernahme organisatorischer Arbeiten durch Individuen aus dem Norden – legitimiert als Support Group. Die unterschiedliche Ausstattung mit Zeit, Geld und Infrastruktur führe auch hier zu ungewollten Ungleichgewichten. Gelöst wurde dieses Problem nach Spannungen auf den PGA-Konferenzen mit einer Quotierung, damit die Beteiligung aus dem Süden ausgewogener ist (70 Prozent gegenüber 30 Prozent aus den hochindustrialisierten Ländern). So konnte vermieden werden, dass die größeren Finanzressourcen des Nordens zu einer Überrepräsentanz führten. Tatsächlich werde „Peoples Global Action“ in erster Linie durch die Bewegungen im Süden getragen, stellt Habermann fest.<sup>29</sup>

Auf der 2. „Peoples Global Action“-Konferenz wurde als letztes Grundprinzip die Ablehnung aller Formen von Diskriminierung hinzugefügt, mit dem Zusatz: „We embrace the full dignity of all human beings“.<sup>30</sup> Darin meint Habermann den grundlegendsten Unterschied zwischen PGA und traditionellen internationalistischen Bewegungen zu erkennen. PGA vermeidet eine Verkürzung von Herrschaftsverhältnissen auf den Kapitalismus.<sup>31</sup> So werde zum Beispiel die WTO sowohl als ökonomisches wie auch als sozial und politisch hegemoniales Projekt angegriffen. PGA setze der Strategie der WTO ein positives Konzept von Globalisierung entgegen, das zunächst verborgen bleibe: Gespräche und Auseinandersetzungen, das alltägliche gemeinsame Engagement, die Widerstände gegen Sexismen und Rassismen in den eigenen Köpfen, das voneinander Lernen, der Austausch von Ideen und das Ausprobieren von Alter-

---

<sup>27</sup> Ebd., S.147

<sup>28</sup> Ebd., S.144. Der Aufruf zu „direct actions“ war ursprünglich mit dem Wort „gewaltlos“ versehen. Allerdings bezieht sich dies auf Menschen, so Habermann, und unterliege nicht einer Verzerrung der politischen Diskussion, in der jede Sachbeschädigung als Gewalt ausgelegt wurde. Um hier Missverständnissen vorzubeugen, lautet die auf der dritten PGA-Konferenz im September 2001 im bolivianischen Cochabamba gefundene Formulierung „Respekt vor dem Leben“. Ebd., S.147f.

<sup>29</sup> Ebd., S.148

<sup>30</sup> Ebd., S.144

<sup>31</sup> Ebd., S.148f.



nativen. So würde deutlich, dass PGA keine Globalisierungsgegner miteinander verbinden würde, sondern eine gegenhegemoniale Globalisierung anstrebe.<sup>32</sup>

Weiterhin unterscheidet sich PGA von klassischen „internationalistischen“ Bewegungen, die sich als Sprachrohr der Unterdrückten in der Dritten Welt begriffen, doch nicht zuletzt auf Grund der Anmaßung, Marginalisierte angemessen repräsentieren zu wollen, die eigene Verstrickung in hegemoniale Denkmuster außer Acht ließen. Die im PGA-Netzwerk zusammengeschlossenen Basisbewegungen aus Süd und Nord wollen der Gefahr einer Überstülpung durch die Betonung von Austausch und Kommunikation entgehen. Das Zitat einer australischen Ureinwohnerin über dem Manifest von „Peoples Global Action“ drückt dies aus: „Wenn du nur kommst, um mir zu helfen, dann kannst du wieder nach Hause gehen. Wenn du aber meinen Kampf als Teil deines Überlebenskampfes betrachtest, dann können wir vielleicht zusammen arbeiten“.<sup>33</sup> Ähnlich beschreibt ein Schweizer Wissenschaftler die Atmosphäre auf der ersten PGA-Konferenz:

„It is difficult to describe the warmth and the depth of the encounters we had here. The global enemy is relatively well-known, but the global resistance that it meets rarely passes through the filter of the media. And here we met people who had shut down whole cities in Canada with general strikes, risked their lives to seize lands in Latin America, destroyed the seat of Cargill in India or Novartis' transgenic maize in France. The discussions, the concrete planning for action, the stories of struggle, the personalities, the enthusiastic hospitality of the Genevan squatters, the impassioned accents of the women and men facing the police outside the WTO building, all sealed an alliance between us. Scattered around the world again, we will not forget. We remain together: This is our common struggle.“<sup>34</sup>

Für die mediale Öffentlichkeit artikuliert sich die so genannte globalisierungskritische Bewegung in der Folge zumeist an jenen Orten am vernehmlichsten, an denen zugleich auch Konferenzen der multilateralen Organisationen wie WTO, IWF und Weltbank, die eher informellen Zusammenkünfte von Führungskräften der Privatwirtschaft wie das WEF sowie die Treffen der G-8-Staatschefs stattfanden. Die Proteste während dieser Ereignisse wurden nun zur Klammer der diversen Oppositionen gegen den Prozess der neoliberalen Globalisierung. So war auch Genf nicht zufällig als Gründungsort von PGA ausgewählt worden, denn drei Monate später sollten hier Staatschefs und Minister zur zweiten WTO-Konferenz zusammenkommen. „WTO: We Take Over“ – so lautete die optimistische Umdeutung des Kürzels für die Welthandelsorganisation. Die Dimensionen der Proteste, die dann in Genf selbst stattfanden,

---

<sup>32</sup> Ebd., S.148f.

<sup>33</sup> Ebd., S.152f.

<sup>34</sup> Vgl. Olivier de Marcellus, zitiert von *SchNEWS & SQUALL* 1998 Special report on the United Colours of People's Global Action

bewegten den örtlichen Polizeichef dazu, vom Beginn einer 68er Bewegung zu sprechen. Auf allen Kontinenten kam es neben den schon zuvor erwähnten „Global Street Parties“ zu Protesten gegen die Wirtschaftspolitik, darunter solche mit 40.000 TeilnehmerInnen in Brasilien und 100.000 in Indien.<sup>35</sup>

## **5.5 “Carnival against Capitalism” am 18. Juni 1999**

RTS London war über seine Einbindung in das PGA-Netzwerk maßgeblich an der Organisation des nächsten, zeitlich synchronisierten Protests beteiligt. Er sollte anlässlich des G-8-Gipfels in Köln am 18. Juni 1999 (im Folgenden auch mit „J18“ abgekürzt) stattfinden. Die Motivation derjenigen, die diesen weltweiten Aktionstag planten, war es, das „People Global Action“-Netzwerk durch die weitere Synchronisation lokaler Widerstände in Bewegung zu halten und für neue Basisinitiativen zu öffnen. Gerade RTS London lancierte in diesem Zusammenhang die Idee, Proteste an solchen Orten zu veranstalten, an denen sich die Akteure konzentrierten, die den globalisierten Kapitalfluss betreiben und kontrollieren. Dabei mobilisierte RTS für Aktionen, welche die Funktion der Metropole London für die problematisierte neoliberale Globalisierung ins Bewusstsein rücken und zugleich einen temporären Gegenraum zu dem von der institutionalisierten Politik als alternativlos bezeichneten Globalisierungsprozess herstellen sollte.

Mit jedem neuen Sprung auf eine größere räumliche Ebene, auf die sich die Aktivitäten von RTS London beziehen sollten, stieg auch der Grad der Abstraktion der anzugreifenden Herrschaft, die sich hinter den örtlich wahrnehmbaren Phänomenen verbarg. So nannte Brünzels die Begriffe, mit denen die Gruppen und Initiativen des PGA-Netzwerks die von ihnen bekämpfte Politik der Regierungen und supranationalen Organisationen beschreiben, also „Ökonomische Globalisierung, Freihandel und Konzerndominanz“, allesamt als schwer auf den Alltag beziehbar.<sup>36</sup>

Der Zusammenhang zwischen Techniken der Herrschaft im urbanen Raum der Metropole und den Ausbeutungsverhältnissen in den so genannten Entwicklungsländern, bedurfte vor den Aktionen, die RTS London im Bündnis mit anderen Gruppierungen im Rahmen der Globalisierungskritik plante, einer intensiven Vermittlungsleistung. Dies sollte durch Referate und Diskussionen auf AktivistInnen-Workshops, mittels Texten in Pamphleten und auf Flug-

---

<sup>35</sup> Die von PGA vollzogene Vernetzung konnte jedoch nicht öffentlich vermittelt werden. Obgleich AktivistInnen im Vorfeld auf den Zusammenhang dieser Aktionen hinwiesen, konnte dies nicht verhindern, dass selbst sympathisierende Zeitungen von den Einzelereignissen berichteten, ohne einen inhaltlichen Bezug zwischen ihnen herzustellen. Über die Proteste im Süden wurde im Norden praktisch nichts bekannt. Habermann sieht dies der Neuartigkeit der Vernetzung geschuldet. Vgl. Friederike Habermann, 2002, S.144f.

<sup>36</sup> Vgl. Sonja Brünzels, 2001, S. 169.

blättern sowie mittels Agit-Prop-Filmen geschehen. Dabei zeigte sich jedoch deutlich, dass die Überführung des RTS-Konzepts einer „Temporären Autonomen Zone“ in den Kontext des globalisierungskritischen Protests unter verschiedenen Gesichtspunkten problematisch war. Dies hatte vor allem auch mit der Lokalität zu tun, die von RTS London als Ort des „Carnival against Capitalism“ gewählt wurde.

### **5.5.1 Raum der Macht: City of London**

Die abstrakt erscheinende, kohärente Kraft der neoliberalen Globalisierung musste lokalisiert werden, um konkreten Widerstand gegen sie formulieren zu können. Für RTS London kam dafür nur die City of London, der Businessdistrikt der britischen Metropole, in Frage. In der City konzentrieren sich Entscheidungs- und Kontrollfunktionen der globalisierten Ökonomie in Gestalt der Börse, der Bank of England, den Hauptsitzen von Finanzinstituten und Konzernen. Entstanden als Mittelpunkt des Handelsnetzes im alten Britischen Kolonialreich, ist die „Square Mile“ heute eines der größten Finanzzentren der Welt. Nicht nur die postmoderne Architektur mit ihren rauchglasbestückten Fassaden, ihren scheinbar transparent-durchlässigen Glas- und Stahlkonstruktionen hebt die „Square Mile“ vom restlichen London ab, ihre Eigenständigkeit ist auch auf politischer Ebene gewährleistet. Sie hat eine eigene Regierung, die „Corporation of London“, und eine eigene Polizei, die nicht der Metropolitan Police Londons untergeordnet ist. Die City ist mit dem engmaschigsten Überwachungssystem der Welt überzogen: 1280 miteinander verbundene Kameras, installiert von der „Corporation of London“ in Zusammenarbeit mit Privatfirmen, ermöglichen die lückenlose Kontrolle des Areals. Festungs-gleich ist die City of London mit Wärterhäuschen und Fahrsperrern an den Zufahrtsstraßen bestückt. Diese wurden in den 80er Jahren zum Schutz vor drohenden Bombenattentaten der Irisch-Republikanischen Armee errichtet.<sup>37</sup>

Die Idee, gerade in diesem wenig einladenden Stadtteil eine Straßenparty zu veranstalten, entstand laut einem Aktivistin aus Spaß am Unmöglichen und mit einem subversiven Sinn für das Spielerische. Schon länger hatten sich Leute aus dem Umfeld von RTS London und eines anarchistischen Ablegers von Greenpeace von der hermetisch überwachten „Square Mile“ angezogen gefühlt.<sup>38</sup>

---

<sup>37</sup> Vgl. Armin Medosch: Die Gespenster des 18. Juni, in: Telepolis – Magazin für Netzkultur, 22.10.99, im Internet: [www.heise/tp/deutsch/inhalt/te/5407/1.html](http://www.heise/tp/deutsch/inhalt/te/5407/1.html)

<sup>38</sup> Nicht die theoretische Durchdringung der Funktionsweisen des Kapitalismus habe die Idee befeuert, dort eine Protestparty zu veranstalten, meint Brünzels, sondern eher ein intuitives Sich-Provoziert-Fühlen, ein Alltagsverständnis für die symbolische Mächtigkeit des Areals. In der Sprache der Szeneschriften drückt sich dieses Verständnis in Begriffen wie „im Herzen des Drachen“ oder im „Maschinenraum aller ökologischen und sozialen Verwüstungen“ (Zitat: *Do or Die* No. 5) aus. Vgl. Sonja Brünzels, 2001, S. 172f.

Eine RTS-Aktion in der City of London konnte auch als ein „verstärktes Echo“ auf die „Stop the City“-Märsche in den 80er Jahren verstanden werden.<sup>39</sup> Ein auf einem J18-Workshop verteilter Text beschreibt die damaligen unkoordinierten, anarchistischen Ereignisse in der „Square Mile“

„The first two Stop the Cities really caught the police by surprise – they came out of the anarchist movement making links with other radical movements such as the peace movement (and all the peace camps at that time) and the animals rights movement. There was a call to come to the city, to stop business as usual, to recognise the city as the real power in this country – as one great quote from a leaflet said, ‘no more we will march peacefully to Hyde Park, it’s banks what funds wars, not parks...’ There was no centralised organisation, simply an open co-ordinating group that put out propaganda and helped to organise some activities. Plenty of propaganda and activities were done by people who never went near the co-ordinating group. The whole idea was that it was everyone’s festival of resistance against those who controlled this society, against the practice of profits before people.“<sup>40</sup>

Nun sollte die angestrebte temporäre Okkupation des Herrschaftsraumes der City aber synchron mit Aktionen an vergleichbaren Knotenpunkten der Globalisierung in anderen Ländern und Städten stattfinden. Es ging darum, die politische Forcierung des Freihandels, Deregulierungen nationaler Gesetzgebungen und Privatisierungen gemeinnütziger Aufgaben zu skandalisieren oder zu stören. Wichtig war RTS und den anderen Initiativen im „Peoples Global Action“-Netzwerk auch, die räumlich-materielle Umsetzung der neoliberalen Politik aufzuzeigen.

In 70 verschiedenen Städten auf der ganzen Welt fanden am 18. Juni 1999 Feste und Demonstrationen statt. In Bangladesh protestierten TextilarbeiterInnen gegen die Ausbeutung in Sweatshops; Demos gegen diese Praxis ereigneten sich auch vor den Läden der Bekleidungskette Gap in San Francisco. Es gab einen Anti-Business-Lunch im australischen Sydney, Straßentheater vor der Weltbank-Dependance in Mexiko-City, einen öffentlichen Thesenanschlag im Lutherischen Stil an den Toren der Amsterdamer Börse, die Verwandlung einer Hauptstraße Barcelonas in einen Strand. In Köln, dem Ort des G-8-Gipfels, hielten europäische AktivistInnen einen Gegengipfel ab und forderten erneut den Schuldenerlass für die Länder der Dritten Welt.<sup>41</sup> Aus der Tatsache, dass es im Mai 1998 nicht gelungen war, die

---

<sup>39</sup> Vgl. Jonathan Parks: Modern Millenarians? In: Benjamin Seel, Matthew Paterson und Brain Doherty: Direct Action in British Environmentalism, London/New York 2000, S. 108

<sup>40</sup> Vgl.: Norman 26/2/99: Stopping the City, Flugblatt auf J18-Activist gathering verteilt, 27. Februar 1999 in Stoke Newington, London

<sup>41</sup> Vgl. Sonja Brünzels, 2001, S. 167. Vgl. auch Naomi Klein 2000, S. 458f. Über weitere Aktionen in Italien, Nigeria, in der US-Hauptstadt Washington, in New York, Los Angeles und Eugene, Oregon, in Zimbabwe, in den spanischen Städten Madrid und Valencia, im australischen Melbourne, in den schottischen Städten Glasgow und Edinburgh, in den kanadischen Städten Toronto, Vancouver und Ottawa, in Montevideo, der Hauptstadt

Verknüpfung der einzelnen Proteste in den Industrienationen mit denen des Südens der medialen Öffentlichkeit zu vermitteln, zogen VertreterInnen der indischen Bauernbewegungen die Konsequenz und kamen nach Europa: Im Mai und Juni 1999 fuhren 500 von ihnen in der Interkontinentalen Karawane für Solidarität und Widerstand durch mehrere Länder, um anlässlich des G-8-Gipfels in Köln gegen die herrschende Weltwirtschaftspolitik zu demonstrieren.<sup>42</sup> Sie blockierten die Hauptsitze von Agrarkonzernen wie Cargill und Monsanto, für deren patentiertes Saatgut und genetisch veränderte Feldfrüchte sich viele indische Bauern schwer verschuldet hatten.<sup>43</sup>

RTS London diskutierte im Vorfeld über den möglichen Ausgangspunkt und Verlauf des geplanten „Capitalism against Capitalism“. Da die Örtlichkeit der Aktion aufgrund ihrer Bedeutung für die kritisierten Prozesse der Globalisierung feststand und die zeitliche Synchronizität mit Ereignissen an anderen Orten der Welt die inhaltliche Verbindung zwischen den lokalen Kämpfen unterstreichen sollte, fiel ein wesentliches Element der bisherigen RTS-Strategie weg: das zeitlich überraschende Auftauchen von RTS auf jeder möglichen Straßenkreuzung. Es konnte damit gerechnet werden, dass die Vorankündigung und Mobilisierung für die RTS-Aktion in der City of London mittels Flyern, Plakaten und über das Netz zum massiven Einsatz von Polizeikräften am Schauplatz des Geschehens führen würde. Die Polizeipräsenz drohte, die eigenen Handlungsmöglichkeiten noch stärker einzuengen, als dies schon 1997 bei der „Never mind the Ballots...“-Aktion der Fall gewesen war. In der City würden die Karnevalisten eine Situation vorfinden, in der Kontrolle nicht, wie sonst üblich, diskret verborgen unter der Vorgabe von Sicherheit ausgeübt wurde, sondern offen und mit repressivem Charakter.

Bei der Vorbereitung des „Carnival“ ging es nun darum, das wahrscheinliche Verhalten der Polizei zu antizipieren und zu unterlaufen. Zum Ausgangsort des Karnevals wurde der Bahnhof Liverpool Station im Osten des Finanzdistrikts gewählt. Die „Karnevalisten“ sollten sich unter die BahnkundInnen mischen. Da dort auch am 18. Juni normaler Reise- und Pendlerverkehr herrschen würde, so vermutete RTS, konnte die Polizei den Bahnhof schwerlich abriegeln, ohne den Verkehr lahm zu legen. Die OrganisatorInnen des „Carnival“ nahmen an, dass die Polizei aufgrund ihrer straffen Hierarchie schwerfällig auf unvorhergesehene Ereignis-

---

Uruguays, im pakistanischen Gujrat, in Argentinien, im weißrussischen Minsk, im schweizerischen Zürich und in der tschechischen Hauptstadt Prag im Internet: <http://www.rts.gn.apc.org/archive.htm>

<sup>42</sup> Aber auch diesmal, so Habermann, fand der programmatische Hintergrund der Aktion kaum mediale Beachtung. In der Presse wurden die AktivistInnen lediglich als besorgte Bauern porträtiert, die sich gegen die Gentechnologie engagierten – die damit verbundene Systemkritik wurde überhört. Und als die Karawane von der Polizei in Köln eingekesselt wurde, machte die Kölnische Rundschau kurzerhand „500 Autonome“ aus den in weiße Gewänder gehüllten Indern. Vgl. Friederike Habermann, 2002, S.145

<sup>43</sup> Vgl. Naomi Klein, 2000, S. 458f.

# Masken für die TeilnehmerInnen am 'Carnival against Capitalism' in der City of London am 19. Juni 1999



Those in authority fear the mask for their power partly resides in identifying, stamping and categorising to know who you are. But a Carnival mask works thousands of masks and our masks are not to conceal our identity but to reveal it.

The message has always been an essential part of Carnival. Breaking up and disrupting the hierarchy of identities and identities. Intersecting up repression: all are brought together in the wearing of masks. Making us those who rule and divide us: "we are all fools, drunks, outcasts, slaves and criminals".

The wearing of a mask symbolises the rejection of the call of personality or our role to consumer capitalism and reveals us that beyond the mask of the present world exists the other worlds that rub tracks and blood, in the real face of capitalism and the state: banks, mines, prisons, courts, profit, exclusion and repression.

While the elite speak of state and capital income increases flourish their fear of the form of everyday resistance grows. The search for the resistance coincides with endless CCTV cameras monitoring the streets with new devices that can pick out and identify a single face in the growing crowd. We, sometimes, the victims of their power - the poor, the oppressed, the broken and disolate - are always victorious and are always hidden.

Today we shall give this resistance a face: by putting on our masks we reveal our unity and by raising our voices in the street together, we speak our anger at the facelessness of power.

The 1998 and 1999 act of April 1999 gave the public two points of action to give us our voice and face while the state's surveillance system is monitoring our identity. But a carnival mask is to help you take us and a "happy" mask can be easily refused.

This mask is for entertainment purposes only.

They are just given the power of energy but personal a new world over its control face. Disrupting leaders, with an importance given to the subject, the power of energy boundaries, objects, results, boundaries and repressiveness "happy".

A carnival mask

**On the signal follow your colour  
Let the Carnival begin...**

[www.jfd.org](http://www.jfd.org)

nisse reagieren würde, dass es der Polizei in erster Linie um die Fragmentierung der zu erwartenden Menschenmenge ginge, während sie selbst als einheitlicher Akteur aufzutreten versuchte. Deshalb beschloss RTS die Aufteilung des Karnevals in vier Züge mit unterschiedlichen Routen, die vorher nicht bekannt gegeben wurden. Dies sollte für eine Irritation der Polizeikräfte und deren eigene Aufsplitterung in kleinere, wirkungslosere Einheiten sorgen.<sup>44</sup>

Der Tag wurde mit einem Fahrradumzug von „Critical Mass“ im morgendlichen Berufsverkehr eingeleitet. Hunderte von RadfahrerInnen fuhren im Schrittempo durch einige Hauptstraßen und brachten so den Verkehrsfluss teilweise zum Erliegen. Gleichzeitig fanden friedliche Sit-Ins in mehreren Bankgebäuden statt.<sup>45</sup> Um 12 Uhr mittags füllte sich der durch Flugblätter und im Internet bekannt gegebene Ausgangspunkt des Karnevals, die Liverpool Station, mit einer riesigen Menschenmenge. Die Schätzungen der Zahl der TeilnehmerInnen am „Carnival against Capitalism“ variierten von 4.000<sup>46</sup> bis 10.000<sup>47</sup> Personen. Masken in vier verschiedenen Farben wurden verteilt, damit sich die TeilnehmerInnen jeweils einem der vier Züge zuordnen konnten, an deren Spitze eine Fahne in der entsprechenden Farbe mitgeführt wurde. Die Masken dienten auch dem Schutz vor einer Personenidentifizierung durch die Videoüberwachung im Straßenraum (Maskentext, siehe S. VI).<sup>48</sup>

Eine neue Ausgabe des „Evading Standards“, der Imitation des Abendblatts *Evening Standard*, wurde an PassantInnen verteilt.<sup>49</sup> Damit wollte RTS am Aktionstag den globalen Bezug zwischen dem Londoner „Carnival“ und den Widerständen an anderen Plätzen der Welt textlich herausstellen. Die Titelschlagzeile nahm vorweg, was sich viele AktivistInnen für die nahe Zukunft wünschten: den Kollaps des internationalen Finanzsystems.

Die zeitliche und räumliche Verklammerung der Ereignisse in der City mit denen an anderen Orten wurde „erfahrbar“ und symbolisch wirkmächtig durch die Nutzung der schnellen Netzkommunikation – in der ganzen Welt wurden Berichte von Events und Aktionen ins Netz gestellt, auf einer Webpage zusammengefasst und zeitgleich von einem Londoner Internetladen aus in die Welt zurückgestreamt.<sup>50</sup>

---

<sup>44</sup> Teilnehmende Beobachtung an Vorbereitungstreffen

<sup>45</sup> Vgl. David Millward/George Trefgame/Peter Foster: Mobs put City under siege, in: *The Daily Telegraph*, London, 19. Juni 1999, S. 1

<sup>46</sup> Ebd.

<sup>47</sup> Vgl. Naomi Klein, 2000, S. 459

<sup>48</sup> Vgl. Sonja Brünzels, 2001, S. 173. Zugleich sollten sie erlauben, dass das maskierte Subjekt sich von der dominanten Individualisierung im Sinne eines „konkurrierenden und konsumierenden Ichs“ befreie, um in eine kollektive Kritik an herrschende Verhältnisse einstimmen zu können, so ein Text auf der Rückseite der Maske, der Anleihen bei der zapatistischen Erklärung des eigenen Maskierung erkennen lässt.

<sup>49</sup> Ebd., S. 175

<sup>50</sup> Ebd., S. 169. In der Zeitschrift „Uniundercurrent“ wurde die Begeisterung für Quantitäten (Teilnehmende, Aktionen, beteiligte Länder) als vorausseilender Gehorsam gegenüber dem Ereignischarakter der Medien kritisiert. Ebd., S. 178

Die „Karnevalisten“ trugen Secondhandanzüge, auf deren Rücken Slogans gemalt waren oder waren völlig unbekleidet, sie veranstalteten Straßentheater und überzogen Mauern und Fensterscheiben mit Graffiti. Sie tanzten zu Trommelklängen auf den Schwellen der Bürohochhäuser und umschlossen das Finanzministerium mit einer Menschenkette.<sup>51</sup>

Zunächst verlief der Karneval ohne Zwischenfälle. Doch im Laufe des Nachmittags kam es zu Auseinandersetzungen mit der berittenen und in Kampfmontur gekleideten Polizei, nachdem eine Demonstrantin von einem Polizeifahrzeug überrollt wurde und eine Gruppe von Protestierenden eine McDonald's-Filiale gestürmt und verwüstet hatte.<sup>52</sup> Die Scharmützel eskalierten insbesondere vor der LIFFE-Futures Exchange. Militante DemonstrantInnen hatten sie kurzzeitig gestürmt und alle Fensterscheiben in der Lobby eingeschmissen. In die oberen Stockwerke gelangten sie nicht, da das Sicherheitspersonal die Rolltreppen rückwärts laufen ließ.<sup>53</sup> Die Vorfälle führten jedoch zur Unterbrechung unterbrachen des automatischen Aktienhandels und erzwangen eine Räumung des Gebäudes. Zudem kam es zu Rempelen zwischen den Militanten und „Karnevalisten“, die auf einen friedlichen Ablauf des Umzugs beharrten.<sup>54</sup> In der City entflamten die heftigsten Straßenunruhen Großbritanniens seit den „Poll-Tax-Riots“ von 1990<sup>55</sup>. Sie flauten erst wieder ab, als sich ein Großteil der „Carnival“-TeilnehmerInnen in Richtung Trafalgar Square begab. Die meisten der großen Straßenzüge waren mittlerweile von der Polizei völlig abgeriegelt worden. Der Trafalgar Square blieb jedoch bis nach Mitternacht von Musikern und Tanzenden bevölkert, ohne dass die Ordnungskräfte eingriffen (siehe auch Abb. a., b., c. auf S. VII).<sup>56</sup>

Laut Pressebericht vom nächsten Tag wurden bei den Auseinandersetzungen in der City of London vier Polizisten verletzt.<sup>57</sup> Der Sachschaden soll rund 2 Millionen Pfund betragen ha-

---

<sup>51</sup> Vgl. Naomi Klein: No Logo, 2000, S. 459. Vgl. Anonym: June 18 1999, June 18 Reports, London: Personal Account, im Internet: <http://bak.spc.org/j18/site/uk.html>. Vgl. auch Sonja Brünzels, 2001, S. 175

<sup>52</sup> Vgl. David Millward/George Trefgame: Carnival turns into nightmare, in: *The Daily Telegraph*, London, 19. Juni 1999, S. 4. Vgl. auch Anonym: June 18 1999, June 18 Reports, London: Personal Account

<sup>53</sup> Vgl. David Millward/George Trefgame, 19. Juni 1999, S. 4

<sup>54</sup> Vgl. Naomi Klein, 2000, S. 459. Vgl. auch Sonja Brünzels, 2001, S. 176

<sup>55</sup> Vgl. Naomi Klein, 2000, S. 459. *The Daily Telegraph* spricht sogar von den heftigsten Unruhen, die die City of London seit den Gordon Riots im Jahr 1780 erlebt habe. Vgl. Anonym: Strange mix of defiance and pot plant barricades, in: *The Daily Telegraph*, London, 19. Juni, 1999, S. 4

<sup>56</sup> Vgl. Anonym: June 18, 1999, June 18 Reports, London: June 18th - Hour by Hour, im Internet: <http://bak.spc.org/j18/site/uk.html>. Vgl. auch Anonym: June 18 1999, June 18 Reports, London: Personal Account

<sup>57</sup> Vgl. David Millward/George Trefgame/Peter Foster, 19. Juni 1999, S. 1



ben.<sup>58</sup> Eine Pressemitteilung von RTS London vermeldete, dass 46 „KarnevalistInnen“ im Krankenhaus behandelt werden mussten.<sup>59</sup>

Schon vor dem 18. Juni 1999 nahmen die geplanten Aktionen in der Londoner City immer mehr Platz in den Massenmedien ein. Diese schürten die Befürchtung, dass die TeilnehmerInnen sich mit der Intention der Gewaltausübung in die City begeben würden und sahen sich nach den Ereignissen voll bestätigt. Schlagzeilen und Berichte wurden völlig von den Ausschreitungen beherrscht, mit den inhaltlichen Positionen wurden sich kaum auseinandergesetzt. Als Ausnahme sei hier ein Kommentar im *Daily Telegraph* zitiert, in dem die DemonstrantInnen als Nutznießer des Kapitalismus, gegen den sie protestierten, diskreditiert werden:

„But those taking part in this demonstration, whether criminal or orderly, are the beneficiaries of capitalism. The bicycles of Reclaim the Streets and Critical Mass which are used to obstruct ordinary traffic are its products; the education of, and welfare payments to, yesterday’s protesters are funded by it. The business of the City may seem far removed from everyday manufacturing and commerce, but it is what makes them possible. That is as true for the poor of developing nations as it is in this country. Bankers, traders and stock-brokers are the real working class – the drop-outs and activists obstructing them are all too often drawn from the middle classes.“<sup>60</sup>

Die Polizei der Corporation of London nutzte nun im Anschluss das Internet, um mit einem virtuellen Steckbrief angebliche Rädelsführer der Ereignisse vor dem LIFFE-Gebäude zu suchen:

„The investigation into the offences committed that day has been code named Operation Enterprise. Hundred of video tapes and thousands of still photographs shot on the day have been scanned to identify persons committing offences. Some of this evidence support the case against persons have been identified since 18, but there are numerous others still to be identified...Any information you can give as to their identity or current whereabouts will be greatly appreciated and acted upon in strictest confidence.“<sup>61</sup>

Letztlich antworteten die nationalstaatlichen Institutionen mit einer stetig verschärften und technisch aufgerüsteten Repression der Strafgesetze auf die fortbestehende Existenz der „direct action“ von Gruppen wie RTS. Das Engagement der AktivistInnen drohte zudem nach dem Wahlsieg von New Labour mittels neuer Strafgesetze als terroristischer Akt eingestuft und damit härter belangt zu werden als noch zur Zeit der konservativen Regierungen.

---

<sup>58</sup> Vgl. Adam Sherwin: Protecting London cost £ 1m more than riot damage in June, in: *The Times*, London, 1 Dezember 1999

<sup>59</sup> Vgl. Reclaim the Streets: June 18 – Press release – for immediate release – 18 June – 11.45pm. Protesters slam police “brutality” after pitched battles hit City, im Internet: <http://bak.spc.org/j18/site/ukpr.html>

<sup>60</sup> Vgl. Anonym: Capitalism’s children, in: *The Daily Telegraph*, 19. Juni 1999, S. 23

a/b/c: TeilnehmerInnen des 'Carnival against Capitalism' durch die City of London am 19. Juni 1999



a



b



c

## 5.5.2 Eindeutigkeit der Grenzverläufe

Sonia Brünzels, Mitautorin des Buches „Kommunikationsguerilla“, gleicht die Ereignisse in der Londoner City mit den Prinzipien und Absichten ab, die sie selbst mit dem Konzept des Karnevals verbindet, um so über Erfolg oder Misslingen der RTS-Aktion zu urteilen. Karneval sei nach dem russischen Philosophen Michail Bachtin ein Spiel mit Ambivalenzen – zeitlich begrenzt transzendiere er die vorgegebene Ordnung.<sup>62</sup> Die Grenzen überschreitend bleibe er doch gefangen im Zauber des Augenblicks. Der Karneval ist nicht die Revolution – doch er öffne das Fenster des Was-Wäre-Wenn und erlaube denen, die keine Märtyrer sein wollen, im phantastischen Spiel die Utopien aufscheinen zu lassen.<sup>63</sup> Idealtypisch sei der Karneval zunächst inklusiv:

„Seine Sogwirkung ist stark genug, um Grenzen zwischen Akteuren und Zuschauenden, oben und unten, gut und böse zu verwischen. Protest dagegen ist konfrontativ und exklusiv. Er scheidet die Guten von den Bösen, die Ankläger von den Angeklagten. Beides verträgt sich nicht gut. Karneval kann zwar Protest, Kritik und Utopie ausdrücken – aber nicht in Form eindeutiger Positionen, sondern durch Verschiebung von Bedeutungen, oft auf der symbolischen Ebene. Im Idealfall transzendiert Karneval die Konfrontation: der Bachtinsche Karneval verbarrikadiert die Kathedralen der Macht nicht, er prangert sie nicht an und bedroht sie auch nicht, sondern er spielt selbst den Kleriker der verkehrten Welt.“<sup>64</sup>

Diese Vision Bachtins habe auch beim „Carnival against Capitalism“ Pate gestanden, stellt Brünzels fest. Doch hält sie es für ein von vorneherein paradoxes Unterfangen, in der City Karneval und Polit-Protest miteinander verbinden zu wollen. Bereits das Etikettieren einer Straßenparty als antikapitalistische Aktion, so Brünzels, evoziere eine eindeutige Frontstellung.<sup>65</sup> „KarnevalistInnen“ und City-Beschäftigten hätten genaue Bilder voneinander, die sich an diesem Tag auch bestätigen ließen: Die einen wussten, dass man in der City „mostly men in suits“ sieht, zumeist „burning out within a few years“, die anderen glaubten sich entweder von „open-toed sandaled hippy vandals“ oder von „anarchists committed to the destruction of property“ belagert. Demgemäß sahen sich die City-Firmen dazu genötigt, ihre „doorman“ mit Waffen auszustatten (Zitat aus dem *Lawyer Magazine*).<sup>66</sup>

Grenzverschiebungen von Seiten der AktivistInnen blieben in den Augen von Brünzels punktuell beschränkt oder als Performance erkennbar. So hatten die OrganisatorInnen des Karne-

---

<sup>61</sup> Vgl. Corporation of London im Internet: <http://www.corpoflondon.gov.uk/citypolice/j18fram.htm>

<sup>62</sup> Vgl. Michail Bachtin, *Literatur und Karneval. Zur Romantheorie und Lachkultur*, Frankfurt Berlin Wien, 1985

<sup>63</sup> Vgl. Sonja Brünzels, 2001, S. 174

<sup>64</sup> Ebd., S. 175

<sup>65</sup> Ebd., S. 174f.

<sup>66</sup> Ebd., S. 173f.

vals in Flugblättern und im Internet den TeilnehmerInnen an den Aktionen vorgeschlagen, in die Arbeitskleidung der City-Beschäftigten zu schlüpfen, um den Schikanen der Polizei zu entgehen und Anzug oder Kostüm gleichsam als Verkleidung für den Karneval zu benutzen.<sup>67</sup> Es ließ sich ein Trupp von Anzugträgern beobachten, die mit ernstem Gesichtsausdruck, Aktentaschen auf dem Kopf und Regenschirme wirbelnd das Lied „Money makes the world go around...“ sangen, wenn sie nicht gerade Gedichte in ihre Handys rasselten. Es gab unsichtbares Theater von Leuten, die über den Verkauf von frischer Luft debattierten. Trotz des Schmunzelns vieler Passanten blieben die Grenzen zwischen AktivistInnen und BeobachterInnen hier aber unverrückt.<sup>68</sup>

Brünzels hat eine recht klare Vorstellung vom idealtypischen Verlauf eines Karnevals: Er muss unvorhersehbar sein. Deshalb konnte für sie die Rechnung, einen überbordenden Karneval zu veranstalten, nicht aufgehen. In der Realität verhinderte einerseits die Logik der Konfrontation und des politischen Protests Grenzüberschreitungen, andererseits schuf ein Karneval, der letztlich die meiste Zeit und von den meisten TeilnehmerInnen als bewegliche „street party“ begriffen und veranstaltet wurde, seine eigene Beschränkung auf den Straßenraum. Der gemeinsame Nenner hieß: Ja zum Tanzen, Nein zu einem Eindringen in private Gebäude, nur um dort zu tanzen. Nach Brünzels Vorstellung hätte die karnevaleske Atmosphäre von der Straße in die Bürokomplexe der Banken und Börsen überschwappen müssen. Zwar sei es, so Brünzels, im Schutz der Straßenparty zu einigen Besetzungen von Gebäuden gekommen, doch trugen diese eher den Charakter des politischen Protests als die eines entgrenzten Karnevals. Als das Gebäude der Future Exchange beinahe gestürmt worden wäre, hinderten gewaltfreie Partygänger die Vorhut daran, sich Einlass zu verschaffen. Die Massen hätten das Gebäude mit einem Schwall von Musik und Fete überschwemmen können. Tatsächlich aber fand zunächst ein Konflikt zwischen den gewaltfreien „Fluffys“ auf der einen und Militanten auf der anderen Seite statt. Der Versuch, die Future Exchange in eine „party zone“ zu verwandeln, endete in einem Stein- und Flaschenhagel und in der Konfrontation mit berittener Polizei in Riot-Ausrüstung. Dass der J18 kein Karneval geworden ist, so Brünzels, lag nicht daran, dass die Polizei ein paar Steine werfende Ökokrieger „eingemacht“ hat – die Party selbst habe sich ihre Grenzen gesetzt.<sup>69</sup>

Interessanter als das Verhalten der Karnevalisten findet Brünzels die Rolle und die Spielräume der CityworkerInnen. Einige Firmen hatten ihren Angestellten geraten, am Tag des „Carnival“ ausnahmsweise in „legerer Freizeitkleidung“ zur Arbeit zu kommen, um sich von den

---

<sup>67</sup> Ebd., S. 174

<sup>68</sup> Ebd., S. 175

<sup>69</sup> Ebd., S. 176f.

DemonstrantInnen nicht zu unterscheiden und so beispielsweise Handgreiflichkeiten mit der Gegenseite zu vermeiden. Manche Unternehmen empfahlen darüber hinaus den MitarbeiterInnen, am 18. Juni ganz zuhause zu bleiben.<sup>70</sup>

Als Zuschauer betrachteten die CityworkerInnen, froh über die ausgedehnte Mittagspause, das Treiben durchaus wohlwollend, wenn auch nicht unbedingt gesprächsbereit, denn viele Unternehmensleitungen hatten ihre Angestellten instruiert, keine Worte mit den DemonstrantInnen zu wechseln (siehe auch Abb. a. auf S. VIII). Diejenigen, die man in Trauben zusammengeballt hinter den Glasscheiben der Foyers entdecken konnte, zeigten, dass sie – unter anderen Umständen, in ihrer Studentenzeit vielleicht oder am Wochenende – durchaus mitgemacht hätten. So funktionierten Grenzziehung und Kontrolle in ihrer postmodernen Form, meint Brünzels:

„Man hat nichts gegen die anderen, ist auch selbst im Grunde hip und nett und locker, aber jetzt gerade eben nicht. Identitäten mögen flüssig und austauschbar sein, es gibt keine prinzipiellen Barrieren zwischen Herrschafts- und Partykultur, doch sind die Zeiten und Orte genau festgelegt, an denen die jeweiligen Identitäts- und Verhaltensmuster ‚passend‘ sind – innerhalb der Arbeitszeit schlüpft man nicht so einfach in eine subversive oder einfach hedonistische Identität.“<sup>71</sup>

Brünzels stellt fest, dass auch die Aktivisten wussten, dass der Versuch, die City of London in eine karnevaleske, „verkehrte Welt“ zu transformieren, letzten Endes klare Fronten zum Ergebnis haben musste. In der Rückschau, so Brünzels, wurde genau dies zum Erfolg umgedeutet: Der Kapitalismus sei gezwungen worden, die hässliche Fratze zu zeigen, die sich unter der post-modernen Maske verberge. „J18 hat die Architektur der City verändert“, meinte ein Aktivist. Das Sichtbarmachen klarer Grenzen, so Brünzels, sei aber nicht Sache des Karnevals. Im Gegenteil: Nur weil die Grenzen letztlich eindeutig blieben, konnte der J18 in Konfrontation umkippen.<sup>72</sup> Die Polizei hatte sich zunächst darauf beschränkt, Straßenparty und Verkehrsfluss unter einen Hut zu bringen. Zwei U-Bahnstationen wurden vorsorglich gesperrt. Man ließ, so Brünzels, den Massen das Gefühl, die Kontrolle zu haben. Als jedoch der Bezugsrahmen „RTS-party“ nicht mehr haltbar war, schaltete man um auf „Riot“. Polizeibrutalität gegen friedliche Partygäste wäre von der Öffentlichkeit kaum toleriert worden. Sobald jedoch die Grenze „Zerstörung von Privateigentum“ berührt wurde, griff die Polizei zu (Polizei und Sicherheitsdienste, siehe auch Abb. b. und c. auf Seite VIII).<sup>73</sup>

---

<sup>70</sup> Ebd., S. 174

<sup>71</sup> Ebd., S. 175f. Brünzels hält fest, dass Erzählungen besagen, viele Cityworkerinnen hätten die Gelegenheit genutzt, der Arbeit fernzubleiben oder früher heimzugehen. Ebd., S. 178

<sup>72</sup> Ebd., S. 177f.

<sup>73</sup> Ebd., S. 176f.

a: 'city worker' b: Privater Sicherheitsdienst c: Polizei beim 'Carnival against Capitalism' am 19. Juni 1999



a



b



c

Was in der City versucht wurde, sei das schwierige und paradoxe Unterfangen, Party, Karneval und Protest zusammen zu bringen. Der große Karneval, die „verkehrte Welt“ habe dort nicht stattgefunden. Karnevalesker Partyprotest könne aber dennoch eine angemessene Form von politischer Artikulation sein, wenn die Konstitution von Macht heute wirklich eher durch ein allgegenwärtiges Netz aus Diskursen und lokalen Machtbeziehungen gekennzeichnet ist, als durch ein klar geschiedenes Oben und Unten.

Für Brünzels genügt es, wenn die Partygäste hinter dem Kick einer ungewöhnlichen Fete her seien, die in einer konkreten Situation subversive Anteile in ihnen aktiviere und sie dazu bringe, lokal und situativ Machtbeziehungen und –diskurse außer Kraft zu setzen. Dazu bräuchten sie keine Antikapitalisten zu sein. Der Partyprotest, so Brünzels, locke mehr Leute an als konventionelle Demos – aber legt auch seine eigene Einschränkung fest.<sup>74</sup>

„Denn das vorwiegend weiße, oft aus dem Umfeld der Universitäten kommende Partypublikum mag zum Rausch an ungewöhnlichen Orten bereit sein – bestimmte Grenzen werden jedoch respektiert, man bleibt auf der sicheren Seite. Die Logik der Party, auch die des Party-Protests, ist – Rave -o- Lution hin oder her – nicht die Logik der Revolution, in der die Verdammten dieser Erde sich gegen ihre Unterdrücker erheben. Das Subversive des Party-Protests liegt nicht in abstrakt-antikapitalistischer Rhetorik, im militanten Angriff auf die ‚Zentren der Macht‘ oder in gewaltfreier Respektabilität. Ob die Party zum subversiven Akt, zum Karneval, zum friedlichen Protest, zum Kommerz oder zur Konfrontation wird, hängt davon ab, ob es gelingt, herrschende Codes zu benutzen und zu verschieben, von der Bereitschaft der AktivistInnen und Zaungäste, symbolische Grenzen zu überschreiten und von der Möglichkeit, dadurch ihren Unmut und Dissens zu kommunizieren. Diese potentielle Offenheit ist Schwäche und Stärke des Party-Protests zugleich. Sich darauf einzulassen, anstelle nach der Konfrontation mit klaren Feinden zu suchen, wird stets ein schwieriges Unterfangen bleiben.“<sup>75</sup>

### 5.5.3 Undeutliche Grenzen

Was Brünzels in ihrer Beschreibung des Karnevals andeutet, macht das „Lancaster J18-Collective“ explizit: Der „Carnival against Capitalism“ habe gezeigt, dass Partyprotest stets dieselbe Teilnehmerschaft mobilisiere und nicht aus seinem subkulturellen Ghetto herauströme. Die Kritik an der Form des biedereren, selbstdisziplinierenden Protestmarsches fiele nun auf die OrganisatorInnen der „direct action“ in der City zurück:

„Having imposed our own self discipline in what amounts to a carceral continuum of ‚protest‘. ‚Participants‘ turn up at the meeting point, await instructions, follow their leader(s), have a party, and express their frustration in the inevitable confrontation with the police...we still led or were led (most peoples experience), to a space which we accidentally

---

<sup>74</sup> Ebd., S. 177f.

<sup>75</sup> Ebd., S. 178

liberated through force of numbers, before being invited to trash something symbolic, and then either defend the space with force from the police, or retreat under the threat of state intervention. During all of this it was possible to ‚party‘ if you could get out of the way of charging horses and baton wielding police“<sup>76</sup>

Die RTS-Agitprops, in denen Karneval so poetisch mit Revolution gleichgesetzt wird, könnten nicht darüber hinweg täuschen, dass die „street party“ weit davon entfernt sei, ein revolutionärer Moment zu werden, da sie sich mit zunehmender Sicherheit zuletzt immer doch als Spektakel herausstelle. Wie Brünzels, sieht auch das „Lancaster J18-Collective“ die Grenzen des RTS-Konzepts in der selbst geschaffenen Beschränkung auf den Straßenraum, die es der Polizei erlaube, das Bedrohungspotenzial der 10.000-köpfigen Menge herunterzuspielen, um dann im geeigneten Moment einzugreifen:

„Ultimately they sat back and let us go where we pleased, not because they couldn't stop us, but because we create the conditions of our own confinement...Tactics which are reminiscent of the Met's recent handling of RTS events, where they have developed minimal control during the ‚rolling‘ stage of the party, waiting until we're stopped and then surrounding us. What are often celebrated as temporary autonomous zones, can just easily be conceived as prisons of our own choosing.“<sup>77</sup>

Trotz bester Absichten der OrganisatorInnen habe auch beim „Carnival of Capitalism“ die allein am individuellen Vergnügen interessierte Party-Szene das Geschehen dominiert und bewiesen, dass sie im Grunde ein semi-kommerzielles Unternehmen sei, das seinen subkulturellen Chic vermarkte: Das Verteilen von Flyern für Partys mit Eintritt und selbst das Verkaufen von Trillerpfeifen am Rande des „Carnival“ wurde kaum in Frage gestellt. Stattdessen fehlten, so das „Lancaster J18-Collective“, die Teilnehmerkreise, die auf dem „March for Social Justice“ präsent waren, wie die Werftarbeiter, Rentneraktivisten und linken Gewerkschafter. Deren Protest habe zweimal so viele Menschen auf die Straße gebracht, wie der „Carnival against Capitalism“. Die Frage stelle sich, warum in der City nicht Menschen protestiert hätten, die von den „Machenschaften“ der dort ansässigen Firmen und Institutionen betroffen seien, deren „Communités“ eine lange Tradition des Widerstands kennen und mit denen in der Vergangenheit ja auch zusammengearbeitet wurde.<sup>78</sup> Das „Lancaster J18-Collective“ setzt dem „Carnival against Capitalism“ eine Strategie entgegen, die sich einzelne Schlüssel-einrichtungen der gegenwärtigen Globalisierung des neoliberalen Kapitalismus als Ziel einer Aktion vornimmt. Damit will sie die Taktik der „single-issue“-Kampagne wiederbeleben, wie

---

<sup>76</sup> Vgl. Lancaster J18-Collective: June 18<sup>th</sup> – If I can dance it's not my revolution, in: Reflections on J18 by Reclaim the Streets, S. 9, im Internet: [http://www.infoshop.org/octo/j18\\_rts1.html#dance](http://www.infoshop.org/octo/j18_rts1.html#dance)

<sup>77</sup> Ebd., S. 10

<sup>78</sup> Ebd., S. 10f.



sie erfolgreich im Kampf gegen den Straßenbau verwendet wurde. Während der Geschehnisse vor dem LIFFE-Gebäude in der City hätte es Ansätze einer solchen Aktion gegeben, die aber letztlich an den Konventionen des Partykonzepts gescheitert seien, so das Kollektiv<sup>79</sup>

Ihm schweben wirksamere Methoden vor, zum Beispiel: die Arbeit einer Institution für einen Tag lahm legen, oder einen „wonderfully old fashioned“ Streikposten errichten, durch Menschen, deren Leben durch das Wirken jener Institution tagtäglich berührt werde. Lokale Gruppen könnten die Negativauswirkungen dieser Institution in ihrer jeweiligen Region bis ins letzte Detail schildern und so die Argumente untermauern, mit denen die Störung legitimiert werden könne. Die Informationen ließen sich nicht nur über die „alternativen“ Medien wirkungsvoll verbreiten, sondern im Gefolge des 18. Junis auch über die kommerziellen Kanäle. Alle sechs Monate könnte die anzugreifende Institution gewechselt werden, und es bestände die Möglichkeit, die Verbindungen zwischen den einzelnen Konzernen und Organisationen zu erklären und deutlich zu machen. Mit dieser Strategie sollte auch nicht mehr die als Ziel ausgesuchte Lokalität verheimlicht werden. Diejenigen, die an einer Aktion teilnehmen, müssten wissen, warum sie sich an einem konkreten Ort befänden, und dass es die Absicht sei, die ausgewählte Einrichtung zum Erliegen zu bringen. Anstatt die Energie im Kampf gegen etwas konturloses Großes zu verschwenden, würden die AktivistInnen auf einen Punkt fokussieren, an dem „das System“ am schwächsten sei.<sup>80</sup>

Im Gegensatz zu Brünzels plädiert das „Lancaster J18-Collective“ für eine Zuspitzung der Fronten zwischen AktivistInnen und den gegnerischen RepräsentantInnen des Staates oder der Wirtschaft. Die Bekanntgabe eines bestimmten Zielobjekts der eigenen Aktion würde unweigerlich zu einer erhöhten Aufmerksamkeit der Polizei führen. Doch die polizeiliche Verteidigung eines Gebäudes von multinationalen Konzernen oder einer Börse, schon Wochen bevor lokale Gruppen die Negativeffekte der Einrichtungen öffentlich gemacht hätten, könnte die Rolle der Polizei als Marionetten des privaten Kapitals einem breiteren Kreis von Sympathisanten deutlich vor Augen führen. Dieser, auch wenn er weit davon entfernt wäre, auf die Straße zu gehen, könnte die Telefon- und Faxleitungen der betreffenden Einrichtung blockieren, die Mailboxen verstopfen oder gar Hackerangriffe auf die EDV der Einrichtung starten. Je mehr Unterstützung auf diese Weise erfolge, behauptet das „Lancaster J18-Collective“, desto geringer falle die zu erwartende Repression aus, zumal, wenn die gleiche Zahl an TeilnehmerInnen wie am 18. Juni sich auf die Störung der Arbeit einer bestimmten Institution konzentrieren würde. Gerade eine gute Begründung dafür, warum ein bestimmtes Unter-

---

<sup>79</sup> Ebd., S. 13

<sup>80</sup> Ebd., S. 11f.

nehmen oder eine Börse stillgelegt werden solle oder dessen Belagerung in Aussicht gestellt werde, zwingt die Seite des Kapitals und des Staates dazu, eine Gegenposition zu artikulieren. Die Menschen könnten sich nun für die eine oder andere Seite entscheiden, was den AktivistInnen eine immense Stärke verleihe. Am 18. Juni, so das Argument des Kollektivs, konnten die Beschäftigten der City während der friedfertigen „Party-Phase“ auftreten, als ob sie den Aktionstag begrüßten. Sie brauchten zu keiner Zeit ihren Anteil an den globalen Verwüstungen zu verteidigen, weil sie gar nicht dazu aufgefordert wurden.<sup>81</sup> Die „Party als Protest“-Strategie würde trotz ihrer Fähigkeit, eine größere Zahl von TeilnehmerInnen zu mobilisieren, riskieren, eine politische Leere im Widerstand herbei zu führen:

„As one of the people that occupied Freshfields law firm in the City of London on June 18<sup>th</sup>, I found their reporting (der FirmenmitarbeiterInnen) of our action very telling: “Freshfields has been stormed by the protestors waving banners and playing bongo drums! The dancing is pretty dreadful but it’s made for an exciting morning”. The time of us dancing to their tune should be over. I’m not interested in making their work exciting – but stopping it.”<sup>82</sup>

Der zitierte Aktivist macht deutlich, dass in diesem Fall der karnevalistischen Aneignung keine Verschiebung der Codes über symbolische Grenzen stattgefunden hat. Vielmehr diente die Abwechslung den Bankern dazu, ihren Arbeitsplatz als spannend zu bewerten.

Beide vorgestellten Positionen sehen also das Konzept des „Carnival against Capitalism“ als gescheitert an, wenn auch aus jeweils unterschiedlichen Gründen. Für Brünzels ist in einer Gesellschaft, in der sich Herrschaftsverhältnisse in den Beziehungsnetzen zwischen den Subjekten gegenseitig überlagern, in der diese Verhältnisse inkonsistent sind, und es somit kein klares „unten“ und „oben“ gibt, der Karneval ein adäquates Mittel der transitorischen Verschiebung von Machtpositionen. Die Ereignisse in der City hätten jedoch eine Polarisierung hervorgebracht, deshalb die Fronten geklärt und es nicht geschafft, die Ordnung zu durchbrechen. Umgekehrt behauptet das „Lancaster J18-Collective“, dass die Fronten durch den „Carnival“ nicht genug herausgestellt worden sind, weshalb der Arbeitsbetrieb der City-Institutionen letztlich unbehindert blieb. Es hätte einer Mobilisierung eines breiteren Protestpotenzials bedurft, das „real“ von der herrschenden Produktionsweise betroffen sei.

Hier werden die Angehörigen der Rave Culture gegenüber der traditionellen Position von widerständig ihre Interessen vertretenden ArbeiterInnen herabgesetzt. Dabei können sich beide „Communities“ personell überlappen, und beide sind im Alltag in je spezifischer Weise den Zumutungen kapitalistischer Verhältnisse ausgesetzt. Diese werden auch nach dem Ende von

---

<sup>81</sup> Ebd., S. 12

<sup>82</sup> Ebd., S. 13

Einzelaktionen, seien sie nun militanter oder karnevalesker Gestalt, weiter wirken. Der Wunsch nach einer substanzielleren klassenorientierten Konfrontation mit den RepräsentantInnen am Ort ihres machtvollen Handelns ist genauso romantisch wie die Vorstellung des spontan überbordenden Karnevals. Beide bleiben symbolische Proteste, denn der Militanz werden durch polizeiliche Maßnahmen die Grenzen gesetzt und der Karneval erschöpft sich rasch mit seiner Ritualisierung. Im Rückblick war der „Carnival against Capitalism“ immerhin darin erfolgreich, in seinem Anschluss weitere Proteste gegen Instanzen der ‚neoliberalen Globalisierung‘ inspiriert zu haben.

## 6 RTS London nach dem 18. Juni 1999

Im folgenden Kapitel möchte ich darstellen, wie sich RTS London im Kontext des Erstarkens der globalisierungskritischen Bewegung und nach dem 18. Juni selbst positioniert und seine Aktionsstrategien und Methoden dabei aufs Neue überdacht hat. So lässt sich beobachten, dass zeitgleich zu den Anti-WTO-Protesten in Seattle, RTS London mit Gewerkschaftsgruppen und anderen Initiativen eine eher konventionelle Kundgebung zum dritten „Global Action Day“ abhielt. Kleinere Gruppen aus dem RTS-Zusammenhang führten „direct actions“ zu „single issues“ durch; wie zur drohenden Privatisierung der U-Bahn und zur Unternehmenspolitik des BP-Konzerns. Schließlich revidierte RTS London sein Konzept der Massenaktion völlig, als es von der „street party“ mit Sound-System Abstand nahm und für den „Mayday 2000“ zu einem „Guerilla Gardening“ aufrief. Mit ihm sollte der Gefahr einer passiven, konsumeristischen Haltung der TeilnehmerInnen begegnet werden. Diese wurden dazu aufgefordert, mit „Pflanzkelle, Blumensamen und Phantasie bewaffnet“ den städtischen Raum in eine soziale und ökologische Oase zu verwandeln.<sup>1</sup> Zugleich sollten in der Aktion alle bisherigen räumlichen Bezugsrahmen von RTS London gebündelt werden, mit dem Treffpunkt „Parliament Square“ nicht zuletzt auch der Nationalstaat, der von RTS weiter als wichtiger Akteur der kritisierten politischen und ökonomischen Entwicklungen erachtet wurde. Auch die 1.Mai-Aktionen hatten einen massiven Polizeieinsatz zur Folge und ein negatives Echo in den Massenmedien. Die interne Diskussion um zukünftige Aktionsformen dauerte an. Aus dem RTS-Zusammenhang lösten sich TeilnehmerInnen, um stärker aktiv an den Gipfelprotesten der globalisierungskritischen Bewegung wie in Prag, Göteborg und schließlich Genua teilzunehmen. Bei diesen Großereignissen wurden unterdessen einzelne Elemente des „street party“- oder „carnival“-Konzept aufgenommen. RTS London selbst plante nach dem 1. Mai 2000 keine weitere Massenaktion mehr.

### 6.1 Der Protest von Seattle und sein Echo

Anlässlich der dritten Konferenz der World Trade Organisation im US-amerikanischen Seattle sollten am 30. November 1999 erneut an verschiedenen Orten der Welt Aktionen stattfinden, die sich gegen die von der supranationalen Organisation verfolgten Ziele der Liberalisierung des Welthandels und der Privatisierung staatlicher Aufgaben wendeten.<sup>2</sup> In Seattle selbst

---

<sup>1</sup> Vgl. Text aus Flugblatt. „Mayday 2000 – This is not a protest...“ von RTS London

<sup>2</sup> RTS London listet auf seiner Seite unter <http://www.rts.gn.apc.org/archive.htm> folgende Protestorte auf (es gibt hier allerdings mit Ausnahme von Seattle und London keine Links zu anderen Erlebnisberichten): Genf (am 16. und 17. Nov.), New Delhi in Indien, Manila auf den Philippinen (24. November, Athen in Griechenland, New York (26. Nov.), Long Beach, Baltimore, Nashville und Washington D.C: in den USA, Rom, Padua (27. Nov.)

protestierten rund 100.000 Menschen gegen die WTO-Politik. Die Stadt erlebte die größte Demonstration in den USA seit dem Ende des Vietnamkriegs. Die Polizei ging mit Tränen- und Pfeffergas gegen Tausende von Menschen vor, die Straßen und Hoteleingänge blockiert und so einen reibungslosen Ablauf der WTO-Konferenz verhindert hatten.<sup>3</sup>

Frederike Habermann stellt fest, dass sich in den USA im Vorfeld der Ereignisse von Seattle, ohne einen direkten, organisatorischen Zusammenhang mit „People Global Action“, ähnliche Formen der politischen Praxis herausgebildet hatten wie sie auch von den Gruppen im PGA-Netzwerk entwickelt wurden. Das „Direct Action Network“- (DAN)-Center wurde zum Ausgangs- und Anlaufpunkt für alle AktivistInnen des radikalen Widerstandes in Seattle. Gerade weil vorher keine Struktur existierte, waren Leute aus allen Teilen der USA und Kanada einige Wochen vorher zusammengekommen, hatten ihre Erfahrungen ausgetauscht und das DAN-Center aufgebaut. Den Erfolg von Seattle macht Habermann daran fest, dass sich die radikalen Positionen nicht verwässerten. Die „direct action“-Gruppen auf der einen Seite und die Gewerkschaften sowie gemäßigte Nichtregierungsorganisationen auf der anderen Seite machten keine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners, sondern agierten, von unterschiedlichen Standpunkten, aus Hand in Hand.<sup>4</sup>

Der kanadische Geheimdienst sah die Geschehnisse von Seattle in der unmittelbaren Nachfolge des „Global Action Day“ am 18. Juni, dessen Epizentrum er in der Londoner City verortete.<sup>5</sup> In einem Report führt er das Gesamtkonzept der Proteste von Seattle zu einem guten Teil auf das Handlungsrepertoire von „Reclaim the Streets“ zurück:

„The new protest phenomenon has been characterized by the broad range of interests which have come together to conduct the demonstrations with minimal dissension. 'Reclaim the Streets', a UK-based initiative that originated with street parties or 'raves' in the mid-1990s, is a tactical concept that protestors have adopted to promote their causes en masse, and which gave rise to the massive gatherings at Seattle and Washington. The methodology has been remarkable in terms of organization, especially because a central 'director' is not evident and, in part, the resulting lack of infighting has been the secret of success. Like the Internet itself, the anti-globalist movement is a body that manages to survive and even thrive without a head. However, radical elements and extremists are

---

und Milano (27. Nov.) in Italien, mehrere, nicht lokalisierte Aktionen in Frankreich, Brisbane in Australien, Cardiff und Bangor in Wales, Halifax, Leeds, Manchester, Totnes in England, Limerick in Irland, Island, Narmada und Bangalore in Indien, Schiphol/Amsterdam in den Niederlanden, Berlin in Deutschland und Tel Aviv in Israel.

<sup>3</sup> Vgl. Larry Elliott/John Vidal: Battle of the Seattle streets, in: *The Guardian*, London 1 Dezember 1999, S. 1

<sup>4</sup> Vgl. Friederike Habermann, 2002, S.146

<sup>5</sup> Vgl. Canadian Security Intelligence Service: Report 2000/08 – Anti-Globalization – A Spreading Phenomenon, August 22, 2000, S. 1, im Internet : [http://www.csis-scrs.gc.ca/eng/miscdocs/200008\\_e.html](http://www.csis-scrs.gc.ca/eng/miscdocs/200008_e.html)

taking advantage both of the absence of a controlling element and the events themselves to indulge in violence, which is not the stated intent of demonstration participants.”<sup>6</sup>

## 6.2 Londoner Ereignisse am 30. November 1999

Während die Aktionsstrategien von RTS London sich globalisierten und die neue Bewegung inspirierten, fokussierte die Gruppe selbst auf „direct actions“ zu konkreten Themen. Zusammen mit der London Strike Support Group, dem London Regional Council of the Rail Maritime and Transport Union und der „Campaign Against Tube Privatisation“ rief RTS London zu einer Kundgebung unter dem Motto „Reclaim the Railways“ vor der Euston Station<sup>7</sup> auf. Diese sollte den Zusammenhang zwischen der schon vollzogenen und noch geplanten Entstaatlichung der Transportsysteme Großbritanniens und den von der WTO forcierten Prozessen der ökonomischen Deregulierung herstellen.<sup>8</sup> Schon im Vorfeld schürten Presseberichte die Furcht vor der Wiederholung der Ereignisse des 18. Juni. Die Tageszeitung *The Times* lancierte die Meldung, dass RTS für die Anti-WTO-Proteste vorsorglich ein Arsenal an CS-Gas und Elektroschockwaffen angelegt habe.<sup>9</sup> Die Kritik seitens der Presse und mehrerer Politiker am Vorgehen der Polizei während des Karnevals durch den Finanzdistrikt, veranlasste die City of London Police und die Metropolitan Police dazu, 3000 Beamte für einen gemeinsamen Einsatz in einer Kostenhöhe von 1,5 Millionen Pfund bereit zu stellen. Firmen, die schon am 18. Juni Ziel des Protests waren, gaben mehrere tausend Pfund für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen aus. Geschäfte schlossen oder wurden mit Brettern vernagelt. Insgesamt sollen öffentliche und private Ausgaben zur Verminderung von Sachschäden und zur Eindämmung möglicher Unruhen drei Millionen Pfund betragen haben.<sup>10</sup>

Am Vormittag fanden kleinere Proteste auf dem Trafalgar Square und vor der Downing Street statt; auf der Oxford Street gelang einer Personengruppe ein kurzes Sit-In.<sup>11</sup> Danach begaben sich die DemonstrantInnen zur Euston Station, vor der schon seit dem Morgen AktivistInnen Flugblätter an Fahrgäste und PassantInnen verteilten. Schließlich füllte sich gegen 17 Uhr der Bahnhofsvorplatz mit rund 2000 Menschen. Rhythmen einer Sambaband wechselten sich mit Redebeiträgen von RepräsentantInnen verschiedener Kampagnen ab. Diese

---

<sup>6</sup> Ebd., S. 6

<sup>7</sup> In unmittelbarer Nähe der Euston Station befindet sich die Konzernzentrale von Railtrack, der privaten Betreiberin des britischen Schienennetzes, die von PrivatisierungsgegnerInnen für die zahlreichen, schweren Bahnunfälle in Großbritanniens jüngster Vergangenheit verantwortlich gemacht wird.

<sup>8</sup> Vgl. Anonym: N30 1999 – UK: London, im Internet: <http://bak.spc.org/N30london/index.html>

<sup>9</sup> Vgl. Edin Hamzic (“additional” reporting by Mark Macaskill): City anarchists stockpile arms, in: *The Times*, London, October 17, 1999

<sup>10</sup> Vgl. Adam Sherwin: Protecting London cost £ 1m more than riot damage in June, in: *The Times*, London 1. Dezember, 1999

drehten sich nicht nur um die Transportpolitik, sondern um eine ganze Reihe von Themen, die mit den Strategien und Zielen der WTO verknüpft sind. Ein Sprecher des „Genetic Engineering Network“ informierte über das Interesse der Hersteller von genetisch modifizierten Lebensmitteln am Freihandel. „Voices in the Wilderness“ kritisierten die britische und die US-Regierung für ihre ökonomischen Sanktionen gegen den Irak, da diese in der Hauptsache die Bevölkerung in Mitleidenschaft ziehe. Die „Campaign Against the Arms Trade“ prangerte den Waffenexport von britischen Unternehmen und die vermeintlich ethischen Zielen dienende, interventionistische Außenpolitik Großbritanniens an. Ein weiterer Sprecher forderte die Freilassung des in den USA wegen Mordes an einem weißen Polizisten verurteilten und inhaftierten Journalisten und Ex-Black Panther-Mitglieds Mumia Abu-Jamal. Ein Sprecher von „Reclaim the Streets“ betonte schließlich die Rolle der Welthandelsorganisation als Katalysator für die kapitalistische Globalökonomie und deren Auswirkungen und erwähnte das Anwachsen einer neuen, internationalen Solidarität zwischen den Basisbewegungen, die gegen dieses System kämpfen.

Als die Veranstaltung nach zwei Stunden beendet war, drangen die ersten Berichte über das polizeiliche Vorgehen gegen die DemonstrantInnen in Seattle zu den KundgebungsteilnehmerInnen vor der Euston Station durch.<sup>12</sup> Laut Polizeibericht löste sich daraufhin eine Gruppe von 150-200 DemonstrantInnen von der Masse, zielte mit Wurfgeschossen auf die Polizeilini-  
en, rannte auf diese zu und geriet in Rangelei mit einer Einheit von Beamten in Kampfmontur.<sup>13</sup> In der Folge herrschte unter den übrigen TeilnehmerInnen Uneinigkeit über das weitere Verhalten. Einige suchten die offensive Konfrontation mit der Polizei, andere plädierten für passiven Widerstand und eine dritte Gruppe bevorzugte einen Rückzug. Schließlich richtete sich die Aufmerksamkeit der militanten ProtestlerInnen auf ein Zivilfahrzeug der Polizei. Sie schmissen es um und steckten es in Brand, was andere Anwesende vergeblich zu verhindern versuchten. Die Polizei nahm die Tat zum Anlass, die Euston Road endgültig zu räumen. Die rund 500 verbliebenen DemonstrantInnen teilten sich in drei Gruppen. Die erste versuchte bis zu ihrer Zerstreuung mehrmals Sitzblockaden auf der Straße vor dem King's Cross-Bahnhof durchzuführen, die zweite verblieb zu Trommelrhythmen tanzend vor der Polizeilinie in einer Seitenstraße, die dritte wurde von einer dreifachen Polizeikette eingekesselt. Die Eingeschlossenen konnten den Kessel erst verlassen, nachdem ihre Personalien festgestellt und Fotos gemacht wurden. Während der Ausschreitungen fanden 38 Festnahmen statt, vier

---

<sup>11</sup> Vgl. Anonym: N30: riot police clash with demonstrators (UK), im Internet: <http://www.urban75.org/archive/news095.html>

<sup>12</sup> Vgl. Anonym: N30 1999 – UK: London

<sup>13</sup> Vgl. Anonym: N30: riot police clash with demonstrators (UK)

davon in Verbindung mit den Vorgängen vom 18. Juni. Auf Seiten der Polizei gab es einen, auf der DemonstrantInnenseite sechs Verletzte.<sup>14</sup>

### 6.3 „Guerilla Gardening“

Unter dem Label der Globalisierungskritik hatten innerhalb Großbritanniens sozialistische Splittergruppen und einige Autonome zu Aktionen am 1. Mai 2000 aufgerufen. Die angekündigten Proteste wurden jedoch weder örtlich noch inhaltlich konkretisiert. An diesem Datum sollte keine Konferenz von multilateralen Organisationen oder von Staats- und Regierungschefs stattfinden, die das PGA-Netzwerk zum Anlass hätte nehmen können, um für einen weltweiten Protest zu mobilisieren.

Die RTS-AktivistInnen hätten ihre nächste eigene Massenaktion nach Seattle gerne wieder im Rahmen koordinierter Aktionen an verschiedenen Orten der Welt durchgeführt, wie es am 18. Juni geschehen war, und eine breitere Koalition von Gruppen erreicht:

„Initially RTS wanted Mayday to be an action involving lots of groups, not simply RTS. This followed from J18 which aimed for a similar idea – i.e. lots of groups working on autonomous actions in the morning and then RTS organising the carnival in the afternoon. On June 18<sup>th</sup>, although there were numerous totally inspiring autonomous actions, the mass RTS action still dominated the media and became the main focus for the activist community. This time there was a desire to build a real coalition and for us all to work together on numerous action. We made a date for an open meeting inviting other groups to join and discuss possibilities for actions. The meeting took place but it failed to move forward with any real plans as a coalition.“<sup>15</sup>

Die RTS-AktivistInnen gaben der Socialist Workers Party (SWP) die Schuld für das Nichtzustandekommen eines breiteren Bündnisses. Letztere wollte mit ihrer Agenda des Klassenkampfes die Dynamik der neuen Bewegung nutzen und den Tag der Arbeit als schon seit Beginn des Jahrhunderts bestehenden „Global Action Day“ neu für sich besetzen.

„This was partly due to the presence of the SWP who were trying to jump on the ‚anti-capitalist‘ bandwagon which had totally taken them by surprise on J18. They wanted everyone to join the traditional left march on the day, for obvious reason we wanted to do something a bit different and a lot more imaginative.“<sup>16</sup>

Verschiedene Gruppen, so der deutsche Politikwissenschaftler und „Mayday2000“-Augenzeuge Dieter Rucht (2000), bereiteten schon Monate vorher ein Rahmenprogramm um

---

<sup>14</sup> Vgl. Anonym: N30 1999 – UK: London

<sup>15</sup> Vgl. Mayday! Mayday! –Visions, Collisions and Reality, London 2000, S. 6. (Textsammlung, die innerhalb von RTS in Umlauf gebracht wurde)

<sup>16</sup> Ebd., S. 2.



den zu erwartenden, zentralen Protest am 1. Mai vor. Dazu gehörte eine Radfahrerdemo von „Critical Mass“ mit Start in Southbank, eine Fußgängertour mit Hinweisen auf historische Wegmarken der radikalen Linken, ein Filmfestival und eine zweitägige anti-kapitalistische Konferenz zu den Hintergründen von Globalisierung und weltweiter Ausbeutung sowie des darauf gerichteten Widerstands.<sup>17</sup>

RTS London glaubte, mit der eigenen Teilnahme an den 1. Mai-Ereignissen verhindern zu können, dass es zu Ausschreitungen und anderen destruktiven Aktivitäten komme und dadurch die Agenda des „Widerstandes gegen die neoliberale Globalisierung“ geschwächt werden würde.<sup>18</sup>

Die Frage der Gewalt spielte in den Vorbereitungen für den 1. Mai eine große Rolle, hatten die Auseinandersetzungen am Rande des „Carnival against Capitalism“ im Juni und die Straßenschlacht vor der Euston Station doch auch innerhalb des personellen Netzwerks von RTS London unterschiedlichste Reaktionen hervorgerufen - vom Wunsch nach Distanz zu Steinerwerfern bis hin zur Akzeptanz von Destruktion als adäquatem Mittel der Störung. Aufgrund der Annahme, die Polizei würde, aufgestachelt durch die Panikmache der bürgerlichen Presse, diesmal noch rigoroser und vorzeitiger gegen eine RTS-Aktion vorgehen, wollte RTS diesmal das eigene Vorhaben ausdrücklich nicht als Protest, sondern als proaktives, konstruktives Handeln verstanden wissen. Gärtnerische Aktivitäten schienen aus der Sicht von RTS London den Ordnungskräften nur wenig Anlass zu geben, um AktivistInnen körperlich anzugehen.<sup>19</sup> In den Wertvorstellungen der britischen Bevölkerungsmehrheit sind sie zudem äußerst positiv als wichtiger Bestandteil der nationalen Kultur besetzt. RTS plante ein „Guerrilla Gardening“, das seinen Ausgang vom Parliament Square neben Westminster nehmen sollte. Es war aber nicht als Beweis der eigenen Respektierlichkeit gegenüber dem „Mainstream“ gedacht. Vielmehr wollte RTS damit wieder den ökologischen Aspekt des Kampfes gegen die neoliberale Globalisierung ins Bewusstsein rücken. In einem RTS-Flugblatt mit einer Auflage von 10.000 Stück, heißt es: „Guerrilla Gardening is not a protest; by it's very nature it is a creative peaceful celebration of the growing anticapitalist movement“ (siehe auch Abb. B. und c. auf S. IX).<sup>20</sup>

Erneut ging es RTS um die Zerstörung der Vielfalt des städtischen Lebensraumes im Sinne eines Verlusts an Biodiversität, verursacht durch die ökonomischen Prozesse. Es sollte aber auch die ungleiche Verteilung von grünen Ressourcen zwischen armen Innenstadtbewohnern

---

<sup>17</sup> Vgl. Dieter Rucht: Antikapitalistischer und ökologischer Protest als Medienereignis: zur Resonanz der Proteste am 1. Mai 2000 in London, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 2000, Seite 12f.

<sup>18</sup> Vgl. Mayday! Mayday! –Visions, Collisions and Reality, 2000, S. 2

<sup>19</sup> Ebd. S. 7

und den Grundbesitzern außerhalb der Metropole thematisiert werden.<sup>21</sup> Ein Report in der Tageszeitung *The Independent* verdeutlicht die Pläne und Handlungsmotive für das „Guerilla Gardening“. In dem Bericht wird ein Organisator von „Reclaim the Streets“ zitiert, der den Sinn der Aktion erläutert:

„The Guerilla Gardening action is important because it shows we're not just against things. It's not focused on the WTO or the IMF or whatever...We want to create an alternative. The gardening action is about everyone participating. It's an experiment in taking back urban land and using it freely – as a meeting space, as a provider of food.“<sup>22</sup>

Dem Saatgut sollte quasi eine Subversivität verliehen werden, in dem dieses an den überraschendsten Stellen keimen und die urbane Ödnis wieder begrünen würde, nach dem AktivistInnen es gesät hatten. Als Auftakt einer solchen längerfristigen Praxis war das „Guerilla Gardening“ vorgesehen. Angestrebt wurde die größtmögliche Partizipation der TeilnehmerInnen. Es mussten sich „die Hände schmutzig gemacht werden“, um der Aktion zum Erfolg zu verhelfen. In einem Flugblatt von RTS wird unter dem Motto „Resistance is fertile“ zur Aktion aufgerufen:

„Armed with trowels, seeds and imagination, the idea is to garden everywhere and anywhere. An urban adventure at the threshold of nature and culture, Guerilla Gardening is taking back our own time and space from capital. Guerilla Gardening is creative autonomous work, work that is about LIVING, not 'working' to 'make a living'. Guerilla Gardening is not a street party. It is an action demanding everyones participation and preparation. An adventure beyond spectating!“<sup>23</sup>

Dies geschah auf dem Hintergrund, dass in den Augen der RTS-AktivistInnen weiterhin die Gefahr einer Ritualisierung ihrer „direct action“ und einer Passivität vieler Schaulustiger drohte. Zum ersten Mal wurde deshalb auch ganz auf ein mobiles Sound-System verzichtet. Repräsentierte dieses bei früheren Aktionen noch den Widerstand der Rave-Szene gegen die erfahrene Repression durch die Strafverfolgungsbehörden, wurde sein animatorischer Charakter jetzt als hinderlich für eine phantasievolle Teilnahme erachtet. Nun sollten akustische Instrumente den Ton angeben, um einen Maibaum getanzt und Speaker's Corners nach dem Vorbild im Hyde Park eingerichtet werden, an denen jeder seinen Unmut über die gesellschaftlichen Bedingungen artikulieren konnte.

RTS London hoffte zudem auf zahlreiche Aktionen an mehreren Stellen der Stadt sowie des Landes:

---

<sup>20</sup> Vgl. Dieter Rucht, 2000, Seite 13f.

<sup>21</sup> Vgl. Mayday! Mayday! –Visions, Collisions and Reality, 2000, S. 7.

<sup>22</sup> Vgl. Dieter Rucht: 2000, Seite 13

„The picture from the Mayday 2000 action meetings was that other actions would be going on in London on Mayday. As a result of these meetings RTS initially understood, and hoped, that the ‚Guerilla Gardening‘ would be a local London action, attended only by those in and around London and interested in gardening. This brings up the whole problem of being a London group, i.e. working in the capital. Inevitably any action we do tends to have national significance even if we try to localise it! In hindsight it seemed naive to think that any action with RTS name on it and taking place in London, could remain ‚local‘. It also became clear that other groups were not working on actions in London and that the RTS action would once again become the main focus.“<sup>24</sup>

Letztendlich implizierte das auch die Wahl des Ortes für das „Guerilla Gardening“. RTS London wollte schließlich verdeutlichen, dass es die nationalstaatlichen Institutionen weiterhin als bestimmende Akteure der kritisierten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen betrachtete. Mit seinem Anti-Etatismus brachte sich RTS London in Gegensatz zu den ebenfalls für den 1. Mai mobilisierenden sozialistischen Gruppen, die eine Rückkehr staatlicher Macht über privatwirtschaftliche Interessen als Zielvorstellung artikulierten. Vor dem Aktionstag forderten Gruppen aller Schattierungen die Überwindung von partikularen Kämpfen gegen den Neoliberalismus und Kapitalismus sowie eine Verknüpfung arbeitsweltlicher Themen mit der Ökologie und der Verbreiterung politischer Partizipation. Auf der Rückseite eines RTS-Flyers wird der 1. Mai als „traditionsreicher Global Action Day“ gefeiert, der die Kämpfe, Thematiken und Ziele vereint:

„MAYDAY is RED for international workers day, GREEN for Beltane – the ancient fire and fertility festival that signals transformation and rebirth, and BLACK for the anarchists executed for their part in trying to bring about a shorter working day with enormous strikes on Mayday 1886. MAYDAY is a time when RED, GREEN, BLACK converge – a catalyst for hope and possibility... MAYDAY is our day – a day to celebrate the reality of our desires...“<sup>25</sup>

In der Realität blieb es bei parallelen Auftritten von AktivistInnen auf der antikapitalistischen Konferenz, denn, so stellt Rucht fest, im Vorfeld gab es Unstimmigkeiten über Ausrichtung und Schwerpunkte der 1.Mai-Aktionen. So hatte sich RTS London ganz auf das „Guerilla Gardening“ konzentriert, während andere Gruppen wie die Socialist Workers Party, Anarchisten und die gewerkschaftliche Linke von dieser Aktion weniger hielten.<sup>26</sup> Das lose Bündnis von linksradikalen Gruppen unterschiedlichster Ausrichtung, dessen Kern aus Anarchisten und autonomen Gruppen besteht, verteilte ein doppelseitiges Flugblatt mit der Kopfzeile „Mayday

---

<sup>23</sup> Vgl. Text aus Reclaim the Streets-Flugblatt. „Mayday 2000 – This is not a protest...“

<sup>24</sup> Vgl. Mayday! Mayday! –Visions, Collisions and Reality, 2000, S. 2.

<sup>25</sup> Vgl. Text aus Reclaim the Streets-Flugblatt: „Essential – information to enhance your Guerilla Gardening Experience...“

<sup>26</sup> Vgl. Dieter Rucht: 2000, S. 12f.

2000 – A Festival of Anti-Capitalist Ideas & Action“. Dieses informierte auf der Vorderseite über alle geplanten Aktivitäten, mit Ausnahme des „Guerilla Gardening“. <sup>27</sup> Das erklärt auch die räumliche Aufspaltung der Proteste. Sozialistische und gewerkschaftliche Zusammenhänge organisierten ihre eigene Demonstration auf dem Trafalgar Square. Autonome und Anarchisten wechselten zwischen den Schauplätzen hin und her, während ökologisch orientierte 1. Mai-TeilnehmerInnen sich auf die RTS-Aktion beschränkten. <sup>28</sup>

Aus Anlass der 1. Mai-Aktionen taten rund 5500 Beamte der Metropolitan Police Dienst, 9000 weitere wurden in Alarmbereitschaft gesetzt. Es handelte sich dabei um den größten Polizeieinsatz in der Londoner Geschichte seit 30 Jahren. <sup>29</sup> Es wird berichtet, dass die Polizei noch am Vorabend die Grünfläche auf dem Parliament Square unter Wasser gesetzt hatte, um die „Guerilla Gardeners“ davon abzuhalten, sich darauf niederzulassen. <sup>30</sup>

Am Vormittag des 1. Mai fand vor einer McDonald's-Filiale ein „Carnival against Junk Food“ statt. TierschützerInnen und Anti-Gen-Food-AktivistInnen verteilten zusammen mit dem bekannten französischen Bauern und Globalisierungskritiker José Bové kostenlose Vegi-Burger, als Alternative zu agroindustriellen und genetisch modifizierten Produkten. <sup>31</sup>

Als der Parliament Square sich gegen 11 Uhr zu füllen begann, erkletterten AktivistInnen die Laternenpfähle und spannten Banner mit Aufschriften wie „Resistance is fertile“, „London sprouts“ und „Capitalism is pants“ auf. Zur gleichen Zeit kam auch der „Critical Mass“-Fahrradtross auf dem Parliament Square an. Er war vom Hyde Park aus durch mehrere Hauptverkehrsstraßen des Stadtzentrums gefahren. Danach begannen die GärtnerInnen Rasenstücke in der Platzmitte zu entfernen und auf den Asphalt zu legen. Sie düngten den Boden, streuten Hanfsamen aus und pflanzten Gemüse und Blumen. Ein Teich wurde angelegt und ein Maibaum aufgestellt, um den Kinder und Erwachsene herumtanzten. Die OrganisatorInnen des Independent Media Centre (IMC) richteten frei zugängliche Computer-Terminals ein, von dem aus 1. Mai-TeilnehmerInnen Augenzeugenberichte ins Internet stellen konnten. Die friedliche Stimmung wurde durch die Rhythmen einer Sambaband getragen (siehe Abb. e.

---

<sup>27</sup> Ebd., S. 14

<sup>28</sup> Ebd., S. 12f.

<sup>29</sup> Vgl. Will Woodward/Paul Kelso/John Vidal: Protests erupt in Violence, in: *The Guardian*, 2. Mai 2000, S. 1, John Vidal spricht sogar von 30.000 Beamten, die während der 1. Mai-Ereignisse in Bereitschaft standen oder zum Einsatz kamen. Vgl. John Vidal: Ben threw the first stone – and the garden party became a running battle with police, in: *The Guardian*, 2. Mai 2000, S. 3.

<sup>30</sup> Vgl. Anonym: Mayday2k – update for Mayday action – Updated 02.05.2000, im Internet: <http://www.urban75.org/mayday/010.html>

<sup>31</sup> Vgl. Anonym: IndyMedia UK Mayday Report – precis of reports received, im Internet: <http://www.urban75.org/mayday/0110.html>

auf S. X).<sup>32</sup> Die auf dem Platz anwesende Menge wurde in der Hochphase des Geschehens auf 10.000 Menschen geschätzt (siehe Abb. a. auf S: X).<sup>33</sup> Die Presse berichtete von 4.000 ProtestteilnehmerInnen im Stadtzentrum.<sup>34</sup>

Nachdem sich die Sambaband in Bewegung gesetzt hatte und über die Parliament Street und ihre Fortsetzung Whitehall zog, wurde dieser Straßenzug zum Schauplatz von Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Personen aus dem Tross von rund 3000 Demonstranten, der hinter den Musikern herzog. Vermummte zerstörten Fenster und Mobiliar einer McDonald's-Filiale und verwüsteten auch eine Geldwechselstube.<sup>35</sup> Kurz darauf wurde das Cenotaph, ein nach dem ersten Weltkrieg errichtetes Denkmal für die gefallenen britischen Soldaten, mit Anti-Kriegsparolen besprüht. DemonstrantInnen gestalteten die am Rande des Parliament Squares stehende Churchill-Statue mit Farbe und Sprüchen um, Churchills Kopf erhielt eine Irokesenfrisur aus einem Rasenstreifen (siehe Abb. d. auf S. X). In Richtung der von einem Kordon aus Polizeibeamten abgeschirmten Downing Street, der Wohnsitz des Premierministers, wurden Flaschen geworfen.<sup>36</sup> Die Polizei riegelte Whitehall ab und drängte die DemonstrantInnen auf den Trafalgar Square, wo sich zeitgleich und in bewusster Abgrenzung zum „Guerilla Gardening“ mehrere Tausend Menschen, darunter Anhänger der Socialist Workers Party, der Kurdish Communist Party sowie maoistische Gruppen versammelt hatten. Später gelangte ein separater Zug mit Gewerkschaftsmitgliedern, unter ihnen die von Entlassungen bedrohten Arbeiter der Rover-Werke von Dagenham, auf den Platz. Auch die Sambaband und zahlreiche TeilnehmerInnen des „Guerilla Gardening“ befanden sich nun dort, als die Polizei die Menschenmenge einzukesseln begann. Alle U-Bahnzugänge wurden zugesperrt. Die Eingeschlossenen versuchten die Polizeiliniien zu durchbrechen, was ihnen nach längerem Gedrängel schließlich gelang. Die Polizei ließ die Demonstrantinnen ziehen und begleitete sie in einer langen Prozession in den südlich der Themse gelegenen Kennington Park, wo sich noch vereinzelte Rangeleien zwischen Beamten und DemoteilnehmerInnen abspielten. Kleinere in andere Richtungen ziehende Gruppen zerschlugen einige Autoscheiben und Schaufenster von Läden in der Gegend um Strand.<sup>37</sup> Auf dem Parliament Square umschloss eine Polizeikette die RTS-AktivistInnen. Nach einer Debatte unter den Eingeke-

---

<sup>32</sup> Vgl. Dieter Rucht, 2000, Seiten 6, 10 und 15f.. Vgl. auch Anonym: Mayday2k – update for Mayday action – Updated 02.05.2000. Vgl. auch Lawn and Order, in: *SchNEWS*, ISSUE 258, Friday 5th May, 2000, im Internet: <http://www.urban75.org/mayday/016.html>. Vgl. auch Anonym: IndyMedia UK Mayday Report – precis of reports received, sowie eigene Beobachtungen

<sup>33</sup> Vgl. Mayday2k – update for Mayday action – Updated 02.05.2000

<sup>34</sup> Vgl. Will Woodward/Paul Kelso/John Vidal, 2. Mai 2000, S. 1

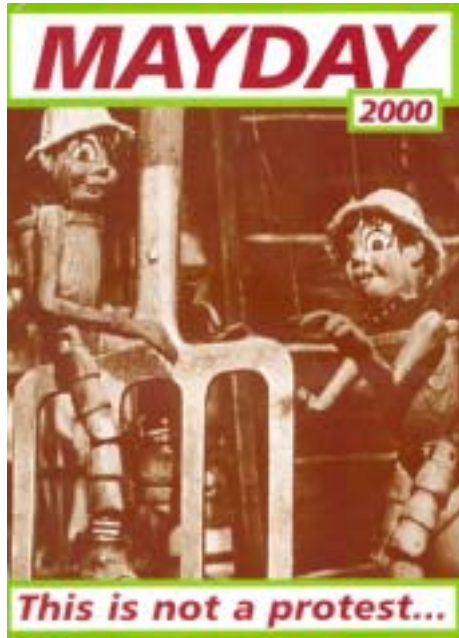
<sup>35</sup> Vgl. Dieter Rucht: 2000, S. 7f.. Vgl. auch Anonym: IndyMedia UK Mayday Report – precis of reports received. Vgl. auch John Vidal, 2.Mai 2000, S. 3.

<sup>36</sup> Vgl. Dieter Rucht, 2000, S. 8. Vgl. auch Anonym: IndyMedia UK Mayday Report – precis of reports received

'Guerilla Gardening' am 1. Mai 2000 a: auf dem Parliament Square, London  
 b/c: Flyer d: Churchill-Statue mit 'Irokesen' e: Pink & Silver - Sambatänzerin



a



b



d



c



e

selten entschieden diese sich am frühen Abend zu einem konzertierten Geschiebe, in dessen Verlauf die Beamten dem Druck der Menge zurückweichen mussten. Ein Zug von rund eintausend Menschen verließ den Platz und zog über Milbank und die Lambeth-Bridge ebenfalls zum Kennington Park, während einige hundert Menschen zurückblieben.<sup>38</sup> Um den Cenotaph herum flogen gegen 19 Uhr noch einmal diverse Wurfgeschosse auf Polizeikräfte, die mit dem Einsatz von Schlagstöcken und CS-Gas antworteten. Die Bilanz am nächsten Tag lautete: 12 Verletzte, 100 Festnahmen und ein Sachschaden von geschätzten 500.000 Pfund. Im Schnellverfahren wurden drei Urteile, jeweils über 90 Tage Haft, 14 Tage Haft mit zwölfmonatiger Bewährung sowie 14 Tage Haft ohne Bewährung ausgesprochen.<sup>39</sup>

Beim „Mayday2000“ spielte das Internet nicht nur bei der Mobilisierung, sondern auch bei der fortwährenden Berichterstattung am Tag und nach den Protesten eine wichtige Rolle.<sup>40</sup> Teilweise hatten die Augenzeugenberichte von AktivistInnen und TeilnehmerInnen Live-Charakter, weil sie den Ereignissen nur um Minuten nachhinkten. Wenig überraschend, so Rucht, fanden sich hier Darstellungen, die von denen der Boulevardpresse diametral abweichen, sich aber auch teilweise untereinander widersprachen.<sup>41</sup> Die Ereignisse auf der Whitehall, die zur massiven Intervention der Polizeikräfte führten, wurden, so Rucht, meist nur in ausschnittshaften Berichten verschiedener DemonstrantInnen und AugenzeugInnen sichtbar. Die Attacke und Zerstörung der McDonald's-Filiale und der sich daran anschließende Schlagabtausch mit der Polizei fanden dabei besondere Aufmerksamkeit. Dagegen wurde der Beschmierung des Winston-Churchill-Denkmal und des Cenotaphs keinerlei Bedeutung zugemessen, sie blieb unerwähnt. In mehreren Berichten von offenkundig nicht-militanten ProtestteilnehmerInnen wird hervorgehoben, dass die McDonald's-Filiale in Whitehall keinerlei Polizeischutz genoss, obgleich sie doch als erwartbares Ziel von Attacken gelten konnte. Erst nach einem 10- bis 15-minütigen Zerstörungsakt, als sich die Gewalt auf die benachbarte Geldwechselstube zu richten begann, erfolgte ein harter Eingriff der Polizei. Angesichts dieser Beobachtung wurden Spekulationen angestellt, dass die Zerstörung der McDonald's-Filiale bewusst einkalkuliert worden sei, um die bereits im Vorfeld herbei geredete Gewalt Wirklichkeit werden zu lassen und um damit die Proteste insgesamt in Misskredit zu bringen. Dagegen verkünden militante AktivistInnen freudige Genugtuung über die Attacke. Verschie-

---

<sup>37</sup> Vgl. Dieter Rucht, 2000, S. 7

<sup>38</sup> Ebd.. Vgl. auch Anonym: Mayday2k – update for Mayday action – Updated 02.05.2000. Vgl. auch Anonym: IndyMedia UK Mayday Report – precis of reports received

<sup>39</sup> Vgl. Dieter Rucht 2000, S. 8. Die Verurteilung im letzten Fall bezog sich darauf, dass der Täter, auf dem Sockel am Trafalgar Square befindlichen Nelson-Statue stehend, eine Plastikflasche in Richtung Polizei geworfen hatte.

<sup>40</sup> Ebd., S. 12

<sup>41</sup> Ebd., S. 14f.

dene Augenzeuginnen berichteten, dass die Polizei mit Plastikflaschen und anderen Objekte beworfen wurde. Von den in der Presse erwähnten Ziegelsteinen ist allerdings nirgends die Rede.<sup>42</sup>

Die rückblickende Bewertung der Ereignisse durch die Protestgruppen fiel entsprechend unterschiedlich aus. Es fanden sich euphorische Berichte ebenso wie scharfe Kritiken am „Guerrilla Gardening“. Vor allem aber dominierten die Kritik an den Polizei- und verfälschenden Medienberichten.<sup>43</sup> RTS London selbst zog eine positive Bilanz:

„Yesterday in London we helped remember that history (of Mayday when people struggle for their rights, livelihoods and freedom) by celebrating the potential to turn sterile areas of our city into healthy diverse and useful ecosystems. People gardened, built ponds, played in the sandpit and danced around the maypole set up in the street freed of cars...We were not protesting. Under the shadow of an irrelevant parliament we were planting the seeds of a society where ordinary people are in control of their land, their resources, their food and their decision making. The garden symbolised an urge to be self-reliant rather than dependent on capitalism. It celebrated the possibility of a world that encourages cooperation and sharing rather than one which rewards greed, individualism and competition. We are pleased that the aims of redesigning Parliament Square and involving thousands of people in pleasurable constructive work and collective decision making were achieved.“<sup>44</sup>

In den nachfolgenden Abschnitten des RTS-Fazits wird die Fixierung der Medien auf die Beschädigung von Sacheigentum hingewiesen, die in keinem Verhältnis zu anderen Formen der Gewalt stehe, die sich in der Hauptstadt und Großbritannien täglich ereigneten. RTS beklagt unter anderem den Unfalltod zahlreicher Kinder durch den Autoverkehr, die Tatsache, dass eines von drei britischen Kindern in Armut aufwächst, und die Zerstörung der Hälfte des alten Waldbestandes seit 1950. „Das ist die Gewalt, die auf den Titelseiten prangen sollte“. Eine weitere Passage widmet sich dem Graffiti auf dem Cenotaph. Es wird anerkannt, dass Millionen von Menschen ihr Leben im Kampf um die Freiheit verloren haben, aber zugleich eine Grenze gezogen:

„We respect and celebrate all those people who are, and have been, prepared to stand up to fascism, imperialism and dictatorship. That said, we do not necessarily celebrate the generals and the ruling class that send these people in their deaths in order to protect the privileges and control of the few.“<sup>45</sup>

---

<sup>42</sup> Vgl. Dieter Rucht, 2000, Seite 17.

<sup>43</sup> Ebd.

<sup>44</sup> Vgl. Reclaim the Streets: Mayday2k – RTS Statement about Mayday from Allsorts, 2<sup>nd</sup> May 2000, im Internet: <http://www.urban75.org/mayday/014.html>

<sup>45</sup> Ebd.



In der Stellungnahme des Organisationskommittees zum 1. Mai, das vor allem die traditionell sozialistische und gewerkschaftliche Linke repräsentiert, wird eine deutlich andere Meinung vertreten. Das vorliegende Dokument der Veranstalter konzentriert sich auf den Vorwurf, die Polizei habe vorherige Absprachen verletzt, indem sie den Demonstrationzug auf dem Weg zum Trafalgar Square, wo die zentrale Kundgebung stattfinden sollte, 40 Minuten aufgehalten habe. Dadurch sei Unruhe und Ärger unter den Demonstranten entstanden. Auf dem Platz selbst sei es bis zum Ende der Kundgebung friedlich zugegangen, und Probleme wären erst aufgetreten, als die Polizei eine Gruppe „antikapitalistischer Demonstranten“ – offenbar ein Begriff, meint Rucht, den die Veranstalter nicht pauschal auf sich anwenden wollten – auf den Platz gedrängt habe.<sup>46</sup> Eine knappe Stellungnahme des Independent Media Centre versuchte angesichts der Berichterstattung der etablierten Medien einige Fakten und Proportionen zurechtzurücken.

„These were not riots, these were peaceful demonstrations which were attended by a tiny minority who caused some damage. A couple of facts about the peaceful demonstrations on Mayday: Riot Police’ surrounded and held thousands of demonstrators and tourists in Trafalgar Square for several hours on Monday afternoon, without food, water or toilet facilities. Police actions were completely disproportionate to the actions of the peaceful demonstrators. Police used riot shields, long handled batons, telescopic batons and CS spray against peaceful demonstrators. Many of the police faces were hidden under balaclavas (Gesichtsmasken) and their numbers were hidden or not present. This means that it is almost impossible to make them accountable for their violent actions. American police were in evidence. It’s clear that globalisation extends not just of capitalism, but also to the control mechanisms which national use against their people.“<sup>47</sup>

Eine weitere bemerkenswerte Stellungnahme wurde im Internet von einem Protestteilnehmer veröffentlicht, der nach eigener Aussage schon seit über 20 Jahren in der anarchistischen Bewegung aktiv ist und an „Demonstrationen und Aktionen verschiedenster Art, mit unterschiedlichstem Ausmaß an Gesetzeskonformität“, teilgenommen hat:

„Don’t misunderstand – I’m all for smashing up McDonalds, the money changers & similar oppressors & can understand people wanting to have a go at the Police, though it so easily degenerates into an ineffective ritual game – which they usually win. No, what struck me most on the day was the complete lack of any sort of political activity (at least the type that wouldn’t get your picture in the Sun), or political statement, which would reach out...to show the world that Anarchism is a serious alternative – the alternative – to the pantomime of government and business we are drowning in.“<sup>48</sup>

---

<sup>46</sup> Vgl. Dieter Rucht, 2000, S. 18f.

<sup>47</sup> Ebd., S. 19

<sup>48</sup> Ebd., S. 19

Im Einzelnen kritisiert der Verfasser die „lächerliche Gartenaktion“ und fragt: „Ist es irgendwie progressiv, lebende Pflanzen (Gras) an einem unserer wenigen grünen Flecken auszureißen, auf die Straße zu werfen und als Mittelklasse-Hippies im Schlamm herumzuspielen?“ Dem Kommentator erscheint zudem die Entwürdigung des Cenotaph als moralisch nicht legitimierbar. Derartiges könne nicht als anarchistisch oder antifaschistisch bezeichnet werden. Aktionen dieser Art würden viele SympathisantInnen entfremden und dem politischen Gegner genau das geben was dieser bräuchte, um die Leute von anarchistischen Aktivitäten abzubringen: „images that show that we are just ‚vandals‘, only into the destruction, without the ability to organise the minimum of constructive activity.“ Ein Kommentar, der sich in ähnlicher Weise über die Qualität der Pflanzaktionen äußert, wurde von Indymedia am Nachmittag des 1. Mai ins Netz gestellt:

“I have to say that I find the gratuitous defacement of Parliament square to be a trifle disappointing. I am not normally one to give my support to meaningless asceticism, however, it must be apparent what a mess this particular demonstration is making. The square has be reduced to a bog full of pot holes and half dead plants, created (on the whole, it would seem) by gardening incompetents.”<sup>49</sup>

Alle diese um Korrekturen oder Kritik bemühten Stellungnahmen der ProtestakteurInnen hätten jedoch, so Rucht, keinerlei Niederschlag in der Berichterstattung von Presse, Rundfunk und Fernsehen gefunden.<sup>50</sup>

Das Vorhaben der RTS-AktivistInnen, das eigene Anliegen in der massenmedialen Öffentlichkeit als gerechtfertigt erscheinen zu lassen und damit auch Einfluss auf das Handeln der etablierten politischen Kräfte zu erlangen, sei am 1. Mai gescheitert, meint Rucht. Ob eine transnationale Protestbewegung, die kapitalismuskritisch und ökologisch ausgerichtet ist, an Breitenwirkung gewinnen könne, werde ganz wesentlich von ihrer Medienresonanz abhängen, so die These von Rucht. Diese wiederum sei nicht durch den Inhalt der Kritik determiniert, sondern werde ganz wesentlich von den Aktionsformen, der Selbstdarstellung der Protestierenden und der Beachtung, bzw. Nicht-Beachtung erwartbarer Publikumsreaktionen beeinflusst. Im Gegensatz zu Seattle musste der Londoner Protest hinsichtlich seiner öffentlichen Resonanz als Desaster gelten. Zwar erzielten die Protestierenden die maximale Aufmerksamkeit der britischen Medien, doch stießen ihre Aktionen sowohl bei der Boulevard- als auch der Qualitätspresse auf frontale Ablehnung. Der „Mayday2000“ in London dämpfe, so

---

<sup>49</sup> Ebd., S. 20

<sup>50</sup> Ebd.

Rucht, auch die mit den Ereignissen von Seattle aufgekommene Euphorie vieler Protestgruppen.<sup>51</sup>

Für Rucht ist gerade die Tatsache, dass die Aktionen in Westminster nicht im Rahmen eines weltweiten Protests anlässlich der Zusammenkunft von RepräsentantInnen der multilateralen Organisationen wie WTO, IWF und Weltbank stattfanden, dafür verantwortlich, dass die zum 1. Mai mobilisierenden, politischen Gruppierungen und Strömungen zu keinem gemeinsamen Vorgehen gelangt waren und sich die Motive des Aktionstages nur ungenügend über den Kreis der AktivistInnen hinaus vermitteln ließen. Es fehlten die Gegner, auf den sich die äußerst heterogenen Teile der britischen GlobalisierungskritikerInnen hätten beziehen können: supranationale Institutionen oder RegierungsvertreterInnen, die auf ihren Tagungen und Zusammenkünften im privatwirtschaftlichen Interesse Entscheidungen gegen die Bedürfnisse einer Mehrheit der Weltbevölkerung treffen<sup>52</sup> Die Absperrung ganzer Stadtviertel um die jeweiligen Konferenzstätten herum, wie sie in Seattle und später auch in Prag, Göteborg und Genua geschah, soll zwar den Sicherheitsbedürfnissen der Tagenden Genüge leisten, schreibt aber zudem die soziale und politische Distanz der EntscheidungsträgerInnen zu den „einfachen BürgerInnen“ in die städtischen Geographien ein. Das Durchbrechen der Verbarrikadierungen oder die Errichtung von Gegenblockaden können so zu effektiven, symbolischen Akten des Protests gegen eine herrschaftliche Politik, die in den Augen der GlobalisierungskritikerInnen keinerlei demokratische Legitimation besitzt, werden.

Mit dem „Guerilla Gardening“ ist es den RTS-AktivistInnen im Sinne einer transitorischen Qualität von „Reclaim the Streets“ durchaus gelungen, bestimmte Ritualisierungen zu vermeiden und unvorhersehbar zu bleiben. Dabei wurde bewusst die gärtnerische Aktivität, die als fester Bestandteil einer britischen Identität gilt, in den Dienst der eigenen Sache gestellt und transparent gemacht, dass nicht alle Menschen einen befriedigenden Zugang für den dafür notwendigen Raum besitzen.

Das „Guerilla Gardening“ auf dem Parliament Square wurde nicht nur von einer kleinen Schar von AktivistInnen, sondern von der Mehrheit der dort Anwesenden in die Tat umgesetzt. Die Polizei hielt sich zurück, da von den GärtnerInnen auf dem Platz keine erkennbaren Aggressionen gegen sie oder etwa die benachbarten Regierungsgebäude ausging. Die gewalttätigen Szenen spielten sich in räumlicher Distanz zum Parliament Square ab.<sup>53</sup> Hier passierte das Gegenteil: Trotz Einkesselung durch die Beamten, gelang es den RTS-AktivistInnen ohne größere Konfrontation den Platz zu verlassen. Tage nach dem „Guerilla Gardening“ traten an

---

<sup>51</sup> Ebd., S. 4

<sup>52</sup> Ebd., S. 24f.

<sup>53</sup> eigene, teilnehmende Beobachtung

verschiedenen Stellen des Parliament Square immer wieder Marihuanapflanzen und andere Gewächse durch den Rasen hervor, obwohl Arbeiter schon Stunden nach der Aktion das Geviert in der Platzmitte wieder in seinen Ursprungszustand versetzt und den Asphalt von den darauf entrollten Rasenstücken befreit hatten.

Dennoch konnte RTS London die gegenwärtigen Herrschaftstechniken, mit denen sich der Staat neu formiert und konsolidiert, im Vorfeld des 1. Mai noch weniger zur Sprache bringen als beim „Carnival“ am 18. Juni. Vielmehr wurden bestimmte Techniken durch die RTS-AktivistInnen sogar reproduziert. Sie selbst gerierten sich als Avantgarde der „direkten Aktion“, in dem sie stellvertretend für andere definierten, welche Handlungen, die größtmögliche partizipative und konstruktive Qualität beinhalten. In dem sie sich auf eine Aktion am 1. Mai einließen, ging es ihnen auch darum, dass Label „Globalisierungskritik“ in fast paternalistischer Weise von einer unerwünschten Aneignung mittels destruktiver Aktivitäten zu bewahren. Daran schließt auch eine Kritik an, die nach dem 18. Juni generell am DIY-Aktivismus geübt wurde. Dieser würde seiner Isolation Vorschub leisten, in dem er sich selbst professionalisiere und sozusagen sein Tun als Arbeit überhöhe. Damit würden neue Ausschlusskriterien geschaffen.<sup>54</sup> Das Bevorzugen eines aktivistischen Säens und Pflanzens gegenüber dem nun als zu passiv-konsumeristisch erachteten Tanzens zu den Klängen eines Sound-Systems erschien auf einmal anschlussfähig an eine kommunitaristische Rhetorik, die mit Begriffen wie Kreativität, Eigenverantwortlichkeit und Selbsthilfe versucht, Subjekte regierbar zu machen.

#### **6.4 Von der Massenaktion zurück zum „single-issue“?**

Seit dem 1. Mai 2000 hat es von RTS London keine große, im Kontext der globalen Proteste seit Genf und Birmingham stehende „direct action“ mehr gegeben. Dies hat auch mit einer Zersplitterung des konkreten personellen Netzwerks in der Folge der internen Debatte über den Sinn und Erfolg des „Guerilla Gardening“ zu tun. Es hatte sich gezeigt, dass die ursprünglich große Zustimmung zum „Guerilla Gardening“ nicht zu einer breiten Beteiligung an seiner Planung geführt hatte. Die Aktion war nur von wenigen Personen aktiv getragen worden. Zudem herrschten nun Differenzen in der Frage des Umgangs mit der Presse, und nicht zuletzt entbrannte eine inhaltliche Diskussion über die Ebene, auf der künftig weiter agiert werden sollte.<sup>55</sup> Verschiedene AktivistInnen erachteten einen räumlich konzentrierten Protest der globalisierungskritischen Bewegung als adäquate „direct action“ und tauchten in der Fol-

---

<sup>54</sup> Vgl. Andrew X.: Give up Activism, in: Reflections on J18, im Internet: [http://www.infoshop.org/j18\\_rts1.html](http://www.infoshop.org/j18_rts1.html)

<sup>55</sup> Vgl. Mayday!Mayday! –Visions, Collisions and Reality, 2000, S. 16ff.

ge auf den Gipfeldemos unter dem Banner von „Peoples Global Action“ auf. So waren beispielsweise RTS-AktivistInnen aus London beim Anti-IWF/Weltbank-Gipfel 2000 in Prag maßgeblich an der Gestaltung des Demonstrationzugs beteiligt.

Die Strategie, die das „Lancaster J18-Collective“ in seinem Text einforderte, nämlich „single-issue“-Aktionen durchzuführen, die sich wieder vom Partyprotest verabschiedeten, wurde sowohl schon vor als auch nach dem 18. Juni 1999 von einzelnen Untergruppen des Zusammenhangs von RTS London verfolgt.

So zog sich der Kampf gegen die Privatisierung der Londoner U-Bahn weiterhin wie ein roter Faden durch die Geschichte von RTS London. Eine kleinere RTS-Aktion zur Unterstützung der U-Bahn-Angestellten im Kampf gegen die Privatisierung des Transportsystems fand am 13. Juli 1998, statt. Um halb acht Uhr morgens erklimmen AktivistInnen das Dach eines U-Bahn-Zuges, der in der Station Bank stand und blockierten so für einige Zeit die Central Line in östlicher Richtung. Sie entrollten ein Transparent mit der Aufschrift „Private Profit at Public Expense“. Auf dem Bahnsteig versuchten als Geschäftsmänner verkleidete AktivistInnen die Bank Station von den Fahrgästen zu kaufen, boten Erdnüsse dafür an und händigten Flugblätter aus. Am U-Bahneingang spannten weitere UnterstützerInnen ein Transparent mit dem Slogan „Stop Privatisation – Support the Tubeworkers“ auf. Die Polizei nahm drei Frauen, die auf das U-Bahndach geklettert waren, fest.<sup>56</sup>

AktivistInnen, die sich als „Untergrundflügel“ von „Reclaim the Streets“ bezeichneten, versahen am 5. Juni 2001 rund 50 Züge der Londoner U-Bahn mit den Aufschriften „Business Class“ und „Cattle Class“ in Gestalt des bekannten Logos der „London Underground Ltd.“ Dazu verteilten sie Flugblätter – ebenfalls im Layout der Publikationen des staatlichen U-Bahnbetreibers -, in denen sie die Aktion als neuerlichen Protest gegen die Pläne der britischen Regierung, das Transportsystem in eine „public private partnership“ zu überführen, kenntlich machten.<sup>57</sup>

RTS-AktivistInnen richteten ihren Protest gegen die globale Politik bestimmter Unternehmen, vor allem in Bezug auf ökologische Belange und den Umgang mit indigenen Völkern. So entrollten am 3. Februar 2000 einige DemonstrantInnen vor dem Eingang der britischen Niederlassung der US-Investmentfirma Fidelity Investments in der City zwei große Banner mit den

---

<sup>56</sup> Vgl. Reclaim the Streets: Bank Tube station, 13 July 1998 – Protesters Block Tube Train

<sup>57</sup> Vgl. Indymedia: General public 12:35 pm Tue Jun 5 '01: Tube “improvements” – and LU Ltd response, im Internet: [http://uk.indymedia.org/front.php3?article\\_id=5789](http://uk.indymedia.org/front.php3?article_id=5789). Vgl. auch Reclaim the Streets: A new quality service for our most valued customers, im Internet: <http://www.reclaimthestreets.net/tube>

Aufschriften „NO BLOOD FOR OIL“ und „5000 U’WA LIVES AT STAKE/FATALITY INVESTMENTS“ und verteilten Flugblätter an Passanten.<sup>58</sup>

Zudem wollte RTS London den Versuch des Ölkonzerns BP unterlaufen, in der Öffentlichkeit mit einem umweltfreundlicheren Image aufzutreten. Mit Flugblättern, in denen RTS über die fortgesetzte Steigerung der Erdölproduktion des Unternehmens informierte und einem Transparent, das den BP-Slogan „beyond Petroleum“ als Euphemismus für „bye-bye planet“ dekonstruieren sollte, fanden sich RTS-AktivistInnen am 19. April 2001 vor der von BP mitfinanzierten Ausstellung „Ecology“ im Natural History Museum ein. Im Museum erhielt die Nachbildung eines Tyrannosaurus Rex für kurze Zeit einen Überwurf mit der Aufschrift „Climate change killed me – don’t let it happen to you“.<sup>59</sup>

Auf nationalstaatlicher Ebene machte RTS schließlich am 19. Februar 2001 auf das Inkrafttreten des neuen Terrorismusgesetzes aufmerksam, dass nach Meinung der AktivistInnen Großbritannien in einen Polizeistaat verwandeln und zivilen Ungehorsam als terroristischen Akt definiert und einer harten Strafverfolgung aussetzen würde.<sup>60</sup> RTS versandte Pakete mit genetisch verändertem Getreide als „Zeitbomben“ an Regierungsbehörden. Vor dem Parlament rollten einige RTS-AktivistInnen ein Banner mit der Aufschrift „Terrorists“ aus. Sie versahen die Statuen vom ehemaligen ANC-Führer Nelson Mandela und von Emmeline Pankhurst, eine Suffragette des 19. Jahrhunderts, mit Schärpen, auf denen die beiden Persönlichkeiten ebenfalls als „Terroristen“ deklariert wurden.<sup>61</sup>

AkteurInnen, die dem antikapitalistischen Ansatz einer eher anarchistisch-sozialistischen Lesart verpflichtet waren, veranstalteten am 1. Mai des selben Jahres rund um die Londoner Einkaufsmeile Oxford Street das „Anti-Capitalist-Monopoly“, das schon von RTS London als Idee für den „Mayday2000“ entwickelt worden war.<sup>62</sup> Bei diesem Ereignis wurden bis zu

---

<sup>58</sup> Anlass war ein weltweiter koordinierter Aktionstag zum Zeichen der Solidarität mit den U’WA-Indianern in Kolumbien, die gegen die Erschließung von Erdölvorkommen auf ihrem Stammesgebiet kämpften. *Fidelity Investments* ist größter Anteilseigner des bei der geplanten Ölförderung engagierten US-Unternehmens Occidental. Vgl. Reclaim the Streets: No blood for oil!, im Internet: [http://www.rts.gn.apc.org/0002u\\_wa.htm](http://www.rts.gn.apc.org/0002u_wa.htm)

<sup>59</sup> Vgl. Indymedia: London Reclaim the Streets 9:42 am Wed Apr 18 ’01: Reclaim the streets to de-brand BP re-brand on April 19<sup>th</sup>, (Car-Day), im Internet: [http://uk.indymedia.org/front.php3?article\\_id=3040](http://uk.indymedia.org/front.php3?article_id=3040). Vgl. auch Indymedia: reclaim the streets 3:26 pm Thu Apr 19 ’01: RTS expose BP’s unnatural history on car-free day, im Internet: [http://uk.indymedia.org/front.php3?article\\_id=3075](http://uk.indymedia.org/front.php3?article_id=3075). Vgl. auch Reclaim the Streets: BP de-re-branded: ”Bye-bye Planet“, im Internet: <http://www.rts.gn.apc.org/0104bp.htm>

<sup>60</sup> Vgl. Indymedia: NATTA 8:55 at Wed Feb 21 ’01: Text from leaflet handed out at actions, im Internet: [http://uk.indymedia.org/front.php3?article\\_id=1807](http://uk.indymedia.org/front.php3?article_id=1807)

<sup>61</sup> Vgl. Indymedia: Alien8 1:03pm Mon Feb 19 ’01: “New Terrorists” protest in front of parliament. Vgl. auch Indymedia: NATTA 8:53am Wed Feb 21 ’01: Action Report, beide im Internet: [http://uk.indymedia.org/front.php3?article\\_id=1807](http://uk.indymedia.org/front.php3?article_id=1807). Vgl. Reclaim the Streets: Hello, Terror Bill, im Internet: <http://rts.gn.apc.org/0102tb.htm>

<sup>62</sup> Vgl. Mayday! Mayday! –Visions, Collisions and Reality, 2000, S. 5

5.000 Menschen teilweise stundenlang in einem Polizeikessel festgehalten.<sup>63</sup> RTS London hatte sich nicht an den Vorbereitungen zu dieser Massenaktion beteiligt, sondern am Aktionstag selbst eine Stellungnahme veröffentlicht, in der die Gruppe den Vermutungen der Massenmedien und politischen GegnerInnen über ihre interne Verfasstheit entgegentrat:

„The fact that Reclaim the Streets has not been involved in the logistical planning for this year’s MayDay has been seen by the corporate media as a split in the movement. But there are many groups and affiliations, each with their own analysis and focus, who all oppose the globalisation and the oppression of the capitalist system. MayDay belongs to each and every one of us. Around the world, social movements do not need to reconcile all their diverse ideas, just embrace the universal desire for change. Thus our aim is that everyone, everywhere should feel empowered to take part in building a future where we all take responsibility for an equitable continuation of life on this planet. Large actions, small actions, kitchen sink actions – who cares, as long as we continue to make them happen?...Our group will not, however, have some journalist’s definition of organisation, or ‘fluffy’ or ‘spiky’ imposed upon it; neither will it fall for attempts to drive a wedge between it and other groups, nor will it fail to support those individuals or other groups subject to vilification and harassment. The violence of capitalism is 24/7, 265 days a year, and one day is as good as another for taking action towards real change.“<sup>64</sup>

## 6.5 Zusammenfassung

Im Zuge ihrer Teilnahme an der globalisierungskritischen Bewegung stellten die RTS-AktivistInnen in immer stärkerer Masse die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit, wobei ihnen die Gefahr der Vernachlässigung der ökologischen Agenda stets bewusst war, weshalb gerade das „Guerilla Gardening“ die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse wieder stärker thematisieren sollte. Die Globalisierung wurde als ein Herrschaftsprojekt kritisiert, dass über die Mechanismen der Deregulierung und Liberalisierung die effektivste Ausbeutung sowohl der Ressourcen als auch der Arbeitskraft zu Gunsten privater Interessen anstrebt.

Dabei war sich RTS London der Widersprüchlichkeit seiner Bündnispolitik durchaus bewusst. Ausdrücklich grenzten sie sich während der Mobilisierungen für die „Global Action Days“ gegenüber marxistischen Organisationen ab, die ihrer Meinung nach nur auf den Zug der globalisierungskritischen Bewegung aufgesprungen waren, um in ihr für eine sozialistische Massenpartei des revolutionären Typs zu rekrutieren. Umgekehrt distanzieren sich auch die sozialistischen AktivistInnen während und nach dem 1. Mai von der anti-staatlichen Haltung der Autonomen und Ökoradikalen.

---

<sup>63</sup> Vgl. Nick Hopkins: How ‘zero tolerance’ worked in practice, in: *The Guardian* Special report, May 2, 2001, im Internet: <http://www.guardian.co.uk/mayday/story/0,7369,481733,00.html>

<sup>64</sup> Vgl. Reclaim the Streets: RTS in crèche shock! – MayDay statement, im Internet: <http://www.rts.gn.apc.org/0105statement.htm>

Anders als der 18. Juni, wurde der 1. Mai 2000 nicht als „Global Action Day“ geplant und durchgeführt. Die Kritik an sozialen Ungerechtigkeiten und ökologischen Zerstörungen fokussierte sich daher wieder stärker auf den Nationalstaat, dessen weiterhin bedeutende Rolle im Globalisierungsprozess das „Guerilla Gardening“ kenntlich machen sollte; allerdings nicht in einer konfrontativen Situation, sondern mit der Realisierung eines konkreten Gegenentwurfes direkt vor der Nase der „VolksvertreterInnen“.



## Schlussbetrachtung

In meiner Arbeit habe ich den Bewegungsverlauf von RTS London untersucht, seit das Label „Reclaim the Streets“ zum ersten Mal 1991 für Aktionen im öffentlichen Raum der britischen Hauptstadt benutzt wurde. Diese Aktionen waren von einer Radikalisierung des Widerstandes gegen umweltzerstörerische Straßenbauvorhaben in Großbritannien inspiriert, die sich diametral entgegengesetzt zum Abflauen der Neuen sozialen Bewegungen Ende der 80er in allen west-europäischen und nordamerikanischen Staaten vollzog. Die Abnahme konfrontativer Proteste war auch das Ergebnis einer zunehmenden Einbindung von BewegungsakteurInnen und –organisationen in formalisierte Beziehungen mit staatlichen Institutionen. Das moralische Anliegen der AktivistInnen erfuhr in einer lohnabhängigen Arbeit seine Professionalisierung. Das galt auch für die Mitglieder von älteren Umweltorganisationen in Großbritannien.

Der jüngere, radikale Ökoprottest verzichtete dagegen auf bis dahin als effektiv erachtete Mittel wie Fundraising, Aufklärungskampagnen und Lobbying. Er stützte sich auf Zeit, Phantasie und Risikobereitschaft sowie die Beziehungsgeflechte von AktivistInnen, die allein die „direkte Aktion“ als substantielle Verhinderung von weiteren ökologischen Katastrophen erachteten.

Mochte der radikale Ökoprottest auf dem Land vorwiegend von gut ausgebildeten und einkommensstärkeren Bevölkerungen getragen sein, ließ sich seine Zuschreibung als Widerstand der Mittelklasse dennoch nicht verallgemeinern. Die Lokalität der erfahrenen oder drohenden Umweltbelastungen beeinflusste die Zusammensetzung des Protestpotenzials maßgeblich, was die „No M11 Link Campaign“ im Osten Londons bewies, an der die ersten RTS-AktivistInnen teilnahmen. Dort sollten Arbeiterquartiere einem Autobahnzubringer weichen. Dies aktivierte sowohl den Widerstand der „typischen“, umweltbewussten Mittelschichtsangehörigen als auch den verschiedenster anderer, heterogener Teile der städtischen Bevölkerung. Die Kampagne stand in der Tradition der radikalisierten, urbanen Bewegungen und hier vor allem der Hausbesetzerbewegung von Mitte der 70er und Anfang der 80er Jahre. Die von ihr artikulierte Forderung nach einer „anderen“ Urbanität kann noch als Reaktion auf die Krise des keynesianischen Wohlfahrtsstaates gewertet werden. Dessen industrielle Basis war gerade in Großbritannien seit Anfang der 70er Jahre Rationalisierungsprozessen unterworfen, in denen massenhaft Arbeitskräfte entlassen wurden. Zugleich wehrten sich immer mehr, vor allem junge Menschen gegen die formellen Zwänge der bestehenden Arbeitsbeziehungen. Viele stiegen bewusst aus den als entfremdet erfahrenen Beschäftigungsverhältnissen aus. Hierin sieht der Soziologe Alain Touraine einen anti-technokratischen Kampf um

die Selbstbestimmung von Raum und Zeit, den er als gesellschaftlichen Zentralkonflikt wertet und für den zunächst auf individueller Ebene das Bewusstsein geschaffen werden muss. Die SoziologInnen Luc Boltanski und Ève Chiapello (2000) dagegen glauben, dass der Rückzug weniger, ökonomisch Privilegierter aus den herkömmlichen Konventionen des Sozialstaats für die Mehrheit der Menschen den Sturz in die Prekarisierung und existenzielle Unsicherheit zu Folge hatte. In der Retrospektive kritisieren sie damit die Forderungen der neuen sozialen Bewegungen als funktional für den Abbau der Errungenschaften der Arbeiterbewegung.<sup>1</sup> Auch Nikolas Rose sieht eine neue Qualität der Ausübung von Herrschaft, die er mit „Regieren durch Community“ umschreibt. In der moralischen und emotionalen Identifikation mit der „Community“ fällt die Regierung des Subjekts mit dessen Selbstbeherrschung zusammen. Nur für eine kurze Phase des Engagements gegen fordistische Großprojekte in den Ballungsräumen schreibt Rose den protestierenden „Communities“ Widerstandscharakter zu. Nach dieser Periode sind sie für ihn zur Bezugsebene für staatliche Stadterneuerungsprogramme, Sicherheitsdiskurse, wissenschaftliches Expertentum und Professionalisierung von AktivistInnen geworden.

Rose unterlässt es, den Nationalstaat als zentralen, sozialen Akteur, der die Subjekte regiert, zu thematisieren. In Großbritannien waren es aber die konservativen Regierungen, die unter Thatcher und Major Entscheidungsfunktionen zentralisierten und ihre dem Mehrheitswahlrecht geschuldeten komfortablen Parlamentsmehrheiten dazu nutzten, die Gewerkschaften zu schwächen, das Arbeitsrecht zu deregulieren, den Sozialhaushalt zu kürzen und die Märkte zu liberalisieren. Ihre Politik hatte eine sozialräumliche Spaltung des Landes und die Vergrößerung der Einkommensschere zur Folge.

McKays Geschichte der „Cultures of Resistance“ zeigt, dass während der 80er Jahre „Communities“ existierten, die zwar das Resultat der von Thatchers Politik erzeugten Fragmentierungen und Marginalisierungen waren, sich aber zugleich in Opposition zum Thatcherismus formierten: Beispielsweise die „New Age Traveller“, der „Peace Convoy“ oder Kommunen wie die von „Crass“. Sie versuchten die Autonomieforderungen, welche die neuen sozialen Bewegungen seit den 60er Jahren gestellt hatten, in den Alltag umzusetzen. Es waren also keinesfalls nur die ökonomisch Privilegierten, die sich aus dem überkommenen System zurückzogen, wie Boltanski und Chiapello behaupten. Zugleich handelten diese neuen „Communities“ auch nicht im Sinne der von den Neokonservativen propagierten unternehmerischen „Selbsthilfe“. Im Gegenteil: Sie behaupteten gegenüber einer Mehrheitskultur, in der die In-

---

<sup>1</sup> Vgl. Luc Boltanski und Ève Chiapello: Befreiung vom Kapitalismus? Befreiung durch Kapitalismus?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2000, S. 485f.

dividuen hauptsächlich über den Markt in Beziehung zueinander treten sollten, die Autonomie und Überlegenheit von solidarischen und kollektiven Beziehungen. Vor allem die besetzte Claremont Road wurde 1994 zu einem Raum, in dem sich Umweltinteressen, eine autonome Lebensweise und die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit nicht etwa gegenseitig ausschlossen. Diese konvergierten in der Realisierung einer „anderen“ Urbanität, deren Unregierbarkeit mit der vom nationalen Transportministerium angeordneten Räumung bestätigt wurde.

Mit Touraine möchte ich die Ebene des Individuums als entscheidend für die Dynamik von Bewegungen bezeichnen. Nicht allein muss das Individuum sich einer „anti-technokratischen“ Konfliktlinie bewusst werden, um über Raum und Zeit selbst bestimmen zu können. Es muss ebenso die Möglichkeit herrschaftlicher Implikationen von Subjektivierungen wahrnehmen und reflektieren können. George McKay macht dies mit der Schilderung von Hierarchien und Ausschlüssen in den britischen Gegenkulturen der 70er und 80er Jahre, aber auch in der DIY-Culture der 90er Jahre, deren einzelne Netzwerke sich während der „No M11 Link Campaign“ in der Claremont Road, räumlich überschneiden.

Die Regierung Major fasste 1994 im „Criminal Justice Act“ (CJA) diese partikularen „Communities“ zusammen, um sie zu kriminalisieren und damit wieder regierbar zu machen. „Dank“ des Gesetzestextes konnten die „Communities“ die Gemeinsamkeit ihrer Widerständigkeit erkennen und ihre Fragmentierungen entgegen den herrschenden Absichten überwinden. Dennoch lassen sich auch im „Anti-CJA-Protest“ Spaltungen und Diskriminierungen erkennen. Deutlich wird dies an der Differenz zwischen den „Fluffys“, die unter dem Motto „fight to your right for party“ gegen die „Anti-Free-Rave“-Gesetze protestierten und Positionen, die den gewerkschaftsfeindlichen und rassistischen Charakter des CJA durch die RaverInnen und UmweltschützerInnen ausgeblendet sahen. Die RadikalökologInnen wiederum waren mit ihren konfrontativ ausgerichteten Protestcamps auf Baustellen besonders in der Schusslinie der Gesetze. Die ständige Bedrohung durch die Räumung verlangte schließlich ihre dauerhafte Präsenz und Professionalisierung und erforderte die Beschäftigung mit Taktiken zu Ungunsten der Reflektion über die Inhalte des eigenen Widerstands. Ersteres verhinderte eine breite, gleichberechtigte Partizipation vieler verschiedener Menschen, letzteres unterließ eine Auseinandersetzung mit den Blindstellen des Ökoprotests im ländlichen Raum, beispielsweise dessen aggressives Machotum, die Allianz mit „NIMBY“-Grund- und Hauseigentümern, die eigene Stadtfeindlichkeit, die anschlussfähig an nationalistische oder rassistische Denkmuster ist.

Das „street party“-Konzept von RTS London schien mit seiner bewusst gewählten Temporalität und seinem Bezug auf die Straße als Ort des öffentlichen Austauschs geeignet zu sein,

um die in der städtischen Realität existierenden Herrschaftsbeziehungen herauszufordern, ohne jedoch interne Homogenisierungen und Ungleichheiten zu reproduzieren. Kein fixer Raum wurde verteidigt, in dem Aggressivität zur Qualität hätte werden können und Experimentum gefragt gewesen wäre. Alle TeilnehmerInnen konnten im Rahmen der Straßenparty, statt nur nach vorgegebener Route zu marschieren und sich Reden anzuhören, selber mit Musik, Spielen, Unterhaltungen, Essen und Trinken auf der Straße kurz ein „alternatives“ Leben aufscheinen lassen und mit Flyern und Transparenten über den Moment hinausgehende Vorstellungen artikulieren. Jede Straße der Stadt konnte potenziell in eine solche „Temporäre Autonome Zone“ (TAZ) verwandelt werden.

Die Entwicklung und Transformation des „street party“-Konzepts durch RTS London birgt dennoch Ambivalenzen, die ich mit meiner Arbeit nicht auflösen kann, jedoch im Rückgriff auf die in den ersten drei Kapiteln vorgestellten Theorieansätze diskutieren möchte.

Die ersten drei „street parties“ waren auf die konkrete Behinderung des Autoverkehrs ausgerichtet und auf das Feiern einer „alternativen“ Aneignung der Straße, die je nach individuellen, unmittelbaren Bedürfnissen erfolgen konnte. Die „Never mind the Ballots...“-Aktion von 1997, aber erst recht die RTS-Aktionen im Kontext der Kritik an der neoliberalen Globalisierung, dienten dagegen der Vermittlung einer abstrakteren Ebene der Herrschaft. Diese Vermittlung wurde auch am „Global Action Day“ in der City of London weiter über das „street party“-Konzept vorgenommen. Dieses erhält so einen stärker symbolischen Charakter und vermag kaum die kritisierten Herrschaftsverhältnisse substantiell zu stören. War der karnevaleske Partyprotest des 18. Juni 1999 kein unmittelbarer Auslöser der Erosion kapitalistischer Kontrollfunktionen, stellt sich jedoch die Frage, ob dies etwa die vom „Lancaster J18 Collective“ geforderte Alternative einer militanteren Aktion geleistet hätte. Letzterer würden schnell klare Grenzen von Seiten der staatlichen Sicherheitsorgane gezogen werden. Das beweist schon der Einsatz der Polizei gegen solche DemonstrantInnen, die sich mit der Beschränkung des „Carnival against Capitalism“ auf seinen Charakter als „street party“ nicht zufrieden geben wollten.

Weder der Partyprotest noch die militante Aktion reflektieren die Tatsache, dass sich die kapitalistischen Verhältnisse zwar in der City verdichten, jedoch auf substantielle und dauerhafte Weise alle Bereiche der britischen Gesellschaft bestimmen. Temporäre Aktionen gewalttätiger wie tanzender Art und Weise vermögen zwar das individuelle Bewusstsein von Ausbeutungsverhältnissen schaffen und erweitern, gleichwohl ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass die TeilnehmerInnen danach weiter den alltäglichen Zumutungen in der kapitalistischen Gesellschaft ausgesetzt bleiben, ohne die Diskrepanz zwischen Wirklichkeit und angeregter Imagination permanent überwinden zu können. Hier erscheinen Projekte wie das von McKay

vorgestellte „Exodus Collective“ in Luton als nachhaltigeres Konzept einer Veränderung urbaner Realitäten im Kapitalismus. Es verbindet Partyprotest mit dem Versuch, solidarische statt marktorientierte Beziehungen im Stadtraum zu verankern. Damit bleibt das „Exodus Collective“ gegenüber dem auch auf lokaler Ebene herrschenden Paradigma der Privatisierung widerständig. Zudem haben sich in ihm anglo- und afrobritische Jugendliche zusammengeschlossen, um gegen den Rassismus kämpfen, der im urbanen Alltag Großbritanniens weiterhin präsent ist.

Antirassistische Positionen nahmen dagegen bei den geschilderten, öffentlichen Aktionen von RTS London keinen expliziten Raum ein, obwohl die Homepage der Gruppe darüber aufklärt, dass sich RTS-AktivistInnen für die Rechte von Asylsuchenden und für die Bewegungsfreiheit von Menschen statt von Kapital einsetzen.<sup>2</sup>

In einer einzigen, zeitlich begrenzten Aktion lässt sich die Überlagerung von ökonomischen Ungleichheiten mit rassistischen aber auch mit heterosexistischen und geschlechterdiskriminierenden Verhältnissen, wie sie von „Peoples Global Action“ festgestellt wird, nur schwer thematisieren. Und bei „Reclaim the Streets“-Ereignissen tritt diese Schwierigkeit umso offener zu Tage, je stärker der Partyprotest entweder unter einem radikalökologischem oder einem antikapitalistischem Label stattfindet. Mit der Unterstützung der Liverpool Docker wurde 1996 für die Bewahrung von männlich, heterosexuell und weiß dominierten Arbeitsbeziehungen demonstriert. Auf den erstmals beim Liverpools „street carnival“ präsentierten RTS-Flaggen fehlten die Farben der FeministInnen, Schwulen und Lesben sowie der ethnischen Minoritäten.

Die stärkere Integration von Identitätsthemen erfolgte bei RTS allein über die Behauptung, der offene, transgressive Charakter der „street party“ ermögliche die gleichzeitige Präsenz vieler verschiedener Identitäten. Dabei herrscht jedoch nicht nur die Gefahr einer Beendigung des Partyprotests durch das Einschreiten der Polizei, sondern es besteht auch die Möglichkeit, dass das Ereignis für nicht-emanzipatorische Praxen angeeignet wird. Das Ende der „Never mind the Ballots...“-Aktion im April 1997 zeigte zum Beispiel, dass auf dem Trafalgar Square Hooligans mit ihrer machistischen Randalen wenig Raum für andere Aktivitäten ließen. Eine Tendenz der bewussten Einführung von Gender- und Identitätsthemen in den antikapitalistischen Widerstand ließ sich in der Präsenz des so genannten Pink & Silver-Blocks bei internationalen Gipfelprotesten von Prag im September 2000 und von Genua im Juli 2001 beobachten. Dessen Gestalt wurde schon mit den Kostümen und der Sambaband beim „Guerrilla Gardening“ in London vorweggenommen. In Prag und Genua war, stärker als in der City

---

<sup>2</sup> Vgl. Reclaim the Streets: On disorganisation – A statement from Reclaim the Streets (RTS) London

of London oder auf dem Parliament Square, eine bestimmte Institution und der um sie herum errichtete Sicherheitskordon Adressat eines spektakulären Protests. Im Sinne des „Lancaster J18-Collective“ war damit die Kritik an der neoliberalen Globalisierung weniger abstrakt. Zudem erwiesen die Protestierenden schon aufgrund ihrer Herkunft aus unterschiedlichen Ländern weitaus heterogener. Doch wurden hier wiederum ökonomische Ausschlüsse wirksam. Gipfelproteste wie die anlässlich des Treffens der G-8-Staatschefs finden in zu weiter Entfernung von jenen BewohnerInnen der so genannten Dritten Welt statt, die am stärksten unter den Entscheidungen der PolitikerInnen des Nordens leiden. Diese können es sich schlicht nicht leisten, eine Reise zu den Protesten zu unternehmen. So bleiben auch für GipfeldemonstrantInnen im Norden die Auswirkungen der von ihnen kritisierten neoliberalen Globalisierung abstrakt.

Ein Ausweg bietet hier die dauerhafte Vernetzung zwischen den Basisbewegungen des Nordens und des Südens, wie sie „Peoples Global Action“ darstellt. Durch die gemeinsame, vielfältige Kommunikation auch jenseits zugespitzter Protestereignisse lassen sich die jeweiligen Lebenssituationen besser gegenseitig vermitteln und eine Solidarisierung festigen. Hier erweist sich das subjektive Bewusstsein für die Lage der „anderen“ als ausschlaggebend für nachfolgendes Handeln im Kollektiv.

Daraus möchte ich das Fazit ziehen, dass die „street party“ als temporäre, karnevaleske Umkehrung der Realität nur eine unter vielen möglichen und notwendigen Formen des Widerstandes gegen die herrschenden Verhältnisse sein kann. Die durch sie artikulierten Themen und Forderungen dürfen nicht zu vage sein, sonst ist das Missverständnis ihrer Absicht, wie die „Never mind the Ballots...“-Aktion gezeigt hat, zu groß. Letztlich droht ihr so die Gefahr der Beschlagnahme durch nicht-emanzipatorische Praxen. Andererseits darf die „street party“ auch nicht nur eine Form der Ungleichheit und Repression fokussieren, denn damit werden gleichzeitig bestehende, andere Diskriminierungen ausgeblendet, wie beim „street carnival“ mit den Liverpools Werftarbeitern, aber auch beim „Carnival against Capitalism“.

RTS London stellte sich zudem immer wieder die Frage nach der Raumebene, auf die das „street party“-Konzept Bezug nehmen soll. Stimmen innerhalb der Gruppe mahnten schon nach der ersten „Global Street Party“, die Verankerung der Gruppe im städtischen Raum Londons nicht aufzugeben, weshalb auf die Aktion in Birmingham im Mai 1998 zwei deutlich als lokale Ereignisse reklamierte Straßenbesetzungen in den Londoner Stadtteilen Brixton und Tottenham folgten. RTS London sah die Notwendigkeit, den Protest der Globalisierung mit den Belangen der konkreten lokalen Örtlichkeit zu synthetisieren. Davon zeugt ein Flugblatt zur Mobilisierung für die beiden „street parties“ in London am 6. Juni 1998:

“As the ripples from the Global Street Parties extend across the globe, it’s time for us in London to reconnect to the local. The 60’s slogan “think global, act local” is no longer sufficient as a guiding maxim; the challenge and paradox for us now, is to develop ways of acting and thinking both globally and locally at the same time. What use is a global action if we are not empowering our own communities? What use is a local action if it is not connected to the ravages of corporate globalisation?”<sup>3</sup>

In dieser Aussage sehe ich auch eine Möglichkeit für die Wiederkehr der „street party“ auf den Straßen Londons angelegt. Die von RTS London bei ihren „street parties“ zum Ausdruck gebrachte Kritik an der städtischen Entwicklung ist auch im Jahr 2002 nicht hinfällig geworden. Die Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Räume, die Verdrängung von stigmatisierten Bevölkerungsgruppen mit den Mitteln der Repression aus Stadtvierteln, die einem Aufwertungsdruck unterliegen sowie die Zunahme der Verkehrsbelastung sind in London nicht zum Stillstand geraten, sondern setzen sich unvermindert fort. Zugleich gehen diese Prozesse auch auf einer globalen Ebene weiter vorstatten. Sie sind mit je spezifischer Ausprägung in Paris, Berlin oder Rom zu beobachten. In anderen Städten wie in Dublin, Bratislava, Montevideo und Zürich fanden deshalb auch noch in jüngster Zeit „street parties“ statt, die eine „andere“ städtische Realität einfordern. Die „street party“ hat sich zu einem Aktionsmittel entwickelt, mit dem diese Forderung immer wieder wirksam und vielstimmig erhoben wird. Es spricht nichts dagegen, dass sie den global induzierten Zumutungen der urbanen Krise auf einer beliebigen Straße Londons eine alternative, städtische Praxis entgegensetzen kann.

Zuletzt möchte ich noch anmerken, dass, trotz der geforderten Synthese zwischen dem Lokalen und dem Globalen, gerade in Großbritannien der Nationalstaat als wichtiger Akteur der Herrschaftsausübung nicht außer Acht gelassen werden sollte. RTS London kritisierte zwar anlässlich des „Guerilla Gardening“ den Staat in seiner Position als Garant der neoliberalen Globalisierung. Die Gruppe impliziert dabei jedoch einen bruchlosen Übergang von der konservativen Herrschaft zu New Labour, bezüglich der Absicherung ökonomischer Prozesse durch die Regierungspolitik. Die unter New Labour verabschiedeten Anti-Terrorismus-Gesetze können auch durchaus als verstärkter Nachhall des „Criminal Justice Act“ der Regierung Major gelten. Zu den Welfare-to-Work-Maßnahmen der Blair-Regierung steht aber eine Stellungnahme von RTS London noch aus. Die Koppelung von Sozialhilfe an Qualifizierungsmaßnahmen und Weiterbildung, die Integration möglichst breiter Bevölkerungen in den Arbeitsmarkt, die drohenden Sanktionen im Falle von Arbeitsverweigerungen schließen eine Disziplinierung „unregierbarer Communities“ ein. Mehr noch können sie aber als pädagogi-

---

<sup>3</sup> Vgl. Reclaim the Streets: London Local Street Parties – Saturday 6 June 1998 – South and North London, im

sche Intervention verstanden werden, mit der ein individuelles Bewusstsein für die Möglichkeit kollektiver Widerständigkeit von vorneherein ausgeschlossen werden soll. Eine genauere Untersuchung über die Auswirkungen von sieben Jahren New Labour-Regierung auf den außerparlamentarischen Protest in Großbritannien steht dementsprechend noch aus.



# Literaturverzeichnis

## Bücher und Aufsätze

- Aufheben:** The politics of anti-road struggle and the struggles of anti-road politics: the case of the No M11 Link Road Campaign, in: McKay, George (ed.): DIY culture – Party & Protest in Nineties Britain, London/New York 1998, S. 100-128
- Bachtin,** Michail: Literatur und Karneval. Zur Romantheorie und Lachkultur, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1985
- Bey,** Hakim: Die Temporäre Autonome Zone, deutsche Ausgabe, Berlin/Amsterdam 1994
- Blasius,** Jörg/Dangschat, Jens: Die Aufwertung innenstadtnaher Wohngebiete, Frankfurt am Main/New York 1990
- Boltanski,** Luc/Chiapello, Ève: Befreiung vom Kapitalismus? Befreiung durch Kapitalismus?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/2000, S. 478-487
- Bourdieu,** Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/M. 1982
- Brand,** Karl-Werner: Neue Soziale Bewegungen: „Europäische“ Erklärungskonzepte, in: Forschungsjournal NSB, Jg. 11, Heft 1, 1998, S. 63-79
- Brand,** Ulrich: Glokaler Widerstand: Die zapatistische Suche nach neuen Formen radikaler Politik, in: Globaler Widerstand – Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus, Münster 2002, S. 119-142
- Brünzels,** Sonja: Reclaim the Streets: Karneval und Konfrontation, in: Becker, Jochen (Hrsg.): bignes? – Size does matter. Kritik der unternehmerischen Stadt, Berlin 2001, S. 167-178
- Burdett,** Richard: The Coolest City, in: Biswas, Ramesh Kumar (Hg.): Metropolis Now! Wien, New York 2000, S. 62-77
- Byrne,** Paul: Social Movements in Britain, London/New York 1997
- Chong,** D.: Collective Action and Civil Rights Movement, Chicago 1991
- Colenutt,** Bob: Docklands after Canary Wharf, in: Lange, Bernd-Peter/Rodenberg, Hans-Peter (Hg.): Die neue Metropole, Los Angeles – London, Hamburg/Berlin 1994, S. 63-80
- Collin,** Matthew/Godfrey, John: Altered state – The Story of Ecstasy Culture and Acid House, London/New York 1997
- Dalton R./Kuechler M./Burklin W.:** The Challenge of New Movements, in: R. Dalton and M. Kuechler: Challenging the Political Order, 1990
- Dixon,** Keith: Ein würdiger Erbe. Anthony Blair und der Thatcherismus, Konstanz 2000
- Doherty,** Brian/Paterson, Mathew/Seel, Benjamin: Direct action in British Environmentalism, London/New York, 2000, S. 1-24
- Doherty,** Brian: Manufactured vulnerability – Protest camp tactics, in: Doherty, Brian/Paterson, Mathew/Seel, Benjamin: Direct action in British Environmentalism, London/New York, 2000, S. 62-78

- Field**, Patrick: The Anti-Roads-Movement: The struggle of Memory against forgetting, in: Storming the Millenium, London 1999, S. 68-79
- Friedmann**, John: Ein Jahrzehnt der World-City-Forschung, in: Hitz, Hansruedi/Keil, Roger/Lehrer, Ute/Ronneberger, Klaus/Schmid, Christian /Wolff, Richard (Hrsg.): Capita-les Fatales. Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich, Zürich 1995., S. 22-44
- Gartside**, Peter: Bypassing politics? A critical look at DIY culture, in Rutherford, Jonathan (ed.): Young Britain, London 1998, S. 58-73
- Habermann**, Friederike: Peoples Global Action: Für viele Welten! In pink, silber und bunt. In: Globaler Widerstand – Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus, Münster 2002, S.143-156
- Harding**, Thomas: Viva camcordistas! Video activism and the protest movement, in: George McKay (ed.): DIY culture – Party & Protest in Nineties Britain, London/New York 1998, S. 79-99
- Häußermann**, Hartmut/Siebel, Walter (Hg.) Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte, in: Leviathan Sonderheft 13, 1993
- Hesmondhalgh**, Dave: Technoprophecy: A Response to Tagg, in: Popular Music, vol. 14, part 2, may 1995
- Hitz**, Hansruedi/Schmid, Christian/Wolff, Richard: Zur Dialektik der Metropolen. Head-quarter Economy und urbane Bewegungen, in: Hitz, Hansruedi /Keil, Roger /Lehrer, Ute /Ronneberger, Klaus /Schmid, Christian /Wolff, Richard (Hrsg.): Capita-les Fatales. Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich, Zürich 1995, S. 137-159
- Huq**, Rupa: The Right to Rave: Opposition to the Criminal Justice and Public Order Act 1994, in: Jordan, Tim/Lent, Adam (Hrsg.): Storming the Millenium – New Politics of Change, London, 1999, S. 15-34
- Hutnyk**, John: Repetitive Beatings Or Criminal Justice, in: Sharma, Sanjay/Hutnyk, John/Sharma, Ashwani (Hrsg.): Dis-Orienting Rhythms – The Politics of the New asian Dance Music: London/New Jersey 1996, S. 156-192
- Inglehart**, Ronald: Culture Shift in Advanced Industrial Society, Princeton 1990
- Jacobs**, Jane: Negotiating the heart: heritage, development and identity in postimperial London, in: Environment and Planning – Society and Space, 1994 volume 12, number 6, S. 751-772
- John of the Aufheben Collective**: The politics of Anti-Road-Protest: The No M11 Link Road Campaign and its Dilemmas, in: Zine, Clare (ed.): The End of the Beginning: Claremont Road, E11 Not M11, Leeds/London 1995
- Jordan**, John: The art of necessity: the subversive imagination of anti-road protest and Reclaim the Streets, in: McKay, George: DIY culture – Party & Protest in Nineties Britain, London/New York 1998, S. 129-151
- Kaiser**, André: Verbände und Politik, in: Kastendiek, Hans/Rohe, Karl/Volle, Angelika (Hrsg.): Länderbericht Großbritannien, Bonn 1998, S. 224-239
- Kastendiek**, Hans: Arbeitsbeziehungen und gewerkschaftliche Interessenvertretung, in: Kastendiek, Hans/Rohe, Karl/Volle, Angelika (Hrsg.): Länderbericht Großbritannien, Bonn 1998, S. 331-357

- Keane**, Jonathan: Ecstasy in the unhappy society, in: Rutherford, Jonathan (Hrsg.): Young Britain, London 1998, S. 98-111
- King**, Anthony D.: Re-presenting world cities: cultural theory/social practice, in: Knox, Paul L./Taylor, Peter J. (Hrsg.): Worldcities in a world-system, Cambridge 1995, S. 215-231
- King**, Desmond The State, Capital and Urban Change in Britain, in: Smith, Michael P./Feagin, Joe R. (Hrsg.): The Capitalist City – Global Restructuring and Community Politics, Oxford UK, Cambridge USA, 1987, S. 215-236
- Kitschelt**, Herbert: New social Movements in West Germany and the United States, in: Political Power and Social Theory Volume 5, 1985, page 273-324
- Kitschelt**, Herbert: Political Opportunity Structures and Political Protest, in: British Journal of Political Science 1986
- Klandermands**, Bert/Tarrow, Sydney: Mobilization into Social Movements: Synthesizing european and american approaches, in: International Social Movement Research, Vol. 1, 1988, page 1-38
- Klein**, Naomi: No Logo, deutsche Ausgabe, Gütersloh 2000
- Kornhauser**, William: The Politics of Mass Society, New York, 1959
- Laimer**, Christoph: Spaß kann auch Widerstand machen, in: dérive, No. 2, Wien 2000, S. 40
- Lamb**, Richard: Promising the Earth, London 1996
- Mayer**, Margit/Roth, Roland: New Social Movements and the Transformation to Post-Fordist Society, in: Darnovsky, Marcy/Epstein, Barbara/Flacks, Richard (Hrsg.): Cultural Politics and Social Movements, Philadelphia 1995, S. 299-319
- Mayer**, Margit: Großstadt und neue Soziale Bewegungen – Eine Einführung, In: Forschungsjournal NSB, Nr. 3/4, 1990, S. 11-19
- McCarthy**, John./Zald, Mayer N.: Resource Mobilisation and Social Movements, in: American Journal of Sociology, 1977
- McKay**, George: Senseless acts of Beauty – Cultures of Resistance since the Sixties, New York/London 1996
- McNeish**, Wallace: The vitality of local protest: Alarm UK and the British anti-roads protest movement, in: Doherty, Brian/Paterson, Mathew/Seel, Benjamin: Direct action in British Environmentalism, London/New York, 2000, S. 183-198
- McRobbie**, Angela: In the Culture Society – Art, Fashion and Popular Music, London/New York 1999
- Montalban**, Manuel Vázquez: Marcos – Herr der Spiegel, Berlin 2000
- Murphy**, Detlef: Von Aldermaston nach Greenham Common – Politischer Protest und neue soziale Bewegungen in Großbritannien, in: Karl-Werner Brand (Hg.): Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA – ein sozialer Vergleich, Frankfurt/New York 1985, S. 140-199
- Noetzel**, Thomas: Die Revolution der Konservativen – England in der Ära Thatcher, Hamburg 1987
- Norman**, Nils: The Contemporary Picturesque, London 1999

- Oberschall**, Anthony: Social Conflict and Social Movement, Prentice Hall, 1973
- Offe**, Claus: New social Movements: challenging the boundaries of institutional politics, in: Social Research, 1985, page 817-68
- Parkin**, Frank: Middle Class Radicalism. The social basis of the Campaign for Nuclear Disarmament, Manchester 1968
- Parks**, Jonathan: Modern Millenarians? In: Doherty, Brian/Paterson, Mathew/Seel, Benjamin: Direct action in British Environmentalism, London/New York, 2000, S. 93-111
- Parsons**, Talcott et al.: Theories of Society, Vol. 1. New York 1961
- Redhead**, Steve: The Politics of Ecstasy, in: Redhead, Steve (Hg.): Rave Off: Politics and Deviance in Contemporary Youth Culture, Aldershot, 1993, S. 1-32
- Rietveld**, Hillegonda: Repetitive beats: free parties and the politics of contemporary DIY dance culture in Britain, in: McKay, George (Hrsg.): DIY Culture – Party & Protest in Nineties Britain, London/New York 1998, S. 243-268
- Rootes**, Christopher: Environmental protest in Britain 1988-1997, in: Doherty, Brian/Paterson, Mathew/Seel, Benjamin: Direct action in British Environmentalism, London/New York, 2000, S. 25-61
- Rose**, Nikolas: Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens, in: Bröcking, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hrsg.): Gouvernementalität der Gegenwart – Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt am Main 2000, S. 72-109
- Rucht**, Dieter: Antikapitalistischer und ökologischer Protest als Medienereignis: zur Resonanz der Proteste am 1. Mai 2000 in London, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 2000, S. 1-31
- Rüdiger** Wolfgang: Umwelt als politische und ökonomische Herausforderung: Eine britische Erfolgsgeschichte? In: Länderbericht Großbritannien, Bonn 1998, S. 588-606
- Russell** Kristian: Lysergia Suburbia, in Redhead, Steve (ed.): Rave Off: Politics and Deviance in Contemporary Youth Culture, Aldershot, 1993, 90-130
- Sassen**, Saskia: The Global City - New York, London, Tokio, Princeton 1991
- Schröder**, Hans-Christoph: Die Geschichte Englands. Ein Überblick, in: Kastendiek, Hans/Rohe, Karl/Volle, Angelika (Hrsg.): Länderbericht Großbritannien, Bonn 1998, S. 15-69
- Setzer**, Hans: Thatcherismus und die neuere Entwicklung Großbritanniens – eine Bilanz nach zehn Jahren. Arbeitskreis Deutsche England-Forschung, 15. Veröffentlichung. Bochum, 1991, 325-349
- Smith**, Neil: The New Urban Frontier – Gentrification and the Revanchist City, London/New York, 1996
- Tarrow**, Sydney: National Protest and Collective Action, in: Annual Review of Sociology, 1988
- Touraine**, Alain: Krise und Wandel des Sozialen Denkens, in: Johannes Berger (Hrsg.): Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsure. Sonderband 4 der Sozialen Welt, 1986, S. 15-39
- Touraine**, Alain: Return of the Actor: Social Theory in Post-Industrial Society, Minneapolis, 1988

**Wates**, Nick: Introducing squatting, in: Wates, Nick/Wolmar, Christian (Hrsg.) Squatting – the real story, London 1980, S. 1ff

**Wright**, Mary Anna: The Great British Ecstasy Revolution, in: McKay, George (Hrsg.): DIY Culture – Party & Protest in Nineties Britain, London/New York 1998, S. 228-242

**Zine**, Claire: The End of the Beginning: Claremont Road, E11 Not M11, Leeds/London 1995

## Flyer und Texte in DIY-Magazinen

**A BE SEA magazine**, Claremont Road Celebration Issue, Sebastien Boyle, London 1995

**Anonym**: Camps are not enough, in: *Do or Die*: Voices from ecological Resistance 8, S. 155-156

**Anonym**: It's shite on site, in: *Do or Die*: Voices from ecological Resistance 8, S. 157

**Anonym**: Never Mind the Ballots...Reclaim the Streets! In: *Do or Die*, no. 6, 1997, S. 7-8, im Internet: <http://www.eco-action.org/dod/no6/rts.htm>

**Bailie**, Del: Reclaim the Streets! In: *Do or Die*, no. 6, 1997, S. 1-6, im Internet: <http://www.eco-action.org/dod/no6/rts.htm>

**Field**, Patrick: Roots of Resistance in the visual newspaper: Claremont Road E11: A Festival of Resistance, London 1995, keine Seitenzahlen

**Filingham**, Ian: Why Reclaim the Streets and the Liverpool Dockers? In: *Do or Die*, no. 6, 1997, page 8, im Internet: <http://www.eco-action.org/dod/no6/rts.htm>

**Geffin**, Roger: Secret Squirrel and Yellow Pinky. News from the Autonomous Zones, in: *Do or Die*, no. 4, 1994, S. 21

**Norman 26/2/99**: Stopping the City, Flugblatt auf J18-Activist gathering verteilt, 27. Februar 1999 in London/Stoke Newington

**Reclaim the Streets**: Essential – information to enhance your Guerilla Gardening Experience (Flyer)

**Reclaim the Streets**: Mayday 2000 – This is not a protest (Flyer)

**Reclaim the Streets**: Mayday! Mayday! –Visions, Collisions and Reality, London 2000, page 6. (Textsammlung, die innerhalb von RTS in Umlauf gebracht wurde)

**SchNEWS**: Lawn and Order, ISSUE 258, Friday 5th May, 2000, im Internet: <http://www.urban75.org/mayday/016.html>

**SchNEWS & SQUALL**: 1998 Special report on the United Colours of People's Global Action

**Worldwide Resistance Round-Up** inspired by Peoples Global Action – Bulletin 5, February 2000, UK Edition

## Webpages

**Andrew X.**: Give up Activism, im Internet: [http://www.infoshop.org/octo/j18\\_rts1.html#give\\_up](http://www.infoshop.org/octo/j18_rts1.html#give_up)

**Anonym:** June 18 1999, June 18 Reports, London: Personal Account, im Internet: <http://bak.spc.org/j18/site/uk.html>

**Anonym:** June 18, 1999, June 18 Reports, London: June 18th - Hour by Hour, im Internet: <http://bak.spc.org/j18/site/uk.html>

**Anonym:** Mayday2k – update for Mayday action – Updated 02.05.2000, im Internet: <http://www.urban75.org/mayday/010.html>

**Anonym:** N30 1999 – UK: London, im Internet: <http://bak.spc.org/N30london/index.html>

**Anonym:** N30: riot police clash with demonstrators (UK), im Internet: <http://www.urban75.org/archive/news095.html>

**Anonym:** UK Mayday Report – precis of reports received, im Internet: <http://www.urban75.org/mayday/0110.html>

**Canadian Security Intelligence Service:** Report 2000/08 – Anti-Globalization – A Spreading Phenomenon, August 22, 2000, page 1, im Internet: [http://www.csis-scrs.gc.ca/eng/miscdocs/200008\\_e.html](http://www.csis-scrs.gc.ca/eng/miscdocs/200008_e.html)

**Corporation of London** im Internet: <http://www.corpoflondon.gov.uk/citypolice/j18fram.htm>

**100days of action against the oil industry:** OIL PRESSURE (STILL) RISING, im Internet: <http://www.green.cusu.cam.ac.uk/archive/100days/bull5.html>

**Indymedia:** Alien8 1:03pm Mon Feb 19 '01: "New Terrorists" protest in front of parliament, im Internet: [http://uk.indymedia.org/front.php3?article\\_id=1807](http://uk.indymedia.org/front.php3?article_id=1807)

**Indymedia:** General public 12:35 pm Tue Jun 5 '01: Tube „improvements“ – and LU Ltd response, im Internet: [http://uk.indymedia.org/front.php3?article\\_id=5789](http://uk.indymedia.org/front.php3?article_id=5789)

**Indymedia:** London Reclaim the Streets 9:42 am Wed Apr 18 '01: Reclaim the streets to de-brand BP re-brand on April 19<sup>th</sup>, (Car-Day), im Internet: [http://uk.indymedia.org/front.php3?article\\_id=3040](http://uk.indymedia.org/front.php3?article_id=3040)

**Indymedia:** NATTA 8:53am Wed Feb 21 '01: Action Report, im Internet: [http://uk.indymedia.org/front.php3?article\\_id=1807](http://uk.indymedia.org/front.php3?article_id=1807)

**Indymedia:** NATTA 8:55 am Wed Feb 21 ,01: Text from leaflet handed out at actions, im Internet: [http://uk.indymedia.org/front.php3?article\\_id=1807](http://uk.indymedia.org/front.php3?article_id=1807)

**Indymedia:** Reclaim the streets 3:26pm Thu Apr 19 '01: RTS expose BP's unnatural history on car-free day, im Internet: [http://uk.indymedia.org/front.php3?article\\_id=3075](http://uk.indymedia.org/front.php3?article_id=3075)

**Lancaster J18-Collective:** June 18<sup>th</sup> – If I can dance it's not my revolution, in: Reflections on J18 by Reclaim the Streets, S. 9, im Internet: [http://www.infoshop.org/octo/j18\\_rts1.html#dance](http://www.infoshop.org/octo/j18_rts1.html#dance)

**Medosch,** Armin: Die Gespenster des 18. Juni, in: Telepolis – Magazin für Netzkultur, 22.10.99, im Internet: [www.heise/tp/deutsch/inhalt/te/5407/1.html](http://www.heise/tp/deutsch/inhalt/te/5407/1.html)

**Reclaim the Streets:** Action Archive, im Internet: <http://rts.gn.apc.org/archive>

**Reclaim the Streets:** Babylon is falling – reclaim the streets, im Internet: <http://rts.gn.apc.org/whatnow.htm>

**Reclaim the Streets:** Bank Tube station, 13 July 1998 – Protesters Block Tube Train, im Internet: [www.rts.gn.apc.org/9807bank.htm](http://www.rts.gn.apc.org/9807bank.htm)

**Reclaim the Streets:** BP de-re-branded: "Bye-bye Planet", im Internet: <http://www.rts.gn.apc.org/0104bp.htm>

- Reclaim the Streets:** Global Street Party, 16 May 1998 – report from Birmingham, im Internet: <http://rts.gn.apc.org/g-birm.htm>
- Reclaim the Streets:** Hello, Terror Bill, im Internet: <http://rts.gn.apc.org/0102tb.htm>
- Reclaim the Streets:** Hi... (an attempt at) A welcome to London Reclaim the streets and an introduction to what we're up to and how we do it, im Internet: <http://rts.gn.apc.org/welcome.htm#meetings>
- Reclaim the Streets:** June 18 – Press release – for immediate release – 18 June – 11.45pm. Protesters slam police "brutality" after pitched battles hit City, im Internet: <http://bak.spc.org/j18/site/ukpr.html>
- Reclaim the Streets:** London Local Street Parties – Saturday 6 June 1998 – South and North London, im Internet: <http://www.rts.gn.apc.org/local2.htm>
- Reclaim the Streets:** Mayday2k – RTS Statement about Mayday from Allsorts, 2<sup>nd</sup> May 2000, im Internet: <http://www.urban75.org/mayday.014.html>
- Reclaim the Streets:** No blood for oil! Im Internet: [http://www.rts.gn.apc.org/0002u\\_wa.htm](http://www.rts.gn.apc.org/0002u_wa.htm)
- Reclaim the Streets:** On disorganisation – A statement from Reclaim the Streets (RTS) London, im Internet: <http://rts.gn.apc.org/disorg.htm>
- Reclaim the Streets:** Petrol Free, it said...., im Internet: <http://www.rts.gn.apc.org/oilrag1.htm>
- Reclaim the Streets:** RTS in crèche shock! – MayDay statement, im Internet: <http://www.rts.gn.apc.org/0105statement.htm>
- Reclaim the Streets:** Strike Oil! Im Internet: <http://www.rts.gn.apc.org/strikoil.htm>
- Reclaim the Streets Berlin:** Aufruf zur Reclaim the Streets-Global Street Party am 16. Mai, im Internet: <http://rts.squat.net/archiv/texte/texte.html>
- Reclaim the Streets of NYC:** im Internet: <http://www.times-up.org/rts.html>

## Zeitungsartikel

- Anonym:** Capitalism's children, in: *The Daily Telegraph*, June 19<sup>th</sup>, 1999, S. 23
- Anonym:** Strange mix of defiance and pot plant barricades, in: *The Daily Telegraph*, London June 19, 1999, S. 4
- Elliott, Larry /Vidal, John:** Battle of the Seattle streets, in: *The Guardian*, London December 1, 1999, S. 1
- Hamzic, Edin** ("additional" reporting by Mark Macaskill): City anarchists stockpile arms, in: *The Times*, London October 17, 1999.
- Hopkins, Nick:** How "zero tolerance" worked in practice, in: *The Guardian* Special report, May 2, 2001
- Knight, Robin:** The Money Machine – The City of London is booming, but can it hold its market position when a single currency is introduced in 1999? In: *TIME*, October 27, 1997, S. 46-48, New York
- Millward David/Trefgame, George /Foster, Peter:** Mobs put City under siege, in: *The Daily Telegraph*, London June 19, 1999, S. 1

- Millward**, David/Trefgame, George: Carnival turns into nightmare, in: *The Daily Telegraph*, London June 19, 1999, S. 4
- Sherwin**, Adam: Protecting London cost £ 1m more than riot damage in June, in: *The Times*, London December 1, 1999
- Sherwin**, Adam: Protecting London cost £ 1m more than riot damage in June, in: *The Times*, London December 1, 1999
- Vidal**, John: Ben threw the first stone – and the garden party became a running battle with police, in: *The Guardian*, May 2, 2000, S. 3.
- Woodward**, Will/Kelso, Paul/Vidal, John: Protests erupt in Violence, in: *The Guardian*, May 2, 2000, S. 1,

## Bildnachweis

- Titelfoto, S. VII a,b und c, S. VIII a,b,c: Andy Heller
- Seite I, a: David Hoffman, Photo Library, aus: Nils Norman: *The contemporary Picturesque*, 1999
- Seite I, b: Gideon Mendell, aus: George McKay (Hg.): *DIY Culture – Party & Protest in Nineties Britain*, 1998, S. 138
- Seite II: a, b: [www.reclaimthestreets.net](http://www.reclaimthestreets.net)
- Seite III: a: [www.reclaimthestreets.net](http://www.reclaimthestreets.net)
- Seite III: b: Julia Guest, aus: George McKay (Hg.): *DIY Culture – Party & Protest in Nineties Britain*, 1998, S. 145
- Seite V: a: Ian Cartwright, aus: George McKay (Hg.): *DIY Culture – Party & Protest in Nineties Britain*, 1998, S. 244
- Seite V b,c,d,e: [www.reclaimthestreets.net](http://www.reclaimthestreets.net)
- Seite IX: a,b,c,d,e: [www.reclaimthestreets.net](http://www.reclaimthestreets.net)